



“Metropole Hamburg - Wachsende Stadt”

Begleitgutachten im Auftrag der
Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg



von Jürgen Oßenbrügge, Susanne Heeg, Britta Klagge

unter Mitarbeit von
Jan-Philipp Amos, Kirsten Kunkel, Verena Schneider,
Bodo Schulze, Nina Zimmermann

Hamburg, im Dezember 2002

Universität Hamburg
Institut für Geographie
- Wirtschaftsgeographie -
Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge
Dr. Susanne Heeg
Dr. Britta Klagge
Bundesstr. 55
20146 Hamburg
Tel.: 040 / 428 38 – 4909
Fax: – 4867
<http://www.geowiss.uni-hamburg.de>

Ossenbruegge@geowiss.uni-hamburg.de
Heeg@geowiss.uni-hamburg.de
Klagge@geowiss.uni-hamburg.de

Gliederung

0. Zusammenfassung des Gutachtens	6
1. Einleitung	12
2. Konzeptionelle Grundlagen für ein Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“	16
2.1. Bevölkerungsentwicklung der „wachsenden Stadt“: Demographische Trends in Stadtregionen.....	16
2.1.1. Selektive Zu- und Abwanderungsprozesse in Städten	17
2.1.2. Ausdifferenzierung der Haushaltsformen und Lebensstile und die Bedeutung im kleinräumigen Kontext.....	22
2.1.3. Konsequenzen für Wachstumsstrategien	24
2.2. Arbeitsmarkt und Wirtschaft der „wachsenden Stadt“: Regionale Cluster und Innovationssysteme	25
2.2.1. Clusterpolitik als globalisierungsbewußte Bestandpolitik	30
2.2.2. Aufbau regionaler Innovationssysteme	30
2.2.3. Clusterpolitik mit globaler oder regionaler Reichweite	31
2.2.4. Konsequenzen für die weitere Untersuchung und für Wachstumsstrategien	32
2.3. Flächenansprüche der „wachsenden Stadt“	34
2.3.1. Stadtentwicklung: kompakt oder gegliedert?	34
2.3.2. Nutzungsmischung in der städtebaulichen Diskussion	37
2.3.3. Flächenansprüche für gewerbliche Nutzungen.....	39
2.3.4. Flächenansprüche für Wohn-, Versorgungs- und Freizeitnutzungen.....	41
2.3.5. Stadtentwicklung und Flächenangebotspolitik.....	44
3. Wachsende und wettbewerbsfähige Städte: eine internationale Bestandsaufnahme	46
3.1 Entwicklungstendenzen von Metropolregionen in den USA und Europa: Überblick und Auswahl der Fallstudien	46
3.1.1 Wachsende Städte und „Growth Management“ in den USA.....	47
3.1.2 Überblick über die europäische Situation und Auswahl der Fallstudien.....	50
3.1.3 Grunddaten der ausgewählten Metropolregionen.....	51
3.2. Kopenhagen.....	59
3.2.1. Sozioökonomischer Kontext.....	59
3.2.2. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Aufbau eines wissenschaftsbasierten Clusters in der Öresundregion	63
3.2.3. Stadtentwicklung durch Großprojekte: Örestad	65
3.2.4. Relevanz für Hamburg	69

3.3. Wien	70
3.3.1. Parallelen zu Hamburg in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung.....	70
3.3.2. Politikfeld Stadtentwicklung und Wohnen.....	72
3.3.3. Politikfeld Zuwanderung und Ausländerintegration.....	75
3.3.4. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Life Science Cluster Wien	77
3.3.5. Relevanz für Hamburg	79
3.4. München	81
3.4.1. Sozioökonomischer Kontext.....	81
3.4.2. Politikfeld Wohnen	84
3.4.3. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Biotechnologie.....	86
3.4.4. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Medien	90
3.4.5. Relevanz für Hamburg	91
3.5. Barcelona.....	92
3.5.1. Sozioökonomischer Kontext.....	92
3.5.2. Stadtentwicklung durch Großprojekte: Aufschwung durch Olympia?.....	95
3.5.3. Relevanz für Hamburg	100
3.6. Amsterdam.....	101
3.6.1. Wachsende demographische Vielfalt bei positiver Entwicklung der Erwerbstätigkeit	101
3.6.2. Politikfeld Zuwanderung / Internationalität.....	102
3.6.3. Relevanz für Hamburg	104
3.7. Weitere europäische Beispiele von herausragender Bedeutung	104
3.7.1. Politikfeld Wohnen und Gewerbe: Zürich	104
3.7.2. Stadtentwicklung durch Großprojekte: Kop van Zuid-Rotterdam	107
4. Ziele und Empfehlungen für ein Konzept „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“	112
4.1. Wohnungsbaupolitik für die „wachsende Stadt“	112
4.2. Wirtschaftspolitik für die „wachsende Stadt“	114
4.3. Nutzungsmischung als Leitbild für das Flächenmanagement im innerstädtischen Bereich der „wachsenden Stadt“	118
4.4. Visionen und Governance-Strukturen	119
5. Literatur	122

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“: Relevante Untersuchungsaspekte	15
Abb. 2: Schema typischer Wanderungsvorgänge im Großstadtbereich.....	19
Abb. 3: Wanderungsverflechtungen des niedersächsischen Teils der Metropolregion mit Hamburg nach Altersgruppen: (a) Wanderungssalden mit Hamburg (absolut) (b) Zuzüge nach Hamburg (absolut).....	21
Abb. 4 a,b: Relative Beschäftigungsentwicklung in Deutschland (West) 1976-1996	26
Abb. 5: Deutschland: Bruttowertschöpfung 1998 nach Landkreisen/Kreisfreie Städte.....	27
Abb. 6: Reichweiten von Clusteransätzen.....	32
Abb. 7: Segmente der Ökonomie einer Metropolregion.....	34
Abb. 8: Bevölkerungsentwicklung, 1990-2001 und Prognosen	52
Abb. 9: Entwicklung der Ausländeranteile in den 1990er Jahren.....	54
Abb. 10: Wohnungsentwicklung, 1990-2001.....	55
Abb. 11: Bruttoinlandsprodukt, absolut und je Einwohner, 1995-1999.....	56
Abb. 12: Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor, absolut und relativ, 1995-1999.....	57
Abb. 13: Erwerbstätige, absolut und Anteil im Dienstleistungssektor, 1980-1999	58
Abb. 14: Arbeitslosenquoten, 1985-2000.....	59
Abb. 15: Kopenhagen: Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungssaldo, 1991-2000	61
Abb. 16: Übersicht über Öresundregion mit Örestad	66
Abb. 17: Übersicht über das Planungsgebiet von Örestad.....	67
Abb. 18: Bevölkerungsbewegung in Wien, 1995-2000	70
Abb. 19: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Wien, 1950-2000	72
Abb. 20: Wohnungsbau in Wien, 1945-2000	75
Abb. 21: Betriebsansiedlungen in Wien durch den WWFF, 1995-1999.....	78
Abb. 22: Einwohnerentwicklung in München, 1950-1998.....	82
Abb. 23: Bewohnte Wohnungen in München nach Baualter und Finanzierungsart, Stand 1998 plus Prognose.....	85
Abb. 24: Zuwanderung nach und Abwanderung aus Barcelona nach Herkunfts- bzw. Zielregionen, 1991-2000	93
Abb. 25: Barcelona (Ausschnitt)	97

Abb. 26: Teilansicht Poblenou (Barcelona).....	97
Abb. 27: Bevölkerungsentwicklung in Amsterdam, 1945-1999 und Prognosen	101
Abb. 28: Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungssalden in Amsterdam, 1995-1999 und Prognosen	101
Abb. 29: Gesamtübersicht Zürich West	106
Abb. 30: Übersicht Rotterdam	108

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg, Januar-Dezember 2001	17
Tab. 2: Idealtypische Zuordnung von Altersgruppen und Leitmotiven von Wanderungsprozessen	18
Tab. 3: Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hamburg, Januar-Dezember 2001	20
Tab. 4: Typen von Raumnutzung, Flächenbedarfe, Wirtschaftstätigkeiten und Standortstrukturen	40
Tab. 5: Idealtypische Zusammenstellung von Anforderungen und Herausforderungen ausgewählter Bevölkerungsgruppen für die städtische Politik	42
Tab. 6: Wohnumfeldanforderungen, Typen von Haushalten und standörtlichen Strukturen	44
Tab. 7: Ausgewählte Städte und Themenfelder	51
Tab. 8: Bevölkerungsdynamik im Jahr 2000	53
Tab. 9: Bevölkerungsstruktur, 1996, 2000 und Prognosen.....	54
Tab. 10: Bevölkerungsentwicklung (1990-1999) und Fläche der Untersuchungsstädte in der EU-Statistik (NUTS 3-Regionaleinheiten)	56
Tab. 11: Bevölkerungsentwicklung in Kopenhagen, der Region Kopenhagen und Dänemark insgesamt, 1991-2001	60
Tab. 12: Stand der Verkäufe Ende 2000 (Signed Sales Agreements, in DKK Mio.).....	69
Tab. 13: Bevölkerungsentwicklung in Wien und seinem Umland, 1961-2001	71
Tab. 14: Veränderung der Einwohnerzahl (Haupt- u. Nebenwohnsitz) in München, 1995-2000	82
Tab. 15: Wanderungssalden für München nach Ziel- bzw. Quellgebieten, 1996-2000.....	83
Tab. 16: Akteure in der Biotechnologie in München.....	88
Tab. 17: Bevölkerungsentwicklung in Barcelona, der Entidad Metropolitana, der Region, der Provinz und Katalonien, 1991-2001	94
Tab. 18: Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in Barcelona, 1986-1996.....	94
Tab. 19: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Barcelona, 1997-2001.....	94
Tab. 20: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Amsterdam, 1997-2001	102
Tab. 21: Geplante Flächennutzung in Kop Van Zuid (Rotterdam).....	109

0. Zusammenfassung des Gutachtens

Die Entwicklung von Verdichtungsräumen in Europa ist gegenwärtig durch ein Nebeneinander von dynamischen und stagnierenden Regionen geprägt. Besonders Großstädte befinden sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der neue Perspektiven eröffnet, aber auch problematische Implikationen aufweisen kann. Angesichts der Globalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Finanzströme, der Nachwirkungen der Deindustrialisierung mit signifikanten Arbeitsplatzverlusten und dem grundlegenden Bedeutungsgewinn wissensintensiver Wirtschaftsweisen sind die Kernstädte von Verdichtungsräumen nicht mehr automatisch als Orte des Wachstums und der Innovation anzusehen. Wo neue und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze entstehen, wo sich „kreative Milieus“ und „regionale Innovationssysteme“ ausbilden, ist heute nicht mehr allein eine Frage oberzentraler Ausstattungsmerkmale wie dichter Infrastruktur, gewerblicher Vielfalt oder einer großen Anzahl von Bildungseinrichtungen, sondern das Ergebnis des Zusammenspiels verschiedener „harter“ und „weicher“ Standortfaktoren.

Das vorliegende Begleitgutachten geht zunächst auf konzeptionelle Grundlagen zu wirtschaftlichen und demographischen Wachstumsprozessen in Metropolregionen ein. Anschließend werden solche stadtentwicklungspolitischen Ansätze europäischer Großstädte zusammengestellt, die für die Weiterentwicklung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ nutzbar gemacht werden können. Dabei stehen die Dynamisierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes bei gleichzeitiger Stärkung der städtischen Zentrenfunktion und eine nachhaltige Siedlungsstruktur im Vordergrund. Die Themenfelder „Bevölkerungsentwicklung“, „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ und „Flächenmanagement“ sind hier von großer strategischer Bedeutung.

Die Auswahl der Themenfelder hat sich zunächst davon leiten lassen, dass das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ die Stabilisierung und die Zunahme der Bevölkerung als Zielvorstellung aufnimmt. Wichtig ist hier zum einen der Aspekt der Zuwanderung aus dem übrigen deutschen und dem internationalen Raum, zum anderen die Frage, wie eine wachsende Bevölkerung in der Kernstadt gehalten werden kann und nicht in die ausufernden äußeren Bereiche der Metropolregion abwandert. Im Kontext der besonderen Qualitäten der europäischen Städte stellt dieses Gutachten Aspekte der Verdichtung, Kompaktheit und Konzentration der Bevölkerung in der Kernstadt in den Vordergrund. Gleichzeitig lassen sich auf diese Weise auch die besonderen Qualitäten des suburbanen Raums mit seiner geringeren Bevölkerungsdichte und offenen Landschaften erhalten.

Da Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und Wanderungsprozesse erheblich vom Angebot an Arbeitsplätzen und von der ökonomischen Entwicklung insgesamt abhängig sind, hat das zweite Themenfeld wirtschaftspolitische Ansätze zum Gegenstand. Hier geht es besonders um solche Wachstumsstrategien, die sich auf verschiedene Formen von Clusteransätzen, den Bedingungen ihrer regionalen Implementation und ihrer Einbettung in übergreifende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Konzepte konzentrieren.

Werden Wachstumsprozesse mit Prinzipien der kompakten Stadt verknüpft, entstehen erhebliche Anforderungen an das Flächenmanagement, denn in der Kernstadt sind Flächen

nicht nur knapp, sondern, einmal bebaut, auch weitgehend persistent gegenüber Neu- oder Umnutzungen. Auch in diesem Punkt geht das Begleitgutachten exemplarisch vor. Im Vordergrund stehen diskussionswürdige und richtungsweisende Beispiele in europäischen Metropolregionen, die häufig mit der Entwicklung von Großprojekten verbunden sind. Diese werden mit Erfahrungen aus der Debatte über „Innenentwicklung“ und „Kompakte Stadt“ ergänzt.

Der Aufbau des Gutachtens spiegelt diese Überlegungen wider. Im ersten Kapitel werden die gewählten Themenfelder konzeptionell entwickelt und der gegenwärtige Stand der Wissenschaft zusammengetragen. Diese systematische Grundlage unterstützt die Auswahl der nordamerikanischen und europäischen Beispiele und Erfahrungen. Während die nordamerikanische Stadtentwicklung summarisch untersucht wird, nehmen die Stadtbeispiele Wien, Kopenhagen, Barcelona, München und in abgeschwächter Form Amsterdam, Rotterdam und Zürich besonderen Raum ein. Vor dem Hintergrund des systematischen und des regionalen Teils werden im abschließenden Kapitel Ziele und Empfehlungen für ein Konzept „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ abgeleitet.

Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbau

Die Bevölkerungsentwicklung ist in den meisten Großstädten geprägt durch selektive Zu- und Abwanderungsprozesse. Gäbe es keine Wanderung, so würde die Bevölkerung aufgrund einer höheren Sterbe- und geringeren Geburtenrate abnehmen. Schrumpfungsprozesse werden durch negative Wanderungssalden der Kernstädte mit ihrem Umland stark befördert. Als langfristig wirksamer Trend gilt, dass Suburbanisierungsprozesse besonders von Familien mit kleinen Kindern (Heim im Grünen) verursacht werden. Im Falle Hamburgs gleichen jedoch positive Fernwanderungssalden diesen Prozess aus.

Mit der Ausdifferenzierung von Lebensstilen hat sich aber eine Veränderung von Wohnstandortpräferenzen ergeben, die zum Teil quer liegen zu den traditionellen Kombinationen von Alter, Haushaltstyp und Wohnstandortwünschen. Ein großer Teil der Zuwanderungen wird von Personen und Haushalten mit einer urbanen Orientierung getragen und kann nicht durch ein vorrangiges Motiv erklärt werden. Vielmehr sind Bildungs- bzw. Arbeitsplatzorientierung und Wohnumfeldorientierung eng gekoppelt. Ein entsprechend dem Leitbild gestalteter Wohnungsmarkt der Metropole hat aber nicht nur alte und neue Lebensstile zu reflektieren, sondern muss auch den Wünschen nach Eigentumbildung Rechnung tragen.

Im Begleitgutachten werden besonders die Beispiele Wien, Amsterdam und München diskutiert, um Forderungen für die Hamburger Situation herzuleiten. Als richtungsweisend wird die Wohnungsbaupolitik Wiens herausgestellt, da sie sehr bewusst auf die Herausforderung reagiert, das Wohnungsangebot für eine wachsende und vor allem zunehmend diversifizierte Bevölkerung in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu verbessern. Zentral für eine auf Wachstumsprozesse ausgerichtete Wohnungsbaupolitik ist demnach die Reaktionsfähigkeit auf Veränderungen von Wohnwünschen, und zwar zum einen auf der Ebene eines Haushalts im Zeitverlauf und zum anderen als Teil des gesellschaftlichen Wandels. Wünschenswert wäre eine „präventive“ Wohnungsbaupolitik, die sich in Bezug auf Architektur, Gestaltung des Wohnumfeldes und infrastruktureller Ausstattung an den Ausdifferenzierungen der Haushaltsformen und Lebensstile orientiert. Ihre zentrale Aufgabe bestände in der Aufnahme und Umsetzung einer stärkeren urbanen Orientierung bei der Wohnstandortwahl als Folge der bestehenden und neuen Wertschätzung von urbanen Strukturen und Milieus.

Eine wichtige Aufgabe der städtischen Wohnungsbaupolitik besteht darin, die Rahmenbedingungen für eine größere Vielfalt und Flexibilität von Wohnformen und -situationen zu schaffen und damit die Stadt sowohl für Zuwanderer als auch für (potentielle) Suburbanisierer attraktiv(er) zu machen. Insbesondere innerhalb des dicht bebauten Stadtgebiets ist es wichtig, preisgünstigen Wohnraum und geeignete Wohnumfeldbedingungen für verschiedene urban orientierte Haushaltstypen, u.a. auch solche mit Kindern, zu fördern. Parallel dazu ist der eher suburbane Wohnungsbau am Stadtrand so zu gestalten, dass eine gute Anbindung an das Stadtzentrum und die oberzentrale Infrastruktur sowie ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Flächen gewährleistet ist. Das Politikfeld Wohnen spielt eine zentrale Rolle bei der Formulierung von städtischen Visionen und Leitbildern sowie ihrer Veranschaulichung im Rahmen von innovativen Klein- und Großprojekten. Hamburgs Vorzüge und insbesondere die vorhandenen Stärken als Wohnstandort lassen sich an diesen Aspekten aufzeigen und sowohl inner- als auch außerhalb der Stadt darstellen.

Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Das zweite wichtige Politikfeld für das Leitbild „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ ist die regionale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In allen Vergleichsstädten sind in den letzten Jahren differenzierte Konzepte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mit Hinweisen auf die zunehmende Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten und den damit verbundenen Rahmenbedingungen aufgestellt worden. Besonders häufig werden Clusteransätze verfolgt, die im Gutachten am Beispiel der Bereiche Life Sciences – Biotechnologie – Medizintechnologie in den Regionen München, Öresund und Wien untersucht werden. Clusterstrategien zielen zumeist darauf ab, regionale Kernkompetenzen bzw. endogene Potenziale mit technologischen Innovationen und eine Orientierung auf zukünftig vielversprechende Märkte zu verbinden. Erfolgreiche Clusteransätze setzen erhebliche Investitionen und bedeutende Potentiale im jeweiligen Spezialisierungsfeld sowie hohe Organisationskapazitäten voraus. In der Regel sind staatliche Investitionen und Förderungen notwendig. Darüber hinaus werden die durch die Organisationsaufgaben entstehenden hohen Transaktionskosten in den untersuchten Beispielen dauerhaft und intensiv von der öffentlichen Hand begleitet. Dennoch ist das Clustermanagement durch Governance-Formen geprägt, die private Akteure in wichtigen Funktionen mit einbinden. Eine zentrale Bedeutung haben dabei spezifische Akteurskonstellationen, die sich in der Regel um einige herausragende „Köpfe“ herum ausbilden. An diesen Punkten unterscheiden sich eher erfolgreiche Ansätze (München) von aufwendigen und kostspieligen, aber bisher wenig ausstrahlungsfähigen Ansätzen (Wien, teilweise Öresund).

Zusammengenommen führt der internationale Vergleich zu drei Orientierungen und Maßstäben für die Wirtschaftspolitik Hamburgs. Die erste Orientierung besteht in der globalisierungsorientierten Bestands- und Innovationspolitik. Die Modernisierung der endogenen Potentiale und der Aufbau von solchen Innovationssystemen, die sich gut in die regionalen Strukturen einbetten lassen, führt zu einer Weiterentwicklung des vorhandenen Bestands an Arbeitsplätzen und Unternehmen sowie zu einer aktiven Anpassung an strukturelle Veränderungen.

Weiterhin zielen aktuelle Ansätze regionaler Wirtschaftspolitik zunehmend darauf ab, zur kontinuierlichen Erneuerung der beruflichen Qualifikationen beizutragen, um einen hochwertigen Arbeitsmarkt zu erzeugen und zu sichern sowie neue unternehmerische Initiativen zu befördern. Angesichts des turbulenten technologischen, organisatorischen und räumlichen

Wandels der Weltwirtschaft und der darin enthaltenen Momente der „kreativen Zerstörung“ verbindet sich regionale Wirtschaftspolitik zunehmend mit Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie der Unterstützung von Kommerzialisierungsstrategien für neue Produkte, Verfahren und wissensintensiven Dienstleistungen.

Schließlich ist regionale Wirtschaftspolitik Beschäftigungspolitik in dem Sinne, möglichst zahlreiche Arbeitsplätze entstehen zu lassen, um allen Stadtbewohnern eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Angesichts der Vervielfältigung der Erwerbsbiographien, der Erosion sogenannter Normalarbeitsverhältnisse und der raschen Entwertung zuvor arbeitsmarktgängiger Qualifikationen geht es bei der Beschäftigungspolitik vorrangig darum, Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die Arbeitsmarktchancen für weniger qualifizierte Stadtbewohner aufrecht zu erhalten.

Flächenmanagement

Ein zielgerichtetes Flächenmanagement hat im wesentlichen die Funktion, die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine dynamische und ausgewogene Stadtentwicklung zu sichern. Richtungsweisende Orientierungen im deutschen und europäischen Vergleich bietet die Diskussion über die gegenwärtig dominanten städtebaulichen Leitvorstellungen „Kompakte Stadt“ und „Zwischenstadt“. Das Leitbild „Kompakte Stadt“ verweist auf Trends der Verdichtung und Nutzungsmischung bereits besiedelter oder in Konversion befindlicher kernstädtischer Flächen. Hier bieten sich verschiedene Großprojekte in europäischen Metropolregionen als Beispiele an wie Örestad in Kopenhagen, Kop van Zuid in Rotterdam, Zürich West und – besonders in Hinblick auf die Hamburger Olympia-Bewerbung – Barcelona. Die Diskussion über die „Zwischenstadt“ geht primär von der Faktizität einer regionalen Netzstruktur aus, die es sinnvoll weiter zu entwickeln gilt. Diese Orientierung streift das Gutachten an einigen Beispielen; hier sind besonders München, Wien und Kopenhagen zu nennen.

Angesichts der aufgezeigten Tendenzen der Zu- und Abwanderung sowie den Veränderungen der gewerblichen Wirtschaft ist grundsätzlich von einer weiteren Ausdifferenzierung der Flächenansprüche in der Metropole Hamburg auszugehen. Dieses bedeutet, dass Nutzer und ihre Ansprüche an die Standorte genau bestimmt werden müssen, um zielgruppenspezifisch und den lokalen Gegebenheiten angepasst Ansätze der Innenentwicklung und Nutzungsmischung umsetzen zu können. Vor allem Dienstleistungen mit einem hohen Anforderungsprofil, charakterisierbar durch Kommunikationsintensität und kreativen Input, bevorzugen eine funktionsgemischte, kompakte Stadt. Wissensbasierte, innovationsintensive und qualitätsorientierte Cluster sind auf ein anregendes Standortmilieu angewiesen, das unmittelbare Kooperation, d.h. face-to-face-Kontakte unterstützt. Jedoch sollte die Nachfrage nach derartigen Quartieren nicht überschätzt werden, denn insbesondere im produzierenden Gewerbe zeigen nur Teilbereiche eine Affinität zu kleinräumigen, nutzungsgemischten Standorten.

Ähnliches gilt für die Flächenansprüche, die sich aus Wohn-, Versorgungs- und Freizeitnutzungen ergeben. Als eine Konsequenz der Ausdifferenzierung von Lebensformen ist die Tendenz festzustellen, dass vor allem die Stadtteile begehrt sind, die vielfältige Wohnformen ermöglichen: von der Kleinfamilie über das Single-Dasein bis zu Wohngemeinschaften und Wohnprojekten. Städtische Angebotspolitik sollte auf die damit einhergehende Veränderung der Nachfrage, d.h. auf veränderte Lebensformen reagieren. Eine umfangreiche Infrastruk-

turausstattung der innerstädtischen Quartiere ist eine Voraussetzung dafür, auch urban orientierte Haushalte mit Kindern in den Kernstädten zu halten.

Das dritte Politikfeld „Flächenmanagement“ muss daher vor dem Hintergrund des Aspektes der Nutzungsmischung diskutiert werden, der allerdings nicht für alle städtische Teilräume in gleicher Weise gelten kann. Im Zuge einer Ausdifferenzierung von Wirtschaftstätigkeiten und Flexibilisierung von Arbeitszeiten ist „Nutzungsmischung“ vorrangig ein Leitbild für innerstädtische Bereiche – wie die Beispiele Zürich, Kopenhagen oder Rotterdam zeigen. Suburban orientierte Haushalte können nur innerhalb von Hamburgs Grenzen gehalten werden, wenn ihnen Wohngebiete, die denen des Umlandes ähnlich sind, zur Verfügung stehen. Am Stadtrand Hamburgs ist daher eine funktionsräumliche Trennung von Wohnen und Gewerbe sinnvoll. Dabei müssen aber neue, innovative Konzepte für stadtnahes Wohnen erreicht werden, die besonders den Flächenverbrauch reduzieren und so Hamburgs entscheidende Qualität, als „grüne Metropole“ gelten zu können, nicht gefährden.

Visionen und Governance-Strukturen

Im Hinblick auf den Aspekt der Nutzungsmischung stellen Großprojekte wie die Hafencity eine besondere Herausforderung für die städtische Politik dar. Zum einen sollen Großprojekte Flächen für eine expandierende Stadt erschließen und zum anderen durch ihre besondere städtebauliche Qualität überregionale Ausstrahlungseffekte haben. Großprojekte werden von Außen häufig als Gradmesser der vorherrschenden Visionen und Leitbilder wahrgenommen. Somit haben sie große Bedeutung für das überregionale Image, da sie durch den städtebaulichen und planerischen Diskurs die Modernität und Aufgeschlossenheit einer Stadt „transportieren“. Hier ist das Beispiel Barcelona besonders aufschlussreich. Es ist der Stadt zweifellos gelungen, über die Planung und Realisierung der Olympischen Spiele 1992 dauerhaft ein Image als besonders attraktiver Standort in Europa zu erlangen.

Sowohl Großprojekte als auch Visionen sollten eine überregionale Reichweite und einen regionalen Bezug haben. Dies bedeutet, dass bei dem Versuch der Schärfung des Profils von Hamburg das Image der gesamten Metropolregion mit zu reflektieren ist. Hamburg wird von Außen als eine Region wahrgenommen, die mehr umfasst als die Fläche der Freien und Hansestadt. Um derartige Ziele zu erreichen, muss ein proaktives Engagement und die effektive Nutzung der städtischen Steuerungspotenziale vorausgesetzt werden. Die Beispiele anderer Städte zeigen, dass gemeinsame Visionen jedoch nicht alleine von politischen Entscheidungsträgern formuliert werden können. Damit Visionen geteilt und getragen werden, muss eine breite Diskussion von Leitbildern gewährleistet sein. Dies beinhaltet, Leitbildentwicklung als einen dialogorientierten Prozess zu verstehen, der zentrale Akteure der Stadtpolitik einbezieht

Damit wird ein Verständnis von „urban governance“ in den Vordergrund gerückt, das Offenheit und Transparenz, wissenschaftlich-kulturelle Internationalität und innovativ-effiziente Wirtschaftsformen als zentrale Bezugspunkte urbaner Qualitäten einer Metropolregion betont. Jeder dieser Aspekte steht in einem engen, rückgekoppelten Verhältnis zu den anderen. Auch wenn es keine einfach zu definierenden Maßstäbe für Kreativität, kosmopolitische Einstellungen und mobilisierende Chancen, aber auch für integrative, sozial gerechte und human gestaltete Stadträume gibt, so besteht eine hohe Aufmerksamkeit für die vielfältigen Ausdrucksformen ihrer realen Existenz innerhalb der jeweiligen Stadtbevölkerung und in der allgemeinen Debatte über Qualitäten einzelner Metropolregionen jenseits der simplen Ran-

kings. Diese komplexe Form von Urbanität zu verstehen und zeitgemäß zu gestalten ist ein primäres Ziel aller hier betrachteten Großstädte. Entscheidend wird sein, wieviel Substanz die politischen Akteure derartigen Zielvorstellungen begeben, um die vorhandenen Potenziale zu aktivieren und in eine dauerhafte Dynamik zu überführen.

1. Einleitung

Angesichts wesentlicher struktureller Trends der räumlichen Entwicklung in Europa und in Deutschland ist die Umsetzung eines Leitbildes mit der Perspektive der „wachsenden Stadt“ als höchst ambitionierte Aufgabe anzusehen. Die zu bewältigenden Handlungsanforderungen für Großstädte und Metropolregionen werden zunächst durch die zunehmende weltweite Integration bestimmt. Sie transformieren Städte zunehmend zu Knoten in globalen Netzwerken und erfordern Positionsbestimmungen über Funktionen, Spezialisierungsfelder und strategische Ziele innerhalb weltumspannender Städtesysteme. Dabei kann es sich beispielsweise um Kontrollfunktionen handeln, ausgedrückt beispielsweise als Sitz und Entscheidungszentrum transnationaler Unternehmen, oder um Handels- und Vermittlungsfunktionen für weltumspannende und kontinentale Handels- und Dienstleistungsströme.

Allerdings erfolgt die Stadtentwicklung nicht losgelöst von der konkreten örtlichen und regionalen Einbettung. Zum einen ist damit das Potential und die Fähigkeit angesprochen, eine entsprechende Wettbewerbsfähigkeit im Städtesystem aufbauen und sichern zu können. Zum anderen zeigt sich hier eine weitere grundlegende Handlungsanforderung. Besonders die Kerne von Verdichtungsräumen haben auf die demographische Entwicklung, d.h. auf substantielle Rückgangsszenarien sowie auf die anhaltende Suburbanisierung der Bevölkerung und des Gewerbes zu reagieren. Stark verbesserte Kommunikationstechnologien und die steigende Mobilitätsfähigkeit erzeugen „Revolutionen der Erreichbarkeit“, die Standortbewertungen im stadtreionalen Kontext umwälzen. Bezeichnungen wie „schrumpfende Stadt“ verweisen derzeit eher auf Rückbau, ansteigende Finanzknappheit und soziale Spannungen, die vielen Zielen der Stadtentwicklung entgegenstehen.

Bisher sind die Verdichtungsräume zweifellos die wirtschaftlichen Motoren im europäischen Wirtschaftsraum gewesen. Jedoch lassen die gegenwärtigen Tendenzen grundlegende Prozesse räumlich ungleicher Entwicklung deutlich werden, die zu einem Nebeneinander dynamischer und stagnierender Regionen führen. Spätestens mit Einsetzen des strukturellen Umbruchs der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, verbunden mit der Deindustrialisierung, Globalisierung und dem Übergang zur wissensintensiven Wirtschaft sind die Städte nicht mehr automatisch mit den Orten des Wachstums und der Innovation gleichzusetzen. Wo neue und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze entstehen, wo sich „kreative Milieus“ und „regionale Innovationssysteme“ ausbilden, ist heute nicht mehr allein eine Frage oberzentraler Ausstattungsmerkmale wie dichte Infrastruktur, (technische) Universitäten und gewerbliche Vielfalt, sondern das Ergebnis des Zusammenspiels vielfältiger „harter“ und „weicher“ Standortfaktoren.

Prämissen unserer Bearbeitung

Vor diesem Hintergrund ist es eine vordringliche Aufgabe der Akteure in den Zentren der Verdichtungsräume, Handlungskonzepte für diese strukturellen Anforderungen zu erarbeiten. Unsere Bearbeitung geht dafür von drei Positionen aus:

- „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist ein Leitbild für eine offensive Positionierung der Kernstadt und der Metropolregion Hamburg im Kontext des wirtschaftlichen Wandels und der Neubewertung von Standorten im zusammenwachsenden Europa.

Gleich einem Unternehmen, das gezwungen ist, für seine Produkte Märkte zu definieren und diese strategisch zu erschließen und zu sichern, sind Regionen unter den gegenwärtig herrschenden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgefordert, den Bestand an wirtschaftlichen Potentialen im Hinblick auf nationale und weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und zielgerichtet auszubauen.

- „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist ein Leitbild für eine Dynamisierung des Arbeitsmarktes besonders vor dem Hintergrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit in der Region und zunehmender räumlicher Ungleichgewichte in der Beschäftigungssituation zwischen der Kernstadt und dem Umland. Dieses Ziel ist einerseits auf eine quantitative Zunahme ausgerichtet, die die bestehenden Qualifikationsniveaus berücksichtigt. Das bedeutet, dass Beschäftigungszuwächse insbesondere auch bei einfachen und mittleren Qualifikationsstufen anzustreben sind. Andererseits bilden Qualifizierungsstrategien den Kern präventiver Arbeitsmarktpolitik, um den wachsenden und sich verändernden Arbeitsmarktanforderungen zu begegnen.
- „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist ein Leitbild gegen die zunehmende Suburbanisierung und Flächeninanspruchnahme in ländlichen und naturnahen Räumen. Zu stärken sind daher Ansätze zur Nachverdichtung, Konversion, Nutzungsmischung und Innenentwicklung, die mit einer bewussten Zentrenbildung und Konzepten für die Zwischenräume verbunden sind. Solche Anforderungen entsprechen Prinzipien einer nachhaltigen Siedlungsstruktur auf lokaler, regionaler und nationaler Maßstabsebene. Wir gehen dabei von einer komplementären Ergänzung der Leitbilder „Kompakte Stadt“ für die Kerne sowie der Konzepte „Zwischenstadt“ und „network cities“ für die umgebende Stadtlandschaft aus.

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele, die mit dem Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ verbunden werden können, dürfen nicht isoliert betrachtet werden. So weist eine rein wirtschaftliche Perspektive, verbunden mit einem quantitativen Wachstumsbegriff, allein keine Zukunftsorientierung auf. Wachstumsprozesse werden erst dann die Lebensqualität der gegenwärtigen und zukünftigen Bewohner der Stadt verbessern, wenn Indikatoren in allen drei genannten Zielbereichen positiv verändert werden können. Umgekehrt ist auch klar, dass ohne wirtschaftliche Dynamik keine Potenziale verfügbar werden, um weiterreichende sozial- und umweltpolitische Maßnahmen zu realisieren.

Diskussion des Leitbilds „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“

Die vorangegangenen Bemerkungen machen deutlich, dass das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ mit verschiedenen normativen Vorstellungen belegt ist, die sich zum einen aus den Prinzipien der Nachhaltigkeitsdiskussion mit ihren Zielen der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Umwelt- und Sozialverträglichkeit, zum anderen aus raumordnungs- und stadtentwicklungspolitischen Zielen zur groß- und kleinräumlichen Flächennutzung herleiten. Wir verzichten hier auf eine grundsätzliche Betrachtung der bestehenden Leitbilddebatte, die sich in den letzten Jahren geradezu boomhaft ausgebreitet hat (vgl. z.B. die Beiträge in Brake et al. 2001, Wentz 2000) und beschränken uns hier auf eine knappe Bestimmung zentraler Begriffe dieser Diskussion.

Die Thematisierung der Stadtentwicklung erfolgt in der internationalen Debatte derzeit primär unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung und der Rolle der Städte als Knoten in den zunehmenden weltweiten Verflechtungen. Zentrale Begriffe sind hier „Global Cities“ - besonders geprägt von Saskia Sassen - und „World City Regions“. Der zuletzt genannte Begriff verweist auf die vorherrschende Sichtweise, dass Städte nicht in ihren politisch-

administrativen Grenzen zu sehen sind. Vielmehr werden sie als Funktionsräume konzeptionalisiert, die durch Pendelzeiten von bis zu zwei Stunden oder Ausdehnungen von ca. 100 km charakterisierbar sind. Auch wenn „World City Regions“ jeweils durch einen Städtenamen bezeichnet werden wie Los Angeles oder London, sind sie keineswegs ausschließlich monozentrisch und in ihren intraregionalen Beziehungen radial strukturiert. Charakteristisch für gegenwärtige Trends ist vielmehr eine offene Vernetzung in der Region, verursacht durch dynamische Entwicklungen außerhalb der historischen Zentren. Beispielsweise dient der Begriff „Edge City“ zur Beschreibung von neuen Zentren in einer Stadtregion, deren Entwicklung sich weitgehend autonom von den etablierten Zentren vollzieht. Weiterhin entwickelt sich eine tangential verlaufende Verkehrsinfrastruktur, die Bewegungen unabhängig von den alten Kernen erlaubt. Wenn eine relativ unstrukturierte Stadtregion oder Stadtlandschaft vorzufinden ist, werden Begriffe wie „Netzwerk-Stadt“ oder „Patchwork Metropolis“ verwendet.

Im deutschsprachigen Raum wird mit dem Begriff „Zwischenstadt“ auf eine tendenzielle Bedeutungsverschiebung zugunsten des suburbanen Raums hingewiesen (Sieverts 1998). Der Begriff bezeichnet Übergangszonen zwischen den hochverdichteten Kernen und den ländlichen Räumen. Eine große Rolle spielen sowohl veränderte Stadt-Umland-Beziehungen, wie sie zum Beispiel mit Bezug auf die „World City Region“ erläutert worden sind, als auch eine Fokussierung auf Gestaltungsmöglichkeiten am Stadtrand und in der suburbanen Zone, die bisher wegen der vorherrschenden Zentrenorientierung übersehen worden sind.

Unter der Bezeichnung „kompakte Stadt“ wird ein Diskurs geführt, der an das traditionelle europäische Stadtbild anknüpft. Angesichts der zunehmenden Tendenzen der Zersiedelung, Suburbanisierung und Entgrenzung der Stadt, werden hier die Vorteile der Dichte, der kleinräumigen Nutzungsmischung und Urbanität in den Vordergrund gerückt. Die Rede über die „kompakte Stadt“ wird dabei häufig als Gegendiskurs zur Zwischenstadt und der darin reflektierten schrumpfenden und gestaltungsunfähigen Kernstadt begriffen. Dieses scheint jedoch angesichts der bestehenden raumstrukturellen Entwicklungen als überzogen. Die kompakte Stadt ist eher als Leitfaden für die Innenentwicklung und Zentrenstärkung, die Zwischenstadt oder Netzwerk-Stadt eher als Orientierung für die Regionalentwicklung und Raumordnung der Verdichtungsräume bzw. Metropolregionen insgesamt anzusehen. Im vorliegenden Gutachten wird von der Möglichkeit einer komplementären Nutzung beider Konzepte ausgegangen, obgleich die Betonung hier auf solche Aspekte gelegt wird, die mit Überlegungen zur kompakten Stadt zusammenhängen.

Aufbau des Gutachtens

Angesichts der Breite und der Vielfalt der Aspekte, die bei einer erschöpfenden Auseinandersetzung mit dem Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ zu berücksichtigen wären, kann das vorgelegte Begleitgutachten nicht den Anspruch erheben, dass alle notwendigen analytischen Arbeiten für eine angemessene Beurteilung der verschiedenen Implikationen des gewählten Leitbildes an dieser Stelle realisiert werden. Unser Vorgehen orientiert sich vielmehr an der Herausstellung einzelner Themenfelder mit strategischer Bedeutung, die in der Umsetzung des Leitbildes erfolgreich bearbeitet werden müssen. Diese werden in Kap. 2 auf konzeptioneller Ebene und in Kap. 3 an wegweisenden Beispielen europäischer Metropolregionen diskutiert.

Die Auswahl der Themenfelder hat sich als erstes davon leiten lassen, dass das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ häufig Bezug auf die Stabilisierung und die Zu-

nahme der Bevölkerung nimmt. Wichtig ist hier zum einen der Aspekt der Zuwanderung aus dem übrigen deutschen und dem internationalen Raum, zum anderen die Frage, wie eine wachsende Bevölkerung in der Kernstadt gehalten werden kann und nicht in die ausufernden äußeren Bereiche der Metropolregionen abwandert.

Da Veränderungen der Bevölkerung und Wanderungsprozesse zu einem erheblichen Grad als abhängige Größe vom Angebot an Arbeitsplätzen und von der ökonomischen Entwicklung insgesamt anzusehen sind, hat das zweite Themenfeld die wirtschaftliche Entwicklung zum Gegenstand. Hier geht es besonders um solche Wachstumsstrategien, die sich mit verschiedenen Formen von Clusteransätzen und den Bedingungen ihrer regionalen Implementation beschäftigen.

Die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Wirtschaft zur Fläche sind offenkundig und werden abschließend thematisiert. Werden Wachstumsprozesse mit Prinzipien der kompakten Stadt verknüpft, entstehen erhebliche Anforderungen an das Flächenmanagement, denn Flächen sind in der Kernstadt nicht nur knapp, sondern, einmal bebaut, persistent gegenüber Neu- oder Umnutzungen. Auch in diesem Punkt müssen wir exemplarisch vorgehen und können die vielfältigen integrierenden Aspekte wie wirtschaftliche Flächennutzungen und den Immobiliensektor oder die Wohn-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie den Verkehr in Rückkopplung zu den unterschiedlichen Zielgruppen nur summarisch ansprechen.

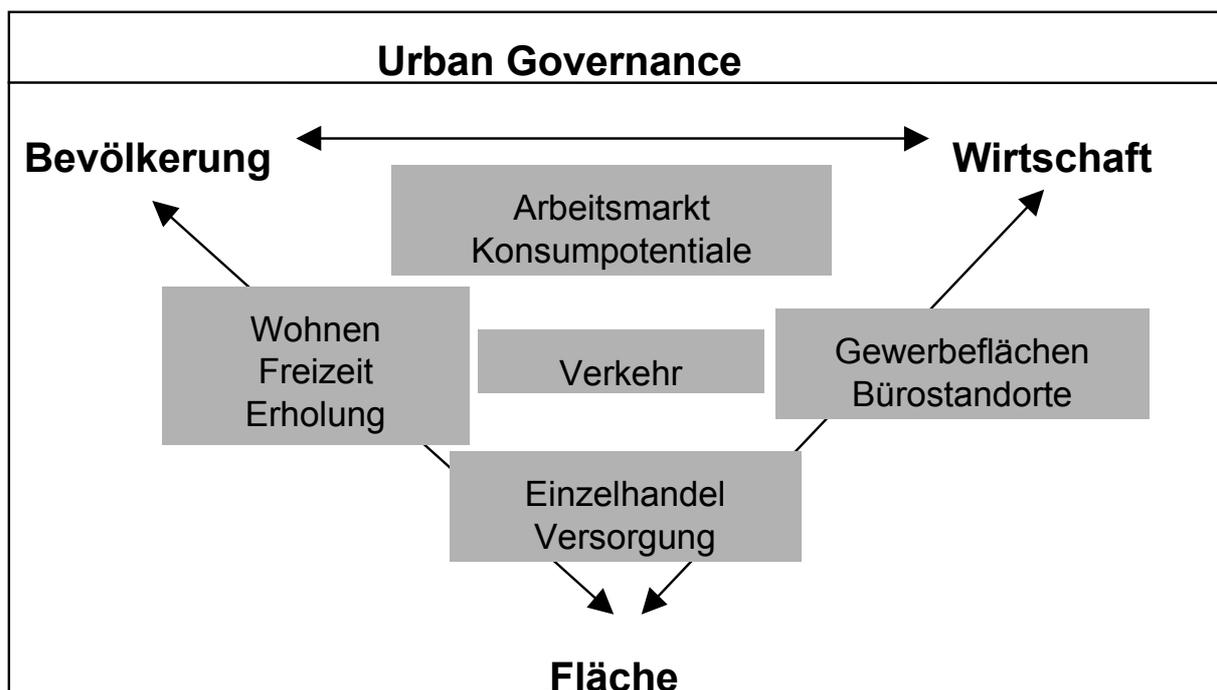


Abb. 1: Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“: Relevante Untersuchungsaspekte

Quelle: Eigene Darstellung

2. Konzeptionelle Grundlagen für ein Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“

„In Deutschland verzeichnen wir bei zunehmender Lebenserwartung eine auf niedrigem Niveau stagnierende Geburtenrate. Dies beeinflusst den Bevölkerungsaufbau so grundlegend, dass neben quantitativen Veränderungen eine Reihe qualitativer Umstrukturierungen die Folge sein werden: Die Arbeitsstrukturen werden sich ändern, ebenso die Familienstrukturen. Der demographische Wandel wird in viele Bereiche menschlichen Lebens ausstrahlen, wobei die Konsequenzen noch nicht im einzelnen absehbar sind. Er vollzieht sich in einer Zeit des wirtschaftlichen Wandels, der rapiden technischen und sozialen Veränderungen. Bei zunehmender Spezialisierung und Qualifizierung erneuert sich das aktuelle Berufswissen in immer kürzeren zeitlichen Abständen.“ Diese Sätze stehen am Anfang des Abschlussberichts der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (Enquete DBT 2002).

Diese Aussagen sind auch für den Aufbau mittel- und langfristiger Entwicklungsperspektiven für Großstädte und Metropolregionen von zentraler Bedeutung, denn letztendlich sind die alten und neuen Stadtbewohner diejenigen, die über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, über die Qualität des Wohnumfeldes und über die Anpassungsfähigkeit der Stadtregion entscheiden. Während Deutschlands Bevölkerung insgesamt drastisch abnehmen wird, vergrößert sich der Anteil der Älteren und verkleinert sich der der Berufstätigen. Vor diesem Hintergrund wäre ein Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ bereits als erfolgreich zu bezeichnen, wenn dieser strukturelle Trend langsamer und zeitlich versetzt verlaufen würde. Chancen dafür ergeben sich durch geeignete konzeptionelle Entwürfe und strategisch ausgerichtete Handlungsentwürfe, die auf Zu- und Abwanderungsprozesse, gezielte und konzentrierte Formen der Wirtschaftsförderung sowie eine zukunftsorientierte Flächenpolitik gerichtet sind. Einige der entscheidenden Themenfelder werden im folgenden erörtert.

2.1. Bevölkerungsentwicklung der „wachsenden Stadt“: Demographische Trends in Stadtregionen

Für die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Kernstädten und ihre Veränderung durch natürliche Prozesse und Zu- bzw. Abwanderungen lassen sich im Vergleich zum Umland und zu ländlich geprägten Räumen charakteristische Eigenschaften benennen, die auch für die Entwicklung in Hamburg typisch sind (vgl. Tab. 1):

- Natürliche Bevölkerungsbewegung: geringere Geburten- und höhere Sterberaten, insgesamt Sterbeüberschuss, allerdings nicht für Ausländer, die – u.a. aufgrund der abweichenden Altersstruktur mit einem geringeren Anteil an älteren Menschen – einen Geburtenüberschuss aufweisen;
- Altersstruktur: geringerer Anteil von Kindern, darunter hoher Anteil ausländischer Kinder (s.o.); höherer und ansteigender Anteil von alten Menschen und Personen im erwerbsfähigen Alter;

- Haushaltsstruktur: höherer Anteil von Einpersonenhaushalten, weniger Haushalte mit Kindern, darunter höherer Anteil Alleinerziehender;
- Nationalität: höherer Anteil von Ausländern unterschiedlicher Nationalitäten;
- Erwerbstätigkeit: höhere Erwerbsquoten;
- Sozialstruktur: höhere Anteile von sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, gemessen an der Sozialhilfedichte.

Gäbe es keine Wanderungen und folgte die natürliche Bevölkerungsbewegung den genannten Trends, würde die Bevölkerung der Kernstadt schrumpfen und altern, der Ausländeranteil würde anfangs stark steigen und auf hohem Niveau verbleiben. Vielfältige Wandervorgänge beeinflussen diese Entwicklung jedoch in positiver Weise und sind daher nicht nur für die städtische Bevölkerungsentwicklung, sondern auch für die städtische Wirtschaftsentwicklung von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig sind es vor allem wirtschaftliche Aspekte wie die in der Stadt konzentrierten wirtschaftlichen Funktionen und die Einkommensentwicklung, die zu selektiven Wanderungsprozessen führen und damit eine Erklärung für die abweichende Bevölkerungsstruktur der großen Städte liefern.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg, Januar-Dezember 2001

	Total	Deutsche	Ausländer	Anteil der Ausländer
Bevölkerungsstand Anfang Jan. 2001	1.715.392	1.453.506	261.886	15 %
Lebendgeborene	15.787	14101	1686	11%
Gestorbene	17.869	17393	476	3%
<i>Saldo nat. Bevölkerungsbewegung</i>	<i>-2.082</i>	<i>-3.292</i>	<i>+1.210</i>	
Zuzüge über die Landesgrenze	82.352	54.239	28.113	34%
Fortzüge über die Landesgrenze	68.916	48.604	20.312	29%
<i>Wanderungssaldo</i>	<i>+13.436</i>	<i>+5.635</i>	<i>+7.801</i>	
<i>Bevölkerungsveränderung durch Wanderungen und natürliche Bevölkerungsbewegungen</i>	<i>+11.354</i>	<i>+2.343</i>	<i>+9.011</i>	
Änderungen durch Staatsangehörigkeitswechsel und statistische Korrekturen	-383	+9.106	-9.789	
Bevölkerungsstand Ende Dez. 2001	1.726.363	1.465.255	261.108	15%

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

2.1.1. Selektive Zu- und Abwanderungsprozesse in Städten

Die Charakterisierung von Zu- und Abwanderungsprozessen erfolgt statistisch über soziodemographische Merkmale, die neben Alter, Geschlecht, Nationalität und Haushaltstypen auch ökonomisch relevante Merkmale wie Ausbildung und Beruf(sziel) sowie Herkunfts- und Zielort der Wanderung umfassen. Will man Zu- und Abwanderungsprozesse erklären und beeinflussen, sind außerdem Wanderungsmotive und Beweggründe für die Wanderung zu berücksichtigen.

Beschränkt man die Betrachtung zunächst auf freiwillige Wanderungen, so sind als wichtigste Wanderungsmotive in modernen Dienstleistungsgesellschaften die Suche nach bzw. die Wahrnehmung von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie die Verbesserung der Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation zu nennen. In der Regel liegt Wanderungspro-

zessen eine Kombination dieser Motive zugrunde, wobei jedoch häufig ein „Leitmotiv“ den Auslöser für die Wanderung bildet. Kuls und Kemper (2000, 238) bringen vier vorherrschende Leitmotive mit der Wanderung bestimmter Altersgruppen in Verbindung (Tab. 2).

Tab. 2: Idealtypische Zuordnung von Altersgruppen und Leitmotiven von Wanderungsprozessen

Altersgruppe	Leitmotive der Wanderung	
16-20 bzw. 18-24 Jahre	Bildungsorientierung	Suche nach bzw. Wahrnehmung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
21-34 bzw. 25-29 Jahre	Arbeitsplatzorientierung	
35-49 bzw. 30-49 Jahre (+ 0-17 Jahre)	Wohnumfeldorientierung	Verbesserung der Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation
über 49 Jahre	Ruhesitzorientierung	

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Basis von Kuls/Kemper 2000: 238 ff.

Den Überlegungen von Kuls und Kemper (2000) liegt das Konzept des Lebenszyklus zugrunde, demzufolge bestimmte Altersgruppen mit bestimmten Haushaltstypen korrelieren, die wiederum spezifische Bedürfnisse haben: vom Einpersonenhaushalt des jungen Erwachsenen über den Zweipersonenhaushalt zweier noch immer recht junger Erwachsener über den zunächst wachsenden, dann stagnierenden und später schrumpfenden Mehrpersonenhaushalt mit Kindern zum Zwei- und später Einpersonenhaushalt älterer Menschen.

Modell der Wanderungsvorgänge in Verdichtungsräumen

Abb. 2 zeigt ein auf diesen konzeptionellen Überlegungen basierendes idealtypisches Modell der Wanderungsvorgänge in Verdichtungsräumen. Es unterscheidet zwischen Kernbereich bzw. Kernstadt und den Randbereichen bzw. dem Umland eines Verdichtungsraums sowie anderen Standorten außerhalb des Verdichtungsraums. Das Modell verdeutlicht die zwischen diesen geographischen Kategorien bestehenden Wanderungsverflechtungen in idealisierter Weise. Demnach wandern Mehrpersonenhaushalte, und zwar vor allem der wachsende und der stagnierende Typ, in erster Linie zentrifugal innerhalb der Region, d.h. aus den Kern- in die Randbereiche. Diese klassischen Suburbanisierungsprozesse führen zu Wanderungsgewinnen in den Randbereichen und zu Wanderungsverlusten in den Kernbereichen (so auch in Hamburg, vgl. Tab. 3). Wanderungen von Mehrpersonenhaushalte finden außerdem innerhalb der jeweiligen Bereiche des suburbanen und auch des Kernraums statt sowie aus und von anderen Städten. Dagegen weisen Einpersonenhaushalte, darunter auch alte Menschen, ein zentripetales Wanderungsmuster auf bzw. wandern aus anderen Städten zu, und zwar vorrangig in die Kernbereiche.

Tab. 3: Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hamburg, Januar-Dezember 2001

	Total	Umland	sonstige
Zuzüge über die Landesgrenze	82.352	16.136	66.216
Fortzüge über die Landesgrenze	68.916	22.923	45.993
<i>Saldo</i>	<i>+13.436</i>	<i>-6.787</i>	<i>+20.223</i>
p.m. Umzüge innerhalb Hamburgs	112.050		

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

Ebenso wie in anderen großen Städten treten gemäß empirica-Studie in Hamburg als Suburbanisierer vor allem Personen auf, die mittleres und höheren Alters sowie deutsche Nationalität haben, tendenziell eher in größeren Haushalten leben und mit mittleren bis höheren Einkommen ausgestattet sind (vgl. Krings-Heckemeier et al. 2000). Die empirica-Studie weist darauf hin, dass die von diesen Gruppen ausgehenden Suburbanisierungsprozesse in Zusammenhang mit der städtischen Wohnungsmarktentwicklung und den hier gegebenen Möglichkeiten des Eigentumserwerbs stehen. Auch wenn zweifellos eine positive Korrelation zwischen dem Wunsch nach Wohneigentum und suburbaner Orientierung besteht, sind diese Aspekte in Hinsicht auf wohnungspolitische Maßnahmen getrennt zu betrachten. Wohneigentum steht primär mit finanziellen Ressourcen und mittel- bzw. langfristiger Kapitalbindung in Verbindung, auf die sich eine andere Förderkulisse beziehen muss, als auf suburbane Orientierung, die mit großzügiger Wohnfläche im Eigenheim/Reihenhaus und Garten zusammenhängt.

Einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt bilden jedoch auch die nicht unerheblichen Zuzüge aus dem Umland (vgl. Tab. 3). Hier sind als besonders wichtige Gruppe im Umland lebende Menschen mit einer Ausbildungs- oder Arbeitsplatzorientierung zu nennen, also vor allem junge Leute und Ein- bis Zweipersonenhaushalte. Eine andere Gruppe, die angesichts veränderter Lebensstile zukünftig ein nicht unbedeutendes Potential darstellen könnte, sind im Umland lebende Menschen mit einer auf städtische Milieus ausgerichteten Wohnumfeld- oder Ruhesitzorientierung, insbesondere Personen mittleren und höheren Alters und Ein- bis Zweipersonenhaushalte.

Abb. 3 zeigt am Beispiel der Wanderungsverflechtungen zwischen Hamburg und dem niedersächsischen Umland (bestehend aus den Kreisen Stade, Harburg, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingb., Cuxhaven), dass die Wanderungssalden der älteren Menschen (ab 50 Jahre) in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aus Hamburger Sicht zwar weiter negativ sind, aber seit 1998 mit deutlich sinkender Tendenz. Inwieweit dieser Trend sich fortsetzt und verstärkt und man von einer Reurbanisierung im Sinne von wohn-, versorgungs- und freizeitorientierten Um- bzw. Rückzugsprozessen aus dem Umland in die Stadt sprechen kann, bleibt derzeit abzuwarten. Eine so gefasste Reurbanisierung vor allem älterer Menschen wird jedoch vielfach konstatiert und prognostiziert und erscheint angesichts der veränderten Lebensstile vieler älterer Menschen auch plausibel. Für Hamburg wird die Reurbanisierung älterer Menschen in einer Wohnungsmarktanalyse von Haspa, Grossmann & Berger und der LBS sogar als einer der zentralen Trends der zukünftigen Wohnungsnachfrage gesehen: „Die Haushalte der Zukunft werden ihre Wohnsituation immer häufiger ihren sich ändernden Lebensumständen anpassen. Selbst wenn man des Häuschens im Grünen wegen vor die Tore der Stadt gezogen ist, gewinnt die City doch

wieder an Attraktivität, sobald die Kinder erwachsen und aus dem Haus sind. Das Eigenheim im Umland entwickelt sich immer mehr zu einer ‚Lebensabschnittsimmobilie‘. Viele ältere Hamburger, die heute noch im Umland wohnen, planen den Umzug zurück in die Metropole.“ (vgl. Haspa et al. o.J, 9).

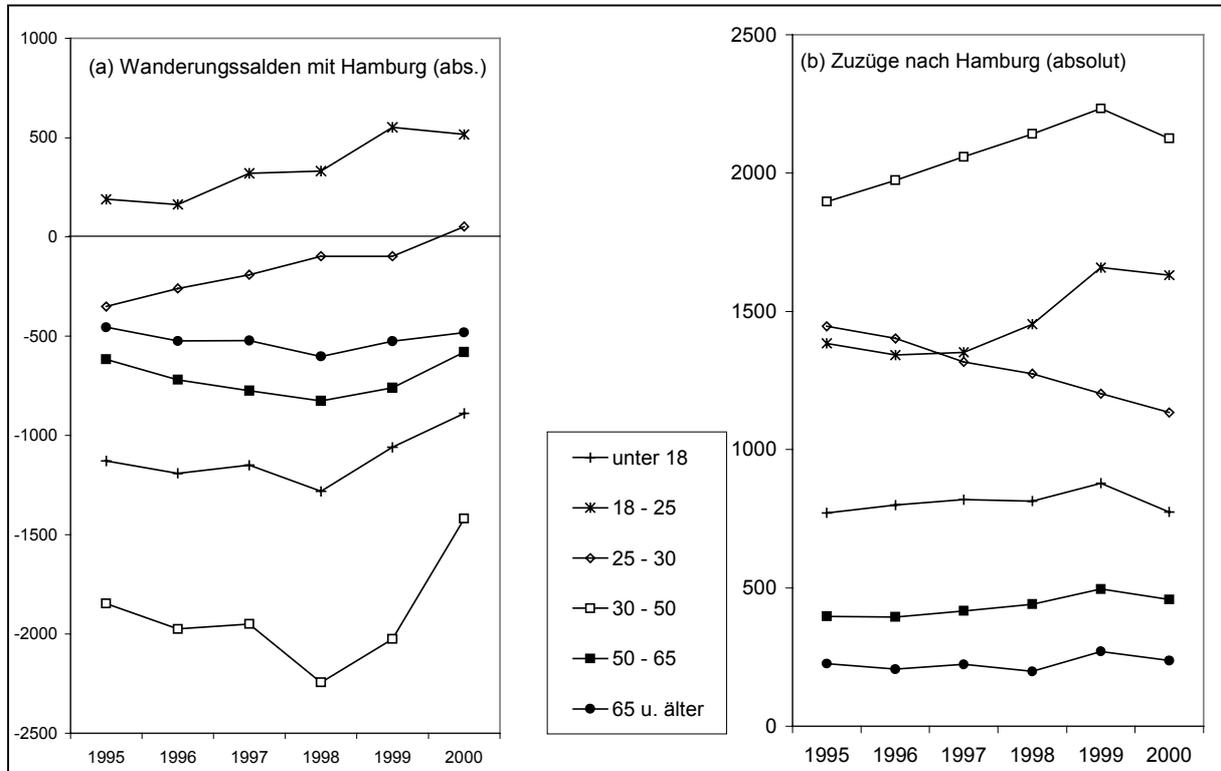


Abb. 3: Wanderungsverflechtungen des niedersächsischen Teils der Metropolregion mit Hamburg nach Altersgruppen:
 (a) Wanderungssalden mit Hamburg (absolut)
 (b) Zuzüge nach Hamburg (absolut)

Quelle: Statistisches Landesamt Niedersachsen

Fernwanderung

Negative Wanderungssalden mit dem Umland werden in den meisten großen Städten - und so auch in Hamburg (vgl. Tab. 3) - durch positive Fernwanderungssalden ausgeglichen oder sogar überkompensiert. Dies gilt allerdings nicht für alle Städte, insbesondere ostdeutsche und auch einige westdeutsche Städte sind in den 1990er Jahren in Hinblick ihrer Bevölkerungszahlen geschrumpft. Neben Suburbanisierungsprozessen sind hierfür vor allem überregionale Abwanderungsbewegungen verantwortlich. Bei der Fernwanderung sind verschiedene Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Wanderungsmotiven zu unterscheiden.

Als wichtigstes Wanderungsmotiv für die (freiwillige) Fernwanderung gilt die Arbeitsplatzorientierung. Bei der arbeitsplatzorientierten Zu- und Abwanderung überwiegen Menschen mit überdurchschnittlicher Qualifikation und hohem Einkommen, meist jüngeren und mittleren Alters und zu einem großen Teil aus dem Inland (Kuls/Kemper 2000: 227ff.). Insbesondere bei jenen, die mit Familie kommen, erfolgt die Zuwanderung allerdings nur teilweise in die

Kernstadt. Für eine Wohnortwahl im Umland gelten ähnliche Beweggründe wie für die oben diskutierten Suburbanisierer.

Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten sind außerdem überregionale bildungsorientierte Zuwanderer zu berücksichtigen. Diese sind mit der entsprechenden Gruppe aus dem Umland (s.o.) zwar vergleichbar, doch deutet die durch Fernwanderung belegte hohe räumliche Mobilität auch auf höhere Qualifikationsziele hin. Da es sich fast ausschließlich um junge Erwachsene ohne Kinder handelt, die in der Region nicht verankert sind, kann von einer starken Kernstadtorientierung ausgegangen werden. Während bildungsorientierte Zuwanderer aus dem Ausland häufig nur für einen befristeten Zeitraum zuwandern, verbleiben viele Bildungszuwanderer aus dem Inland auch nach Abschluss der Ausbildungsphase in der Region.

Neben den arbeitsplatz- und bildungsorientierten Zuwanderern aus dem Inland muss eine auf Wachstum der Kernstadt ausgerichtete Politik jedoch weitere Gruppen und Wanderungsgründe berücksichtigen, deren Quantifizierung mangels geeigneter statistischer Daten schwierig ist und die insbesondere die Zuwanderung aus dem Ausland betreffen.

Lässt man die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte unberücksichtigt – diese ist mit der arbeitsplatzorientierten Zuwanderer aus dem Inland vergleichbar –, so erfolgt Zuwanderung aus dem Ausland oftmals als Flucht oder mit Hilfe von persönlichen Netzwerken, die z.B. infolge der Gastarbeiterzuwanderung der 1960er und 1970er Jahre entstanden sind (Familiennachzug etc.). Sowohl die offizielle als auch die inoffizielle Variante dieser Zuwanderung aus dem Ausland wird zu einem größeren Teil von Bevölkerungsgruppen getragen, deren Einkommen und Qualifikationen im Kontext des hiesigen Arbeitsmarktes deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Von der Altersstruktur überwiegen hier eher Menschen jüngeren und mittleren Alters.

Die Berücksichtigung dieser nicht unerheblichen Zuwanderung im Rahmen eines Konzepts „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist besonders schwierig. Dies liegt zum einen daran, dass die Wanderungsmotive sehr heterogen sind (von Zwangsmigration über familiäre Gründe bis hin zur Arbeitsplatzorientierung). Zum anderen unterliegen zuwandernde Ausländer in dieser Gruppe besonderen rechtlichen Regelungen im Hinblick auf ihren Wohnstandort, die Aufenthaltsdauer und die Möglichkeit zu arbeiten, die von der städtischen Politik kaum beeinflusst werden können. Diese Regelungen wirken größtenteils als Restriktionen, beinhalten aber auch bestimmte Rechte (Flüchtlingsstatus, Familiennachzug). Neben den möglicherweise verursachenden „Push-Faktoren“ in anderen Ländern stellen diese Regelungen selbst einen Einflussfaktor für den Umfang der Zu- und auch der Abwanderung dar. Dies ist für Hamburg insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden EU-Osterweiterung relevant.

2.1.2. *Ausdifferenzierung der Haushaltsformen und Lebensstile und die Bedeutung im kleinräumigen Kontext*

Die bisherigen Ausführungen zu Umland- und Fernwanderungen und das oben skizzierte Modell können nur einen stark vereinfachten Überblick über die Bevölkerungsentwicklung und das Wanderungsgeschehen großer Städte geben. Erklärungen für Wanderungen lassen sich nicht auf ein Leitmotiv reduzieren, vielmehr basieren realisierte Wanderungsbewegungen auf komplexen Kombinationen unterschiedlicher Faktoren. Dies gilt insbesondere für

Mehrpersonenhaushalte, deren Mitglieder unterschiedliche Bedürfnisse und Interessenschwerpunkte haben.

Des Weiteren spiegelt das dem Modell zugrundeliegende Konzept des Lebenszyklus die Realität heute nur noch sehr eingeschränkt wider. So hat der Anteil der Singlehaushalte unter den Erwachsenen jungen und mittleren Alters deutlich zugenommen. Gleichzeitig ist mit dem allgemeinen Rückgang der Geburtenrate der Anteil der Haushalte mit Kindern deutlich gesunken, und aufgrund gestiegener Raten von Scheidungen und Geburten außerhalb der Ehe ist der Anteil von Alleinerziehenden-Haushalten unter den Haushalten mit Kindern gewachsen. Eine Typisierung der Zu- und Abwanderung auf der Basis von Altersgruppen und (angenommenen) Haushaltstypen vor dem Hintergrund des Lebenszyklus-Konzepts greift jedoch auch unter Einbeziehung dieser Aspekte zu kurz.

Zu berücksichtigen sind außerdem die sich mit der Ausdifferenzierung der Lebensstile ergebenden Veränderungen von Wohnstandortpräferenzen, die sich nur teilweise an den bisher diskutierten Merkmalen festmachen lassen und quer zu den oben skizzierten traditionellen Kombinationen von Alter, Haushaltstyp und Wohnstandort(wünsch)en laufen können. Die Ausdifferenzierung der Lebensstile artikuliert sich längst in veränderten Wohnwünschen und Wohnkonzepten. Damit muss die Dreizimmer-Wohnung für die Einheitsfamilie ergänzt werden durch vielfältige Wohnstrukturen. Schlaglichtartig sei hier die unter dem Stichwort „Gentrifikation“ geführte Debatte um die soziodemographischen Veränderungen und die bauliche Aufwertung innerstädtischer Wohnstandorte genannt. Bei den hieran beteiligten Bevölkerungsgruppen mit einer „urbanen Orientierung“ handelt es sich in erster Linie um Menschen, die in der Regel mindestens eines der folgenden Merkmale aufweisen: jung, einkommensstark, hohe Qualifikation bzw. hohes kulturelles Kapital. Diese fragen nicht-programmierte Räume zur individuellen Wohn-/Arbeitsraum-Gestaltung nach (vgl. 2.3.3).

Weiterhin muss beachtet werden, dass Wanderungen von Personen und Haushalten mit einer urbanen Orientierung noch weniger als bei traditionellen Wandervorgängen durch ein vorrangiges Leitmotiv erklärt werden können. Vielmehr sind Bildungs- bzw. Arbeitsplatzorientierung und Wohnumfeldorientierung eng gekoppelt. Insbesondere für urban orientierte Zuwanderer aus dem Umland, für die ein Umzug nicht durch einen Arbeits- und Ausbildungsplatzwechsel notwendig wird, stellt die kleinräumige Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation in den Wohnquartieren der Kernstadt im Vergleich mit dem bisherigen Wohnstandort die entscheidende Determinante der Wanderungsentscheidung dar. Bei der Zuwanderung aus anderen Regionen dagegen, und dies gilt insbesondere für hochqualifizierte Arbeitskräfte, ist zunächst das gesamtstädtische Angebot und Image entscheidend. Hier besteht also eine vorgelagerte Konkurrenz mit anderen Verdichtungsräumen, die allerdings die kleinräumig realisierbaren Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituationen einschließt. Diese Ausführungen verdeutlichen, dass die kleinräumigen Strukturen und Angebote in den Quartieren einer Stadt sowie das sich daraus ergebende Gesamtmuster nicht nur für intra- sondern auch für überregionale Wanderungsentscheidungen wichtig sind.

Neben flächenbezogenen Anforderungen hinsichtlich der Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation, die in 2.3 ausführlicher diskutiert werden, spielt auch die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und die Ausprägung des „Zusammen“-Lebens in der Stadt und den Quartieren eine wichtige Rolle für Wohnstandortentscheidungen. Hier bestehen sehr unterschiedliche Vorstellungen und Toleranzschwellen seitens der Bewohner einer Stadt(region). Im Gegensatz zu jenen, die eher ein möglichst homogenes soziales Umfeld bevorzugen – wie es

häufig in Einfamilienhausgebieten oder Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus vorzufinden ist –, legen Menschen mit einer urbanen Orientierung Wert auf eine Umgebung, die von Vielfalt und Toleranz geprägt ist – wie sie in vielen gründerzeitlichen und/oder innenstadtnahen Quartieren mit einer kleinräumigen Bevölkerungs- und Nutzungsmischung besteht. Für die Attraktivität gemischter Quartiere und den langfristigen Verbleib der interessierten Bevölkerungsgruppen ist daher nicht nur wichtig, inwieweit die lokale Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation den sich im Zeitverlauf verändernden Bedürfnissen ihrer Bewohner gerecht wird. Einen weiteren wichtigen Aspekt bildet die Entwicklung der Wohnbevölkerung, ihrer sozialen Interaktion und Kohäsion. Einen zentralen Aspekt bildet hier – und dies gilt nicht nur auf der Quartiersebene, sondern ist für die Lebensqualität in der gesamten Stadt relevant – die Integration von Ausländern sowie von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

2.1.3. Konsequenzen für Wachstumsstrategien

Aus diesen Überlegungen lassen sich für das Konzept der „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ Bevölkerungsgruppen herleiten, die für Wachstumsstrategien der Kernstadt besonders relevant sind. Die Festlegung dieser Gruppen verbindet verschiedene Kriterien – Herkunfts- bzw. Zielort sowie Motive einer möglichen Wanderung mit demographischen Merkmalen – im Sinne des Lebenszykluskonzepts und auf der Basis der Erkenntnisse über Wandervorgänge in der jüngeren Vergangenheit. Die im folgenden aufgelisteten Gruppen stellen somit Idealtypen, also Konstrukte dar, anhand derer Potentiale und Probleme diskutiert werden können, und die die Entwicklung politischer Konzepte unterstützen sollen:

- *(Potentielle) Suburbanisierer*: Haushalte, die (noch) in der Kernstadt leben, vor allem Haushalte mit Kindern, d.h. Mehrpersonenhaushalte, und Personen mittleren und *höheren Alters*;
- *Starter*: im Umland und in anderen Regionen lebende Menschen mit einer Ausbildungs- oder Arbeitsplatzorientierung, vor allem junge Leute und Ein- bis Zweipersonenhaushalte;
- *Reurbanisierer*: im Umland lebende Menschen mit einer urbanen Wohnumfeld- oder Ruhesitzorientierung, vor allem Personen mittleren und höheren Alters und Ein- bis Zwei-Personenhaushalte, eher ohne Kinder;
- *Transnationale Eliten*: hochqualifizierte Menschen aus dem In- und Ausland mit einer Arbeitsplatzorientierung, vor allem Personen mittleren Alters, teilweise mit Familie, die im Rahmen eines bereits vertraglich geregelten Arbeitsverhältnisses zuwandern, insbesondere bei Wechsel des Arbeitsplatzes innerhalb eines international tätigen Konzerns mit Niederlassung in Hamburg (z.B. Unilever, Vattenfall, Airbus);
- *Migranten*: niedrigqualifizierte Menschen, vor allem aus dem Ausland, die im Rahmen des Familiennachzugs als offizielle Flüchtlinge oder aber auch inoffiziell nach Hamburg kommen wollen und die sehr unterschiedliche Wandermotive haben.

Wichtige Faktoren für den Zuzug und den langfristigen Verbleib dieser Gruppen sind, mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung:

- Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation in der Stadt, evt. sogar im Wohnumfeld (alle außer Personen im Ruhestand, zuziehende Familienangehörige und Flüchtlinge);
- Kleinräumige Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation und ihre Flexibilität im Hinblick auf veränderte Bedürfnisse und Ansprüche, insbesondere für Haushalte mit Kindern (alle);

- Möglichkeit des Erwerbs von attraktiven Wohnungen (vor allem Sub- und Reurbansierer sowie teilweise transnationale Eliten);
- Ausmaß und Ausprägung der sozialen Kohäsion bzw. der sozialen Disparitäten in der Stadt und im Wohnumfeld (alle, insbesondere einkommensstärkere Gruppen).

Innerhalb der genannten Gruppen bilden jene Haushalte ein wichtiges Potential für langfristige (kern)städtische Wachstumsprozesse, die eine eher urbane Orientierung haben. Zwar weisen viele Quartiere in der Stadt – und dies gilt auch für Hamburg – suburbanen Charakter auf, doch sind entsprechende Erweiterungspotenziale begrenzt. Zudem ist anzunehmen, dass das anvisierte Bevölkerungswachstum mittel- bis langfristig den Charakter suburbaner Wohnquartiere in der Kernstadt so verändern wird, dass diese für Haushalte mit einer eher antiurbanen Orientierung an Attraktivität verlieren. Maßnahmen im Hinblick auf eine Verringerung der Abwanderung sollten daher jene Haushalte in den Vordergrund stellen, die dem Wohnen in der (Kern-)Stadt grundsätzlich positiv gegenüber stehen.

Vor dem Hintergrund der am Anfang dieses Kapitels skizzierten Trends ist besonderes Augenmerk darauf zu richten, die Attraktivität der Kernstadt und ihrer Quartiere für verschiedene Bevölkerungsgruppen und insbesondere für Haushalte mit Kindern zu erhalten und zu erhöhen. Zwar sind Befürchtungen, die Kernstadt entwickle sich zum Auffangbecken für jene, die sich den Umzug ins „grüne“ Umland nicht leisten können, im Falle Hamburgs bisher unrealistisch. Für langfristige Wachstumsprozesse der Bevölkerung sind neben Maßnahmen, die darauf abzielen, die Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation, sowie allgemein die Lebensqualität und soziale Kohäsion in der Stadt zu verbessern, wirtschaftliche Wachstumsprozesse von überragender Bedeutung. Eine positive Arbeitsmarktentwicklung stellt die entscheidende Determinante für die überregionale Zuwanderung und damit für das Bevölkerungswachstum der Kernstadt dar.

2.2. Arbeitsmarkt und Wirtschaft der „wachsenden Stadt“: Regionale Cluster und Innovationssysteme

Die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt folgt seit längerem einem Trend, der ungünstig für die Kerne der Verdichtungsräume in Deutschland verläuft. Starke Beschäftigungszuwächse im Umland und ein relativer Anstieg in vielen ländlichen Regionen stehen relative Beschäftigungsrückgänge in den Zentren gegenüber. Dieser Trend zuungunsten der Kerne der Verdichtungsräume ist auch in Hinblick auf höhere Qualifikationen, Personal in Forschung und Entwicklung sowie in der Einkommensentwicklung stabil (Abb. 4 a,b).

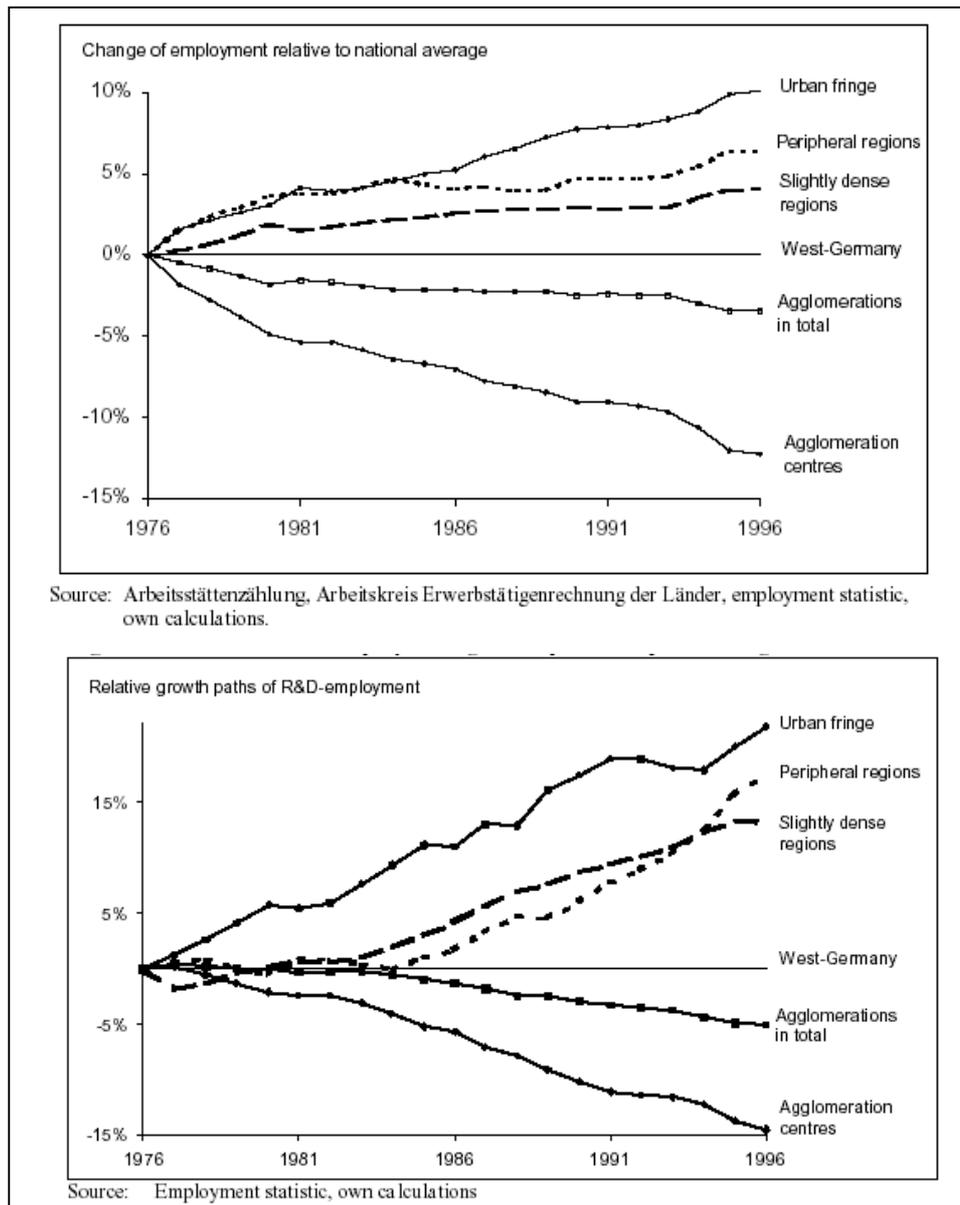


Abb. 4 a,b: Relative Beschäftigungsentwicklung in Deutschland (West) 1976-1996

Quelle: Bade et al. 2002

In Makroperspektive indizieren diese Daten eine Bewegung hin zur großräumigen Konvergenz, d.h. zu einer Angleichung der ökonomischen Potentialfaktoren zwischen den Regionen, besonders eine tendenzielle Nivellierung der historischen Stadt-Land-Unterschiede. Auch wenn die relative Betrachtung nicht über die nach wie vor beträchtlichen Dichte- und Leistungsunterschiede auch in den alten Bundesländer hinweg täuschen soll (Abb. 5), ist grundsätzlich von Angleichung primärer Standortfaktoren auszugehen, die zu einer zunehmenden raumbezogenen Freiheit und Unabhängigkeit der unternehmerischen Standortwahl geführt hat. Das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ stellt sich somit auch in Hinblick auf die räumliche Arbeitsmarktdynamik gegen einen strukturell wirksamen Trend.

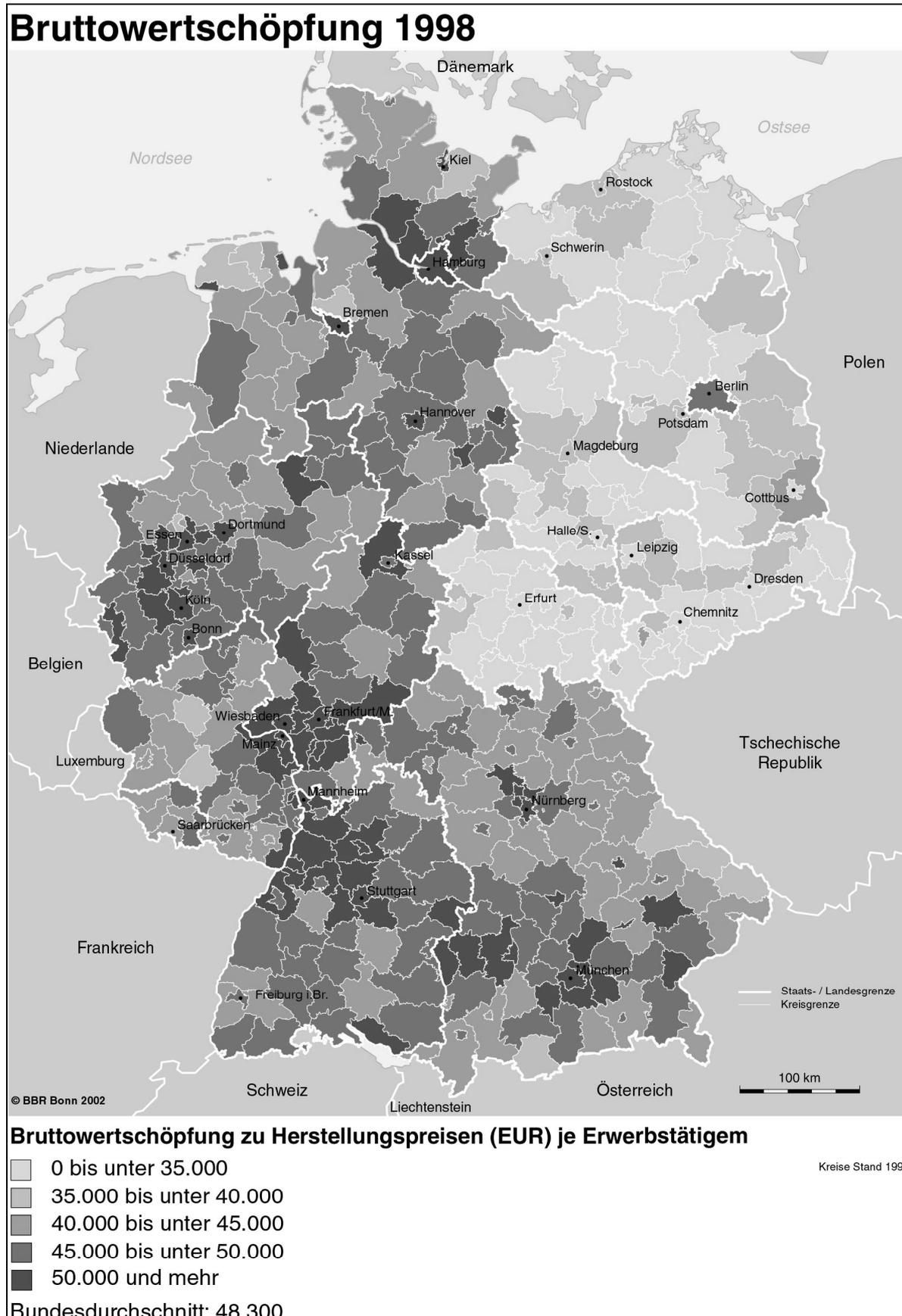


Abb. 5: Deutschland: Bruttowertschöpfung 1998 nach Landkreisen/Kreisfreie Städte

Quelle: BBR

Allerdings verdecken statistische Nachweise zur regionalen Konvergenz die Ergebnisse zahlreicher theoretischer und empirischer Untersuchungen zur zunehmenden regionalen Diversität der Formen, branchenbezogenen Zusammensetzungen und Dynamiken der wirtschaftlichen Entwicklung. Ohne auf die inzwischen ausufernde Literatur und die darin aufgeführten Argumente und vielfältigen Begründungen regionalspezifischer wirtschaftlicher Entwicklungsverläufe hier im einzelnen eingehen zu können (u.a. Lagendijk 2001), spielen zwei Aspekte eine hervorragende Rolle:

Zum einen beinhalten die durch technologische Innovationen entstandenen Informations- und Kommunikationsgeschwindigkeiten eine „Raum-Zeit-Kompression“, d.h. zeitliche und räumliche Distanzen spielen für wirtschaftliche Prozesse eine immer geringere Rolle und befördern damit tendenziell räumliche Konvergenzbewegungen. Gleichzeitig erlaubt diese entgrenzende Wirkung neuer Technologien aber eine genauere und feinere Betrachtung regionaler Unterschiede und ihre Bewertung für wirtschaftliche Wachstums- und Gewinnerwartungen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Möglichkeit für Unternehmen, dass sie geeignete regionale Bedingungen für sich ausnutzen können und auf diese Weise externe Ersparnisse realisieren bzw. Transaktionskosten vermindern. Dabei können die Zulieferbeziehungen ausschlaggebend sein wie beispielsweise in der Fahrzeugbauindustrie, oder Innovationsleistungen und darauf aufbauende Kommerzialisierungserfolge wie in der Biotechnologie, oder ausgeprägte Kooperationsbeziehungen und regionale Spezialisierungen wie in einigen Branchen der unternehmensorientierten Dienstleistungen (Außenhandel, Medien, Wirtschafts- und Rechtsberatung, Werbung) oder auch in verschiedenen handwerklich- und designintensiven Branchen (vgl. die Beiträge in Schätzl et al. 2002).

Zum zweiten wird dieser intensivere Blick für standortspezifische Differenzierungen durch die ordnungspolitische Homogenisierung großer Wirtschaftsräume erheblich verstärkt. Besonders hervorzuheben ist hier die europäische Integration. Wirksam sind aber Angleichungsprozesse im globalen Maßstab, hervorgerufen durch die GATT-Runden und die WTO-Regeln. Die damit implizit verbundene Bedeutungsabnahme nationalstaatlicher Regulierungsformen bedingt gleichzeitig einen Bedeutungsgewinn substaatlicher Einheiten, der von den Akteuren auf der regionalen Ebene für spezifische wirtschaftliche Strategien und Suche nach besonderen Wettbewerbsvorteilen genutzt und somit verstärkt wird. Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland unterstützt diesen Trend durch die vergleichsweise große Autonomie der Bundesländer. Gleichzeitig entstehen auch neue regionale Kooperationsformen, um aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in funktionalen Wirtschaftsräumen umsetzen zu können (Heeg et al. 2003, Danielzyk / Oßenbrügge 2002, Knieling 2000).

Vor diesem Hintergrund scheinen solche regionalpolitische Konzepte erfolgversprechend (Glasmeier 2000), die

- unternehmerische Vorteile und Interessen an Kooperation mit anderen Unternehmen und Organisationen in der Region aufzeigen (direkte und indirekte externe Ersparnisse);
- eine handlungsfähige Region politisch konstruieren, positiv abbilden und in relevante Diskurse einbringen können (Regionalmarketing);
- spezifische Innovationsleistungen kontinuierlich hervorbringen und damit kreative Beiträge für weltweit verflochtene wirtschaftliche Prozesse bereit stellt (regionale Innovationssysteme).

Ansätze, die derartige Gesichtspunkte aufnehmen, sind in den letzten Jahren als „Clusterperspektive“ zu einem wesentlichen Element der regionalen Wirtschaftspolitik und strategischen Standortentwicklung avanciert. Obwohl die wissenschaftliche Debatte bereits seit längerem besteht und Clusterkonzepte teilweise kontrovers diskutiert werden, sind entsprechende Handlungsansätze in der Regionalpolitik derzeit durchweg positiv aufgeladen. Angesichts zunehmender Konkurrenz zwischen Städten und Regionen, der steigenden Bedeutung von vernetzten Organisationsprinzipien und der Mobilisierung endogener Potentiale versprechen Clusterkonzepte gestaltbare Strategien für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.

Grundsätzlich drücken die Begriffe „Cluster“ die räumliche Konzentration von spezialisierten, innovativen und untereinander vernetzten wirtschaftlichen Aktivitäten aus. Michael Porter, einer der ‚Erfinder‘ der Clusterperspektive, definiert sie folgendermaßen: „Clusters are geographic concentrations of interconnected companies, specialized suppliers, and service providers; firms in related industries; and associated institutions (e.g. universities, standards, agencies, and trade associations) in particular fields that compete but also cooperate“ (Porter 2002: 144).

Zur näheren Betrachtung bestehender Clusteransätze werden in der Literatur sehr unterschiedliche Vorgehensweisen angeboten. In der sehr einflussreichen Arbeit von Kanter (1995) dienen die Begriffe „concepts“, „competence“ und „connection“ als Basis für unterschiedliche Ausrichtungen.

- „Konzepte“ spricht den Kern der neuen wissensbasierten wirtschaftlichen Entwicklung an, nämlich die Fähigkeit, permanent innovativ zu sein, technisch hochwertige Produkte hervorzubringen und komplexe Probleme kommerzialisierbaren Lösungen zuzuführen. Kanter meint damit solche Städte und Regionen, in denen die Schlüsseltechnologien von morgen erfunden und anwendungsfähig gemacht werden (Prototyp: Silicon Valley; Europa: Cambridge Phänomen).
- „Kompetenz“ beschreibt die Umsetzungsfähigkeit von Innovationen und Konzepten in Produkte und Dienstleistungen mit hohen und wachsenden Umsätzen. Voraussetzung dafür ist ein differenzierter, gut qualifizierter Arbeitsmarkt mit einem Potential an Facharbeitern, das sich in einen Prozess des lebenslangen Lernens einbinden lässt. Merkmal derartiger Regionen ist ein signifikanter Anstieg industrieller Aktivitäten, die gegen den allgemeinen Trend für eine Stabilität bzw. sogar für einen Anstieg industrieller Beschäftigung sorgt (Prototyp: South Carolina - BMW, Daimler-Benz -; Europa: Irland, aber auch VW in Wolfsburg mit dem 5000 * 5000 Modell).
- „Verbindungen“ beziehen sich auf die wahrscheinlich wichtigste Eigenschaft potentiell erfolgreicher Regionen. Dieser Begriff umfasst sowohl die Mobilität von Menschen und den physischen Austausch von Gütern, als auch die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen, das häufig durch Fremde und Zuwanderer mitgebracht wird. Verbindungen sind stark ausgeprägt in Städten, die über die Zentralen multi- und transnationaler Unternehmen verfügen, oder die Handelsfunktionen wahrnehmen bzw. den internationalen Finanzmarkt organisieren. Das lokale Milieu müsse eine kosmopolitische Qualität aufweisen (Prototyp: New York, aber auch Miami für Lateinamerika; Europa: Amsterdam).

Diese sehr vereinfachende Gliederung in drei Bereiche ist als ein erster Schritt nützlich, um regionale Kernfähigkeiten und Potentiale zu bestimmen. In der Terminologie Kanters fungieren diese als Magneten für neue und ergänzende wirtschaftliche Aktivitäten. Weiterhin dient

diese Gliederung auch zur Differenzierung der regionalen Kooperationsinfrastruktur, die zur Verstärkung der Standortbindung hochmobiler Unternehmen und ihrer lokalen Einbettung aufgebaut und gepflegt werden muss. Aufbauend auf diesen Überlegungen und in Hinblick auf die in Europa existierenden Formen von Wirtschaftscluster und Varianten clusterorientierter Technologie- und Regionalpolitik lassen sich drei strategische Ansatzpunkte benennen.

2.2.1. Clusterpolitik als globalisierungsbewußte Bestandspolitik

Ausgangspunkt dieser Variante sind bereits spezialisierte regionale Entwicklungspfade, die durch viele Klein- und Mittelunternehmen oder durch ein Großunternehmen geprägt sind. Vor dem Hintergrund turbulenter Veränderungen der Weltwirtschaft dient der Clusteransatz in diesem Fall zur Steigerung der Anpassungsleistungen des regionalen Bestandes an Unternehmen. Die Unterscheidung zwischen Klein- und Großbetrieben ist sehr bedeutungsvoll, da sie gleichzeitig die Strukturierung der Clusterbeziehungen anspricht. Bekannte Beispiele sind Standorte der Automobil- (Daimler-Chrysler, VW), Luftfahrt- (Airbus), Elektro- (Siemens) und Telekommunikationsunternehmen (Nokia). Mittel- und kleinbetriebliche Cluster existieren in vielfältigen Formen. Gut dokumentierte und erschöpfend diskutierte Beispiele finden sich unter der Sammelbezeichnung „Drittes Italien“ und sind u.a. auf die trendsetzende Untersuchung von Priore und Sabel zurückzuführen (Bathelt 1998).

Neben den industriellen Beziehungen sind auch Spezialisierungen im Dienstleistungsbereich zu nennen. Hier können sektorale Aspekte in den Vordergrund treten wie die Funktion eines Finanzplatzes (London, Frankfurt), oder der einer Handels- und Logistikkreuzung mit Vermittlungsfunktion für erkennbare räumliche Einzugsbereiche (Miami – Lateinamerika, Singapur – Südostasien). Unter dieser Überschrift lassen sich auch die heterogenen Spezialisierungen einzelner Großstädte fassen wie beispielsweise der gezielte Ausbau des Kulturtourismus in Wien, der ausgehend von der Zelebrierung des Barocks und der Musik Mozarts zum allgemeinen Kunst- und Kulturgenuss erfolgt.

Hauptproblem der globalisierungsbedingten Bestandspolitik sind „lock-in“-Effekte. Darunter wird die bewußte oder auch unbewußte Festlegung auf eine Entwicklungsrichtung bezeichnet, die ja auch in eine Sackgasse führen kann. Lock-in-Effekte entstehen besonders leicht unter monostrukturellen Bedingungen; sie werden aber auch durch die Festlegung aller freien Investitionspotentiale auf die Aufrechterhaltung der bestehenden, nicht zukunftsfähigen Schwerpunkte erzeugt.

2.2.2. Aufbau regionaler Innovationssysteme

Die mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen neuen Produkte und Dienstleistungen sind mit dem tiefgreifenden Umbau bestehender und dem schnellen Aufbau neuer Wirtschaftszweige verbunden. Besonders am Beispiel der Biotechnologie bzw. allgemeiner der „Life sciences“ sind viele Studien entstanden, die die Bedeutung von Clusterpolitik für den Aufbau neuer wirtschaftlicher Segmente herausstellen.

Als ein wesentlicher Ausgangspunkt wird zumeist die Existenz einer international bedeutsamen Wissensbasis angesehen: Es handelt sich dabei zumeist um große öffentlich finanzierte Forschungszentren mit ihren Kooperationen zu den führenden transnationalen Unternehmen. So ist der Bio-Regio-Wettbewerb in Deutschland stark durch die Genforschungszentren

vorstrukturiert gewesen; die englische Biotechnologie ist um die Universitäten Cambridge und Oxford konzentriert. Hinzu kommen große Krankenhäuser, zumeist in den Hauptstädten der europäischen Länder, die häufig mit den größten Universitäten verbunden sind.

Zusammengenommen ergeben sich an diesen Standorten die meisten ‚spin-off‘-Effekte (Ausgründungseffekte). Der weitere Erfolg derartiger junger Innovationscluster ist dann von ihrer Entdeckung durch große Unternehmen, im Fall der Biotechnologie von den Pharma-Konzernen, abhängig. Sie verhelfen den Neugründungen durch Aufträge, Kooperationen und Beteiligungen über die Schwelle. Mit dem Heranwachsen erfolgreicher Unternehmen kommt es zumeist zu weiteren Neugründungen, Ausgliederungen und Ansiedlungen von außerhalb.

Eines der interessantesten Beispiele für eine derartige Entwicklung in Europa ist München, wo es, ausgehend von dem eher zufälligen Siemensstandort, unter anderem zur erfolgreichen Clusterbildung in der Biotechnologie und der Software-Herstellung gekommen ist, d.h. zu erfolgreichen technologischen ‚spill-over‘-Effekten (Überschwappeffekten) von einer vergleichsweise etablierten zu neuen Technologien (im Kap. 3 wird München neben Wien und der Öresundregion vorgestellt).

Erfolgreiche Technologieregionen weisen weiterhin vielfältige unterstützende Institutionen auf, die Innovationen und ihre Kommerzialisierungsprozesse befördern. Dazu gehören Risikokapitalgeber, „business angels“, Patentanwälte, Investitionsbanken und weitere Dienstleister im Umfeld der Unternehmen und der Spezialisierungsfelder.

2.2.3. Clusterpolitik mit globaler oder regionaler Reichweite

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf die unterschiedliche Reichweite der Cluster. Zwar sind die hier angesprochenen Cluster per definitionem regional geprägt; aber ihre Funktion kann sich deutlich unterscheiden. In einer englischen Studie werden beispielsweise sogenannte „gateway“-cluster, im wiedergegebenen Beispiel Amsterdam, London und Paris (Abb. 6), stärker regional ausgerichteten Clustern (wie Stuttgart und Mailand) gegenüber gestellt. Dieser Hinweis soll deutlich machen, dass Cluster trotz ihrer starken regionalen Orientierung immer auch Teil weltweiter Verflechtungen sind, die möglicherweise ebenso stark die Clusterdynamik bestimmen wie das direkte Umfeld.

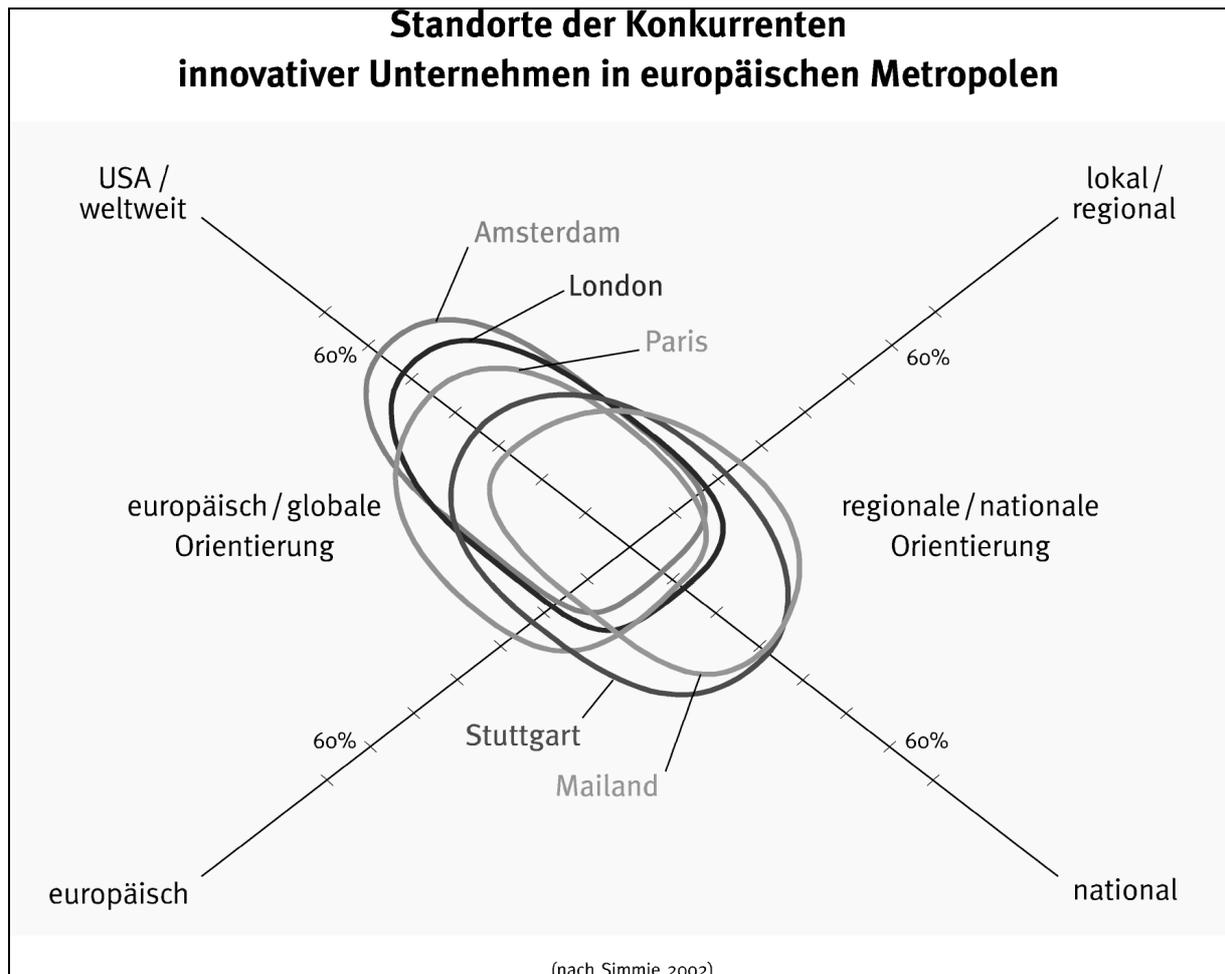


Abb. 6: Reichweiten von Clusteransätzen

2.2.4. Konsequenzen für die weitere Untersuchung und für Wachstumsstrategien

Um den gerade beschriebenen Formen gerecht zu werden und wichtige Merkmale / Indikatoren herauszustellen, unterscheidet das vorliegende Gutachten in Hinblick auf Auswahl und Analyse der Beispiele drei unterschiedliche Betrachtungsebenen:

- *Clusterspezifische Bedingungen*, die wir durch die Zuschreibungen Konzepte, Kompetenz und Verbindungen angesprochen haben und die sich auf Ausrichtung, Größe und das relationale Gefüge beziehen lassen. Dazu gehören Variablen wie das Produktionssystem, die Wissensbasis, technologische Charakteristika, Größe/kritische Masse, Input-Output-Beziehungen, Systemführer/Motoren, Innovationsintensität, Neugründungen.
- *Organisationskapazität des Clusters*, die besonders die Art und Intensität der Beziehungen im Cluster erfassen. Dazu gehören Variablen wie die Qualität der Vernetzung, Public-Privat-Partnership, Entwicklungsleitbilder und Handlungsstrategien, Ausmaß gesellschaftlicher Unterstützung und Einbettung, Regimebildung und -stärke.
- *Regionales Umfeld des Clusters*, das besonders die wirtschaftliche Struktur und die Dynamik des betrachteten Wirtschaftsraumes umfasst. Dazu gehören Variablen wie die Wirtschaftsstruktur, generelle Standortqualitäten unter besonderer Beachtung unterstützender Merkmale zur Steigerung der regionalen Innovationsfähigkeit, Relationen der Innen- und Außenbeziehungen.

Auf konzeptioneller Ebene lassen sich bereits jetzt drei Punkte als knappe Zwischenbilanz benennen. Erstens erscheint Clusterpolitik als Strategie des Ausbaus und der Erneuerung des unternehmerischen Bestands sinnvoll und notwendig. Mit der Weiterführung bestehender regionaler Entwicklungspfade sind die besten Voraussetzungen für eine Wachstumsstrategie gegeben. Zwei Dinge sind allerdings zu beachten: Zum einen sind die bereits angesprochenen „lock-in“-Effekte zu vermeiden; zum anderen kann es zu Mitnahmeeffekten bei standortprägenden Großunternehmen kommen. Diese versuchen zunehmend, Kosten der vertikalen Integration zu reduzieren, gleichzeitig aber die umfassende Kontrolle über die Zulieferbeziehungen aufrecht zu erhalten.

Zweitens ist zum Aufbau neuer regionaler Innovationssysteme entweder eine kritische Masse in der Wissensbasis zu erreichen, oder man muß auf glückliche Zufälle setzen. Die zuletzt genannte Möglichkeit besteht - ausreichende wirtschaftliche Diversität vorausgesetzt - in jeder Metropolregion; ob und wann sie wahrgenommen werden kann, ist allerdings offen. Innovationsorientierte Wirtschaftspolitik sollte daher darauf ausgerichtet sein, wissenschaftliche und technologische Potentiale zu identifizieren und auf dynamische Akteurskonstellationen hinzuwirken. Weiterhin sind Bedingungen zur erfolgreichen Kommerzialisierung möglicher Innovationen intensiv zu untersuchen, da Fehlprognosen im Kontext unsicherer Technologie- und Marktentwicklung leicht möglich sind. Verschiedene Beispiele regionaler Innovationsstrategien werden in Kap. 3 herangezogen, um erfolgreiche Konstellationen zu illustrieren.

Drittens sollte die wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik einer Großstadt natürlich nicht nur die Clusterpolitik einer „World City Region“ im globalen Kontext umfassen (vgl. Abb. 7). Eine erfolgreiche Clusterstrategie (auf der rechten Seite der Abb. 7) ist nicht unbedingt mit einem signifikanten Wachstum an Arbeitsplätzen gleichzusetzen. Eine positive Wirkung entfaltet sich nur in Verbindung mit Segmenten derjenigen Wirtschaftsbereiche, die kleinräumig auf Stadtteile oder auf die Ökonomie des Oberzentrums ausgerichtet sind. Denn hier finden wir die größte Zahl der Arbeitsplätze, besonders auch solche, die keine formalen Höchstqualifikationen voraussetzen. Clusterbezogene Wirtschaftspolitik mit internationaler Ausrichtung kann man als Motor der Regionalökonomie auffassen, der aber nur dann nicht zu „stottern“ beginnt, wenn das kleinteilige wirtschaftliche Umfeld auch Dynamik entfaltet. In einigen amerikanischen Großstädten bestehen beispielsweise „high-tech-cluster“, die wie „gated communities“ anmuten, d.h. insuläre Gewerbestandorte umgeben von eingezäunten Wohngebieten der dort Beschäftigten, ohne weitergehende lokale und regionale Ausstrahlung (z.B. Biotech-Cluster San Diego). Um derartige Tendenzen zu vermeiden, bleibt bei aller Unterstützung einer internationalen Positionierung der Wirtschaft die stadtbezogene und regionale Orientierung zumindest gleichrangig.

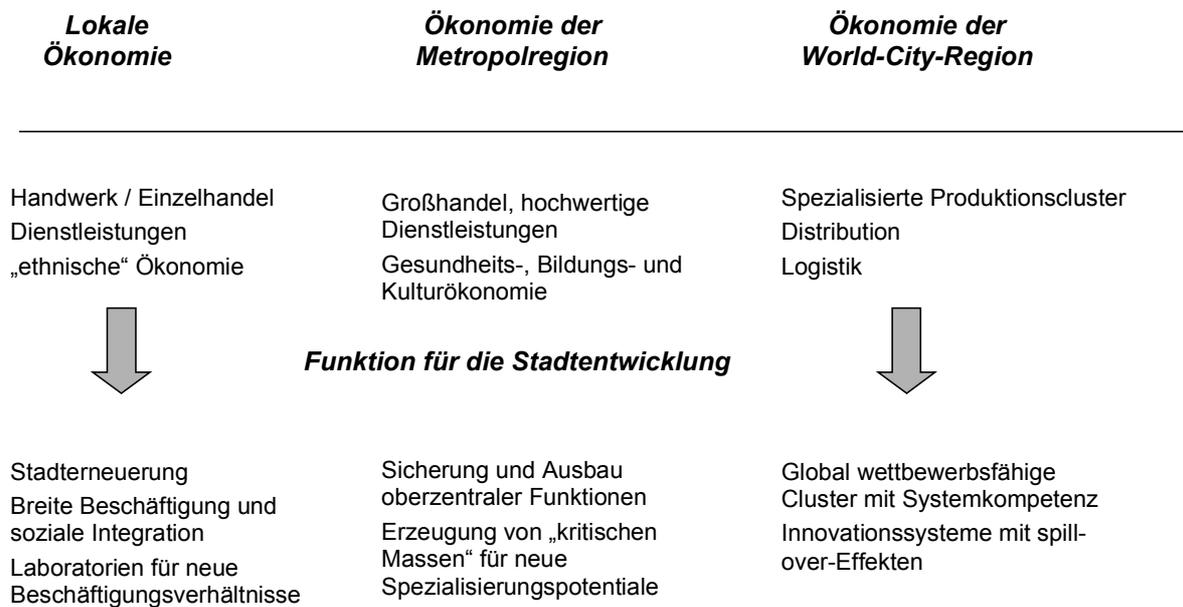


Abb. 7: Segmente der Ökonomie einer Metropolregion

Quelle: Eigene Darstellung

2.3. Flächenansprüche der „wachsenden Stadt“

Die bisher angesprochenen Trends und Strategien hinsichtlich der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung stehen in engem Zusammenhang mit flächenbezogenen Nutzungsanforderungen. Im folgenden wird die Entwicklung des Flächenangebots für Arbeiten sowie Wohnen, Versorgung und Freizeit diskutiert, um daraus die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine dynamische Stadtentwicklung abzuleiten. Die Grundlage hierfür bildet die Diskussion der gegenwärtig dominanten städtebaulichen Leitvorstellungen „Kompakte Stadt“ und „Zwischenstadt“ (vgl. 2.3.1). Vor dem Hintergrund eines Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ erlaubt diese Diskussion Schlussfolgerungen über eine sinnvolle Anordnung und Gestaltung von städtischen Flächen in Hamburg. Sie gibt Hinweise darauf, welches Flächenangebot und welche standörtlichen Lagen Potenziale für gewerbliche Nutzungen einerseits (2.3.2) und Wohn-, Versorgungs- und Freizeitnutzungen (2.3.3) andererseits in sich bergen und wie sie als Flächenangebotspolitik reguliert werden können (2.3.4).

2.3.1. Stadtentwicklung: kompakt oder gegliedert?

Die ökonomischen Strukturveränderungen haben zusammen mit der anhaltenden Individualisierung und enormen Mobilitätssteigerung eine kontinuierlich steigende Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke in den letzten 40 Jahren bewirkt. Ein weiterer wichtiger Erklärungsfaktor ist eine funktionale Entmischung von Daseins- und Wirtschaftsfunktionen, die lange Zeit auch planerisch gefördert wurde. Seit den 1990er Jahren zeichnet sich jedoch eine Trendwende ab. Zwar nimmt der Landschaftsverbrauch mit durchschnittlich 129 ha pro Tag unvermindert zu (Tomerius/Preuß 2000), aber gleichzeitig zeigt sich in den 1990er Jahren wieder ein Trend zur Verdichtung auf bereits besiedelter Fläche. Einzelne Städte hatten nach langen Jahren wieder einen Zuwachs von Bevölkerung zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen haben der Debatte über städtebauliche Leitbilder einen neuen Anstoß gegeben. Gegenwärtig wird der Gegensatz zwischen dem Leitbild bzw. dem Modell der „Kompakten Stadt“, d.h. des verdichteten, Nutzungsgemischten Stadtraumes, und dem der „Zwischenstadt“, d.h. des zersiedelten und flächenextensiven Stadtraumes, diskutiert. In der Regel wird unter einer kompakten Stadt eine relativ dicht bebaute, multifunktionale Stadt verstanden, die auf einem effizienten öffentlichen Transportsystem und einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Gestaltung der Verkehrswege aufbaut. In diesem Modell wird eine deutlich höhere Bevölkerungsdichte pro Raumeinheit angenommen als bei der „Zwischenstadt“, indem die städtische Bebauung verdichtet, qualitativ verbessert, aufeinander abgestimmt und intensiviert werden soll (vgl. z.B. Burton 2000, Apel 1998). Die Entwicklung einer „Kompakten Stadt“ wird meist gleichgesetzt mit der Förderung einer Nutzungsgemischten Stadt der kurzen Wege (Brake 1995).

Dem Modell der „Kompakten Stadt“ wird häufig der Vorwurf gemacht, dass es normativ überladen wäre. Sozialpolitische Vorstellungen der sozialen Mischung würden kombiniert werden mit ökologischen Argumenten der Verkehrsvermeidung durch kleinteiligere Nutzungsmischung. Das zentrale Argument gegen das Konzept der „Kompakten Stadt“ ist, dass die Struktur des Bodenmarktes und das Verhalten von Menschen nicht mit Mitteln der Raumplanung beeinflussbar sei. Seit mehr als 50 Jahren sei eine anhaltende Suburbanisierung zu beobachten. Abwanderungen an den Stadtrand bzw. in das Umland sind demnach eine Folge des Bodenpreisgefüges, d.h. der hohen Bodenpreise in der Stadt und der billigeren Grundstücke am Rande der Stadt. Insbesondere junge Familien werden in der Konkurrenz mit anderen Nutzungen und Doppelverdiener-Haushalten ohne Kinder ins Umland gezwungen. Diese Randwanderung ist aber nicht nur eine Folge des Bodenpreisgefüges, sondern entspricht auch einem Bedürfnis nach Wohnen im Grünen und im Eigenheim. Auch beim flächenextensiven Gewerbe ist seit den Nachkriegsjahren eine ungebrochene Abwanderung festzustellen.

Die Bewertungen von Stadtregionen, die durch einen nahtlosen Übergang von Städten und Gemeinden ineinander geprägt sind, sind sehr unterschiedlich – Stichwort: „Städtebrei“ versus „Netzstruktur“. Sowohl arbeits- als auch freizeitbezogene Lebensbeziehungen sind stadtübergreifend ausgeprägt und führen zu einer Zunahme des Verkehrs. Nach Sieverts (1998) lässt sich die Zwischenstadt jedoch auch in positiver Weise fassen und zwar als eine engmaschige Durchdringung von Freiraum und Siedlung, wobei der Freiraum der Stadtlandschaft das Verbindende sei und neue Gestaltungsperspektiven eröffne.

Die Zwischenstadt lässt sich demnach als moderne Netzstruktur konzeptualisieren, die neue Muster der Ordnung von Lebens- und Arbeitsbereichen zulässt und damit einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft angemessener sei als die alte Zentrenstruktur. Stadtregionen stellen bereits weitgehend einheitliche Lebensräume dar. „Um die sich ergänzenden Vorteile einer raumfunktionalen Arbeitsteilung in der Region voll nutzen zu können, bedarf es der Verknüpfung der gesondert entfalteten Standortbegabungen der verschiedenen Teile der Stadtregion zu einem sich ergänzenden Ganzen.“ (Sieverts 1998:105). Folgt man dieser Argumentation, muss eine Wachstumspolitik (und eine daraus abgeleitete Flächenangebotspolitik) auf die ganze Region bezogen werden, da die Stadt nicht mehr isoliert ohne ihr Umland zu denken sei. Weiterhin sei eine funktionale Spezialisierung zwischen Stadt und Umland bereits Realität, und der Versuch einer Begrenzung der Stadt-Umland-Wanderung vergeblich.

Bei beiden städtebaulichen Leitbildern stellt sich weniger die Frage, welche Siedlungsstruktur wünschenswert ist als die Frage, welche Siedlungsstruktur Umsetzungschancen und -potenziale hat. Zweifelsohne ist eine stadtreionale Strategie angesichts von wirtschaftlichen Verflechtungen sinnvoll; gleichzeitig darf ein Denken im Kontext der Stadtregion bzw. Zwischenstadt keine implizite Akzeptanz einer weiteren Suburbanisierung bedeuten. Vielmehr ist zu überlegen, welche Funktionen und Bevölkerungsgruppen mit einer entsprechenden Angebotspolitik in der Kernstadt gehalten werden sollen und können und welche eher im Umland ihren Standort finden. Insofern geht es um eine Ergänzung der Konzepte „Kompakte Stadt“ und „Zwischenstadt“, die von der Annahme eines unterschiedlichen standörtlichen Verhaltens getragen wird (vgl. 2.3.2 und 2.3.3).

Hinweise für den Ansatz einer kompakten Stadtentwicklung ergeben sich aus jüngeren Tendenzen der Reurbanisierung in vielen Großstädten. Hiermit sind in einem weiter gefassten Sinne als in 2.1.1 jene Prozesse gemeint, die infolge einer (wieder) gestiegenen Wertschätzung der Kernstadt als Lebens- und Arbeitsraum zu ihrer Aufwertung führen und somit Sub- bzw. Desurbanisierungsprozessen entgegenwirken. So weisen beispielsweise 78% der 45 größten US-amerikanischen Städte in den 1990er Jahren ein Bevölkerungswachstum in den Innenstädten auf (Birch 2002). Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Apel 1998) hat das Ergebnis erbracht, dass insbesondere diejenigen Städte ein Bevölkerungswachstum bzw. eine Bevölkerungsstabilisierung aufweisen, die über eine kompakte und funktionsgemischte Stadtstruktur verfügten. Als Erklärung für diese Entwicklung wird eine Kombination von Ursachen und Bedingungen identifiziert:

- Geringere Verkehrsbelastung in kompakten Städten als in zersiedelten Stadträumen, wodurch der Lebenswert von Städten erhöht wird;
- Attraktivitätssteigerung der Städte z.B. durch Entwicklung und Erhalt historischer Viertel mit spezifischer Identität und Flair;
- Mitgestaltung von hochverdichteten, multifunktionalen Vierteln durch Bewohner, wodurch Identität und Bindekraft der Viertel gesteigert wurde;
- Flexible Anpassung von Bürogebäuden, Lagerhallen und Fabriken an neue Wohnbedürfnisse und Marktgegebenheiten;
- Konversion von Brachflächen (z.B. Waterfronts und ehemaligen Industriearealen);
- Größere Nähe zwischen Arbeiten und Wohnen in einer kompakten Stadt. Höhere Erreichbarkeit von Gütern des täglichen und periodischen Bedarfs, aber auch umfangreicheres Kulturangebot garantiert bessere Vereinbarkeit bei langen Arbeitszeiten.

Die genannten Bedingungen sind ein Plädoyer für das Modell der kompakten, nutzungsgemischten Stadt. Das Zusammentragen von Ursachen bzw. Erklärungen liefert jedoch noch keine Aussage, wie Prozesse der Reurbanisierung planerisch unterstützt werden können. Grundsätzlich ist Reurbanisierung sicherlich davon abhängig, dass Strategien der städtischen Nutzungsmischung (und des darauf bezogenen Flächenmanagements) eine Entsprechung bei den Erwartungen flächennutzender Akteure in Hinblick auf Qualität von Standorten finden. Dieses beinhaltet die Suche nach Antworten auf die Frage, ob Nutzungsmischung bzw. eine Stadtentwicklung, die dem Modell der kompakten Stadt folgt, überhaupt umsetzbar ist. Gibt es Realisierungschancen für eine Idee der Stadtentwicklung, die Nutzungsmischung, Kleinteiligkeit, soziale Vielfaltigkeit und ökologische Nachhaltigkeit anstrebt? Welche Vorteile haben Nutzer, Bewohner und Investoren von einer Nutzungsmischung?

2.3.2. Nutzungsmischung in der städtebaulichen Diskussion

Mit Fragen der Umsetzbarkeit setzten sich von 1995 bis 1999 im ExWoSt-Forschungsfeld „Nutzungsmischung im Städtebau“ 13 städtebauliche Modellvorhaben auseinander (Breuer et al. 2000). Ein Ergebnis des Modellprojektes ist, dass sich Nutzungsmischung als „Produkt“ durchaus am Markt bewähren kann. Es gibt sowohl bei Bewohnern als auch bei Gewerbetreibenden nicht nur die klassische Nachfrage nach reinen Wohn- und Gewerbegebieten, sondern auch eine Nachfrage nach den Qualitäten nutzungsgemischter Quartiere (Breuer et al. 2000: 13). Beim Gewerbe handelt es sich überwiegend um kleine und mittlere Betriebe aus den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Handwerk. Diese Betriebe suchen die Nähe zum Kunden, ein preiswertes Flächenangebot und zum Teil ein städtisches Umfeld. Häufig handelt es sich um wissens- und informationsintensive Unternehmen, in denen reguläre Arbeitszeiten kaum noch vorhanden sind. Aufgrund flexibler Arbeitszeiten gibt es bei den Beschäftigten das Bedürfnis, auch noch abends einen lebendigen Stadtteil vorzufinden, in dem eingekauft und konsumiert werden kann. Bei den Bewohnern handelt es sich um Bevölkerungsgruppen mit einer urbanen Orientierung, die die Lebendigkeit und Vielfalt nutzungsgemischter Quartiere suchen. Dazu gehören nicht nur erlebnisorientierte Singles, sondern auch Alleinerziehende, oft aber auch ältere, an einer unabhängigen Lebensführung interessierte Menschen (vgl. 2.1.2).

Nach den Ergebnissen dieser Modellprojekte kann Nutzungsmischung auch für Investoren interessant sein, da die höheren Bau- und Bewirtschaftungskosten – insbesondere bei einer feinkörnigen, d.h. vertikalen Nutzungsmischung – durch eine Wertsteigerung der Immobilie ausgeglichen werden können. Lebendige Quartiere steigen im Interesse urban orientierter Bevölkerungsgruppen und Unternehmen, wodurch die Nachfrage danach eher zu- als abnimmt. Dies gilt umso mehr, als das Angebot an Flächen in monofunktionalen Gebieten nicht abnimmt, aber das Angebot an Flächen in nutzungsgemischten Quartieren eher begrenzt ist. Ein weiterer Vorteil für Investoren ist, dass Mischprojekte eine Risikostreuung gegenüber Nachfrageschwankungen versprechen: der Nachfrageausfall einer Gruppe kann durch die gestiegene oder gleichbleibende Nachfrage einer anderen Gruppe aufgefangen werden. Einnahmeausfälle werden dadurch nicht kompensiert, aber vermindert.

Dennoch stellen Mischprojekte erhöhte Anforderungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Wohnen und Gewerbe. Nach Breuer et al. ist eine Voraussetzung für das Gelingen neuer Mischprojekte „ein Nutzungs- und städtebauliches Konzept, das auf der Grundlage der regionalen Nachfrage entwickelt wird... Erforderlich sind konkrete Informationen über Nachfragestrukturen der einzelnen Nutzergruppen.“ (Breuer et al. 2000: 14) Um Nutzergruppen jedoch für Nutzungsmischung zu interessieren, ist ein flexibles und überzeugendes Projektmanagement notwendig, das ein Image für ein solches Projekt generiert und frühzeitig breit vermarktet. Die Vielfältigkeit und Lebendigkeit müssen als Standortqualitäten offensiv eingesetzt werden. Flexibilität bedeutet, dass Änderungen am ursprünglichen Konzept vorgenommen werden können, weil beispielsweise Marktschwankungen und Umsetzungsprobleme auftreten. Notwendig sind Instrumente und Verfahren zur Sicherung der Qualität der Planungsziele durch eine Festlegung auf bestimmte Nutzungsanteile ohne eine genauere Verortung vorzunehmen. Eine häufige und nicht immer positive Folge davon ist, dass sich grobkörnigere Nutzungsmischungen durchsetzen. Dadurch wird allerdings auch das Nebeneinander von Funktionen vermieden, die zu gegenseitigen Beeinträchtigungen führen können; hier sind auch gering emittierende Unternehmen zu nennen. Allerdings erzeugen wissensin-

tensive Dienstleistungsunternehmen derartige Probleme dagegen nur in geringem Umfang. Dennoch sind in Nutzungskonzepten frühzeitig die Zielgruppen zu benennen, damit es nicht zu ungewollten Ausschlüssen kommt.

Für die Realisierung einer eher feinkörnigen Mischung ist die Parzellenstruktur ausschlaggebend. Eine kleinteilige Parzellierung fördert ein vielfältiges Eigentums- und Investorenspektrum und damit eine kleinteilige Nutzungsmischung. Für Unternehmen ergeben sich dabei aber häufig Probleme bei Erweiterungen. In dicht bebauten, aus der Parzelle entwickelten Quartieren (z.B. Tübingen Südstadt oder Berlin-Komponistenviertel) mangelt es an Erweiterungs- und Lagerungsflächen. Auch dies ist ein Argument für die Entwicklung eines Konzeptes zu potenziellen und gewünschten Nutzergruppen.

Aus all diesen Bedingungen ergeben sich verschiedene Anforderungen für die Planung eines Projektes:

- gute fußläufige Erreichbarkeit vielfältiger Angebote für Bewohner;
- gute Erreichbarkeit des Quartiers von außerhalb (Verkehrsanbindung);
- hohe Bevölkerungsdichte für eine erfolgreiche Ansiedlung von Wohnfolgeeinrichtungen;
- zeitliche und räumliche Eingrenzung des Projektes;
- überzeugendes und flexibles Projektmanagement mit klaren Zielvorgaben;
- Lokalisierung von größeren Betrieben am Rande des Quartiers, um mögliche Konflikte durch Lieferverkehr im Gebiet zu reduzieren;
- Puffer zwischen emitierenden Betrieben und Wohngebieten durch Bürogebäude bzw. kleinere Gewerbeflächen; Randlage ist auch hier sinnvoll;
- langfristige Perspektive notwendig, da Nutzungsmischung Zeit braucht zum Wachsen;
- Bereitschaft der Entwicklungsgesellschaft, Flächen bei Mangel an passenden Investoren längere Zeit vorzuhalten.

Jedoch ergeben sich nicht bei allen Gebietstypen die gleichen Erfolgsbedingungen. Generell bieten innerstädtische Brachflächen gute Entwicklungspotenziale für Nutzungsmischung, da sie in der Regel über funktionale, städtebauliche und architektonische Anknüpfungspunkte verfügen. In Siedlungserweiterungsgebieten sind Anknüpfungspunkte in baulicher und funktionaler Hinsicht kaum vorhanden und schwierig zu generieren. Eine Profilierung derartiger Gebiete ist deshalb gegenüber urban orientierten Nutzern schwer. Grundsätzlich ist das Konzept der Nutzungsmischung ein städtisches Konzept. Auch in Großsiedlungen ist eine Nutzungsmischung bzw. –ergänzung schwierig. Die Art der Erschließung der Quartiere und die auf Wohnen ausgerichteten Grundrisse der Gebäude stellen häufig gravierende Nachteile dar, so dass diese Gebiete für Unternehmen häufig nicht attraktiv sind.

Dies deutet daraufhin, dass Nutzer und ihre Ansprüche an die Standorte genauer bestimmt werden müssen, um dem Konzept Nutzungsmischung Leben einzuhauchen. Voraussetzung hierfür ist, ökonomische und soziale Strukturveränderungen zu beachten, um idealtypische Ansprüche von Nutzern zu identifizieren. Gegenwärtig – so die These – ist eine Veränderung der Ansprüche flächennutzender Akteure an die Bedingungen und Qualitäten von Standorten festzustellen; diese Veränderung unterstützt Strategien der Nutzungsmischung und der Entwicklung kompakter Städte. Im Folgenden werden zuerst die veränderten standörtlichen

Anforderungen des Gewerbes und im Anschluss daran veränderte Orientierungen von Haushalten im Bereich von Wohnen und Freizeit thematisiert.

2.3.3. Flächenansprüche für gewerbliche Nutzungen

Veränderte standörtliche Anforderungen des Gewerbes beinhalten vor allem, dass im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels ein erhöhter Bedarf an mischgenutzten Siedlungsstrukturen bzw. –einheiten besteht. Dies hängt mit der Etablierung neuer Produktionsweisen zusammen, die von der Erosion regulierter und standardisierter durch flexibilisierte Mechanismen der Politik und Produktion begleitet werden: die fordistische Art standardisierter Massenproduktion wird durch eine differenzierte Art der Güterproduktion ergänzt bzw. überlagert (Brake 1995: 426). Die Notwendigkeit zum flexiblen Agieren bei der Leistungserbringung erhöht die Bedeutung vor- und nachgelagerter Dienste und den Bedarf daran. Folgen davon sind mehr Unternehmen bzw. Betriebe von durchschnittlich geringerer Größe und die Zunahme der Kooperationsintensität zwischen Betrieben. So setzt z.B. eine technikintensive Produktentwicklung und Pilotfertigung und die Entwicklung und Marktdurchsetzung neuer Finanzprodukte und Beratungsdienstleistungen eine neue Qualität der zwischenbetrieblichen Verzahnung voraus. Forschung und Entwicklung benötigen eine enge Zusammenarbeit mit Dienstleistungen wie Marktbeobachtung, Ingenieurwissen, Rechtsberatung, finanziellem und technischem Know-how etc.

Diese Tendenzen der Clusterbildung unterstützen Prozesse der Reurbanisierung, d.h. eine ökonomische, soziale und architektonische Aufwertung innerstädtischer Bereiche als Standorte von Dienstleistungsarbeit, von Wohnen und entsprechender Infrastruktur. Brake spricht von einer „... relativ hohe[n] Bewertung wiederum (groß)städtischer Standorte, verbunden mit einer Flächennutzung, die in ihrer Spezialisierung sehr viel weniger standardisiert und gegliedert ist als die uns gewohnte (...) Siedlungsstruktur.“ (Brake 1995: 427)¹.

Dieser Umstand stellt eine neue Herausforderung für städtisches Flächenmanagement (und Wirtschaftspolitik) dar. Aufgrund von Produktionsveränderungen differenzieren sich Flächennutzungen aus. Vor allem Dienstleistungen mit einem hohen Anforderungsprofil, Kommunikationsintensität und kreativen Input bevorzugen eine funktionsgemischte, kompakte Stadt. Wissensbasierte, innovationsintensive und qualitätsorientierte Cluster sind auf ein anregendes Standortmilieu angewiesen, das unmittelbare Kooperation, d.h. face-to-face-Kontakte unterstützt. Dies sind auch die Unternehmen, bei denen die Gefahr von Konflikten zwischen Wohnen und Arbeiten gering ist. Im Unterschied zu Industriebetrieben ermöglichen sie durch ihre überwiegend emissionsarme Produktionsweise funktionsgemischte Nutzungsformen, auf die planerisch gut reagiert werden kann. Jedoch sollte das Potential nicht überschätzt werden, denn nur Teilbereiche des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen zeigen eine zunehmende Affinität zu kleinräumigen, gemischtgenutzten Standorten.

Aus diesen Gründen muss eine Differenzierung wirtschaftlicher Tätigkeiten nach ihren produktiven bzw. wirtschaftlichen Anforderungen erfolgen, um die daraus entstehenden Potenziale und Gestaltungsspielräume für ein städtisches Flächenmanagement erfassen und bewerten zu können. Eine Systematisierung der Flächenbedarfe aufgrund von wirtschaftlichen

¹ Gleichzeitig gibt es im Falle von stärker routinisierten Tätigkeiten im industriellen und Dienstleistungsbereich eine größere Beliebigkeit bei der Standortwahl, die sich zunehmend am Rand von Verdichtungsräumen, aber auch in Zentren ländlicher Regionen ansiedeln.

Anforderungen ermöglicht eine problemangemessene und flexible Reaktion der Planung. Dies ist eine Voraussetzung um entsprechende Flächenangebote entwickeln bzw. bereitstellen zu können.

Tab. 4: Typen von Raumnutzung, Flächenbedarfe, Wirtschaftstätigkeiten und Standortstrukturen

Typ	Raumnutzung Flächenbedarf	Wirtschaftstätigkeit	Standörtliche Strukturen
A	Intensive Stockwerksnutzung, standörtlich hochkonzentriert, klein-, z.T. großflächiger Bedarf	Unternehmensorientierte, wissensintensive Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen	In der City als Standort politischer und wirtschaftlicher Macht
B	Intensive Stockwerksnutzung, standörtlich konzentriert, eher geringer Bedarf, kleinteilig	Kreative Dienstleistungen (aus dem Bereich der New Economy wie Graphik, Design, Internetbusiness)	Innerstädtische Standorte; vor allem gründerzeitliche Viertel als „Träger“ kulturellen und sozialen Kapitals
C	Extensive ebenerdige oder Stockwerksnutzung, geringere standörtliche Konzentrationstendenzen, großflächiger Bedarf	Differenzierte Qualitätsproduktion	Stadtrand mit Nähe zu städt. Unternehmens-/produktionsorientierten Dienstleistungen, gute Verkehrsanbindung → im Unterschied zu den beiden vorhergehenden Typen nicht unbedingt eine Bindung an metropolitane Standorte
D	Extensiv ebenerdig oder Stockwerksnutzung, keine standörtliche Konzentration; großflächiger Bedarf	Verwaltende, formalisierte Dienstleistungen z.B. von Hauptverwaltungen oder Regionaldirektionen	Anforderungen sind Autobahn- + Flughafenanschluss; ansonsten keine besonderen städtischen Standortanforderungen
E	Extensive/intensive ebenerdige/Stockwerksnutzung, keine standörtliche Konzentration, klein- und großflächiger Bedarf	Lokale Ökonomie; Dienstleistungen des täglichen und periodischen Bedarfs	Keine spezifischen Standortpräferenzen, sondern Verteilung entsprechend der Nachfrage

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Für das städtische Flächenmanagement und Wirtschaftspolitik sind vor allem die ersten drei Typen der Raumnutzung und des Flächenbedarfs von großer Bedeutung. Insbesondere Wirtschaftstätigkeiten der Typen A und B weisen eine Affinität zu Quartieren mit starker Mischnutzung auf, d.h. zu einer Stadt der kurzen Wege und einer guten öffentlichen Anbindung. Die entsprechenden Flächenangebote müssen in innerstädtischen Gebieten erbracht werden. Unternehmen des Typs C benötigen einen städtischen, aber im Unterschied zu A und B nicht zentralstädtischen Standort. Die Wirtschaftstätigkeiten, die dem Typ A, B und C zugeordnet sind, sind häufig an Standorten anzutreffen, die eine hohe Dichte an Unternehmen derselben Wertschöpfungskette aufweisen – wobei dies von A zu C abnimmt. Die Entwicklung „funktions-“, bzw. „clusterspezifischer“ Flächen könnte aber insofern die Attraktivität entsprechender Standorte für diese Unternehmen erhöhen. Insbesondere für Unternehmen des Typs B sind die soziale und kulturelle Vielfalt des Gebietes und vielfältige Wohnangebote ein wichtiger Standortfaktor. Unternehmen des Typs D und E haben keine spezifischen Standortanforderungen. Da ihre Anforderungen mit denen von Unternehmen der anderen Typen zusammenfallen können, muss beim städtischen Flächenangebot deren Bedarf keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Eine Spezifik von Unternehmen des Typs D ist allenfalls der in der Regel hohe Flächenbedarf, weshalb ein eher randstädtischer Standort sinnvoll ist.

Sowohl zum Erhalt des Bestands an Unternehmen als auch zur Ansiedlung neuer Unternehmen ist es notwendig, die entsprechenden Flächenbedarfe und quartierlichen Nutzungsstrukturen beim Flächenmanagement zu ermöglichen. Dieser Punkt wird in Abschnitt 2.3.4 ausgeführt.

2.3.4. Flächenansprüche für Wohn-, Versorgungs- und Freizeitnutzungen

Das Angebot an Wohnraum in Städten orientiert sich gegenwärtig noch stark an dem verblässenden Leitbild der traditionellen Kleinfamilie mit Ehepaar und Kind(ern). Als eine Konsequenz der Ausdifferenzierung von Lebensformen (vgl. 2.1.3) ist jedoch die Tendenz festzustellen, dass Stadtteile mit einem vielfältigen Wohnangebot gegenüber Stadtteilen mit einem überwiegend familienorientierten Wohnangebot bevorzugt werden. Es sind vor allem die Stadtteile begehrt, die vielfältige Wohnformen ermöglichen: von der Kleinfamilie über das Single-Dasein bis zu Wohngemeinschaften und Wohnprojekten. Überwiegend zeichnen sich diese Stadtviertel durch Altbaubestand aus, der in seiner Raumaufteilung und Raumgestaltung offen ist und dadurch soziale und kulturelle Vielfalt sowie verschiedene Lebensformen ermöglicht. Da das Wohnumfeld häufig durch eine feinkörnige Nutzungsmischung von Gewerbe und Wohnen geprägt ist, besteht die Möglichkeit der kurzen Wege zwischen Arbeiten, Wohnen, Versorgung und Freizeit, was wiederum zur Attraktivität der Viertel beiträgt.

Den Hintergrund für diese Entwicklung bilden die Ausdifferenzierung von Haushaltsformen und Lebensstilen und die sich daraus ergebenden Anforderungen der Menschen an ihr weiteres und engeres Wohnumfeld. (vgl. 2.1.2). Da die Lebensphasen inzwischen immer weniger der traditionellen Abfolge von der Kindheit in der Kleinfamilie, der Ausbildungszeit in Wohngemeinschaften oder als Single bis zur sozialen Etablierung mit Familiengründung folgen, ändern sich auch Wohnvorstellungen. Die idealtypischen Wohnphasen – zum einen Familienwohnung als Kind und als Elternteil und zum anderen Wohnung in der Übergangszeit zwischen Verlassen der Herkunftsfamilie bis zur Gründung einer eigenen Familie – werden abgelöst von temporären und häufig wechselnden Wohn-, Haushalts- und Lebensformen. Viele Menschen werden inzwischen immer weniger in traditionellen Kleinfamilien groß; vielmehr wachsen Kinder zunehmend in anderen bzw. wechselnden Haushaltsformen auf. Leben und Wohnformen wechseln häufiger mit Lebenspartnern, Freunden und Kindern.

Das bestehende Wohnungsangebot wird diesem skizzierten ‚Patchwork‘ an Lebensphasen und -formen nur teilweise gerecht. Während die Nachfrage gutverdienender „Dinks“ oder „Singles“ nach Lofts, Penthouses und Apartments in innenstadtnaher Lage erkannt und zunehmend bedient wird, bleibt innenstadtnaher und bezahlbarer Wohnraum für Haushalte mit Kindern, der den Kindern genügend Raum zu gefahrlosen Bewegungen gibt, knapp. Wenn sich für viele jüngere Menschen mit der Gründung einer Familie noch die Vorstellung verbindet, mit dem ersten Kind ins Grüne ziehen zu müssen, dann häufig deshalb, weil das Leben in der Stadt für ein Kind als zu gefährlich und die Ausstattung mit Grünflächen als ungenügend bewertet wird. Für diese Gruppe von Stadtbewohnern ist es notwendig, die infrastrukturelle Ausstattung zu verbessern, d.h. Wohnumfeld, Straßenräume und Spielplätze aufzuwerten, Möglichkeiten für eine flexible Kinderbetreuung bereitzustellen und weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten durchzuführen.

Exkurs: Wohn- und Wohnumfeldansprüche unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

In Tab. 5 werden für die in 2.1.3 hergeleiteten Zielgruppen exemplarisch und in idealtypischer Weise Wohn- und Wohnumfeldansprüche zusammengestellt, die für die städtische (Flächenangebots-)Politik relevant sind. Auf diese Weise wird insbesondere ein Vergleich zwischen Bevölkerungsgruppen mit einer urbanen und eher suburbanen Orientierung möglich. Außerdem werden Bereiche benannt, in denen sich besondere Herausforderungen für das städtische Zusammenleben ergeben. Die Tabelle verdeutlicht, dass es sehr unterschiedliche Potentiale für Synergieeffekte gibt.

Tab. 5: Idealtypische Zusammenstellung von Anforderungen und Herausforderungen ausgewählter Bevölkerungsgruppen für die städtische Politik

	Suburbanisierer	Starter	Reurbanisierer	Transnationale Eliten	Migranten
WANDERUNGSMOTIVE					
Ausbildung		x			
Arbeitsplatz		x		x	(x)
Wohn-, Versorgungs- und Freizeitsituation	x	(x)	x	(x)	(x)
ANFORDERUNGEN					
Wohnsituation					
- große Fläche	x		(x)	x	
- hohe Qualität			x	x	
- repräsentativ	(x)		(x)	x	
- „im Grünen“	x			(x)	
- Eigenheim	x			(x)	
- preisgünstig		x			x
Kleinräumige Versorgungs- und Freizeitsituation					
- Kindergärten, Schulen	x			(x)	(x)
- Einkaufsgelegenheiten f. tägl. Bedarf		x	x		
- Gastronomie		x	x		
- Sport-, Fitness-, Wellnesseinrichtungen		x	x	(x)	
- Stadtteilkultur		(x)	(x)		(x)
- ÖPNV-Anschluss	(x)	x	x		x
- Parks und Grünflächen, Spielplätze	x		x		(x)
Gesamtstädtische Versorgungs- und Freizeitsituation					
- Hochschulen u.a. Ausbildungseinrichtungen	(x)	x			
- hochwertige Einkaufsgelegenheiten	(x)		x	x	
- Film, Konzert, Theater, Oper, Museum etc.	(x)	x	x	x	
- Events		(x)	(x)	(x)	
Sonstige, „weiche“ Faktoren					
- Stadtgestalt, Architektur			x	x	
- ökologische Qualität	x		x	x	
- Diversität und Toleranz		(x)		x	x
- niedrige Kriminalität	x		x	(x)	
HERAUSFORDERUNGEN					
Soziale Kohäsion				Integration	Integration
Wohnungsmarkt	Grün	Preis			Preis
Arbeitsmarkt					Niedrig
Pkw-Verkehrsaufkommen, Parkplätze	x		x	x	

Das Bedürfnis nach urbanem Wohnen und Leben ist jedoch durchaus groß, nur fehlen in vielen Städten vielfältige und kindgerechte Wohnmöglichkeiten. Grundsätzlich – wie schon Hartmut Häußermann und Walter Siebel 1987 bemerkt haben – ändert sich das Verhältnis zum städtischen Raum: Innerstädtischer Raum wird zur Bühne der Selbstdarstellung, auf der Lebensstile und neue Lebensformen vorgeführt werden; gleichzeitig ist die umfangreiche Infrastrukturausstattung der innerstädtischen Quartiere eine Voraussetzung für stärker berufsbezogene Lebensweisen als auch für Lebensformen mit Kindern jenseits der traditionellen Kleinfamilie (vgl. Häußermann/Siebel 1987: 11ff.).

Städtische Angebotspolitik muss insofern auf veränderte Nachfrage, d.h. auf veränderte Lebensformen reagieren. Viele besser verdienende Haushalte – auch mit Kindern – könnten in der Stadt gehalten werden, wenn entsprechend großzügige, attraktiv gelegene und kostengünstige Wohnungen angeboten würden. Auch Etagenwohnungen sind für Haushalte mit Kindern eine Option, wenn der konkrete Wohnstandort bestimmte Anforderungen erfüllt wie Nähe zu Kindergarten bzw. Schulen und Grünanlagen sowie Sicherheit (Verkehr, soziales Milieu) für das Leben mit Kindern bietet. Entsprechende Flächen und Quartiere müssten vor allem innenstadtnah entwickelt werden.

Aber auch geringer verdienende Haushalte stellen ähnliche Anforderungen an den städtischen Raum. Diese Haushalte sind für die Erhaltung der Attraktivität des städtischen Gefüges sehr wichtig, nicht nur, da sich aus dieser Gruppe die Arbeitskräfte für personenorientierte Dienstleistungen und lokale Ökonomie rekrutieren, sondern weil sie zur sozialen und kulturellen Vielfalt der Stadtviertel beitragen. Insofern sind diese Bevölkerungsgruppen ein Bestandteil lebendiger Viertel und benötigen ein Angebot an kostengünstigen und kinderfreundlichen Wohnmöglichkeiten. Dies gilt vor allem für zu entwickelnde Großprojekte, bei denen die quartiersbezogene Lebendigkeit eine kritische Größe ist.

Insbesondere bei der Gruppe der geringer verdienenden Haushalte reiben sich quartierliche Anforderungen mit der Kaufkraft der entsprechenden Haushalte. Flächenmanagement kann in dieser Hinsicht eine vermittelnde Rolle einnehmen, indem auch solche Wohnungen (und Räumlichkeiten für Gewerbe, Kultur und Politik) angeboten werden, die diesen niedrigen Einkommen entsprechen. Insofern setzt Flächenmanagement nicht nur eine Nutzungsmischung aus Gewerbe und Wohnen voraus, sondern auch eine soziale Vielfalt (vgl. 2.1.3).

Tab. 6: Wohnumfeldanforderungen, Typen von Haushalten und standörtlichen Strukturen

Anforderung an Wohnumfeld	Haushaltstypen	Standörtliche Strukturen
Nähe Kultur/Konsum/Arbeit, Sicherheit, abrufbare Dienstleistungen, Luxuswohnen, Etagenwohnungen	Globale Nomaden (z.B. transnationale Eliten, Reurbanisierer)	Zentrale, innerstädtische Quartiere
Großzügige Wohnungen, Nähe Konsum/Arbeiten/Kultur, alternativ nutzbare Wohnungszuschnitt, repräsentatives Wohnen, Etagenwohnungen	Hochqualifizierte Dienstleister, höheres Einkommen, keine Kinder (z.B. transnationale Eliten, Reurbanisierer)	Gründerzeitviertel Innenstadtnah
Grüne Umgebung, großzügige Wohnungen, Nähe Arbeit/Konsum/soziale Einrichtungen, Etagenwohnungen oder Haus	Hochqualifizierte Dienstleister, mit Kindern (z.B. Sub- und Reurbanisierer, transnationale Eliten)	Innenstadtnah Wohnviertel
Vielfältige Wohnstrukturen, preiswerter Wohnraum, einfache Ausstattung, Etagenwohnungen,	Junge Haushalte, Singles (z.B. Suburbanisierer, Starter)	an zentrale Stadtteile angrenzende Quartiere
Preiswerter Wohnraum, einfache Ausstattung, Haus, grüne Umgebung	Durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte, Familienorient. (z.B. Suburbanisierer, Migranten)	Stadtrand oder Stadterweiterungsring Wohnviertel
Preiswerter Wohnraum, einfache Ausstattung, Etagenwohnung	Niedrigqualifizierte Haushalte, geringes Einkommen, Kinder/keine Kinder (z.B. Migranten)	Migranten: innenstadtnah Sonstige: Stadtrand

Quelle: Eigene Zusammenstellung

2.3.5. Stadtentwicklung und Flächenangebotspolitik

Auch wenn im Kontext des wirtschaftlichen Wandels und der Lebensstiländerungen eine verdichtete, nutzungsgemischte Stadtstruktur realistischer erscheint, so stellt sich die Frage, ob dafür überhaupt genügend Flächen vorhanden sind. Gibt es überhaupt die Flächenpotenziale und infrastrukturellen Voraussetzungen, um angebotsseitig auf die Veränderungen reagieren zu können?

Schätzungen weisen darauf hin, dass in deutschen Ballungsräumen über 40.000 Hektar bisher gewerblich oder industriell genutzter Flächen brach liegen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) gibt es insbesondere in westdeutschen Städten große Chancen für die Entwicklung von Konversionsflächen, da in Anbetracht knapper Flächenreserven bei gleichzeitigem Flächenbedarf ein gewisser Nachfragedruck besteht (Tomerius/Preuß 2000). Entsprechende Flächen lassen sich nicht nur am Rande der Kernstädte in Verdichtungsräumen finden, sondern auch in innerstädtischen Bereichen wie z.B. auf ehemaligen Hafen-, Bahn- und Postflächen.

Ein zentraler Punkt zur Aktivierung der Wachstumspotenziale einer Stadt ist die vorausschauende Koordinierung dieses lokalen Flächenangebots. Städtisches Wachstum hängt davon ab, dass ansässige Einwohner und Betriebe in der Stadt verbleiben und dass Bevölkerung und Unternehmen von außen in die Stadt zuziehen. Dieses Ziel ist nur dann zu erreichen, wenn die Attraktivität städtischer Standorte gesichert und ausgebaut wird, wozu ein umfassendes Flächenmanagement notwendig ist. Gerade angesichts von wirtschaftlichen

Strukturveränderungen und neuen Flächenanforderungen ermöglicht ein umfassendes Flächenmanagement neue Gestaltungschancen. Brachliegende Flächen eröffnen dabei dem Management, eine Planung zu realisieren, die sich an Prinzipien der Nutzungsmischung orientiert. Es bietet sich an, diese Flächen zielgerichtet für urban orientierte Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftsbranchen zu entwickeln. Daher muss die städtische Politik ein attraktives Flächenangebot vorhalten, um die Nachfrage lokaler und externer Nachfrager befriedigen zu können. Dies ist zugleich eine Form, den Flächenverbrauch im suburbanen Raum zu begrenzen und zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen. Dazu lassen sich drei Aspekte unterscheiden:

- Realisierung großflächiger Entwicklungsprojekte;
- Realisierung kleinflächiger Entwicklungsprojekte (Nachverdichtung);
- Generierung von Leitbildern zur Koordinierung des städtischen Flächenangebots.

Realisierung großflächiger Entwicklungsprojekte: In der stadtentwicklungspolitischen Diskussion haben großflächige Entwicklungsprojekte in den letzten zehn Jahren große Bedeutung erhalten. In der Regel handelt es sich dabei um Projekte, die eine kombinierte Erschließung der Fläche durch Wohn- und Bürobau beinhaltet. Dies kann die Form der Erschließung neuer, bisher ungenutzter Flächen (greenfield investment) als auch die Konversion von Flächen annehmen, die ihre bisherige Nutzung verloren haben (brownfield investment). Vor allem die zweite Ausprägung hat in den letzten Jahren in der Planungsdebatte große Aufmerksamkeit erhalten, da damit untergenutzte, aber gleichwohl knappe Fläche einer neuen Nutzung zugeführt werden kann.

Realisierung kleinflächige Entwicklungsprojekte: Flächenmanagement und –planung beinhaltet aber nicht nur die Erschließung großer Flächen, sondern auch die Erschließung von Baulücken und eine generelle Nachverdichtung im Stadtraum. Dies ist vor allem deshalb geboten, weil der Umstand knapper Flächen im städtischen Raum eine effiziente Nutzung voraussetzt. Gleichzeitig setzt die Ausdifferenzierung von Nachfragerprofilen und die Nachfrage vieler hochqualifizierter und einkommensstarker Haushalte nach innerstädtischem Wohnraum das Angebot der entsprechenden Flächen durch die öffentliche Hand voraus, um die Attraktivität der Stadt für entsprechende Einwohnergruppen zu steigern.

Entwicklung eines stadtentwicklungspolitischen Leitbildes: Flächenmanagement muss in ein stadtentwicklungspolitisches Leitbild eingebunden sein, das von der Bevölkerung und der städtischen Verwaltung getragen wird. Denn Flächenmanagement ist nicht nur eine passive „Bevorratung“ von Flächen, sondern das aktive, koordinierte und zielgerichtete Arrangement und der Einsatz von Flächen zur Gewährleistung einer sozial ausgeglichenen und nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die in Abschnitt 2.1 und 2.2 diskutierten Zu- und Abwanderung und städtischen Wirtschaftskluster deuten in Verbindung mit den standörtlichen Anforderungen darauf hin, dass in den städtischen Brachflächen große Chancen für die Stadtentwicklung bestehen. Insbesondere Großprojekte bieten die Möglichkeit, einen Beitrag zur Entwicklung einer nutzungsmischten, kompakten Stadt zu leisten. Der bei effektivem Marketing und einer Leitbildentwicklung zu erwartende Imagegewinn macht eine Stadt auch für überregionale Zuwanderer attraktiv.

3. Wachsende und wettbewerbsfähige Städte: eine internationale Bestandsaufnahme

Wachstumsstrategien werden von vielen Großstädten in unterschiedlicher Form verfolgt. Sehr früh setzte eine entsprechende Debatte in den USA ein, die bereits in den siebziger Jahren zu verschiedenen Bestandsaufnahmen veränderter städtischer Entwicklungspolitik geführt hat. Die Lagebeziehungen und Wettbewerbsfähigkeiten innerhalb des europäischen Städtesystems haben spätestens seit den weitreichenden Integrationsschritten innerhalb der Europäischen Union in den achtziger Jahren und der Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes große Beachtung gefunden. Im Zentrum dieses Kapitels steht die Untersuchung der wichtigsten Wachstumsprozesse und Wachstumsstrategien vergleichbarer Städte im internationalen und nationalen Raum.

Die vorgelegten Ergebnisse sind aus umfangreichen Literaturrecherchen und Auswertungen der Webseiten der Städte, Städtenetze und der mit Stadtforschung befassten Einrichtungen entstanden. Sie bilden die Basis für die in 3.1 vorgelegten Überblicksdarstellungen. Die anschließende vertiefte Analyse einzelner Städte und die Auswahl der Themenfelder, die wir für Hamburger Belange als lehrreich erachten, beruht zudem auf einzelnen Experteninterviews von Kollegen und Kolleginnen vor Ort.

3.1 Entwicklungstendenzen von Metropolregionen in den USA und Europa: Überblick und Auswahl der Fallstudien

Im folgenden Kapitel werden die regionalen Wachstumsmuster in den USA und Europa skizziert. Dabei werden jedoch unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt. Die Untersuchung der nordamerikanischen Situation dient der summarischen Herausstellung der strategischen Ansatzpunkte für die Stärkung städtischer Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts der ansonsten schwer vergleichbaren Formen der Stadtentwicklung zwischen Nordamerika und Europa können an diesen Punkt wichtige Anregungen für lokale und stadtrregionale Strategien gefunden werden. Auf eine detaillierte Analyse einzelner Städte wird verzichtet, weil der Ablauf der Prozesse der Sub- und Desurbanisierung nicht mit der europäischen Situation vergleichbar ist.

Die Darstellung der europäischen Situation zielt zunächst darauf ab, einen Rahmen für die einzelnen Vertiefungsstudien aufzubauen. Obwohl von einem weitgehend integrierten Städtesystem im EU-europäischen Kontext noch nicht gesprochen werden kann, bilden verschiedene Papiere der EU (z.B. EUREK) und der institutionalisierten Städtenetze (Eurocities, METREX) eine gewisse Grundlage europäischer Siedlungssystempolitik. Darüber hinaus werden Kriterien benannt, die zur Auswahl einzelner Städte geführt haben. Hier spielt die Vergleichbarkeit mit Hamburg eine herausragende Rolle. Eine Darstellung von Grunddaten für die ausgewählten Metropolregionen leitet auf einzelne Fallstudien zu Kopenhagen, Wien, München, Barcelona und Amsterdam über.

3.1.1 Wachsende Städte und „Growth Management“ in den USA

Regionales Wachstum in den USA konzentriert sich auf wenige Metropolen und Stadtregionen. Stadtregionen mit besonders hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten wie Washington DC, New York, Boston, Austin, Dallas, Houston, Atlanta, San Francisco oder Seattle haben dabei ähnliche Charakteristika: sie weisen ein wirtschaftliches Schwergewicht in Wachstumsbranchen wie wissensintensive Dienstleistungen und High-Tech-Industrien auf. Nach neueren Untersuchungen lässt sich die Standortwahl der entsprechenden Unternehmen nicht mit traditionellen Standortfaktoren wie Verkehrsanbindung, Arbeitskosten, Bodenpreisen, Steuerhöhe oder Subventionen und mit „klimatischer Gunst“ erklären, sondern mit dem hohen Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften an der stadtreionalen Bevölkerung und dem weltoffenen, toleranten Klima der jeweiligen Region (Florida 2002). Hochqualifizierte Arbeitskräfte scheinen in ihrem Wanderungsverhalten vom kulturellen Flair und dem weltoffenen Klima der jeweiligen Regionen angezogen zu werden. Sie zeigen eine starke Präferenz für Stadtregionen mit einem umfangreichen kulturellen Angebot und einer großen Bevölkerungsvielfalt. Die Weltoffenheit und Toleranz in der Stadt zusammen mit niedrigen Eintrittsbarrieren auf dem Arbeitsmarkt scheinen eine Voraussetzung für die Zuwanderung dieser Bevölkerungsgruppe zu sein. Insofern ist der hohe Anteil hochqualifizierter Bevölkerung in den Wachstumsregionen der USA ein Pullfaktor für wissens- und technologieintensive Industrien. Diese „geography of talent“ lässt sich aber wiederum nur als eine Folge des kulturellen Flairs und der politischen Aufgeschlossenheit von Stadtregionen verstehen. Kosmopolitische Urbanität als komplexer „weicher“ Standortfaktor ist damit als Grundlage für spezifische Wettbewerbsvorteile anzusehen. Daraus ergeben sich stadtentwicklungspolitische Handlungsperspektiven, die über ein enges Verständnis von Wirtschaftsförderung als einem Ausbau der harten Infrastruktur hinausgehen: eine wichtige Voraussetzung für das Anziehen von hochqualifizierten Arbeitskräften und wissensintensiven Unternehmen ist die Ermöglichung von überregionaler und internationaler Zuwanderung und die Garantie eines weltoffenen und liberalen Klimas. Dies beinhaltet u.a. die Bereitstellung von Raum für vielfältige, auch unkonventionelle Lebensstile. Weiterhin ist die Förderung von Kunst und Kultur ein wichtiger Bestandteil einer nach Außen gerichteten Imagepolitik. Im Folgenden wird ausgeführt, wie sich der Wachstumsprozess in den jeweiligen Regionen räumlich gestaltet, welche Veränderungen in den letzten Jahren eingetreten sind und durch welche Maßnahmen die regionalen Wachstumsbedingungen stabilisiert werden sollen.

Die Entstehung des Handlungsdrucks – Suburbansierungsprozesse im 20. Jahrhundert

Generell hat sich das Arbeitsplatz- und Bevölkerungswachstum in den USA in den letzten Jahrzehnten von den Kernstädten der großen Metropolregionen in die Städte am Rande von metropolitanen Räumen verlagert. Inzwischen leben 75% der Einwohner der 25 größten Metropolen der USA in Umlandgemeinden. Dieser Prozess setzte bereits mit der Durchsetzung des motorisierten Individualverkehrs ab den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts ein. Allerdings haben sich am Ende des Jahrhunderts das Profil und die Ziele der Abwanderer geändert. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts war die Abwanderung aus den Städten von der Suche nach billigerem Wohnraum und einer besseren Wohnumgebung bestimmt. Bei den Suburbaniten handelte es sich vorwiegend um junge Familien, die quer durch breite Einkommens- und Qualifikationsschichten den Traum eines Eigenheims im Grünen realisieren wollten. Die gegenwärtige Abwanderung aus den Großstädten ist allerdings anders strukturiert: bei den heutigen Abwanderern handelt es sich überwiegend um Hochqualifizierte und Rentner auf

der Suche nach Wohnstandorten mit hohem Gesundheits-, Sicherheits- und Freizeitwert (vgl. Wolf 1999: 16). Dies bedeutet, dass das Alter, die berufliche Erfahrung und das Einkommen der gegenwärtigen Abwanderer höher sind, als es bei den früheren Abwanderern der Fall war.

Die neuen Abwanderungsprozesse zielen auf neue und weiter entfernte Gemeinden und Städte am Rand von metropolitanen Räumen ab. Bei der Standortentscheidung ist die Umwelt- und Freizeitqualität von zentraler Bedeutung. Im Unterschied zu den Metropolen wachsen diese Städte überproportional hinsichtlich ihrer Bevölkerung als auch der Beschäftigung (Cervero 1999: 117). Damit zielt die gegenwärtige Abwanderungswelle auf funktional integrierte, eigenständige Gemeinden und Städte, die neben günstigen Immobilien- und Bodenpreisen und guten Schulen – Bewertungsmaßstäbe, die die aktuelle Gruppe mit den traditionellen Suburbanisierern teilt – auch eine hohe Lebensqualität und gute Erwerbsmöglichkeiten bieten (Wolf 1999: 53).

Diese Standorte sind weder metropolitan noch haben sie einen suburbanen Charakter. Planer bezeichnen diese Standorte in den USA als „Exurbia“: „The transitional zone between the dense urban-suburban settlement and the very sparsely settled open countryside, exurbia is an important destination for fifth-migration participants (die aktuelle Abwanderungsgruppe, S.H.)“ (Wolf 1999: 57). Während die Kernstädte von Metropolregionen eine Tendenz zum Schrumpfen aufweisen², ist „Exurbia“ durch ein starkes Wachstum geprägt, das mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen und der Abwanderung von Bevölkerung aus den Kernstädten zusammenhängt. Damit ergeben sich neue Subzentren und eine neue Struktur im metropolitanen Raum: „In the United States, the once-dominant radial commute, a legacy of the monocentric metropolis, has been replaced by a patchwork quilt of cross-town, criss-cross travel. For the 35 largest U.S. metropolitan areas with over a million residents, the share of workers commuting to jobs in the central city fell from 48.4 per cent in 1970 to 38.3 per cent in 1990.“ (Cervero 1999: 117).

Neben der Dezentralisierung von Arbeitsplätzen und einer möglichen räumlichen Nachbarschaft von Wohnen und Arbeit, die eher positiv zu werten sind, ist ein erhöhter Flächenverbrauch in den neuen Wachstumsstädten die Folge. Gleichzeitig entsteht die Gefahr des Leerstandes in den Kernen der Metropolen. Weiterhin verkehren sich die Vorteile dieser Zielstädte im Zuge des Wachstums in ihr Gegenteil: niedrige Bodenpreise und ein grünes Umfeld sind durch einen starken Zuzug von Bevölkerung und Unternehmen bedroht. Eine Untersuchung hat ergeben, dass z.B. in der San Francisco Bay Area verhältnismäßig mehr Arbeitsplätze als Wohnungen entstanden sind, was sich in einem Ungleichgewicht von Arbeitsplätzen und Wohnungen ausdrückt (Cervero 1999: 119). Das Ergebnis davon sind Verkehrsbelastungen, die denen der Kernstadt ähneln.

Das Wachstum der Städte bedroht damit die eigenen Existenzgrundlagen, die sich in ihr Gegenteil umkehren können. Bereits jetzt gibt es Anzeichen für den Niedergang von Stadtregionen, die einem unregulierten Wachstumspfad gefolgt sind (Wolf 1999: 85ff.). Abnahme

² Ungleich stärker als in den westeuropäischen Städten waren US-amerikanische Städte gleichzeitig von einer Zuwanderung durch Immigration und von einer starken Suburbanisierung geprägt. Lange Zeit überstieg die Immigration die Suburbanisierung: städtisches Wachstum wurde von der Immigration getragen. Seit den stärkeren Einwanderungskontrollen verlieren aber die Städte an Zuwanderung: damit besteht inzwischen eine Tendenz der Schrumpfung bzw. im besten Fall des Bestandserhalts der Kernstädte. Inzwischen gilt schon seit mehreren Dekaden, dass mehr US-Amerikaner in den städtischen Vororten als in den Städten leben (Wolf 1999: 12ff.).

von Freiflächen, Zunahme von Umweltproblemen, Niedergang der Immobilienpreise, Wegzug von Bevölkerung und Verfall der öffentlichen Infrastruktur sind deutliche Anzeichen dafür. Bei Planern hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es inzwischen weniger gilt, Wachstum um jeden Preis zu erhalten als die Qualitäten, die zur Zuwanderung beigetragen haben. Dieses Umdenken begünstigt sowohl die Kernstädte als auch die Kleinstädte der Metropolregion, da es mit einer Attraktivitätssteigerung der gesamten Stadtregion verbunden ist.

Im Zuge dieser Paradigmenwende erfolgt eine Höherbewertung von „enhancing accessibility“ im Vergleich zu „maximizing personal mobility“. „Growth management“ wird immer stärker mit dem Versuch einer kompakten Stadtentwicklung und der Realisierung von „smart growth“ in Verbindung gebracht. Um Bevölkerung und Arbeitsplätze zu halten, wird auf Bestandserhalt und ein qualitatives Wachstum in der Form von mehr Lebensqualität und Identifikationsangebote gesetzt. Eine kompakte Entwicklung setzt nach Cervero (1999) die Beachtung folgender Punkte voraus:

- Zurverfügungstellung öffentlicher Infrastruktur (Gemeinschaftseinrichtungen wie Bibliotheken, Veranstaltungsräume etc.),
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs;
- Ausweisung von Freiflächen;
- Realisierung eines qualitativ hochwertigen städtebaulichen Designs;
- enge räumliche Zuordnung von Funktionen;
- Anbindung des Standortes an überregionale Zugverbindungen;

Ein potenzielles Hindernis bei der Umsetzung besteht jedoch in den USA in der weitgehenden lokalen Autonomie im politischen Feld der Stadtentwicklung und des Flächenmanagements. Lokal Verantwortliche müssen von den Vorteilen einer kompakten Stadtentwicklung überzeugt werden. Da die Gemeinden finanziell stark von den lokal ansässigen Unternehmen abhängig sind, existiert die Neigung, die Ansiedlung von Unternehmen unter Umständen auch auf Kosten der Stadtattraktivität zu fördern und Flächenwünschen von Unternehmen nachzugeben. „Growth management“ als eine darauf reagierende Konzeption wird demgegenüber als der Versuch einer Verständigung lokaler „stakeholders“ über die Entwicklung ihrer Gemeinde/Stadt bezeichnet. Es gilt, lokale Visionen zu entwickeln, die die Bürger, Unternehmen und sonstige wichtige Akteure teilen. Städtebauer, Architekten oder Planer können zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung wenig tun ohne die informierte Kooperation von Akteuren auf lokaler Ebene. Insofern ist „growth management“ ein inkrementeller Ansatz, der von lokalen Akteuren ausgeht und stark von deren Einsicht und Verständnis abhängt. Bisher haben u.a. die Staaten New Jersey und Maryland einen „growth management plan“ verabschiedet, der dazu beitragen soll, weiteres Wachstum innerhalb städtischer Grenzen zu konzentrieren (Cervero 1999: 123).

Als Bausteine zur Leitbildentwicklung und Umsetzung einer kompakten Stadt werden in den USA folgende Maßnahmen für die Kernstadt diskutiert (vgl. Wolf 1999: 131ff.):

- Belegung des Central Business Districts durch die Schaffung von Wohnraum und die Belegung der Aufenthaltsqualitäten des öffentlichen Raums;
- Schutz und Entwicklung historischer Viertel, um Identitätsangebote an Bewohner zu schaffen;

- Erhalt des öffentlichen und semiöffentlichen Raums; Verhinderung von Angsträumen;
- Sicherung der Aufenthaltsqualitäten von Straßen und Wegen; Schaffung von gefahrenarmen Bewegungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer; Erschließung der Straßen für öffentlichen Nahverkehr;
- Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs;
- Förderung einer Vielfalt von Gebäuden, Wohnungen, Nutzer- und Eigentümerstrukturen;
- Unterstützung von Teleheimarbeit bzw. Arbeitsplätzen in Wohngebieten.

Alle Maßnahmen zielen auf eine Attraktivitätssteigerung der Stadt für ihre Bewohner. Die Stadt soll ihren Bewohnern Identifikationsangebote bieten bzw. die Bewohner sollen zu einem Aufenthalt im Stadtraum angeregt werden. Damit soll die Lebensqualität der Stadt gesteigert und Abwanderungen reduziert werden. Die genannten Maßnahmen beinhalten, dass bei der Stadtentwicklung keine Nutzergruppe prioritär gesetzt werden sollte, sondern ein Ausgleich zwischen Nutzeransprüchen angestrebt werden sollte.

Insbesondere die Kernstädte sollen von den Vorteilen einer kompakten Stadt profitieren. Während es bei den wachsenden Umlandstädten um die Begrenzung von Wachstum geht, geht es bei den Kernstädten um Stabilisierung der städtischen Entwicklung. Die Erwartung ist, Bewohner und Arbeitsplätze in der Stadt halten zu können. Die US-amerikanische Diskussion wird stark aus der lokalen Perspektive heraus geführt. Der Hintergrund dafür ist, wie bereits angedeutet, die herausgehobene Bedeutung der lokalen Ebene für Fragen der Stadtentwicklung und des Flächenmanagements. Die hohe Bedeutung, die der Überzeugungsarbeit und „public-privat-partnerships“ beigemessen wird, hängt mit der stark durch Marktprozesse getriebenen Flächennutzung zusammen. Nur lokal getragene, gemeinsame Leitbilder können die Akteure motivieren, auf kurzfristige Profite zu verzichten. Grundsätzlich ist die lokale Ebene in diesen Fragen in kein politisches Mehrebenen-System eingebunden; Einfluss nehmen allenfalls die Bundesstaaten. Allerdings eher als Empfehlungen aussprechende Ebene.

3.1.2 Überblick über die europäische Situation und Auswahl der Fallstudien

In einem der letzten vorgelegten Städterankings für Europa kam das durchführende Beratungsinstitut „Empirica-Delasasse“ zu dem für deutsche Stadtregionen ernüchternden Schluss, dass sie im europäischen Vergleich in den letzten vier Jahren stark zurückgefallen seien (Wirtschaftswoche 08/02 S. 46). Auch wenn in diesem Fall – wie üblich – die methodischen Grundlagen, die zur Einstufung geführt haben, nicht offen gelegt worden sind, so ist das relative Zurückfallen deutscher Städte angesichts der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht überraschend. Nimmt man hinzu, dass verbliebene Wachstumseffekte derzeit eher außerhalb der Kerne der Verdichtungsräume auftreten, so kennzeichnet das konstatierte Ergebnis den problematischen Entwicklungspfad der Kerne von Verdichtungsräumen in Deutschland.

Dieser Trend ist allerdings angesichts der substantiellen Veränderungen in Europa in den 1990er Jahren unerwartet. Denn mit der Wiedervereinigung und der Öffnung zum Osten ist eine Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes zugunsten weiterer deutscher Stadtregionen erwartet worden. Galt Anfang der neunziger Jahre die sog. „Blaue Banane“ als Zentrum europäischer Wirtschaftstätigkeit, die den Südosten Englands über die Rheinschie-

ne mit Oberitalien verband, so formulierte das europäische Raumordnungskonzept EUREK Ende der 1990er Jahre strategische Lagevorteile für diejenigen Regionen, die innerhalb der Linie London – Paris – Mailand – München – Hamburg liegen. Damit ist die „blaue Banane“ größer und gewissermaßen etwas nach Osten verlagert worden.

Auch wenn Lagekriterien für wirtschaftliche Wachstumsstrategien hier nicht verkannt werden sollen – geoökonomische Positionierungen, räumliche Erreichbarkeiten und die jeweiligen Vor- und Hinterländer werden auch in Zukunft für eine Metropolregion wichtig bleiben -, sind die Determinanten für Großstadtentwicklung heute anderer Art. Das obige Ergebnis zum europäischen Städteranking könnte dazu verleiten, der jeweiligen Nationalökonomie die Rolle zuzuweisen, sie sei nach wie vor der strukturierende Faktor für städtische Entwicklungsperspektiven. Dieser Interpretation ist zwar teilweise zuzustimmen, jedoch bleibt das Eintreten oder das Ausbleiben des Erfolgs letztlich von dem besonderen Mischungsverhältnis und den Verflechtungsintensitäten der jeweiligen Großstadt zwischen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ökonomie abhängig. Entscheidend für die Erklärung bleibt daher die Analyse der jeweiligen „economies / politics of scale / scope“ der betrachteten Städte (vgl. dazu unsere Ausführungen zum Hamburg-Berlin Gutachten). Vor diesem Hintergrund ist hier eine fallbezogene Vertiefung gewählt worden.

Auswahl der Fallstudien und Politikfelder

Die Auswahl der europäischen Städte und Metropolregionen ist nach Vergleichbarkeitskriterien und Interesse Hamburger Akteure erfolgt. Da wir einen direkten Vergleich von Metropolregionen als wenig weiterführend einstufen und damit allgemeinen Erkenntnissen der komparativen Stadtforschung folgen, orientiert sich unser Vorgehen stärker an den auszuwählenden Themen, Politikfeldern und Großprojekten, die in den jeweiligen Städten eine besondere Bedeutung haben und den wesentlichen Bestandteil der Wachstumsstrategien bilden.

Tab. 7: Ausgewählte Städte und Themenfelder

Stadt	Politikfelder und Großprojekte
Kopenhagen	Cluster Life Sciences, Großprojekt Örestad
Wien	Stadtentwicklung und Wohnen, Cluster Life Sciences
München	Wohnen, Cluster BioTech und Cluster Medien
Barcelona	Großprojekt Olympia
Amsterdam	Zuwanderung / Internationalität
Nur ausgewählte Aspekte	
Zürich Rotterdam,	Wohnen und Gewerbe (Nutzungsmischung) Großprojekt Kop van Zuid (Waterfront)

3.1.3 Grunddaten der ausgewählten Metropolregionen

Die ausländischen Untersuchungsstädte lassen sich hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl in zwei Gruppen einteilen. Barcelona und Wien gehören mit über 1,5 Millionen Einwohnern der gleichen Größenordnung wie Hamburg an. Dagegen sind Amsterdam und Kopenhagen mit deutlich unter einer Million Einwohnern wesentlich kleiner; beide Städte weisen jedoch ein städtisch geprägtes Umland auf, so dass sie für Hamburg interessante Vergleichsstädte

sind. Die deutsche Vergleichsstadt München liegt mit etwa 1,2 Millionen Einwohnern zwischen den beiden Kategorien.

Mit Ausnahme von Barcelona und München weisen alle betrachteten Städte in den 1990er Jahren ein Bevölkerungswachstum auf (vgl. Abb. 8). Die höchste Steigerungsrate hat Kopenhagen (6,2 % von 1990 bis 2000), gefolgt von Amsterdam und Wien (5,2 % bzw. 3,8 %; Hamburg 3,8 %). Mit einem Rückgang der Bevölkerung von über 10 % weicht die Entwicklung in Barcelona deutlich von jener der anderen Städte ab, wobei die signifikanten Sprünge erhebungstechnisch bedingt sind (Anpassung der Statistik an Zensus- bzw. Einwohnerverzeichnisdaten). Münchens Einwohnerzahl in den 1990er Jahren dagegen schwankt; insgesamt ist ein Rückgang um 1,5 % zu verzeichnen, wobei – ebenso wie in Barcelona – die Einwohnerzahlen seit 1999 wieder steigen.

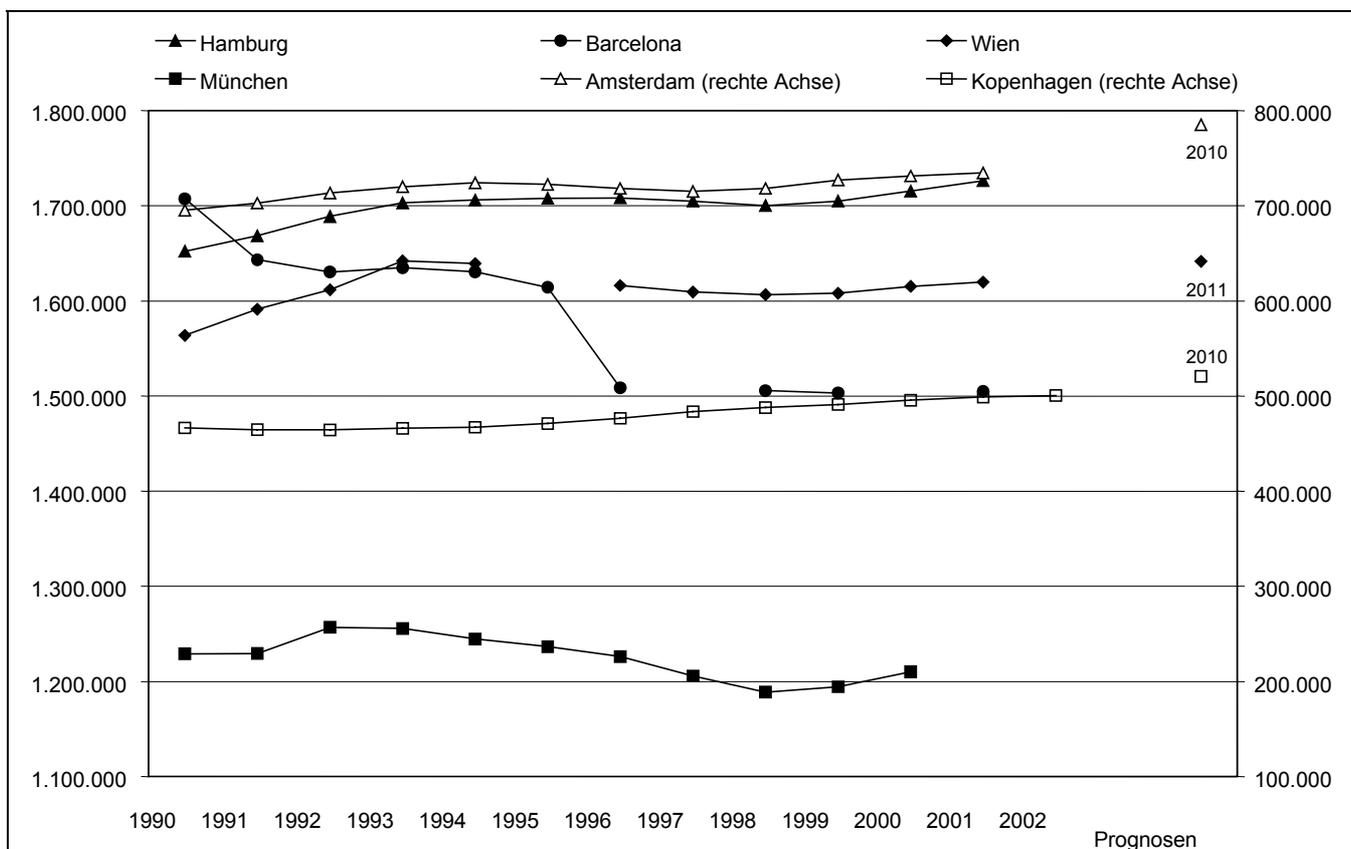


Abb. 8: Bevölkerungsentwicklung, 1990-2001 und Prognosen

Quelle: Statistische Ämter der Städte und Länder

Die für die Städte Amsterdam, Kopenhagen und Wien vorliegenden Prognosen deuten darauf hin, dass die Bevölkerung in diesen Städten auch in Zukunft weiter wachsen wird. Die Bevölkerungsprognosen für München und Hamburg gehen dagegen von stagnierenden oder sogar leicht sinkenden Einwohnerzahlen aus; sie berücksichtigen allerdings nur ältere Daten und schreiben damit den Mitte der 1990er Jahre in den beiden Städten bestehenden Stagnations- bzw. Schrumpfungstrend fort. Tatsächlich sind aber sowohl in München als auch in Hamburg ab 1999 die Bevölkerungszahlen wieder gestiegen. Damit weisen alle Untersuchungsstädte seit 1998/1999 und Kopenhagen bereits seit 1993 kontinuierlich wachsende Bevölkerungszahlen auf.

Den vergangenen und zukünftig erwarteten Wachstumsprozessen in den Untersuchungsstädten liegen ähnliche Dynamiken zugrunde, wenn man In- und Ausländer – bzw. für Amsterdam Menschen mit einem ausländischen ethnischen Hintergrund – getrennt betrachtet; die folgenden Aussagen beziehen sich aufgrund fehlender Daten allerdings nicht auf Kopenhagen und nur teilweise auf München (vgl. Tab. 8). Während die ausländische Bevölkerung positive Geburten- und Wanderungsbilanzen aufweist, sind die entsprechenden Werte für Inländer negativ. Hamburg stellt mit einem positiven Wanderungssaldo der inländischen Bevölkerung eine signifikante Ausnahme dar; für München ist eine ähnliche Situation wahrscheinlich (s.u.).

Tab. 8: Bevölkerungsdynamik im Jahr 2000

	Amsterdam		Barcelona		Kopenhagen		Wien		München		Hamburg	
Bevölkerung	731.289		1.512.971		495.699		1.615.438		1.210.223		1.715.392	
	abs.	je 1.000 Ew.	abs.	je 1.000 Ew.	abs.	je 1.000 Ew.	abs.	je 1.000 Ew.	abs.	je 1.000 Ew.	abs.	je 1.000 Ew.
Lebendgeborene	10.643	15	12.573	8	7.914	16	15.547	10	12.194	10	16.159	9
Gestorbene	6.669	9	15.459	10	6.070	12	17.588	11	11.730	10	18.210	11
Geburtenbilanz	3.974	5	-2.886	-2	1.844	4	-2.041	-1	464	0	-2.051	-1
Zuzüge	39.815	54	23.650	16	46.370	94	53.475	33	94.674	78	82.424	48
Fortzüge	40.625	56	39.092	26	44.936	91	44.885	28	79.502	66	69.716	41
Wanderungsbilanz	-810	-1	-15.442	-10	1.434	3	8.590	5	15.172	13	12.708	7
Rechnerische Gesamtbilanz	3.164	4	-18.328	-12	3.278	7	6.549	4	15.636	13	10.657	6
			36.272 Omissiones									
Inländer (I), Ausländer (A), abs.	I	A	I	A	I	A	I	A	I	A	I	A
Bevölkerung	400.027	331.262	1.438.890	74.081	437.164	58.535	1.323.721	291.717	930.602	279.621	1.453.506	261.886
Gesamtbilanz	-5.622	8.786	-19.723	1.395			-8.819	15.368			1.230	9.427
			7.901	28.371								
Lebendgeborene	4.713	5.930	11.682	891			12.363	3.184	9.392	2.802	14.316	1.843
Gestorbene	5.330	1.339	15.334	125			17.045	543	10.922	808	17.713	497
Geburtenbilanz	-617	4.591	-3.652	766			-4.682	2.641	-1.530	1.994	-3.397	1.346
Zuzüge	15.161	24.654	20.569	3.081			25.400	28.075			53.843	28.581
Fortzüge	20.166	20.459	36.640	2.452			29.537	15.348			49.216	20.500
Wanderungsbilanz	-5.005	4.195	-16.071	629			-4.137	12.727			4.627	8.081

Anmerkung: Für Amsterdam umfasst die Kategorie „Ausländer“ alle Menschen, die einen nicht-niederländischen ethnischen Hintergrund haben (und dabei durchaus niederländische Staatsbürger sein können).

Quelle: Statistische Ämter der Städte bzw. Länder

Amsterdam stellt unter den wachsenden Städten einen Sonderfall dar, da das Bevölkerungswachstum zumindest im Jahr 2000 nur durch den hohen Geburtenüberschuss erzielt wird. Hierfür ist ausschließlich die „ausländische“ Bevölkerung verantwortlich, die in Amsterdam einen besonders hohen Anteil von über 40 % hat. Wie bereits angedeutet, ist diese Kategorie für Amsterdam breiter definiert als in den anderen Untersuchungsstädten und erfasst alle Menschen, die einen nicht-niederländischen ethnischen Hintergrund haben (und dabei durchaus niederländische Staatsbürger sein können).

Aufgrund der skizzierten Entwicklungen weisen alle Städte im Verlaufe der 1990er Jahre überwiegend steigende Ausländeranteile auf (vgl. Abb. 9). In Kopenhagen und Hamburg

allerdings geht der Ausländeranteil seit 1999 wieder leicht zurück, da in diesen Städten die Zahl der Inländer stärker steigt als die der Ausländer.

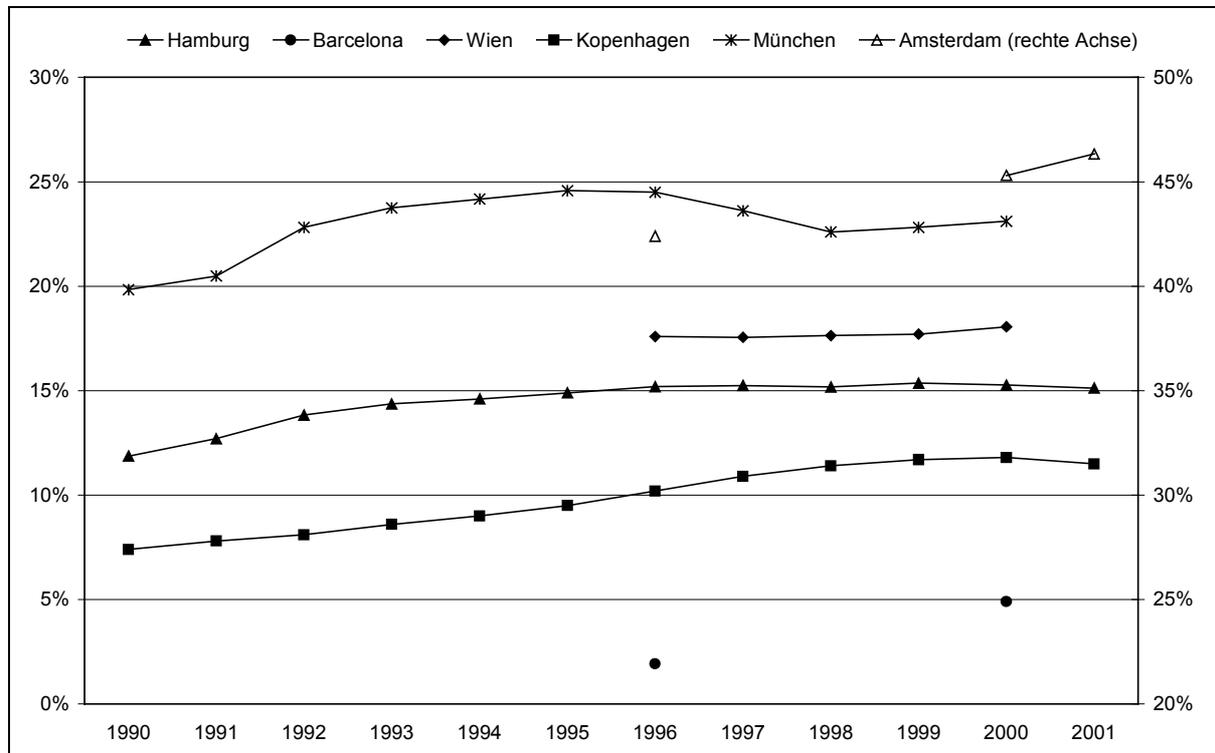


Abb. 9: Entwicklung der Ausländeranteile in den 1990er Jahren

Quelle: Statistische Ämter der Städte bzw. Länder

Hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung (Tab. 9) fallen vor allem Amsterdam und Kopenhagen, also die Städte mit einem Geburtenüberschuss, durch niedrige Anteile alter Menschen auf; in Amsterdam ist zudem der Anteil der Kinder relativ hoch. Einen besonders niedrigen Kinderanteil hat München, also die Stadt mit den höchsten Zu- und Abwanderungsraten (Tab. 8). Auf die dieser Situation zugrunde liegenden selektiven Migrationsprozesse wird in 3.4 näher eingegangen. Als genereller Trend sind in allen Untersuchungsstädten negative Wanderungssalden mit dem Umland und Wanderungszuwächse bei den Fernwanderungen vorherrschend.

Tab. 9: Bevölkerungsstruktur, 1996, 2000 und Prognosen

	Amsterdam			Barcelona		Kopenhagen			Wien		München		Hamburg	
	1996	2000	P2010	1996	2000	1996	2000	P2010	1996	2000	1996	2000	1996	2000
<i>in Prozent</i>														
Kinder*	20,0	20,5	20,5	18,2	16,5	16,4	17,2	20,1		18,4	14,7	14,8	16,1	17,0
Alte (ab 65 Jahre)	13,3	12,2	10,5	20,7	21,9	16,6	13,6	12,0		15,9	15,6	16,0	16,9	16,9
Ausländer	42,4	45,3	53,1	1,9	4,9	10,2	11,8	0,0	17,6	18,1	24,5	23,1	15,2	15,3
Einpersonenhaushalte	53,9	54,0	55,2	22,1	26,9					31,9	52,6	53,7	47,9	47,7

* Amsterdam, Barcelona, Kopenhagen: bis einschließlich 19 Jahre; Wien, München, Hamburg bis inkl. 18 Jahre

Quelle: Statistische Ämter der Städte bzw. Länder

Ein Überblick über die Entwicklung des Wohnungsbestands in den Untersuchungsstädten zeigt, dass die Zahl der Wohnungen in Amsterdam, München, Wien ebenso wie in Hamburg in den 1990er Jahren deutlich gestiegen ist (Abb. 10). In Kopenhagen bleibt sie stabil, und für Barcelona liegen keine vergleichbaren Daten vor.

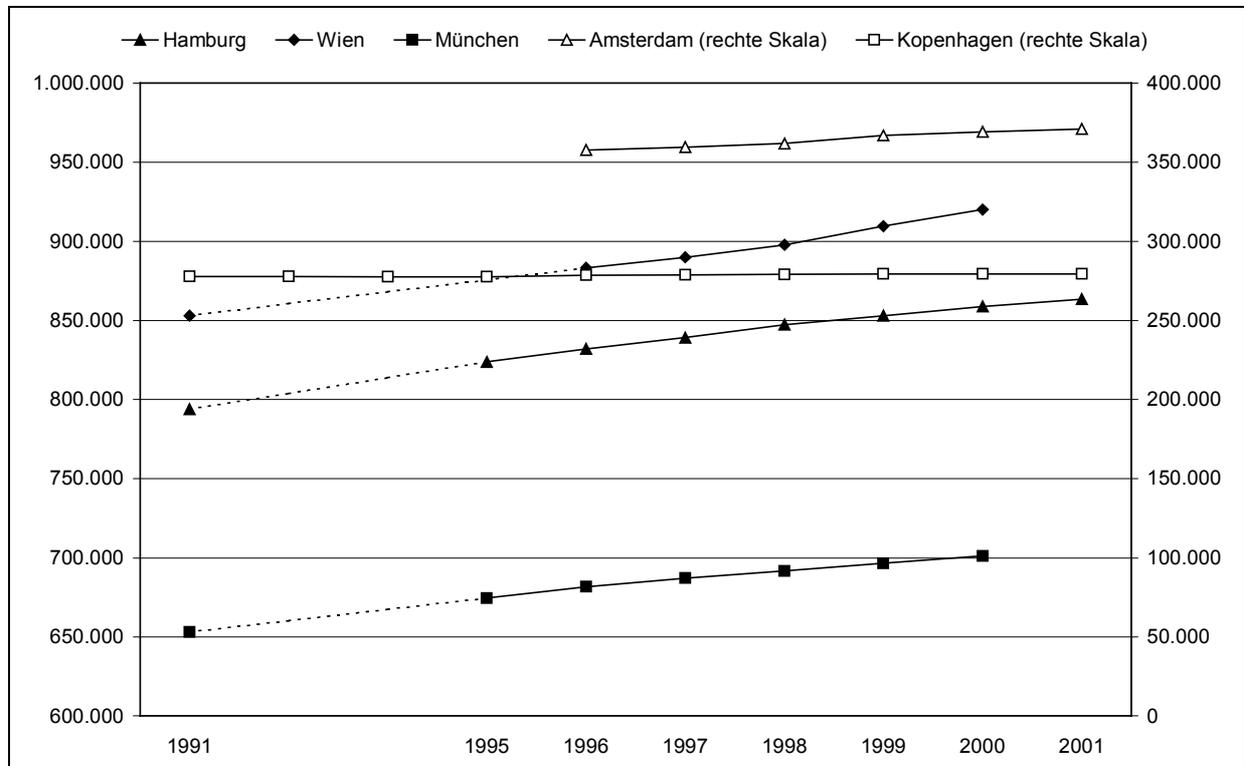


Abb. 10: Wohnungsentwicklung, 1990-2001

Quelle: Statistische Ämter der Städte bzw. Länder

Für eine vergleichende Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Untersuchungsstädten liegen lediglich Daten auf der NUTS 3-Ebene vor. Die NUTS 3-Regionaleinheit entspricht in Hamburg, München und Wien den Städten, in Kopenhagen ist zusätzlich die Kommune Frederiksberg mit knapp 100.000 Einwohnern enthalten. In Amsterdam und Barcelona sind dagegen weitere Bereiche des Umlands mit erfasst. Groot-Amsterdam ist bevölkerungsmäßig etwa doppelt, die Provincia Barcelona etwa dreimal so groß wie die jeweilige Stadt allein (Tab. 10). Während der Trend der Bevölkerungsentwicklung in Groot-Amsterdam grob dem der Stadt entspricht, weist die stabile Bevölkerungsentwicklung der Provincia Barcelona – im Gegensatz zum deutlichen Bevölkerungsrückgang innerhalb der Stadt – auf Wachstumsprozesse im Umland hin (s.o.).

Tab. 10: Bevölkerungsentwicklung (1990-1999) und Fläche der Untersuchungsstädte in der EU-Statistik (NUTS 3-Regionaleinheiten)

NUTS 3-Regionaleinheit	Einwohner					Fläche in km ²	Einw. pro km ²
	in 1000			Entw. in %			
	1990	1995	1999	90-99	95-99	1999	1999
Amsterdam (Groot-Amsterdam)	1081,9	1130,4	1156,2	+6,9%	+2,3%	719,3	1.607
Barcelona (Provincia Barcelona)	4626,5	4634,4	4643,8	+0,4%	+0,2%	7733,0	601
Kopenhagen (inkl. Frederiksberg)	551,5	561,0	582,1	+5,5%	+3,8%	97,0	6.001
Wien (Stadt)	1523,9	1592,6	1602,7	+5,2%	+0,6%	415,0	3.862
München (Stadt)	1217,9	1240,5	1191,7	-2,2%	-3,9%	310,6	3.837
Hamburg (Stadt)	1640,5	1707,3	1702,5	+3,8%	-0,3%	755,3	2.254

Quelle: Eurostat

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (hier gemessen am Bruttoinlandsprodukt) verzeichnen alle Untersuchungsstädte bzw. -regionen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und insbesondere seit 1997 Wachstumsprozesse (Abb. 11). Dies gilt sowohl in absoluter Sichtweise als auch für das BIP je Einwohner. Bei letzterem weisen München und Kopenhagen die höchsten Werte auf; es folgen zunächst Hamburg und dann Amsterdam und Wien. Barcelona bildet mit großem Abstand das Schlusslicht, wobei zumindest in absoluter Sicht Aufholprozesse erkennbar werden. Im Falle der Provincia Barcelonas ist außerdem zu berücksichtigen, dass aufgrund der Größe der Region weniger städtisch geprägte Bereiche einen größeren Anteil haben als in den anderen Untersuchungsstädten bzw.-regionen.

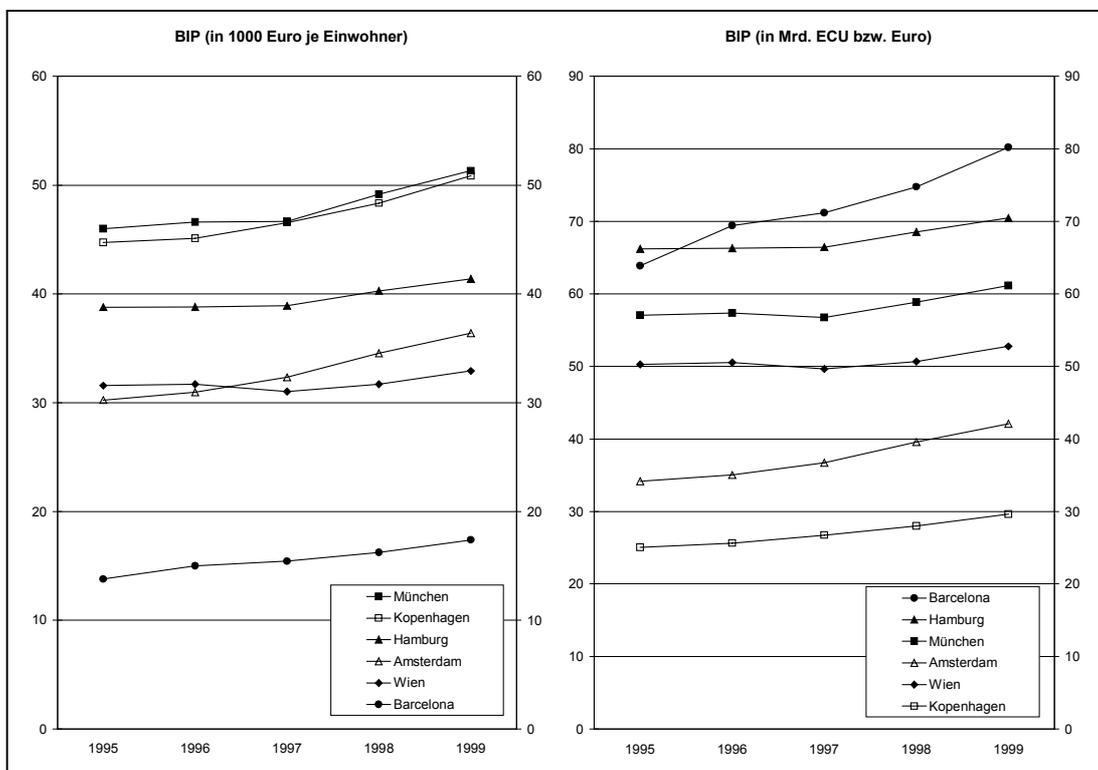


Abb. 11: Bruttoinlandsprodukt, absolut und je Einwohner, 1995-1999

Quelle: Eurostat

Die skizzierte Dynamik resultiert vor allem aus Entwicklungen im Dienstleistungssektor, der in allen Untersuchungsstädten bzw. -regionen außer der Provincia Barcelona mehr als 75 % der Bruttowertschöpfung ausmacht (Abb. 12). Besonders hoch ist die Dienstleistungsintensität in Kopenhagen und Groot-Amsterdam mit rund 90 %. Aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung höherwertiger Dienstleistungen in den Untersuchungsstädten – hierfür liegen keine vergleichbaren Daten vor; besonders hohe Werte sind für Amsterdam, besonders niedrige für Barcelona wahrscheinlich – ist eine differenzierte Analyse der Wachstumsdynamik im Dienstleistungssektor allerdings schwierig.

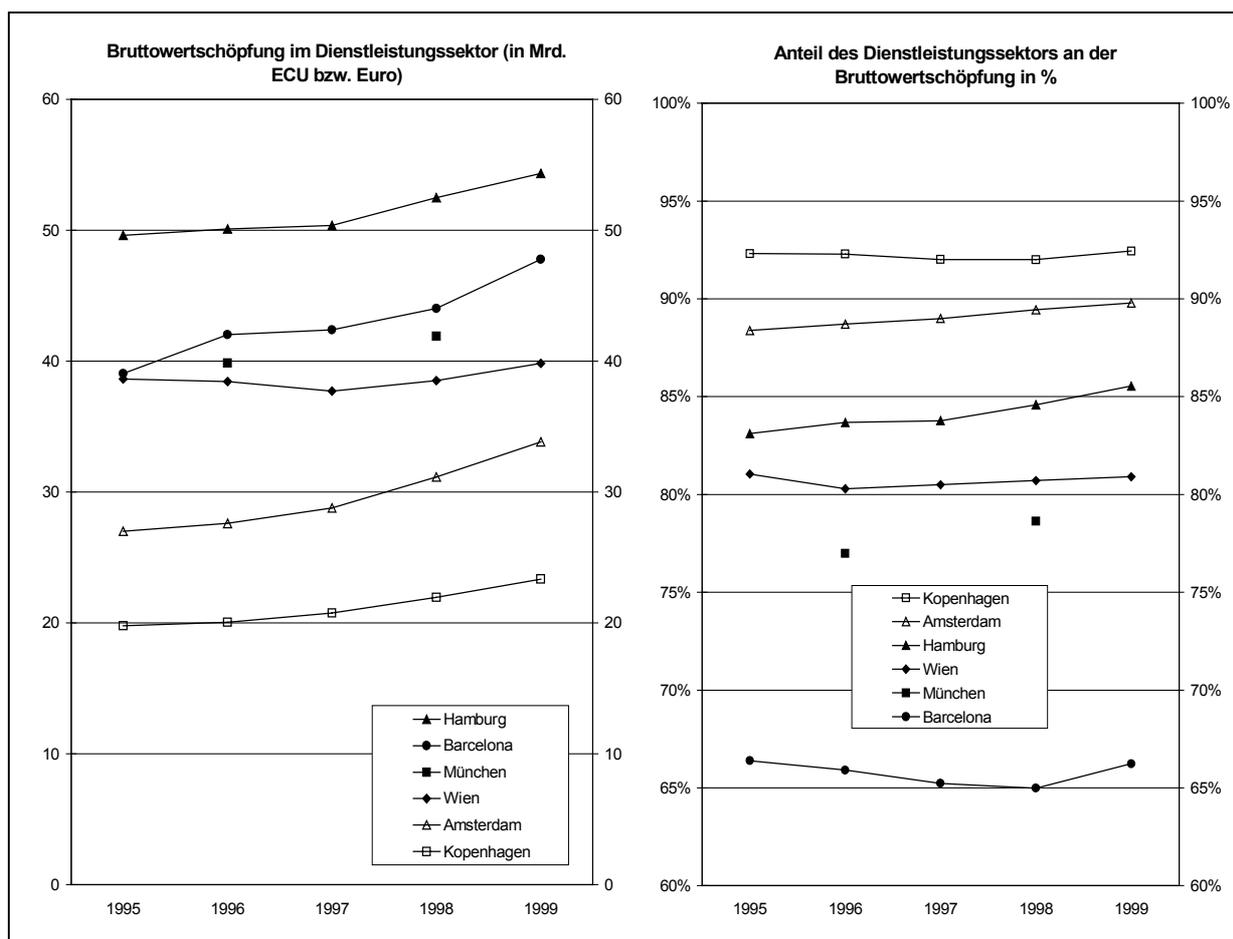


Abb. 12: Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor, absolut und relativ, 1995-1999

Quelle: Eurostat

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verläuft deutlich weniger dynamisch als jene des BIP bzw. der BWS, jedoch sind die Steigerungsraten höher als die der Bevölkerung (Abb. 13). In Hamburg, München und Wien wächst die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1995 und 1999 um weniger als 2 %; der im gleichen Zeitraum steigende Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor deutet auf einen Abbau von Beschäftigten in anderen Sektoren hin. Deutliche Zuwächse bei der Zahl der Erwerbstätigen treten in Kopenhagen (+5 %) und insbesondere der Provincia Barcelona (+12 %) auf. Während der ohnehin sehr hohe Anteil des Dienstleistungssektors in Kopenhagen weiter wächst, sind in der Provincia Barcelona die Zuwachsraten der anderen Sektoren höher.

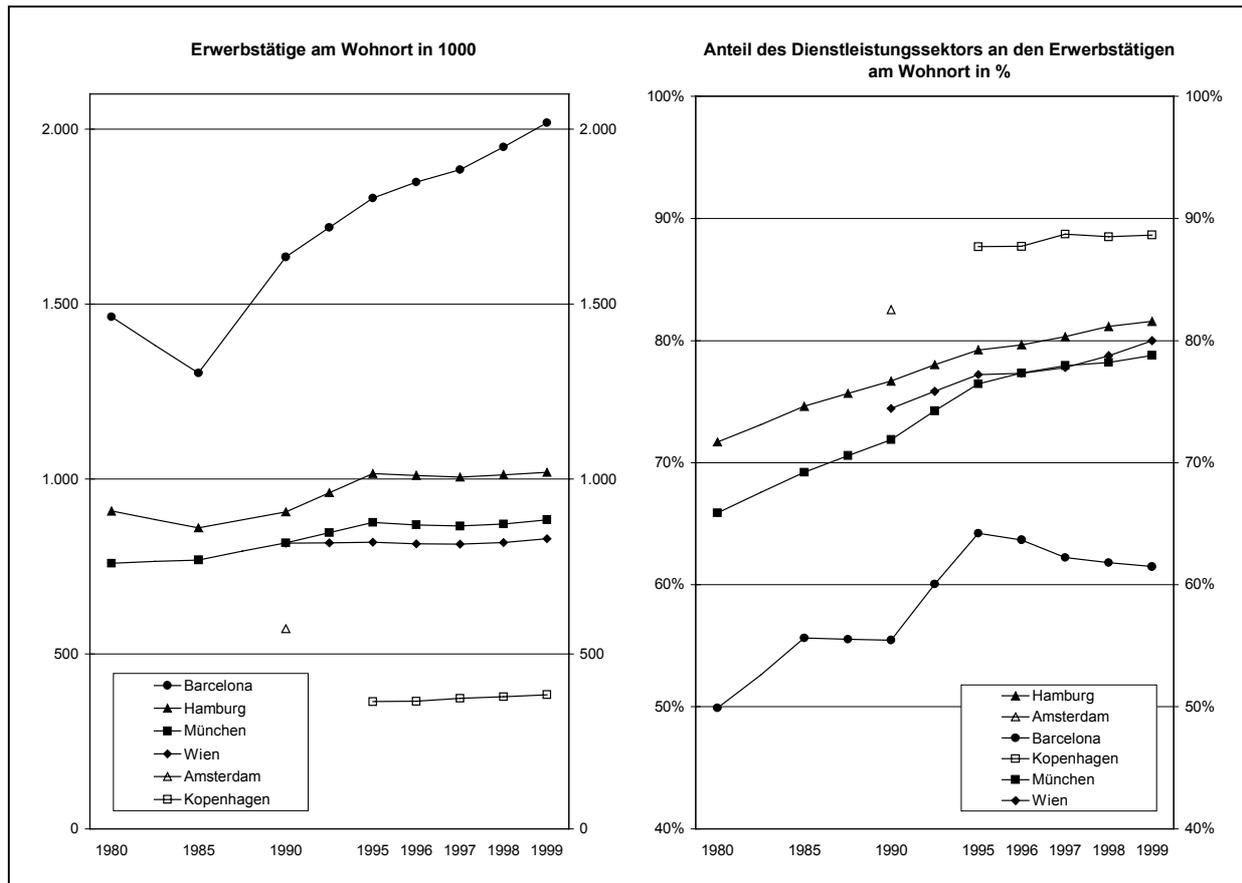


Abb. 13: Erwerbstätige, absolut und Anteil im Dienstleistungssektor, 1980-1999

Quelle: Eurostat

Betrachtet man abschließend die Entwicklung der Arbeitslosigkeit (EU-Definition), so zeigen alle Untersuchungsstädte Ende der 1990er Jahre sinkende und damit positive Tendenzen (Abb. 14). Besonders starke Rückgänge verzeichnen die Provincia Barcelona (von 22 % auf 10 % zwischen 1995 und 2000), Kopenhagen (von 13 % auf 5 %) und Amsterdam (von 9 % auf 4 %). Weniger dynamisch verläuft die Entwicklung in den deutschen Untersuchungsstädten sowie in Wien, wo die Arbeitslosenquoten erst ab 1997 bzw. 1998 leicht sinken. Insgesamt haben sich die Disparitäten zwischen den Städten gegenüber 1995, aber auch im Vergleich zu 1990 verringert; die Arbeitslosenquoten liegen in allen Städten unter 10 %, teilweise sogar unter 5 % (München, Amsterdam).

Damit weisen die nicht-deutschsprachigen Untersuchungsstädte bzw. -regionen zwischen 1995 und 1999 eine positivere wirtschaftliche Dynamik – d.h. höhere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Erwerbstätigkeit sowie stärkere Rückgänge der Arbeitslosigkeit – als München, Wien und Hamburg auf (Abb. 14).

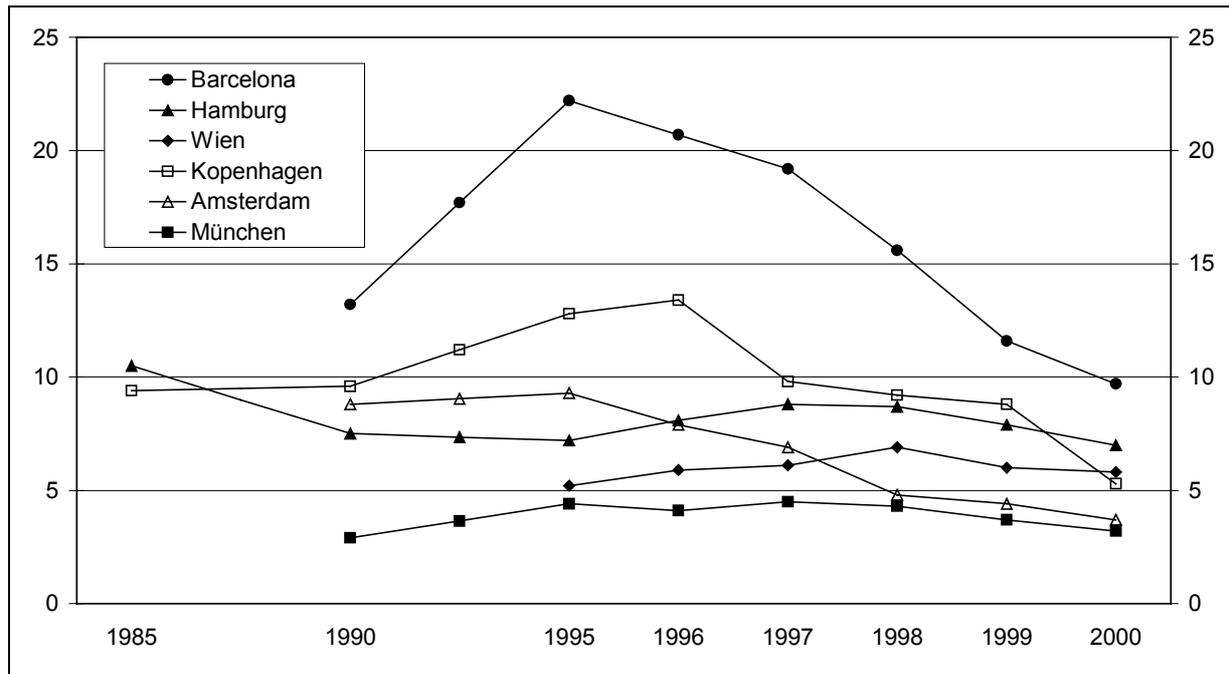


Abb. 14: Arbeitslosenquoten, 1985-2000

Quelle: Eurostat

3.2. Kopenhagen

3.2.1. Sozioökonomischer Kontext

Zwischen Hamburg und Kopenhagen bestehen historisch gesehen sehr lange und intensive Beziehungen. In den letzten Jahren sind diese unter dem Aspekt zunehmender EU-Integration und INTERREG-Aktivitäten auf eine neue Basis gestellt worden. Kopenhagen ist geographisch die benachbarte Metropolregion im Norden und damit die Verbindung zu Nordeuropa. Kopenhagen selbst befindet sich in einem Prozess der „Transnationalisierung“, der durch die Bildung der Öresundregion und damit einer zweistaatlichen europäischen Metropolregion einen institutionellen Rahmen und mit der Öresundbrücke eine feste Verbindung zwischen Dänemark/Kopenhagen und Schweden/Malmö bekommen hat. Im Kooperationskontext STRING versuchen derzeit schwedische, dänische und deutsche Akteure diese Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Raum zwischen der Öresundregion und Hamburg weiterzuführen. Die Stadt Kopenhagen selbst, aber auch die übrigen Städte der Öresundregion sind durch diese Entwicklungen in das europäische Rampenlicht gerückt.

Vor diesem Hintergrund werden zunächst einige demographische und sozioökonomische Entwicklungen Kopenhagens betrachtet. Dabei ist der statistische Zuschnitt zu beachten. Die Stadt Kopenhagen stellt als Kommune „nur“ eine mittlere Großstadt von ca. 500.000 Einwohner dar. Mit dem unmittelbar anschließenden suburbanen Raum ergibt sich eine Bevölkerungsgröße, die mit der Hamburgs vergleichbar ist.

Die Bevölkerungszahl Kopenhagens steigt seit 1992 an, nachdem sie 40 Jahre lang gefallen war, und hat im Jahr 2001 die Halbmillionengrenze wieder überschritten. Insbesondere in

den 1950er und 1960er Jahren ist das Umland auf Kosten der Stadt Kopenhagen gewachsen, während in den 1980er Jahren sowohl die Region als auch die Stadt schrumpfte. Diese Dynamik hat sich in den 1990er Jahren völlig verändert.

Bemerkenswert ist insbesondere, dass die Stadt inzwischen ein höheres Bevölkerungswachstum aufweist als die Region Kopenhagen und Dänemark insgesamt (Tab. 11); für die nächsten 10 bis 15 Jahre wird eine Fortsetzung dieser Entwicklung prognostiziert. Gleichzeitig ist die Zahl der Wohnungen in den 1990er Jahren nur um weniger als 2000 Einheiten gestiegen (von 277.863 im Jahr 1991 auf 279.467 im Jahr 2001). Die Neubautätigkeit lag mit über 9.000 Wohnungen im gleichen Zeitraum deutlich höher, wurde aber durch Zusammenlegung, Abriss und Nutzungswechsel zu einem großen Teil kompensiert. Seit 1991 gab es außerdem beträchtliche Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen. So ist der Anteil der städtischen Wohnungen aufgrund des Verkaufs von rund 20.000 kommunalen Wohnungen von 9 % auf 1 % gesunken, der Anteil der Wohnungen in „housing societies“ von 21 % auf 31 % gestiegen.

Des Weiteren ist bemerkenswert, dass seit 1996 auch die inländische Bevölkerung wieder leicht ansteigt. Die ausländische Bevölkerung weist auch in Kopenhagen hohe Steigerungsraten auf. Der Ausländeranteil ist seit 1990 zwar um über 4 % gestiegen, liegt mit 12 % in den Jahren 2000 und 2001 relativ niedrig im Vergleich zu den anderen Untersuchungsstädten. Die wichtigsten Herkunftsländer der ausländischen Einwohner Kopenhagens sind die anderen skandinavischen Staaten, daneben die Türkei, Jugoslawien, Pakistan und der Irak, wobei die Bevölkerungszahlen der vier letztgenannten Nationalitäten inzwischen rückläufig sind. Wie auch in den anderen Städten ist die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung eher von jüngeren Jahrgängen geprägt; insbesondere der Kinderanteil ist deutlich höher als der der inländischen Bevölkerung.

Tab. 11: Bevölkerungsentwicklung in Kopenhagen, der Region Kopenhagen und Dänemark insgesamt, 1991-2001

	1991	1996	2001	1991>1996	1996>2001
Kopenhagen	464773	476751	499148	2,6%	4,7%
Sonstige Region	1248963	1275327	1307519	2,1%	2,5%
Region Kopenhagen	1713736	1752078	1806667	2,2%	3,1%
Sonstiges Dänemark	3432733	3498949	3542545	1,9%	1,2%
Dänemark	5146469	5251027	5349212	2,0%	1,9%

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Kopenhagen

Verantwortlich für die positive Bevölkerungsentwicklung sind einerseits Geburtenüberschüsse und andererseits Zuwanderungsgewinne. Kopenhagen weist seit 1997 wieder einen Geburtenüberschuss auf, und zwar mit wachsender Tendenz (Abb. 15). Damit profitiert die Stadt von den im internationalen Vergleich ohnehin relativ hohen Geburtenziffern in Dänemark. Dies ist ein Hinweis darauf, dass das skandinavische Modell der Familienförderung insbesondere in großen Städten und für die inländische Bevölkerung insgesamt erfolgreich ist. Der Vergleich der Fertilitätsraten für 1994 und 1999 zeigt, dass das Wachstum des Geburtenüberschusses vor allem auf die 30- bis 44-Jährigen zurückzuführen ist.

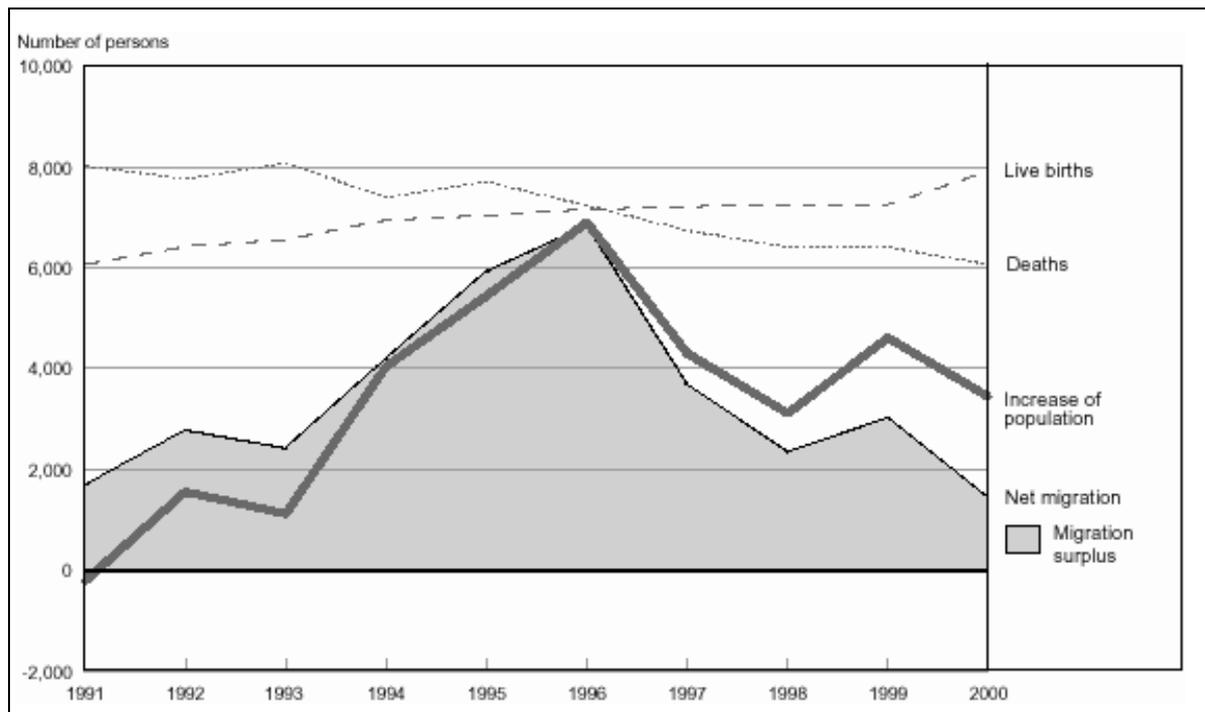


Abb. 15: Kopenhagen: Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungssaldo, 1991-2000

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Kopenhagen

Der seit 1996 deutlich gewachsene Kinderanteil sowie der schrumpfende Anteil alter Menschen deuten in die gleiche Richtung. Inzwischen liegt insbesondere der Anteil kleiner Kinder in der Stadt Kopenhagen nur noch relativ geringfügig unter jenem in der Region und in Dänemark insgesamt. Auch wenn die Altersgruppen der jüngeren Erwachsenen (17-24, 25-39) – wie in den meisten Städten – in der Stadt im Vergleich zur Region und Dänemark insgesamt überrepräsentiert sind, so haben sich die Disparitäten in der Altersverteilung zwischen Stadt und Umland verringert und werden sich – wenn die Prognosen stimmen – weiter verringern.

Während der Geburtenüberschuss steigt, ist der Wanderungsüberschuss rückläufig, doch auch immer noch deutlich positiv. Sowohl der Wanderungssaldo mit dem Ausland als auch jener mit dem restlichen Dänemark sind positiv. Die altersspezifischen Wanderungssalden mit dem restlichen Dänemark zeigen eine ähnliche Struktur wie in anderen Städten. Sie sind positiv für die Gruppe der jungen Erwachsenen (17-29) und negativ für die Kinder und die älteren Erwachsenen. Dieses deutet darauf hin, dass trotz der eben genannten Veränderungen Suburbanisierungsprozesse nach wie vor wirksam sind.

Der positiven Entwicklung Kopenhagens in den letzten zehn Jahren ging jedoch ein lang andauernder Restrukturierungsprozess voran. Ähnlich wie andere Städte Westeuropas war Kopenhagen seit den 1970er Jahren von einem weit reichenden wirtschaftlichen Umbau betroffen, der eine große städtische Anpassungsleistung erforderte. Heute ist Kopenhagen das Zentrum für unternehmensorientierte Dienstleistungen in Dänemark (Jensen/Andersen 2002).

Jedoch liegt die Arbeitslosigkeit in der Stadt über der von Dänemark insgesamt und der Region Kopenhagen. Hintergrund hierfür ist, dass die Stadt Kopenhagen einen höheren Anteil

gering qualifizierter Bevölkerung hat. Dieses Arbeitsmarktsegment ist generell stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als höher qualifizierte Beschäftigte. Der wirtschaftliche Strukturwandel bedeutet für die Stadt Kopenhagen nicht nur einen Verlust von industriellen Arbeitsplätzen, sondern auch eine räumlich ungleiche Entwicklung von Stadt und Umland. In den letzten Jahren war die Arbeitsplatzentwicklung des Umlandes dynamischer als die der Stadt. Eine Folge davon ist die Zunahme der erwerbstätigen Kopenhagener, die im Umland arbeiten. Während 1990 noch 34,9% der erwerbstätigen Kopenhagener im Umland arbeiteten, waren es im Jahr 2000 schon 39,4% (Statistisches Amt der Stadt Kopenhagen).

Eine Gefahr dieser Entwicklung liegt darin, dass ohne attraktive Wohn- und Arbeitsplatzangebote in der Stadt die Suburbanisierung der Arbeitsplätze eine daran anschließende Suburbanisierung der erwerbstätigen Bevölkerung hervorruft. Diese Entwicklung könnte eine bereits bestehende sozialräumliche Segregation befördern. Nach Jensen/Andersen (2002: 10) kommen 26% der Arbeitskräfte in der Stadt Kopenhagen aus dem Umland. Viele dieser Arbeitskräfte arbeiten in den hochbezahlten Branchen der Finanz- und unternehmensorientierten Dienstleistungen und entrichten ihre Steuern – ähnlich wie in Deutschland – an ihrem Wohnort³. Dies bedeutet, dass die Stadt die benötigten Steuereinkünfte an das Umland verliert, aber Sozialleistungen und Kosten für die von allen genutzte Infrastruktur zu tragen hat.

Eine Ursache für diese Tendenz einer sozialräumlichen Segregation wird darin gesehen, dass die Stadt Kopenhagen einen Mangel an qualitativ hochwertigen Wohnungen an attraktiven Standorten hat (vgl. Jensen/Andersen 2002: 11). In vielen Stadtteilen dominieren kleine Wohnungen, die von jungen Leuten in Ausbildung, Rentnern und sozial Benachteiligten bewohnt werden. Insbesondere in der ersten, sozial mobilen Gruppe gibt es eine Tendenz, die Stadt auf der Suche nach höherwertigem Wohnraum und einem anspruchsvolleren Wohnumfeld zu verlassen, wenn nach der Ausbildung höhere Einkünfte erzielt werden und/oder eine Familie gegründet wird. Die Stadt Kopenhagen verfügt in dieser Kategorie über ein geringes Angebot. Obwohl seit den letzten fünf Jahren die Bevölkerung Kopenhagens wieder leicht zunimmt, ist die Gefahr der Segregation nach Einkommen, Haushalts- und Familientyp deutlich gegeben⁴.

Die im folgenden dargestellten wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Aufbaus einer europäischen Metropolregion Öresund, eines wissenschaftsbasierten Clusters in der Öresundregion und des Großprojektes Örestad sind eine Reaktion auf die städtischen Problemlagen. Die Stadtregierung von Kopenhagen möchte durch den Bau von Wohnungen und Büros einen höheren Anteil von Bevölkerung und Arbeitsplätzen in der Stadt halten. Allein der neue Stadtteil Örestad soll nach der Fertigstellung im Jahr 2020 etwa 50.000 Arbeitsplätze und 15.000 Wohnungen aufweisen. Die genannten Politikfelder werden als Hebel gesehen, Wachstumsprozesse im Stadtgebiet als auch in der Region in Gang zu setzen. Dadurch sollen die Suburbanisierung gebremst und neue Wachstumsbranchen angesiedelt werden.

³ Der Haushalt der Gemeinden wird zu 55% aus den Einnahmen durch die Einkommenssteuer finanziert, der Rest wird aus zentralstaatlichen Zu- und Rücküberweisungen und durch verschiedene Gebühren bestritten. Grundsätzlich wird die Einkommenssteuer als die Säule kommunaler Haushalte zwischen Gemeinden und Zentralregierung aufgeteilt.

⁴ Vgl. hierzu Jensen/Andersen (2002: 19): „In the surrounding municipalities the real estate market was increasingly closed to the victims of the general recession. Copenhagen had become a victim of ‚social dumping‘ from the neighbouring Municipalities.“

3.2.2. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Aufbau eines wissenschaftsbasierten Clusters in der Öresundregion

Verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen Kopenhagens zielen auf den Aufbau einer Metropole mit europäischer Ausstrahlung durch die Integration der Öresundregion und auf den damit zusammenhängenden Aufbau eines wissenschaftsbasierten Clusters. Seit Anfang Juli 1999 besteht eine feste Verbindung zwischen der dänischen Metropole Kopenhagen und der schwedischen Großstadt Malmö, durch die der Öresund schneller und einfacher überquert werden kann. Unter der Bezeichnung Öresundregion wird seit einigen Jahren versucht, die vormals eher trennende naturräumliche Lage zur gemeinsam geteilten Grundlage der Regionsbildung zu nutzen. In der Region Öresund leben ca. 3,2 Mio. Menschen. Neben den Städten Kopenhagen und Malmö zählen besonders die durch eine Fähre verbundenen Städte Helsingborg (S) und Helsingör (DK) sowie die schwedische Universitätsstadt Lund zur Region. Das Ziel ist es, eine europäische Metropole mit einem integrierten Arbeitsmarkt und großem Marktpotenzial zu bilden. Eine Voraussetzung hierfür ist eine grenzüberschreitende Kooperation.

Zweifellos kommt dem Bauwerk der Öresundquerung – einer Kombination aus Tunnel und Brücke – für die Kooperation in der Region Öresund die größte Bedeutung zu. Jedoch ist die Kooperation nicht auf die Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zu reduzieren. Eines der mit dem Bau der Öresundbrücke verfolgten Hauptziele ist es, ein höheres Maß an Integration der Wirtschaft, des kulturellen und sozialen Lebens in der ganzen Öresundregion zu ermöglichen. Die formulierten Ziele der politischen Kooperationsbestrebungen umfassen:

- Zusammenarbeit und Integration in der Öresundregion;
- Aufbau mentaler und kultureller Brücken, indem z. B. in den Schulen beide Sprachen vermittelt werden;
- Vernetzung der Wissenschaft und der Wirtschaft durch die Unterstützung einer Kooperation zwischen innovativen Industriebetrieben und den Universitäten.

Insgesamt soll eine funktionale Region durch gemeinsame größere regionale Märkte hergestellt und die strategisch günstige Lage zwischen Skandinavien und Kontinentaleuropa besser genutzt werden. Das Leitbild der beteiligten Städte ist eine transnationale Metropolis, womit das Bestreben ausgedrückt wird, ein zusammenhängendes Großstadtgebiet mit Identifikationspunkten für die Einwohner beiderseits des Sunds zu schaffen. Zur Verwirklichung dieser Vision beteiligen sich regionale Institutionen an bilateralen Projekten in Bereichen, in denen Erfolge übergreifender Kooperation erwartet werden können:

- die Integration der elf Universitäten und Hochschulen der Region zu einer Öresund-Universität mit 120.000 Studierenden und 7.500 Forschern (Univ. Kopenhagen 30.000, Copenhagen Business School 14.000, Lund 38.000). Die Öresund-Universität stellt eine virtuelle Universität dar, d.h. die Universitäten tauschen ihr Wissen in hohem Maße über das Internet aus. Gleichzeitig soll jedoch ein Studierenden-austausch zwischen den Universitäten vorangetrieben werden. Die Öresund-Universität ist besonders auf Forschung in Medizin- und Biotechnologie, Lebensmittel- und Umweltindustrie sowie Kommunikation ausgerichtet; ein weiteres Kennzeichen ist eine enge Zusammenarbeit von Grundlagenforschung und praktischer Wissenschaft;

- eine gemeinsame Hafengesellschaft der schwedischen Provinz- und der dänischen Landeshauptstadt, die ihren Sitz in Malmö hat, deren Direktor aber in Kopenhagen sitzt;
- eine Öresund-Projektleiter-Ausbildung im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Es soll Personal ausgebildet werden, um grenzüberschreitende Projekte in der Öresundregion realisieren zu können;
- der Aufbau eines gemeinsamen Intranets zwischen den beiden Städten mit dem Ziel, Kontakt und Dialog zwischen den Verwaltungsmitarbeitern auf beiden Seiten des Sunds zu fördern und den direkten Erfahrungsaustausch bei der Sachbearbeitung aufzubauen.

Die Initiativen sollen als Inspiration und Motor für eine immer stärker integrierte Öresundregion fungieren. Ein weiterer Ansatzpunkt in der Region ist ein territorialer Beschäftigungspakt, der eine grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung beinhaltet und von der EU unterstützt wird. Auch eine gemeinsame Wohnungsvermittlung trägt dazu bei, dass ein gemeinsamer Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt im Entstehen begriffen ist.

Bei der grenzüberschreitenden Kooperation sind ebenfalls die beiden Industrie- und Handelskammern beteiligt. Bereits 1995 gründeten die dänische und schwedische Handelskammer eine gemeinsame Organisation: Öresund Business Integration. Dort finden Unternehmer Informationen über Beteiligungen und grenzüberschreitende Investitionen. Insofern hat die Kooperation der Stadtregionen einen Anstoß gegeben, die Zusammenarbeit über die Initiative der Stadtregierungen hinaus auszudehnen.

Eine weitere, vor allem wirtschaftlich orientierte Kooperation in der Öresundregion ist die „Medicon Valley Academy“ (MVA), deren Teilnehmer aus Unternehmen, Universitäten und dem öffentlichen Gesundheitswesen mit einer Spezialisierung in Biotechnologie und Medizintechnologie bestehen. Sie kann auf die Konzentration der pharmazeutischen Industrie aufbauen. Nahezu 60 % der nordischen Industrie dieser Branche hat ihren Standort in der Öresund-Region. Die MVA organisiert und koordiniert den Informationsfluss zwischen ihren Mitgliedern und mit Externen. Es geht darum, eine Unterstützungsinfrastruktur für High-Tech-Unternehmen in den entsprechenden Technologiefeldern herzustellen und dadurch neue Investitionen und Innovationen zu ermöglichen. Die Kooperation ist besonders auf die Felder biomolekulare Strukturen und Dynamiken, Krebsforschung, Gesundheitsökonomie und Life Sciences ausgerichtet.

Als Erfolg der vielfältigen Kooperationsbemühungen wird der hohe Bestand an Unternehmen (500) in den Feldern von Medico/Human Life Science/Biotechnologie, die Ansiedlung der Skandinavien-Zentralen von DaimlerChrysler, Unilever und Sony und die Standortentscheidung zugunsten des Öresunds im Falle der Fusion von MeritaNordbanken (Schweden) mit Unidanmark, der zweitgrößten dänischen Bank, sowie der Molkereien Arla und MD Foods (Financial Times 23.6.2000 „Sweden’s Ice Age comes to an end“) gewertet.

Eine jüngst veröffentlichte OECD-Studie unterstreicht zwar das hohe Potenzial für eine „lernende Region“, die aus einer Kombination von individuell verankertem Humankapital und organisationsbezogener Lernfähigkeit gebildet wird, verweist aber auf verschiedene Probleme der wissenschaftsbezogenen Clusterstrategie. Dazu folgende Thesen:

- **Governance Problem:** Es besteht ein großes Interesse an Kooperation auf Seiten der Politiker, Planer, industriellen Meinungsführer und weiteren wirtschaftlichen und öffentlichen Repräsentanten. Jedoch bestehen wenig Kooperationen zwischen Firmen, Beschäftigten und Studenten. Neue Handlungskonzepte bilden einen unverbundenen Überbau über alte Orientierungen und Entwicklungspfade.
- **Wissenschaftliche Qualität und Kommerzialisierungsprobleme:** Die enormen universitären Potentiale in der Region sind nicht mit entsprechenden unternehmerischen Aktivitäten verkoppelt. Humankapital an sich ist kein Motor für kommerzialisierbare Innovationen und Gründungsaktivitäten.

Diese Einschätzungen verweisen auf grundsätzliche Probleme, die beim Aufbau eines regionalen Innovationssystems auftreten. Derzeit ist die Frage, wann und unter welchen Bedingungen sich ein Milieu bildet, dass zu zahlreichen Unternehmensgründungen, kooperativen Verflechtungen zwischen Unternehmen und Markterfolgen führt, nur unzureichend zu beantworten. Die Agglomeration an sich und ein nur auf Masse aufbauendes Regionalmarketing ist sicherlich unzureichend. Daher sind weitere Maßnahmen zur Standortentwicklung wie beispielsweise das Großprojekt Örestad erforderlich.

3.2.3. *Stadtentwicklung durch Großprojekte: Örestad*

Ein zukünftig wichtiger Baustein eines wissenschaftsbasierten Clusters ist das städtebauliche Großprojekt Örestad. Bei dem Großprojekt handelt es sich um einen neuen Stadtteil Kopenhagens, der seit Mitte der 1990er Jahre südlich der traditionellen City auf der Insel Amager entsteht. An diesem Standort werden zielgerichtet Flächen für Unternehmen im IT- und Biotechnologie-Bereich entwickelt und vermarktet. Ausserdem wird attraktiver hochwertiger Wohnungsbau betrieben. Dynamischen Unternehmen und Arbeitskräften soll Raum geboten werden. Das zu entwickelnde Gebiet hat eine Größe von ca. 310 ha, liegt verkehrsgünstig in Nähe des Flughafens und hat eine Anbindung an die Eisenbahn- und Straßenverbindung über den Öresund nach Schweden. Bei dem Gebiet handelt es sich um ein unbebautes früheres Militärgelände, das nach Aufgabe des Übungsbetriebes und einem Gebietstausch mit dem dänischen Staat im Jahre 1964 zum Miteigentum der Stadt Kopenhagen wurde (Pribs 2000: 209). Der neue Stadtteil wird auf der der Stadt zugewandten Seite der Insel auf einem Streifen Entwicklungsgebiet von fünf Kilometern Länge und einem halben Kilometer Breite entstehen und an einen Naturpark grenzen (vgl. Abb. 16).

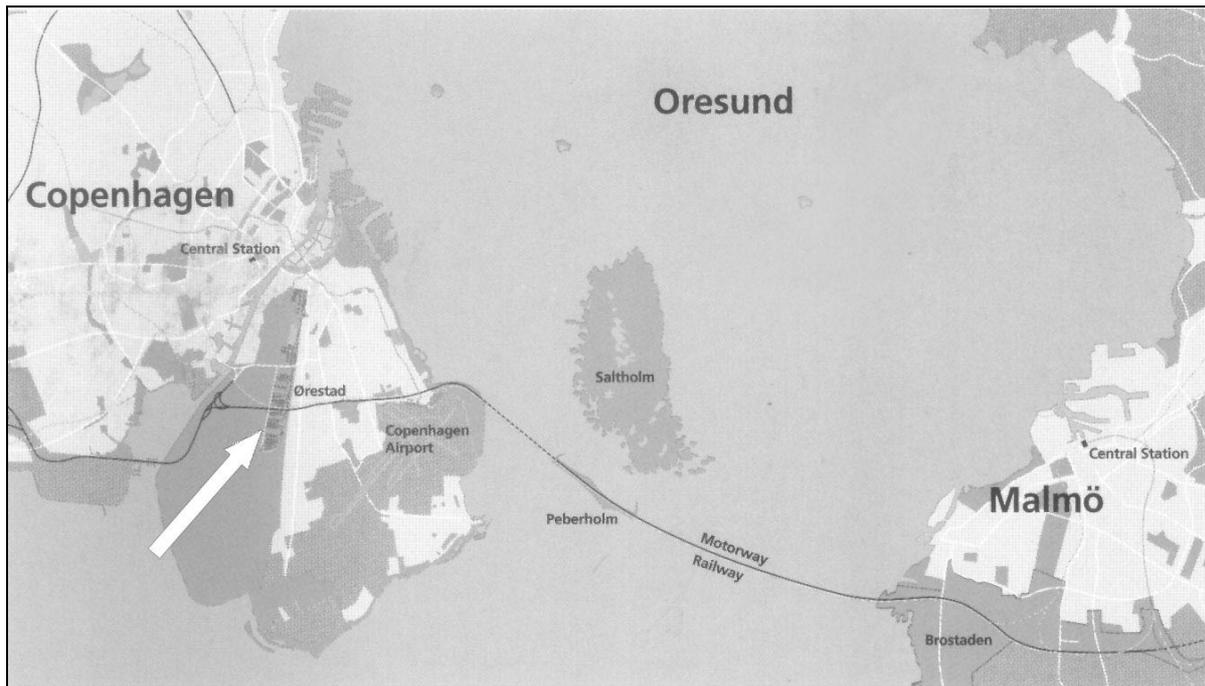


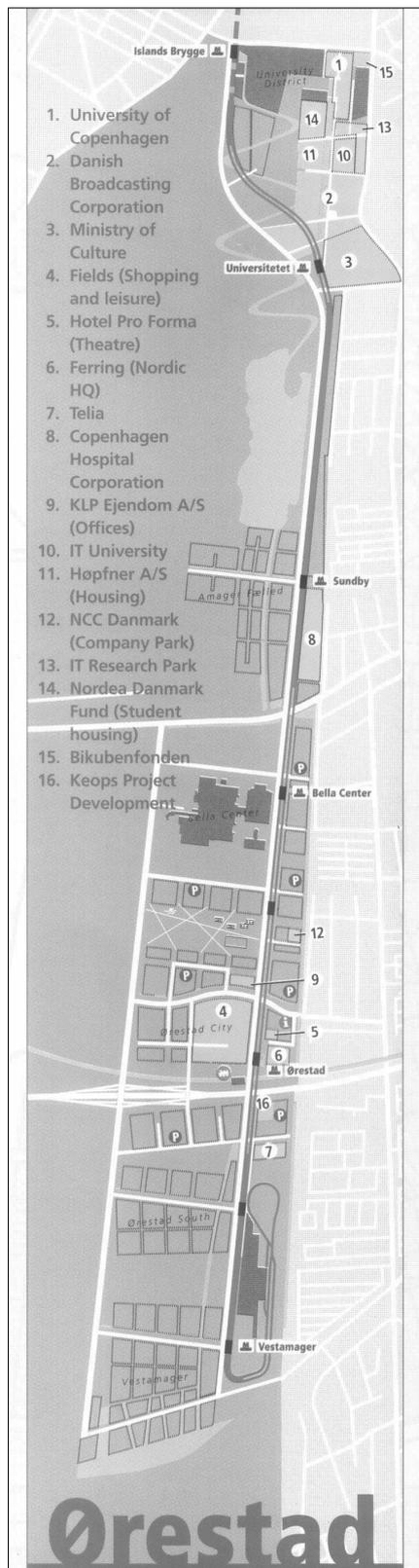
Abb. 16: Übersicht über Öresundregion mit Ørestad

Quelle: ØDC 2001

Bei der Entwicklung des Gebietes sind Parallelen zur Entwicklung der Hafencity zu sehen. Es handelt sich zum einen um ein Konversionsgebiet, d.h. um ein Gebiet, das seine ursprüngliche Nutzung verloren hat. Maßnahmen zur Schaffung eines attraktiven Stadtviertels sind unter anderem die Durchsetzung von Nutzungsmischung, die Gewährleistung einer guten infrastrukturellen Anbindung und die Schaffung eines attraktiven Umfeldes für wissensintensive Unternehmen.

Erste Pläne zur Entwicklung des Gebietes gab es schon 1963, als die Stadt Kopenhagen vor dem Hintergrund einer großen Wohnungsnot dort eine Trabantenstadt errichten wollte. Diese Ansätze wurden aber nie realisiert, da im Zuge der Ölkrise und der Deindustrialisierung die Wachstumsvorstellungen an Boden verloren. Erst mit dem Versuch des Aufbaus einer gemeinsamen Öresundregion und eines wissenschaftsbasierten Clusters gewann der Standort wieder an Bedeutung. Ørestad ist das seit Jahrzehnten größte Restrukturierungsprojekt in Kopenhagen und steht in einem engen Zusammenhang mit der Öresundbrücke. Die neue Verbindung stellte einen Impuls dar für die Errichtung einer neuen Stadt auf der Fläche von West-Amager in der Nähe von Brücke, Flughafen und der Stadt. Damit stand die Entscheidung für Ørestad in einem engen Zusammenhang mit der Entscheidung für die Öresundbrücke, da die Insel dadurch eine ganz neue Lagegunst erhielt (Düttmann 2001: 26). Seit Anfang der 1990er Jahre wurde argumentiert, dass mit der Öffnung nach Osten, der europäischen Integration, der Öresundquerung und dem daraus erwartbaren Wirtschaftswachstum ein erhöhter Bedarf an Wohnungen und Büroflächen bestünde.

Das Projekt ist Teil einer regionalen Modernisierungs- und Wachstumsstrategie, wonach Kopenhagen zu einer internationalen Metropole und attraktiven Stadt ausgebaut werden soll. Ziel ist es, Investoren und besser verdienende Einkommensgruppen in Kopenhagen zu halten bzw. daran zu binden. Dieses Ziel ist mit der Strategie verbunden, das Gebiet für einen



Biotech- und IT-Cluster zu qualifizieren. Stadtentwicklung und Flächenmanagement ist insofern gekoppelt mit Wirtschaftsförderung.

Ørestad liegt genau im Zentrum der sich entwickelnden Öresundregion. Zentrale Akteure bei der Umsetzung des Projektes sind und waren das dänische Finanz- und Verkehrsministerium und der Oberbürgermeister der Stadt Kopenhagen. Die Stadt Kopenhagen hält einen Anteil von 55%, der dänische Staat von 45% der Fläche des Planungsgebietes. In dieser Größenordnung sind auch die Anteile an der Ørestad-Entwicklungsgesellschaft (Ørestad Development Corporation, ØDC) verteilt.

Bei der Realisierung von Ørestad wurde eine marktorientierte Strategie eingeschlagen. Die Erschließung und Entwicklung der Fläche übernimmt die Ørestad-Entwicklungsgesellschaft, die auch den anschließenden Verkauf abwickelt. Durch die Öresundquerung wird von einer neuen Lagegunst des Entwicklungsgebietes und von einem erheblichen Zuwachs an Grundstückswerten ausgegangen. Durch den Verkauf soll es möglich werden, Investitionen für die Infrastruktur im Gebiet und dringend notwendige Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr Kopenhagens zu finanzieren. Insgesamt soll dadurch die Entwicklung und Erschließung des Gebietes und seiner Verkehrsinfrastruktur kostenneutral gestaltet werden. Insbesondere soll der Bahnbau über den Stadtteil Christianshavn und Ørestad bis zum Flughafen finanziert werden.

Das Bauvolumen wurde auf ca. 3 Mio. m² veranschlagt (Priebes 2000). Enthalten ist in dieser Vorstellung Fläche für Handel, Bildung, Kultur und Wohnen. Ende 2000 hat der Stadtrat eine Reihe von Planungen für bedeutende Institutionen in Ørestad befürwortet: Pläne für eine neue geisteswissenschaftliche Universität, für eine IT-Universität, für das dänische Staatsarchiv⁵, die königliche Bibliothek, die dänische Rundfunk- und Fernsehanstalt, für ein Mega Shopping Center, für Gewerbe- und Wohnsiedlungen (Christensen 2001: 38).

Abb. 17: Übersicht über das Planungsgebiet von Ørestad

Quelle: ØDC 2001

⁵ Im Sommer 2002 ist allerdings eine Diskussion über den Standort des Staatsarchivs entbrannt. Es erscheint inzwischen fragwürdig, ob das Staatsarchiv von seinem bisherigen Standort auf der Innenstadt-Insel Slotsholmen verlagert wird.

Grundsätzlich soll Örestad zu einem Standort für IT- und Biotech-Industrie ausgebaut werden. Anstrengungen der Wirtschaftsförderung zielen auf die Ansiedlung von entsprechenden Unternehmen. Voraussetzungen hierfür sind geschaffen worden durch die IT-Universität, die Betreibergesellschaft der kommunalen Krankenhäuser, die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt und verschiedene IT- und know-how-intensive Initiativen (z.B. eHus Danmark Initiative). Gute Voraussetzungen sind auch dadurch gegeben, dass Örestad in einer Region mit 120.000 Studenten und 7.500 Forschern liegt. Dies stellt die höchste Konzentration von Wissenspotenzialen im skandinavischen Raum dar.

Flächenmanagement ist im Falle der Örestad-Planungen ein Teilbereich der Wirtschaftsförderung, da Flächen für spezifische Nutzer und Ansprüche qualifiziert werden sollen. Im Juli 2003 wird die IT-Universität als Nachbar der Kopenhagener Universität, der dänischen Rundfunk- und Fernsehanstalt und dem IT Science Park für Start-up Unternehmen einziehen. Durch die räumliche Nähe sollen sich kurze Wege zwischen Wissenschaft, Forschung und Unternehmen ergeben.

Das erste Unternehmen, das Land gekauft hat, ist das medizinische Unternehmen Ferring A/S. Das Unternehmen hat das Land zu einem Preis erhalten, der unter dem Marktwert liegt. Damit sollte sicher gestellt werden, dass ein Unternehmen mit Impulsfunktion seinen Standort in Örestad hat. Zusätzlich dazu wurde die Betreibergesellschaft der kommunalen Krankenhäuser dort angesiedelt (vgl. Abb. 17). Ein anderes Unternehmen mit Ankerfunktion ist das Kommunikationsunternehmen Telia. Beide Unternehmen stehen für die Strategie der ØDC, Know-how bzw. IT-intensive Unternehmen nach Örestad zu holen.

Um den neuen Stadtteil als IT- und Biotech-Standort zu profilieren, wird jedoch auch dem Umstand Rechnung getragen, dass dafür der Ausbau weicher Standortfaktoren notwendig ist. Im nördlichen Bereich der Örestad, dort wo das Universitätsviertel entstehen soll, soll deshalb ein lebhaftes, vielseitiges Viertel geschaffen werden: im Viertel sollen Studentenunterkünfte, Wohnungen und Möglichkeiten für kleine Geschäfte und sonstige alltägliche Dienstleistungen entstehen. Nach der ØDC ist eine wichtige Voraussetzung hierfür das Angebot an vielfältigen Wohnungen; dieses Angebot soll mit Hilfe von unterschiedlichen Eigentums- und Wohnformen - von Kooperativen über freifinanzierte Mietwohnungen bis zu Eigentumswohnungen in unterschiedlichen Preis- und Größenklassen – garantiert werden (ØDC News Magazin No. 2/2002, S. 7). Grundsätzlich sollen im gesamten Stadtteil Voraussetzungen für Wohnen, Gewerbe, Bildung, Kultur und Freizeit geschaffen werden. Dazu gehören Sportmöglichkeiten, ein Stadtpark und der nahe gelegene Naturpark.

Für eine positive Entwicklung der Nachfrage spricht die Anhebung des Preises pro m² Bürofläche von 2.200 auf 2.500 dänische Kronen (ØDC 2001: 7). Der Preis für den m² Wohnfläche bleibt unverändert bei 2.200 DKK. Ende 2000 konnten so insgesamt 432.000 m² für einen durchschnittlichen Preis von 2.173 DKK verkauft werden. Insgesamt belaufen sich die Einnahmen auf 939 Mio. DKK (ØDC 2001: 7).

Der Projektträger genießt eine weitgehende finanzielle Unabhängigkeit. Alle Kredite in einer Höhe von 730 Mio. € sind vom Staat gedeckt. In den Regelungen ist dazu festgelegt, dass damit keine spekulativen Transaktionen getätigt werden dürfen. Die ØDC finanziert sich darüber hinaus durch die Auflage von Anleihen. Die größte finanzielle Transaktion der ØDC war bisher die Ausgabe von Anleihen an der dänischen Börse.

Tab. 12: Stand der Verkäufe Ende 2000 (Signed Sales Agreements, in DKK Mio.)

Käufer	1997	1998	1999	2000	1997-2000
Steen & Strom and TK Development	303			84	
Universität Kopenhagen	80				
Ferring		8			
Telia		4			
Dänisches Staatsarchiv			180		
HS			34		
DR (staatl. Rundfunk- und Fernsehanstalt)			224		
KLP (Norwegische Versicherung)				22	
Insg.	383	12	438	106	939

Quelle: ØDC 2001: 8

3.2.4. Relevanz für Hamburg

Die Stadt Kopenhagen verfolgt klare Wachstumsstrategien, die auf einer Koppelung einer Metropolen- (Öresundregion) und einer Kernstadtstrategie (Örestad) aufbaut. Von besonderer Bedeutung für Hamburg ist die sich ergänzende Strategie der Schaffung einer integrierten Wirtschaftsregion mit einem umfangreichen Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften in wissensintensiven Bereichen und dem Versuch, mit dem Großprojekt Örestad Fläche für die zu erwartenden privatwirtschaftlichen Investitionen bereitzustellen. Mit der Steigerung des Know-How und biotechnologischen Profils der Region werden Vorteile für die Stadt Kopenhagen erwartet. Die Bereitstellung von Flächen ist dabei eine unerlässliche Voraussetzung dafür, Wachstumspotenziale an sich zu binden. In Kopenhagen hat die Bereitstellung von Flächen vor allem eine qualitative Dimension. Ziel ist nicht, undifferenziert Investitionen zu binden, sondern den zentralen Standort in unmittelbarer Nachbarschaft der Altstadt für wissensintensive Unternehmen zu qualifizieren. Es wird darauf geachtet, dass öffentliche Unternehmen – wie z.B. Krankenhausverwaltung oder IT-Universität – als Impulsgeber für wirtschaftliche Dynamik fungieren. Damit nutzt die öffentliche Hand aktiv ihre Steuerungspotenziale, über die sie als Eigentümerin der Unternehmen und der Fläche verfügt.

Beim gegenwärtigen Stand der Planung ist es unmöglich, eine genaue Prognose der Zuwanderungs- und Beschäftigungseffekte zu machen. Jedoch überzeugen die integrierten und kohärenten flächenbezogenen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die Qualifizierung der Flächen wird zu einer Voraussetzung und zum Ansatzpunkt für eine Cluster- und damit lokale Wachstumsstrategie. Dabei ist jedoch nicht nur der wirtschaftspolitische Aspekt im Vordergrund; vielmehr wird mit dem Ansatz der sozialen und Nutzungsmischung auf veränderte Anforderungen hoch qualifizierter und kreativer Arbeitskräfte an ihr Wohn- und Arbeitsumfeld reagiert. In der bestehenden Planung wird durch die Vielzahl von Wohnungsformen, Bauträgern und durch sozial geförderten und privaten Wohnungsbau Raum gelassen für unterschiedliche Lebensformen und Haushaltstypen. Verkehrsströme werden sozial und ökologisch nachhaltig gelenkt, indem für eine optimale Anbindung an das öffentliche Nahverkehrssystem gesorgt wurde. Durch die Nähe zu Naherholungsflächen wird der Standort auch für junge Familien mit einer urbanen Orientierung attraktiv.

Relevant für Hamburg ist die Verbindung einer städtischen und einer regionalen Wachstumsstrategie, die realistisch die Potenziale und Ressourcen einschätzt. In der Kernstadt Kopenhagen ist nicht das Ziel, beliebige Investitionen zu werben, sondern zentrale und attraktive Flächen für wertschöpfungsintensive und dynamische Bereiche mit Wachstumspo-

tenzialen vorzuhalten. Stärken der Region sind, ähnlich wie in Hamburg, die wissensintensiven Industrien, die im Vergleich zu stärker standardisierten und routinisierten Unternehmen vielfältigere Anforderungen an ihre Umgebung stellen. Die damit gemeinte kulturelle und funktionale Vielfalt muss ein Ziel der Stadtentwicklungsstrategie sein.

3.3. Wien

3.3.1. Parallelen zu Hamburg in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung

Mit rund 1,6 Mio. Einwohnern hat Wien die gleiche Größenordnung wie Hamburg und ist der Stadt auch in anderer Hinsicht ähnlich. Zu nennen sind hier die Nähe zu den Beitrittsstaaten Osteuropas und die damit verbundenen Verflechtungen, die mononukleare regionale Struktur sowie die hohen Grünflächenanteile im Stadtgebiet.

Auch hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung und -struktur ähneln sich Wien und Hamburg. Wien ist vor allem Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre stark gewachsen. Nach einer Stagnationsphase Mitte der 1990er Jahre weist die Stadt seit 1998 wieder steigende Bevölkerungszahlen auf (vgl. Abb. 8 in Kapitel 3.1.3); für die Zukunft wird weiteres Wachstum prognostiziert. Die Steigerungen bei den Bevölkerungszahlen sind ein Resultat von Wanderungsüberschüssen; dagegen ist die Geburtenbilanz negativ (Abb. 18). Allerdings gibt es signifikante Unterschiede zwischen der in- und der ausländischen Bevölkerung. Die ausländische Bevölkerung weist sowohl Geburten- als auch Wanderungsüberschüsse auf, für die inländische sind dagegen beide Salden negativ.

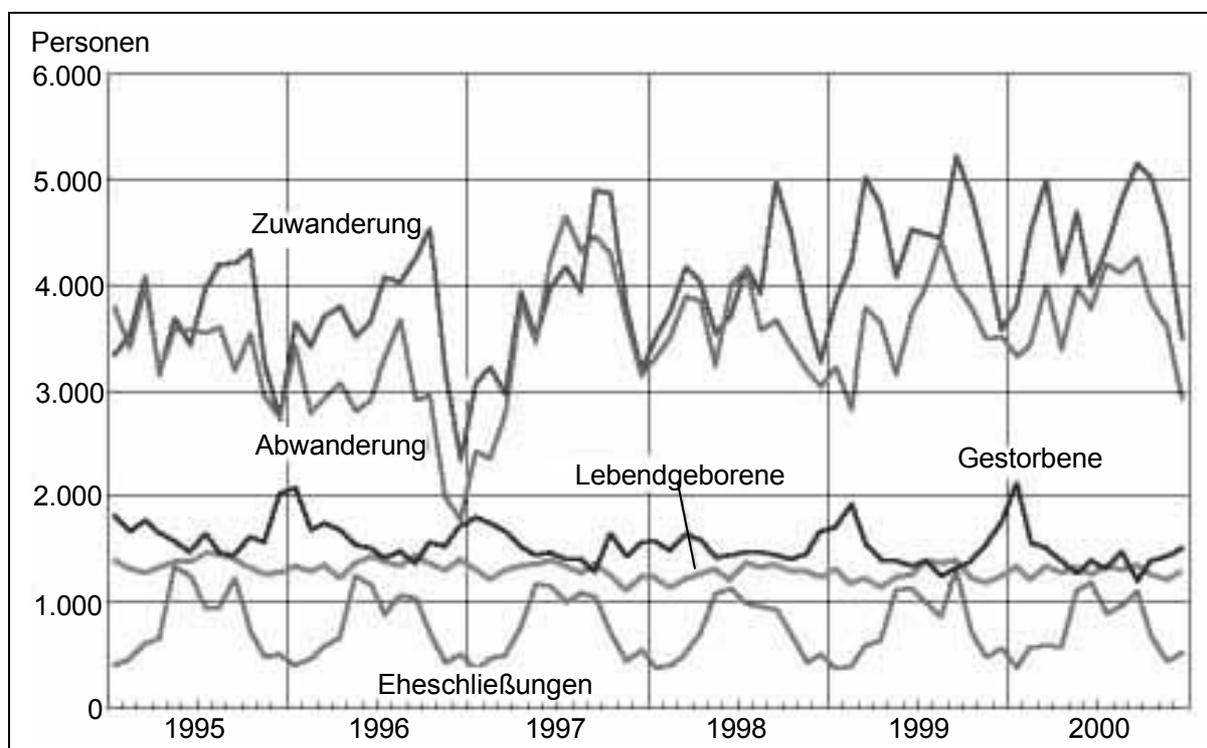


Abb. 18: Bevölkerungsbewegung in Wien, 1995-2000

Quelle: Magistrat der Stadt Wien

Für die positive Bevölkerungsentwicklung ist somit vor allem die Zuwanderung von Ausländern verantwortlich. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich der Ausländeranteil in der Stadt Wien in den 1990er Jahren von 13 % (1991) auf 18 % (2000) erhöht, wobei eine Verschärfung der rechtlichen Bedingungen ab Mitte der 1990er Jahre zu einer Abschwächung der Zuwanderung aus dem Ausland geführt hat (vgl. Hatz 2002). Den höchsten Anteil haben Personen aus dem früheren Jugoslawien (43 %) sowie aus der Türkei (15 %) und aus Osteuropa (etwa 14 %, alle Zahlen für 2000).

Ebenso wie in Hamburg ist auch in Wien ein hoher und steigender Anteil alter Menschen zu verzeichnen, unter denen sich auch eine deutlich zunehmende Zahl ausländischer Menschen befindet. Hintergrund dieser Entwicklung ist u.a. die selektive Suburbanisierung von Familien mit Kindern, und hier vor allem der eher besser gestellten inländischen Haushalte. Zwar hat die Suburbanisierung in Wien – u.a. aufgrund der hohen Flächenreserven in der Stadt und der aktiven Wohnungspolitik des Magistrats – erst relativ spät eingesetzt (vgl. Tab. 13). Sie hat jedoch inzwischen eine große Dynamik erreicht und geht mit einem starken Anstieg der Pendlerzahlen sowie wachsenden Verkehrsproblemen einher (vgl. Hatz 2002). Neben der Wohnsuburbanisierung kommt es außerdem in zunehmendem Maße zur Verlagerung von Industrie und Einzelhandel; vor allem im Süden Wiens gibt es eine „ausgeprägte strip development ... von beinahe 60 km Länge, geprägt durch hohe Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr“ (Hatz 2002, 8).

Tab. 13: Bevölkerungsentwicklung in Wien und seinem Umland, 1961-2001

	1961	1971	1981	1991	2001	Veränderung 1991-2001
Wien	1627,6	1619,9	1531,3	1539,8	1562,7	+1,5 %
Sonstige Stadtregion	448,5	480,9	504,2	549,2	599,9	+9,2 %
Stadtregion gesamt	2076,1	2100,8	2035,5	2089,0	2162,6	+3,5 %
Anteil Wiens an der Stadtregion	78 %	77 %	75 %	74 %	72 %	

Quelle: Hatz 2002

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Kooperation mit den Umlandgemeinden erst relativ jung und die zur Koordination gegründete Planungsgemeinschaft Ost (PGO) nur mit wenig Kompetenzen ausgestattet ist (vgl. Hatz 2002). Anders als in vielen deutschen Agglomerationsräumen besitzt die Kernstadt Wien laut Expertenaussagen ein deutliches Übergewicht, da die Umlandgemeinden als schlecht organisiert und finanziell unterlegen gelten. Zudem behindern unterschiedliche politische Konstellationen die Zusammenarbeit zwischen dem sozialdemokratisch geprägten Wien und dem traditionell konservativen Umland.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung profitierte Wien in den 1990er Jahren von der Ostöffnung, spürbar ist dies vor allem beim Außenhandel und den Direktinvestitionen. Bei den Erwerbstätigen und dem Bruttoinlandsprodukt sind dagegen nach einer Stagnationsphase Mitte der 1990er Jahre erst seit 1997 wieder deutlich Steigerungen zu verzeichnen (vgl. Abb. 11, Abb. 13). Parallel dazu geht ab 1998 die Arbeitslosigkeit zurück, die zwischen 1990 und 1998, mit Ausnahme des Jahres 1993, kontinuierlich gestiegen war (Abb. 19).

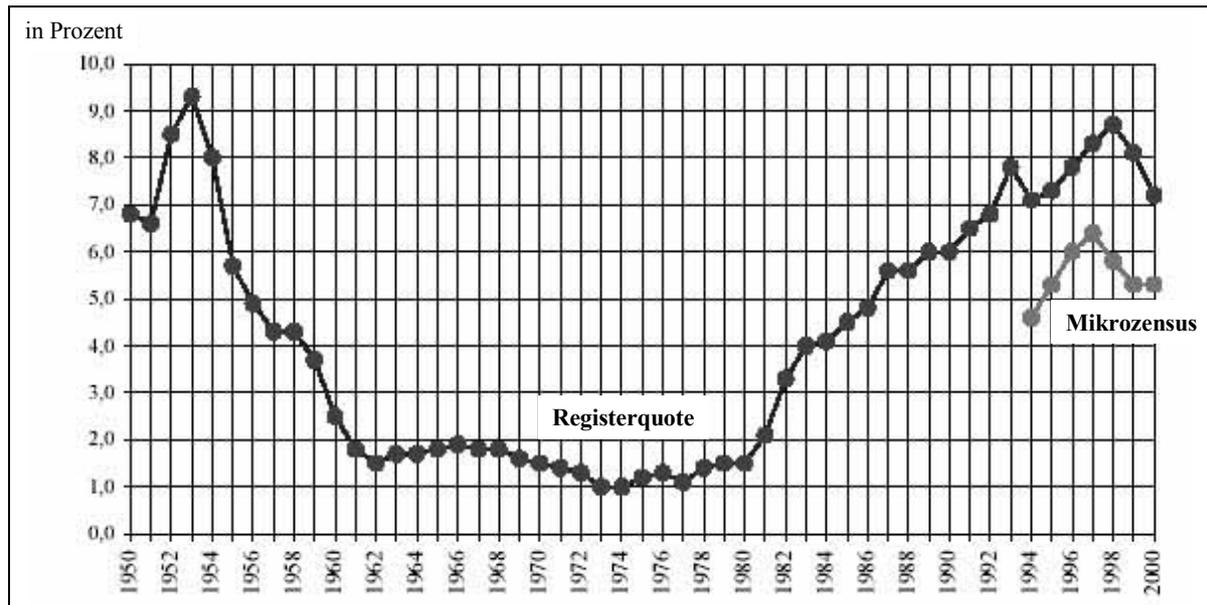


Abb. 19: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Wien, 1950-2000

Quelle: Schopper/Hansely o.J.

Hintergrund dieser Entwicklungen ist die sich in den 1990er Jahren fortsetzende Restrukturierung in Richtung Dienstleistungsgesellschaft. Während die Zahl der Industriearbeitsplätze weiter gesunken ist, sind bei den Dienstleistungen Zuwächse zu verzeichnen. Im Jahr 2001 gehörten bereits 81 % der nicht-selbständig Beschäftigten diesem Bereich an (Hatz 2002, 4). Hohe Wachstumsraten weisen vor allem die unternehmensbezogenen Dienstleistungen und der IT-Bereich auf; insgesamt ist Wien jedoch weiterhin durch eine relativ breite sektorale Differenzierung charakterisiert (vgl. Hatz 2002).

3.3.2. Politikfeld Stadtentwicklung und Wohnen

Die Stadtentwicklung in Wien ist in den 1990er Jahren außerordentlich dynamisch verlaufen und hat vor allem durch eine Vielzahl spektakulärer Großprojekte international breite Beachtung gefunden. Die baulichen Veränderungen haben das Bild der Stadt nachhaltig verändert und Raum für die im Gefolge der Öffnung Osteuropas erfolgten und zukünftig erwarteten demographischen und wirtschaftlichen Wachstumsprozesse geschaffen. Die städtische Politik hat hierbei eine Schlüsselrolle gespielt, und zwar nicht nur bei der Entwicklung von Visionen und der Schaffung von Planungsrecht, sondern sie ist auch selbst mit öffentlichen Mitteln tätig geworden. Parallel zur Entwicklung neuer Büroflächen vor allem durch private Investoren hat die Stadt in großem Umfang in die Bereiche Verkehr, Freizeit und Erholung sowie in die Stadtsanierung und den Wohnungsneubau investiert.

Der umfassende Ansatz und die Visionen der Wiener Stadtentwicklungspolitik ab 1989/90 kommen in dem in den frühen 1990er Jahren unter Stadtbaurat Swoboda geprägten Begriff der „sozialen und ökologischen Gründerzeit“ zum Ausdruck. Wien wird „als regionales und internationales Zentrum in einem neuen gemeinsamen Europa“ skizziert, welches aufgrund seiner Lage und historischen Verbindungen „Zugpferd für eine umfassende Integration der ehemaligen sozialistischen Staaten“ werden könnte (Stadt Wien 1994: 7). Ziel der im Stadtentwicklungsplan von 1994 niedergeschriebenen Politik ist es nicht nur, „Wohnungen und Ar-

beitsplätze für eine immer differenzierter strukturierte Bevölkerung“ anzubieten, sondern „eine sozial und ökologisch ausgewogene Stadtentwicklungspolitik zu betreiben“ und „Grünräume zu erhalten und die Lebensqualität für alle [zu] verbessern“ (Stadt Wien 1994: 5/7). Die besondere Bedeutung sozialer und ökologischer Aspekte der Stadtentwicklung wird in dem 2000 vorgelegten Wiener Strategieplan in den Strategiefeldern „Sicherung von Natur- und Stadtraum“ sowie „Entwicklung von Lebens- und Umweltqualität“ fortgeschrieben, auch wenn insgesamt ein stärkerer Akzent auf die wirtschaftliche Entwicklung gelegt wird.

Die Umsetzung der skizzierten Visionen war von dem Bestreben geprägt, hohe (aber mit den sozialen Zielen verträgliche) Dichten zu erreichen und die innere und äußere Stadtentwicklung vor allem entlang der Achsen des öffentlichen Verkehrs voranzutreiben. In Wien wurden in den 1990er Jahren daher nicht nur neue Stadtentwicklungsgebiete ausgewiesen, sondern auch in großem Umfang in den öffentlichen Verkehr investiert. Neben dem Neubau bzw. der Verlängerung von U-Bahnlinien entlang von existierenden und neuen Siedlungsachsen ist außerdem die Modernisierung und Verbesserung des bestehenden Systems (Straßenbahnen, Radwegenetz) zu nennen. Gleichzeitig wurden großflächig Grünflächen als Tabuzonen für Bebauung erklärt (z.B. „Wiener Grüngürtel“) bzw. als attraktive Erholungsräume entwickelt (Donauinsel bzw. „Copa Kagrana“).

Unter dem Motto „Wien an die Donau“ ist vor allem die Achse von der Innenstadt nach Nordosten (entlang der verlängerten U1) entwickelt worden. Die hier realisierten Projekte schließen neben kleineren Büro- und Wohnungsbauvorhaben auch die Donauinsel und die auf der überplatteten Donauuferautobahn entstandene „Donau-City“ (in direkter Nachbarschaft zur Uno-City, dem Vienna International Centre) ein. Letztere entstand auf dem Gelände der für 1995 geplanten, aber 1991 nach einer negativen Volksentscheid abgesagten Expo und soll nun als „zweite City“ die Wiener Innenstadt entlasten. Die Donau-City ist als funktional integrierter Stadtteil konzipiert, in dem neben großflächigen und modernen Büroflächen auch Wohn- und Freizeitnutzungen sowie soziale und Versorgungseinrichtungen lokalisiert sind; auf einer Fläche von 17,4 ha sollen hier in 5 bis 10 Jahren 3.500 Menschen wohnen und 10.000 bis 12.000 Menschen arbeiten (vgl. Juchelka 2002).

Spektakulär sind neben der Donau-City auch einige größere Konversionsprojekte, wie z.B. die neuen Wohn- und Gewerbeflächen in den Gasometern in Simmering, das durch Um- und Neubau im früheren Messepalast entstandene Museumsquartier am Innenstadtrand, die Umnutzung des früheren Allgemeinen Krankenhauses als Universitätscampus sowie die Umstrukturierung des 74 ha großen Nordbahnhof-Geländes innerhalb des dicht bebauten Stadtgebiets. Neben diesen und weiteren international beachteten Großprojekten sind eine Vielzahl größerer und kleinerer Vorhaben an verschiedenen Standorten realisiert worden (vgl. Stadt Wien 2000). Hierzu gehören neben der Entwicklung neuer Siedlungsgebiete an verkehrsgünstigen Standorten am Rand des dicht bebauten Stadtgebiets (vgl. Hatz 2002) und kleinflächigen Konversions- und Neubauprojekten auch Maßnahmen der Stadterneuerung und -sanierung, vor allem in den heruntergekommenen gründerzeitlichen Vierteln am südlichen und westlichen Gürtel.

Charakteristisch für die meisten dieser Projekte und Entwicklungen ist die Anbindung an schienengebundene öffentliche Verkehrsmittel und die Umsetzung des Ansatzes der Nutzungsmischung. Im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“ (vgl. Stadt Wien 1994: 19) werden Wohn- und Gewerbeflächen (Büro, Einzelhandel u.a.) in den meisten größeren Projekten bzw. neuen Siedlungsgebieten kombiniert geplant und entwickelt. Sowohl in neuen als auch

bei Sanierungsprojekten bestehenden Wohngebieten hat die Stadt in Maßnahmen zur Schaffung guter Wohnumfeldbedingungen investiert. Diese betreffen z.B. die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume und die Ausstattung mit technischer und sozialer Infrastruktur, aber auch das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen: „Konfliktregelung und Abbau von Berührungspunkten zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung, Integrationsimpulse und Gebietssanierung sollten neben den bisherigen traditionellen baulichen Erneuerungsinstrumenten nun auch zu den Schlüsselmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lebenssituation der Bewohner der benachteiligten Stadtgebiete gehören“.

Ein Modellbeispiel für Verbesserungsmaßnahmen im Bestand stellt das von der EU im Rahmen des URBAN-Programms geförderte Projekt „URBAN-Wien – Gürtel plus“ dar. Als Ziele verfolgte das Projekt neben gestalterischen Verbesserungen auch die Errichtung kultureller Einrichtungen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Integration ethnischer Minderheiten und Arbeitsloser sowie allgemein die Verbesserung des sozialen Klimas.

Die Verwirklichung der vielen Stadterweiterungs- und Stadterneuerungsvorhaben im Wien der 1990er Jahre sind zu einem großen Teil als *public-private partnerships* und mit Hilfe von Masterplänen erfolgt (für Donau-City vgl. Juchelka 2002, Novy et al. 2001). Im Gegensatz zu dem bis in die 1980er Jahre vorherrschenden korporatistischen *top-down*-Modell mit einem großen Einfluss der Sozialpartner (Gewerkschaften, Kammern etc.), wurden die Entwicklungen in den 1990er Jahren stärker durch private Akteure (mit)bestimmt, indem Entscheidungsprozesse aus öffentlichen Gremien in neu geschaffene Organisationen wie Entwicklungsgesellschaften verlagert wurden. Die projektorientierten und teilweise privatrechtlichen Organisationsformen beschleunigten die Entscheidungsprozesse und erleichterten durch die aktive Beteiligung von Investoren und (potentiellen) Nutzern die private (Ko-)Finanzierung der Projekte.

Diese Vorgehensweise gab der Stadt außerdem die Gelegenheit, sich international als wirtschafts- bzw. unternehmensfreundlich und wettbewerbsfähig, aber auch als interessante und lebenswerte Stadt zu präsentieren (vgl. Novy et al. 2001). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die aktive Strategie der städtischen und auch einiger privater Akteure, aktuelle Themen und Projekte der Wiener Stadtentwicklung öffentlich und international zu debattieren, dokumentiert in einer Vielzahl von Ausstellungen, lokalen Gesprächskreisen, internationalen Symposien und Publikationen. Dadurch werden aber auch die Entscheidungswege komplexer: Einerseits initiiert diese medien- und öffentlichkeitsorientierte Strategie eine breite Debatte, andererseits reduzieren die neuetablierten Entscheidungsstrukturen den Einfluss der repräsentativen Gremien (vgl. Novy et al. 2001).

Insgesamt stellt die Wiener Stadtentwicklung im Hinblick auf die oben skizzierten Visionen mit ihrer Hervorhebung sozialer und ökologischer Ziele dennoch ein eher positives Beispiel dar. Dabei ist auf den hohen Umfang direkter und indirekter öffentlicher Investitionen und Subventionen hinzuweisen, durch die sich die Stadt ihren Einfluss gegenüber privaten Investoren sichert. Sie tragen aber auch zur hohen Qualität und innovativen Ausrichtung vieler Projekte bei. Diese sind wiederum für die mediale Inszenierung von überragender Bedeutung, so dass hier ein sich selbst verstärkender Effekt erzielt wird.

Direkt sind öffentliche Mittel vor allem in jene Bereiche geflossen, in denen privatwirtschaftliche Akteure sich eher zurückhalten. Diese sind neben Investitionen in die verkehrliche, die soziale und die flächenhafte Freizeit-Infrastruktur vor allem der Wohnungsbau für breite

Schichten der Bevölkerung. Die Stadt Wien verfügt traditionell über ein sehr großes preisgünstiges Segment der sogenannten Gemeindewohnungen. Nachdem die gemeindliche Wohnungsneubautätigkeit um 1990 einen Tiefstand erreicht hatte, hat die Stadt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder verstärkt in den Wohnungsneubau investiert (Abb. 20).

Außer im klassischen Gemeindebau wurde unter dem Titel „Themenspezifisches Wohnen“ auch in einigen besonders innovativen Projekten preisgünstiger Wohnraum geschaffen, wie z.B. integrative Wohnprojekte für Österreicher und Ausländer („Interkulturelles Wohnen“ mit 51 Mietwohnungen und „Inter-ethnische Nachbarschaft“ mit 139 Wohnungen), eine autofreie Mustersiedlung und „Wohnformen für die postfordistische Gesellschaft“ mit räumlicher Verzahnung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Einige jüngere Wohnbaumaßnahmen sind Bestandteil der bereits erwähnten Großprojekte (z.B. Donau-City, Gasometer, Millenium-Tower) und stellen somit einerseits eine Förderung der Großprojekte durch die öffentliche Hand dar und gewährleisten andererseits, dass stadtentwicklungspolitische Ziele wie Nutzungsmischung und soziale Ausgewogenheit tatsächlich erreicht werden können.

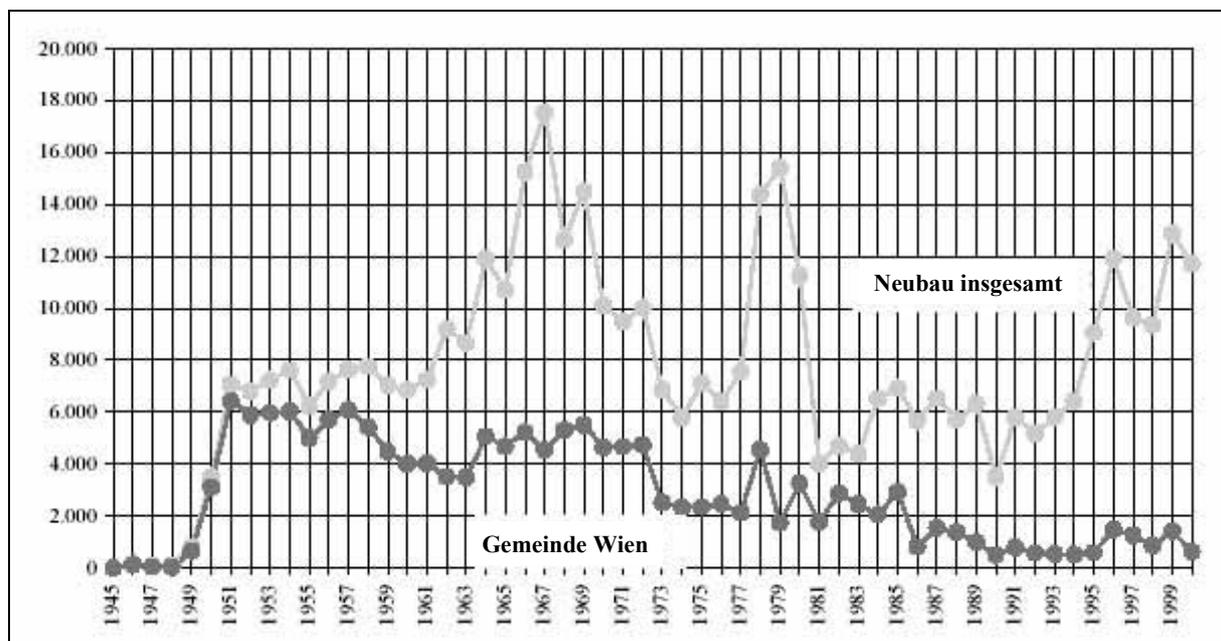


Abb. 20: Wohnungsbau in Wien, 1945-2000

Quelle: Schopper/Hansely o.J.

3.3.3. Politikfeld Zuwanderung und Ausländerintegration

Im 19. Jahrhundert und bis zum zweiten Weltkrieg wanderten Tausende von Menschen aus anderen Teilen der Monarchie bzw. dem europäischen Ausland nach Wien und machten Wien zu einer multiethnischen und multikulturellen Metropole (vgl. Lichtenberger 1995). Heute sind viele der Nachfahren damaliger Zuwanderer Wiener und die kulturellen Eigenheiten der Zuwanderer fester Bestandteil der „Wiener Kultur“. Mit dem zweiten Weltkrieg und dem „eisernen Vorhang“ stabilisierte sich die Bevölkerungssituation in Wien und bis 1989/90 erfolgte Zuwanderung vor allem im Rahmen der Anwerbung von Gastarbeitern im südlichen Europa bzw. in deren Folge; mit Abstand wichtigstes Herkunftsland war dabei das benach-

barte (ehemalige) Jugoslawien. Mit dem Fall des „eisernen Vorhangs“ 1989/90 änderte sich die Situation grundlegend, und nach Jahren sinkender Bevölkerungszahlen wuchs Wien wieder; und zwar zunächst vor allem aufgrund eines Zustroms von Migranten aus dem Ausland.

Befürchtungen, die neue Zuwanderung würde bereits existierende soziale und wirtschaftliche Probleme verstärken und neue schaffen, führten auf der nationalen Ebene zu einer Verschärfung der Einwanderungs- und Ausländergesetzgebung. In der Stadt Wien dagegen wurde die Zuwanderung nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance begriffen. Unter dem Titel „Wien wächst wieder: Stadtentwicklung bei Bevölkerungswachstum und offenen Grenzen“ diskutierten Vertreter der städtischen Regierung, Wissenschaftler und andere Experten bereits im April 1990 mögliche Szenarien zukünftiger Bevölkerungs- und Stadtentwicklung sowie politische Strategien zur Bewältigung der neuen Situation.

Das Studium der schriftlichen Ergebnisse dieser Arbeitstagung drückt die Überzeugung der Beteiligten aus, dass Wachstum durch Zuwanderung in Zusammenhang mit den veränderten geopolitischen Bedingungen gute Möglichkeiten eröffnet, Wien wieder stärker als internationale Metropole zu profilieren und neben demographischen auch wirtschaftliche Wachstumsprozesse anzustoßen. Die diskutierten Maßnahmen zur Bewältigung des Bevölkerungswachstums zielten dabei vor allem auf den Erhalt bzw. die Steigerung der Lebensqualität ab; die Integration von Zuwanderern nimmt dabei eine prominente Rolle ein.

Im Wiener Strategieplan von 2000 wird die Zielvorstellung von Wien als „Stadt des Miteinanders verschiedener Kulturen, Religionen und Lebensweisen“ postuliert und „Toleranz“ als wesentliches Qualitätskriterium der städtischen Gesellschaft benannt. „Die Integration von zugewanderten Menschen ist seit jeher ein wichtiger Faktor für das Gedeihen der Stadt ... Zuwanderung stärkt die Erneuerungskraft und das kreative Potential einer Stadt. Angesichts stagnierender Geburtenzahlen in Städten wie Wien trägt sie überdies zu sozialer und wirtschaftlicher Stabilität bei ... Mit ihren Unternehmen leisten sie [die Zuwanderer] einen wertvollen Beitrag zur Sicherung der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in den Bezirken. Durch verstärkte Beratung, Schulung und Förderung will die Stadt Wien die unternehmerische Bereitschaft und Qualifikation von Zuwanderinnen und Zuwanderern weiter erhöhen ... Die Stadt Wien ergreift ergänzend konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierung und fördert Projekte auf sozialer, wirtschaftlicher, kommunalpolitischer, bildungspolitischer wie kultureller Ebene“ (Stadt Wien 2001, 35 f.).

Auf entsprechende Akzente und Maßnahmen im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik und im Wohnungsneubau ist bereits in 3.3.2 eingegangen worden. Mit der partiellen Öffnung der Gemeindebauwohnungen für Nicht-Österreicher werden außerdem institutionelle Barrieren abgebaut, die zuvor eine weitreichende Segmentierung des Wiener Wohnungsmarktes und die räumliche Segregation von Ausländern zur Folge hatten. Da Ausländer zum kommunalen ebenso wie zum genossenschaftlichen Wohnungssegment lange Zeit keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang hatten, konzentrieren sie sich in den freien Mietwohnungen im dicht bevölkerten gründerzeitlichen Kern, also vor allem innerhalb und nahe des Gürtels und hier wiederum in bestimmten Quartieren mit eher schlechten Wohnbedingungen (vgl. Giffinger 1999; http://www.t0.or.at/~derive/archiv/deriveNo2/Gemeindebauten_Laimer.htm).

Darüber hinaus hat die Stadt Wien mit dem Wiener Integrationsfonds (WIF) im Jahr 1992 eine Organisation geschaffen, die sich speziell mit den Problemen und der Integration von

Zuwanderern beschäftigt und die durch die Stadt finanziert wird (im Jahr 2002 ca. 6,2 Mio. €; vgl. Mezulianik 2000). Das Spektrum der Fondstätigkeit reicht von Freizeitangeboten über Bildungs- und Spracherwerb bis hin zur Gesundheitsversorgung und Wohnsituation der zugewanderten Menschen. Besonders wichtig sind Beratungsangebote mit Hilfe von muttersprachlichen Beraterinnen und Beratern, speziell auch im Spitalsbereich.

Die Thematisierung der Chancen und Probleme und die ergriffenen Maßnahmen hinsichtlich der Integration von bereits in Wien lebenden und zukünftig zuwandernden Ausländern ist von einer realistischen Einschätzung der Situation geprägt. So gehen Überlegungen und Politikansätze von der Annahme einer steigenden Zahl niedrig qualifizierter Zuwanderer vor allem aus Osteuropa und aus den traditionellen Herkunftsländern der Gastarbeiter (insbesondere Jugoslawien und Türkei) aus. Besondere Beachtung finden dabei die Probleme älterer, bereits länger in Wien lebenden Migranten, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt und für die aufgrund einer Häufung von Benachteiligungen ein besonderer Unterstützungsbedarf prognostiziert wird. Auf der Basis der Ergebnisse einer mit diesem Thema befassten soziologischen Studie entwickelte der Wiener Integrationsfonds gemeinsam mit anderen Akteuren Empfehlungen, die der Fonds dann gegenüber den politisch Verantwortlichen vertritt (<http://www.alter-migration.ch/fachthemen/f19.html>).

3.3.4. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Life Science Cluster Wien

In wirtschaftlicher Hinsicht versucht die Stadt Wien aufbauend auf bestehenden Clusterpotentialen ein kombiniertes Medizin-, Pharma- und Biotechnologiecluster als regionale Wachstumsstrategie aufzubauen. Dieses wird als Aufholstrategie zum erfolgreichen Cluster in München angesehen und scheint der derzeit dominante Ansatz regionaler Technologiepolitik zu sein. Ende der neunziger Jahre waren im Pharma- und Biotechbereich 5.400 (davon 1.700 FuE), im Bereich Medizintechnologie ca. 1.000 Personen beschäftigt.

Clusterspezifische Bedingungen

Die Clusterpotentiale für Life Science in Wien werden zum einen geprägt durch die Wissensbasis, die durch öffentliche Einrichtungen bereit gestellt wird (Universitäten, Krankenhäuser), zum anderen verfügt Wien über einige größere Unternehmen (>500 Beschäftigte) der Pharmaindustrie. Diese beiden Komponenten ergeben im wesentlichen den Ausgangspunkt für die Clusterstrategie.

Firmen: Das unternehmerische Potential Wiens ist eindeutig geprägt durch die Niederlassungen multinationaler Konzerne, v.a. Boehringer Ingelheim Austria (BI-D), Hoechst Austria (Aventis D-F), Immuno (seit 1996 Baxter-USA; zuvor A) und Novartis Pharma (CH). Lokale FuE-Aktivitäten weisen besonders BI und Immuno auf, Novartis hat seine Aktivitäten vor zwei Jahren weitgehend eingestellt. Neben den großen Pharmaunternehmen bestehen verschiedene KMK in den Bereichen Pharmazeutik, Biotechnologie, Medizintechnologie und weiteren Bereichen der Life Sciences.

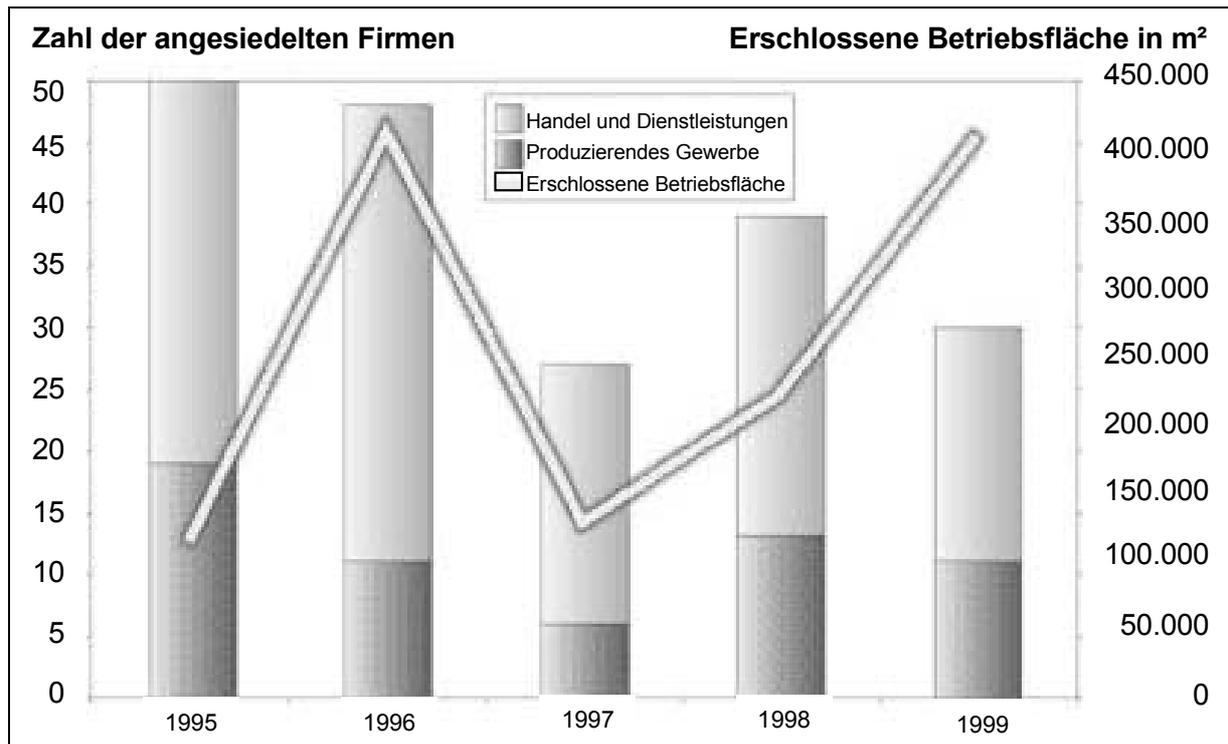


Abb. 21: Betriebsansiedlungen in Wien durch den WWFF, 1995-1999

Quelle: Wiener Wirtschaftsförderungsfonds

Öffentliche Einrichtungen: Mit der Universität Wien, der TU Wien und der Universität für Bodenkultur verfügt die Stadt über sehr gute Ausbildungspotentiale für das Cluster. Neben dieser für die Breite des Arbeitsmarktes wichtigen Grundlage bestehen verschiedene universitäre Forschungsinstitute mit spezialisierten Profilen. Von herausragender Bedeutung ist hier zum einen das Vienna BioCentre mit fünf beteiligten Disziplinen (Molekularbiologie, Molekulargenetik, Biochemie, Mikrobiologie/Genetik und Zellbiologie). Der Standort dieser Einrichtung ist 1992 zusammen mit dem Institut für Molekularpathologie des Unternehmens BI aufgebaut worden. Im Vergleich zu Deutschland setzte damit diese technologische Ausrichtung früher ein. Zum anderen ist für den Bereich der klinischen Forschung der Universitätsbereich des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) von großer Bedeutung (Durchführung klinischer Tests, etc.).

Organisationskapazität des Clusters

Die Förderung besonders der Biotechnologie ist der herausgehobene Schwerpunkt regionaler Technologiepolitik. Unter dem Stichwort „kommunizierende Gefäße“ wird ein integrierter Clusteransatz verfolgt, der erkannte Barrieren zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auflösen will. Als bisher gelungene Verbindung zwischen akademischer und kommerzieller Forschung ist das Vienna Bio Centre anzusehen. Neben gemeinsamen Ausbildungsprogrammen für Graduierte und Postgraduierte bestehen gemeinsame Hardware-Infrastrukturen und themenbezogene Arbeitskreise. Weiterhin ist das VBC der Standort eines biotechnologischen Netzwerkes mit der Bezeichnung „European Molecular Biology Network“ (EMBnet). Das VBC kann weiterhin auf einige erfolgreiche Ausgründungen verweisen (Intercell).

Insgesamt ist die Organisationskapazität des Clusters jedoch gering ausgeprägt. Die Medizintechnologie ist sehr heterogen und kleinbetrieblich strukturiert. Lediglich Otto Bock Austria

(Hochtechnologieprothesen) könnte eine Basis für die Clusterentwicklung darstellen. Als vielversprechender wird ein Clustermanagement mit Bezug auf die „Medizinische Biotechnologie und Molekulare Medizin“ angesehen, da hier das Ausgangspotential höher ist. Als Ansatzpunkte sind drei Instrumente der Wirtschaftsförderung vorgesehen (IWI 1998: 6).

- Forschungs- und Gründungsförderung;
- Angebot von Dienstleistungen (Beratung zu den Themen Patentierung, Akquisition von Risikokapital, Antragstellung zur Forschungsförderung);
- Errichtung von Gründerzentren, Science Parks, Biotech-Incubators.

Regionales Umfeld des Clusters

Die generellen Standortqualitäten Wiens sind sicherlich als ausgesprochen günstig für Initiativen zur Kommerzialisierung der „roten“ Biotechnologie anzusehen. Ausgangspotentiale sind die besonders durch die Universitäten gegebene breite und differenzierte Wissensbasis sowie mögliche Test- und Anwendungseinrichtung durch die Krankenhäuser in einem Umfeld hoher urbaner Lebensqualität. Jedoch kann diese Strategie nicht auf frühere technologische und industrielle Innovationspfade zurückgreifen, sondern muß von den Akteuren lokal „erfunden“ werden. Möglicherweise ist die an sich naheliegende Anbindung an die bestehenden größeren Pharma-Unternehmen wenig förderlich, da diese in konzerninterne Innovationsstrategien eingebunden sind. Als Indikator für eine unzureichende Clustereffizienz wird auf die im europäischen Vergleich geringen Gründungsaktivitäten hingewiesen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, einige werden im folgenden aufgeführt:

- Wissenschaftler schätzen akademische Forschung höher als vermarktbare Forschung;
- Fehlender „unternehmerischer Geist“ der Wissenschaftler;
- Keine angemessene Unterstützungsstruktur für „start-ups“;
- Mangelnde politische/öffentliche Akzeptanz der Gentechnologie;
- Patentprobleme für öffentliche Bedienstete;
- Markteintrittsbarrieren im Bereich der Medizintechnik (CE-Label).

3.3.5. Relevanz für Hamburg

Mit dem Fall des „eisernen Vorhangs“ haben sich die Bedingungen für die demographische und wirtschaftliche Entwicklung Wiens grundlegend geändert. Die Stadt hat den aus dem Zuwachs an Bevölkerung und wirtschaftlichen Aktivitäten resultierenden Entwicklungsschub in den frühen 1990er Jahren genutzt, um aktiv Wachstumsprozesse zu unterstützen und zu lenken sowie offensiv soziale und integrative Ziele zu verfolgen. Als Erfolge sind die ab Ende der 1990er Jahre wieder zu verzeichnenden demographischen und wirtschaftlichen Wachstumsprozesse sowie die dynamische und international beachtete städtebauliche Entwicklung zu nennen. Es handelt sich hier aber nur teilweise um sich selbst tragende Prozesse; vielmehr haben die Stadt und der Einsatz öffentlicher Mittel die Entwicklungen in den 1990er Jahren entscheidend beeinflusst.

Für Hamburg stellt Wien ein interessantes Beispiel dar, weil viele der Rahmenbedingungen ähnlich sind. Hinsichtlich der städtischen Politik steht Wien für eine Kombination von wachstumsfördernden mit ausgleichs- und integrationsorientierten Ansätzen. Diese besitzen in Wien eine lange Tradition und sind vor allem im Hinblick auf Fragen der Lebensqualität eine

Erfolgsgeschichte. Als nationale Hauptstadt verfügt Wien zwar über einen größeren internationalen Bekanntheitsgrad als Hamburg und vermutlich auch über ein größeres Finanzvolumen, dennoch gibt es viele Punkte, die wertvolle Hinweise für geeignete Politikansätze im Rahmen des Leitbilds „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ für Hamburg geben.

Mit der expliziten Formulierung von Visionen der städtischen Entwicklung und städtebaulichen Leitbildern ist es Wien gelungen, eine öffentliche Debatte anzustoßen, die weit über die Stadt hinaus wahrgenommen wurde. Die erfolgreiche mediale Inszenierung strategischer Großprojekte („Leuchttürme“) sowie die Betonung sozialer und ökologischer Ziele in Zusammenhang mit demographischen und wirtschaftlichen Wachstumsprozessen hat Wiens Reputation als interessante und lebenswerte Stadt gestärkt und um das Element der Dynamik und Modernität ergänzt. Nach außen ist dies vor allem für wirtschaftliche Standortentscheidungen sowie den Tourismus relevant. Nicht weniger wichtig ist jedoch die Innenwirkung eines solchen Diskurses, der die Verbundenheit mit, und den Zusammenhalt in der Stadt stärkt. Die positiven Effekte eines solchen Diskurses können nur dann dauerhaft erzielt werden, wenn sie einen Bezug zur Realität aufweisen. Im Bereich der Stadtentwicklung ist dies in der Stadt Wien der Fall.

Für die positive Beurteilung der Wiener Stadtentwicklungspolitik entscheidend sind neben der Dynamik der baulichen Maßnahmen vor allem ihre Hochwertigkeit und – insbesondere bei den Konversionsprojekten – Innovativität sowie die durch das Prinzip der Nutzungsmischung erreichte Vielfältigkeit und Qualität der neuen Entwicklungen. Das Wiener Beispiel verweist des Weiteren auf die Vorteile eines integrativen Ansatzes in der Stadtentwicklungspolitik. Als besonders gelungen ist die gebietsbezogene Verknüpfung von Maßnahmen aus unterschiedlichen Politikbereichen einzuschätzen. Hier sind beispielsweise die integrierte Planung und Realisierung von Wohn- und/oder Büroneubauten in Verbindung mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems, die gezielte Förderung von Gemeindewohnungen an prestigeträchtigen Standorten sowie die Verbindung von baulicher Sanierung mit arbeitsmarktpolitischen, sozialen und kulturellen Maßnahmen zu nennen. In diesem Zusammenhang ist auch der offensive Umgang mit den Chancen und Problemen zu nennen, die durch eine steigende Zahl von vor allem niedrig qualifizierten Zuwanderern entstehen. Die Berücksichtigung dieses Aspekts in den aktuellen Planungen und Maßnahmen, der durch die problemspezifische institutionalisierte Integrationspolitik des Wiener Integrationsfonds ergänzt wird, trägt zum sozialen Frieden bei und erhöht damit für alle Bevölkerungsgruppen in der Stadt die Lebensqualität.

Wien ist auch hinsichtlich seiner Clusterpolitik für Hamburg ein interessantes Beispiel, weil hier ein neues Innovationssystem aufgebaut wird, das ein neues Moment im regionalen Entwicklungspfad darstellen würde. Es zeigen sich die großen Schwierigkeiten, trotz guter Ausgangssituation, dynamische Prozesse und differenzierende Kommerzialisierungserfolge zu erzielen. Bisher ist trotz eindeutiger politischer Schwerpunktsetzung keine nachhaltige Entwicklung zu verzeichnen. Die bisherigen Erfolge dürften im wesentlichen auf Mitnahmeeffekte der vorhandenen Forschungsförderung zurückzuführen sein. Deutlich wird auch, dass einige „Leuchttürme“ keine Clusterentwicklung befördern. Diese Befunde sind umso gewichtiger, weil sich das Wiener Cluster ohne nationale Konkurrenz entwickeln kann. Damit werden die hohen Anforderungen deutlich, die erfüllt werden müssen, um eine erfolgreiche Clusterstrategie in wissensbasierten Technologiefeldern einzuleiten.

Das Beispiel Wien zeigt, dass durch ein hohes Engagement seitens der Stadt positive Entwicklungs- und Wachstumsprozesse signifikant gefördert werden. Allerdings machen die vorliegenden Zahlen und Fakten deutlich, dass auch bei umfangreicher Neubautätigkeit – wie sie in Wien sowohl für Wohnungen als auch für Büroflächen stattfindet – quantitatives Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum nur mit einer zeitlichen Verzögerung erreicht werden kann. Insbesondere um durch Suburbanisierung bedingte Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverluste zu verringern bzw. zu kompensieren, ist neben quantitativen Wachstumsstrategien die Verbesserung der Qualität in den bestehenden Strukturen wichtig. Das Beispiel Wien zeigt, dass solche Strategien mit einem relativ hohen Einsatz öffentlicher Mittel möglich und sinnvoll sind, wobei mit der Konzentration auf strategische Projekte und der Einbindung von privaten Investoren im Rahmen von *public-private partnerships* die Wirkung der eingesetzten Mittel verbessert werden kann.

3.4. München

3.4.1. Sozioökonomischer Kontext

München wird seit Jahren als eine der erfolgreichsten Regionen in Deutschland und Europa angesehen. Dieses gilt sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung, die eng mit den neuen Hochtechnologien und wissensintensiven Dienstleistungen verbunden wird, als auch für Aspekte, die als regionale Lebensqualität zusammengefasst werden können. Die Hauptstadt des Freistaats Bayern symbolisiert damit ein Erfolgsmodell erfolgreicher wirtschaftlicher Modernisierung, die auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz aufbaut.

Die Gründe für das Erfolgsmodell sind vielschichtig. Herauszuheben ist die standortbildende Wirkung von Siemens, die die Region München zum führenden Standort der IuK-Technologien gemacht hat (ca. 18.000 Unternehmen mit 260.000 Beschäftigten). München ist weiterhin ein bedeutender Standort für die Biotechnologie (ca. 120 Unternehmen, 12.000 Beschäftigte im Bereich „Life Science“), für die Medienwirtschaft (ca. 11.000 Unternehmen, 130.000 Beschäftigte), verfügt über eine ausgezeichnete Forschungs- und Hochschullandschaft und verzeichnet seit einigen Jahren einen „Gründerboom“ mit über 13.000 „start ups“ jährlich.

Trotz positiver Wirtschaftsentwicklung weist die Stadt München seit etwa 1970 stagnierende Bevölkerungszahlen auf (Abb. 22), die jedoch mit einem differenzierten Wanderungsgeschehen und starken Suburbanisierungstendenzen verbunden sind. In den 1990er Jahren ergab sich eine Sonderentwicklung, die mit den kriegerischen Ereignissen vor allem in Südosteuropa und mit der Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Bayern zusammenhängen. Aufgrund von Flüchtlingszuwanderung verzeichnete die Stadt in den frühen 1990er Jahren besonders hohe Wanderungsüberschüsse. Dadurch hat München mit rund 20 % einen für deutsche Städte sehr hohen Ausländeranteil. Aufgrund der Rückführung von Flüchtlingen ab Mitte der 1990er Jahre werden die Wanderungssalden in den Jahren 1996 bis 1998 negativ. Ab 1999 übersteigt die Zahl der Zuwanderer wieder deutlich jene der Abwanderer (Tab. 14).

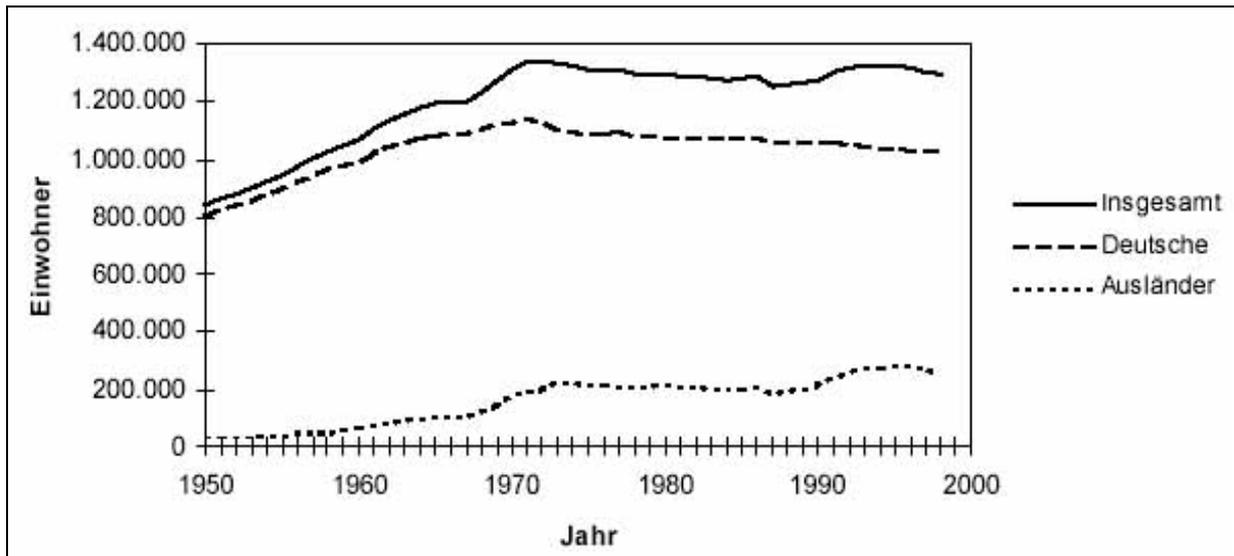


Abb. 22: Einwohnerentwicklung in München, 1950-1998

Quelle: Landeshauptstadt München 1999

Tab. 14: Veränderung der Einwohnerzahl (Haupt- u. Nebenwohnsitz) in München, 1995-2000

\ Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Zuzüge	85.039	86.984	89.668	95.131	99.972	94.567
Fortzüge	84.648	89.455	103.077	105.638	84.756	79.570
Wanderungssaldo	391	- 2.471	- 13.409	- 10.507	15.216	14.997
Geburten	11.669	12.181	12.520	12.283	12.454	12.194
Sterbefälle	12.402	12.474	12.275	12.034	12.080	11.724
Saldo Geburten–Sterbefälle	- 733	- 293	+ 245	+ 249	+ 374	+ 470
Einwohnerstand 31.12. (Haupt- und Nebenwohnsitz) *	1.324.208	1.321.557	1.307.609	1.298.537	1.315.254	1.336.949

Quelle: Landeshauptstadt München 2002: 4

Die Analyse der Wanderungssalden nach Ziel- und Quellgebieten (Tab. 15) zeigt deutlich die starken Schwankungen der Wanderungsbilanz mit dem Ausland, während die Wanderungsentwicklungen für andere Referenzregionen relativ stetig sind. So ist ein deutlicher Suburbanisierungstrend erkennbar, der vor allem die Region München und zu einem geringeren Teil Oberbayern (ohne Region München) betrifft. Dagegen ist die Wanderungsbilanz mit dem restlichen Bayern und insbesondere mit anderen Bundesländern positiv. Damit ergibt sich ein positiver inländischer Wanderungssaldo, der eine stabile, wenn nicht sogar steigende Tendenz aufweist. Dieser bildet gemeinsam mit dem inzwischen wieder deutlich positiven Wanderungsüberschuss mit dem Ausland die entscheidende Determinante für das jüngste

Bevölkerungswachstum in München. Die altersspezifische Differenzierung der Wanderungssalden zeigt deutlich, dass wachsende Wanderungsüberschüsse vor allem bei jüngeren Personen im erwerbsfähigen Alter zu verzeichnen sind (Landeshauptstadt München 2001, Anhang). Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass das Wanderungsgeschehen in München zunehmend durch Ausbildungs- und Arbeitsplatzorientierung bestimmt ist.

Tab. 15: Wanderungssalden für München nach Ziel- bzw. Quellgebieten, 1996-2000

\ Jahr	Wanderungssaldo						Durchschnitt p.a. 1995 - 2000	Wanderungs- volumen (absolut) Durchschnitt p.a. 1995 - 2000	
	1996	1996	1997	1998	1999	2000		Zuzüge	Fortzüge
Saldo mit ...									
Region München	- 7.447	- 6.435	- 5.861	- 6.965	- 5.894	- 5.968	- 6.428	14.958	21.386
restliches Oberbayern (ohne Region München)	- 1.789	- 1.638	- 1.002	- 1.071	- 1.109	- 808	- 1.236	4.474	5.710
Oberbayern insgesamt	- 9.236	- 8.073	- 6.863	- 8.036	- 7.003	- 6.776	- 7.665	19.432	27.097
restliches Bayern (ohne Oberbayern)	- 61	+ 1.313	+ 1.761	+ 1.800	+ 1.772	+ 1.901	+ 1.414	8.121	6.707
Bayern insgesamt	- 9.297	- 6.760	- 5.102	- 6.236	- 5.231	- 4.875	- 6.250	27.553	33.803
restliche Bundes- länder (ohne Bay.)	+ 5.450	+ 8.512	+ 10.675	+ 10.438	+ 11.838	+ 10.671	+ 9.597	19.833	10.236
Deutschland insgesamt	- 3.847	+ 1.752	+ 5.573	+ 4.202	+ 6.607	+ 5.796	+ 3.347	47.386	44.039
Ausland	+ 8.814	+ 6.171	- 660	- 1.686	+ 11.152	+ 11.336	+ 5.855	33.581	27.727
unbekannte Ziel-/ Quellgebiete	- 4576	- 10.394	- 18.322	- 13.023	- 2.543	- 2.135	- 8.499	10.927	19.426
Wanderungssaldo/ -volumen insgesamt	+ 391	- 2.471	- 13.409	- 10.507	+ 15.216	+ 14.997	+ 703	91.894	91.191

Quelle: Landeshauptstadt München 2002: 5

Hinsichtlich der Suburbansierungsprozesse lassen sich verschiedene zeitliche Phasen herausstellen (Kagermeier et al. 2001). Während noch in den 60er Jahren eine achsenförmige Suburbansierung zu verzeichnen gewesen war, bei der die Bahnlinien eine raumstrukturierende Funktion übernommen haben, vollzog sich in den 1970er und 1980er Jahren eine flächenhafte disperse Suburbansierung, die von München in konzentrischen Ringen ausging. Die jüngste Phase ist durch heterogene Prozesse der Regionalentwicklung gekennzeichnet: Zum einen setzt sich wegen des kontinuierlich verlaufenden Bevölkerungsanstiegs (jährlich um ca. 1 %) eine im wesentlichen marktgesteuerte, weit ausgreifende Suburbansierung fort. Zum anderen entstehen in der suburbanen Zone Standorte mit hoher wirtschaftlicher Eigenständigkeit, deren Perspektiven sich weitgehend unabhängig vom Kern des Verdichtungsraumes entfalten. Es zeigt sich ein Trend, der die Region als Gesamtstandort wahrnimmt, weil positive Standortfaktoren entstehen, die nicht mehr direkt durch die Stadt München geprägt werden. So sind Neugründungen der Unternehmen Cisco, 3com oder Microsoft nicht mehr über den „Umweg“ der Kernstadt erfolgt. Gleichzeitig ist der suburbane Raum auch für Verlagerungen für Unternehmen mit Kontrollfunktion und mit Kapazitäten für Clusterbildung bedeutungsvoll (Texas Instruments in Freising, Infineon in Unterhaching). Somit wird das

Bild „Arbeiten in der Kernstadt und Wohnen in Suburbia“ zunehmend abgelöst von „Wohnen und Arbeiten in unterschiedlichen Teilen der zwischenstädtischen Stadtregion“ (Kagermeier et al. 2001: 169), das in der Bezeichnung „Patchwork-Metropolregion“ zusammengefasst werden kann. Wie einleitend zu diesem Bericht festgestellt wurde, wird darunter eine heterogene Stadtlandschaft angesprochen, deren Entwicklungstrends sich weitgehend unabhängig von der ursprünglichen Kernstadt des Verdichtungsraumes vollziehen.

3.4.2. Politikfeld Wohnen

In München fehlen derzeit ca. 30.000 Wohnungen. Der Bestand an bezahlbarem Wohnraum verringert sich durch Nutzungsänderung, Umwandlung und Privatisierung und Bindungsabläufe von Sozialwohnungen weiter. Die privat getragenen Investitionen in dem Mietwohnungsbau sind fast vollständig zum Erliegen gekommen. Starke Nachfrage und Veränderungen des Mietrechts haben zu einer drastischen Erhöhung der Mietpreise geführt. Der Grundstückspreis ist kontinuierlich gestiegen und stellt ein weiteres grosses Hindernis für den Bau preiswerter Wohnungen dar.

Die Ende der neunziger Jahre wieder ansteigenden Einwohnerzahlen haben einen angespannten Wohnungsmarkt und steigende Grundstückspreise in der Stadt München erzeugt. München weist in diesem Zusammenhang Spitzenwerte für Deutschland auf. So belief sich die Erstbezugsmiete im Durchschnitt des Jahres 2000 auf annähernd € 12,00 / m², die Kosten für eine Eigentumswohnung lagen bei ca. € 3.300 / m². Es wird geschätzt, dass sich diese Werte seit 1997 um etwa 7 % erhöht haben. Interessant ist die Beobachtung, dass die generell ansteigende durchschnittliche Wohnfläche je Person in München bei 38 m² zumindest vorläufig zum Stillstand gekommen ist.

Um drohenden Standortnachteilen zu entgehen und die laufende Suburbansierung nicht zu beschleunigen, beschloss die Stadt Mitte 2001 ein wohnungspolitisches Handlungsprogramm 2001-2005 (Wohnen in München III, im folgenden WIM III), das in Anknüpfung an ähnliche Programme (1989, 1994) Ziele und Maßnahmen Münchener Wohnungspolitik formuliert. Dazu gehören:

1. Erhöhung der Zielzahl der Neubautätigkeit in München auf durchschnittlich 7.000 Wohnungen pro Jahr im Durchschnitt der nächsten 5 Jahre;
2. Zielvorgabe von 1800 Wohnungen pro Jahr im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Diese Größe ist bezogen auf Zielgruppen, Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie in Eigentumsmaßnahmen weiter untergliedert;
3. Erhöhte Bereitstellung von städtischen Fördermitteln um ca. € 50 Mio;
4. Anhebung der Fördergrenzen für Haushalte mit zwei und mehr Kindern;
5. Das „München Modell“ als kommunales Förderprogramm wird neben dem bisher im Vordergrund stehenden Eigentumsbereich auf den Mietwohnungsbau ausgedehnt. Hierbei werden Haushalte unterstützt, die zwar keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, aber dennoch Schwierigkeiten haben, auf dem Münchner Wohnungsmarkt mitzuhalten.

Flankierend ist beim Oberbürgermeister ein „Münchner Bündnis für Wohnungsbau“ eingerichtet, das – aufbauend auf früheren Erfahrungen – Bürgerbegehren gegen Wohnungsbauprojekte präventiv abwehren soll. Gleichzeitig sollen hier in der laufenden Abstimmung über Nachfrage und Angebote Anpassungen der Zielgrößen erfolgen.

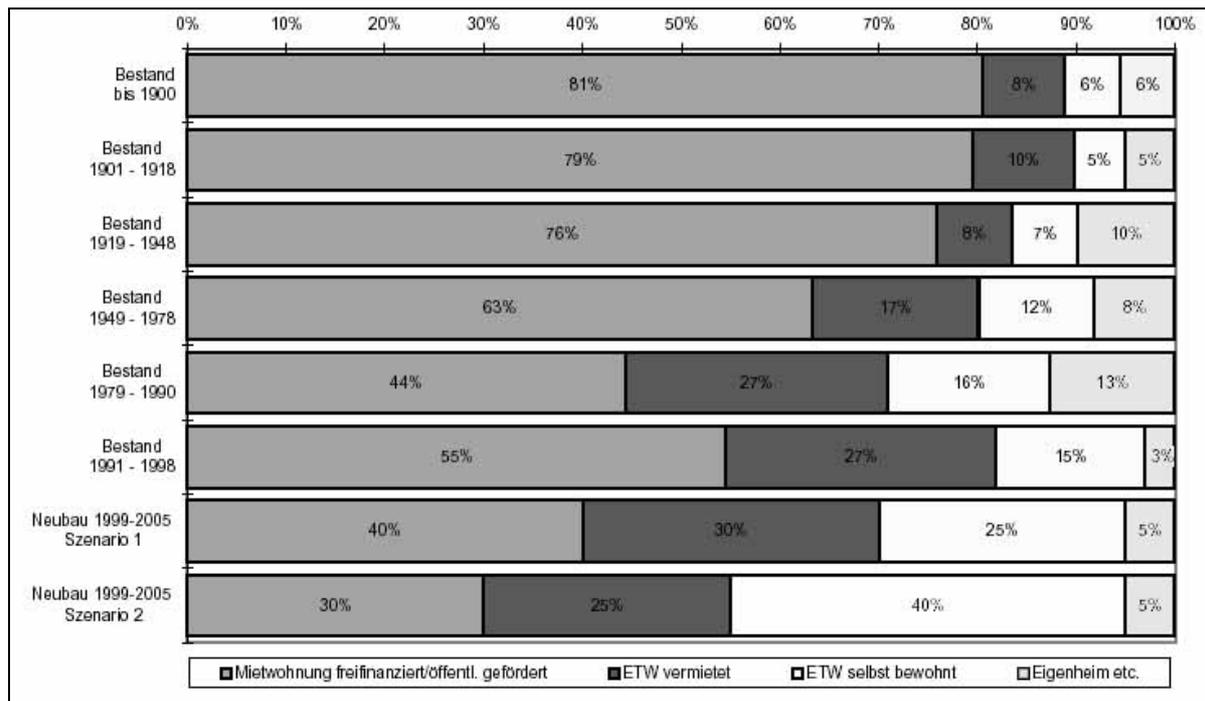


Abb. 23: Bewohnte Wohnungen in München nach Baualter und Finanzierungsart, Stand 1998 plus Prognose

Quelle: Landeshauptstadt München 2001: Anhang

Für eine belastbare Bewertung des WIM III ist es sicherlich noch zu früh. Deutlich wird jedoch, dass die Kommune ihre politischen Handlungsmöglichkeiten besonders in der Unterstützung der Nachfrage nach günstigen Wohnraum für Haushalte mit Kindern forciert. Nach einer GEWOS-Expertenbefragung werden die dazu notwendigen Flächen im mehrgeschossigen Mietwohnungsbau, insbesondere für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, als relativ ausreichend eingeschätzt. Dagegen sei das vorhandene Flächenangebot für den frei finanzierten Mietwohnungsbau bzw. den Bau von Eigentumswohnungen eher nicht ausreichend. Die mangelnde Flächenausweisung für den Eigenheimbau wird hier besonders hervorgehoben.

Neben der ungenügenden Ausweisung von Wohnbauflächen sehen die befragten Experten vor allem in den hohen Bodenpreisen ein Haupthindernis für Investitionen in den Wohnungsbau. Darüber hinaus stellen die relativ geringen Renditeaussichten einen weiteren Hauptgrund für ausbleibende Wohnungsbauinvestments dar. Die Zielrenditen bei Bauträgern bzw. institutionellen Anlegern liegen danach bei ca. 5 %. Diese Zielrenditen sind in München infolge der hohen Grundstücks- bzw. Objektpreise kaum erreichbar. Aus diesem Grund muss sich die Stadt München auch auf nachlassende Aktivitäten zur privatwirtschaftlichen Schaffung von Wohnungsangebot einstellen.

Die Stadt München verfolgt bei der Entwicklung des Flächenpotenzials eine Kombination aus Entwicklungsschwerpunkten und Umstrukturierungen, versucht gleichzeitig den Verbrauch von bisher unbebauten, unversiegelten Flächen stark zu reduzieren. Das WIP III sieht Planungssicherheit für rund 13.000 WE vor (u.a. Panzerwiese, Messestadt Riem, Theresienhöhe). Damit wird die seit einigen Jahren erreichte jährliche Bereitstellung von 3-4.000 WE fortgeschrieben. Zusätzliche wohnungsbaurelevante Flächenpotenziale beziffert die Stadt auf 58-60.000 Wohneinheiten in den großen Entwicklungsschwerpunkten Messestadt Riem,

Freiham und Dagfling sowie einzelnen Stadtteilentwicklungen (21.000 WE), in den Kasernen (8.000 WE) und den großen innerstädtischen Umstrukturierungsflächen (Zentrale Bahnflächen, 8.300 WE). Es soll hier kurzfristig Baurecht geschaffen werden, um die angestrebte Zahl von 7.000 WE pro Jahr zu erreichen.

Obwohl beachtliche Flächenpotenziale erkennbar sind, wird die Vermarktungsfähigkeit sehr unterschiedlich eingeschätzt. Angesichts der hohen m² – Preise bei Erstvermietung bei den Eigentumswohnungen sind bereits Probleme aufgetaucht und auch weiterhin zu erwarten, besonders wenn Standorte nicht entsprechend angenommen werden wie z.B. die Panzerwiese oder die Messestadt Riem. Obwohl das WIP III die wirtschaftliche und soziale Problematik der Wohnungsversorgung klar aufzeigt und verschiedene Maßnahmen benennt, die einer weiteren Anspannung des Wohnungsmarktes entgegen wirken, bleiben städtebauliche Qualitätsziele und Wohnumfeldaspekte weitgehend ausgespart. Daher kommen auch keine qualitativen Gesichtspunkte zum Tragen, die die Standortwahl für das Wohnen bestimmen. Erklärbar wird diese Haltung dadurch, dass kurzfristig genügend Nachfrage artikuliert wird und daher keine weiterführenden konzeptionellen Überlegungen notwendig erscheinen. In der politischen Diskussion finden sich Forderungen wie

- eine Zweitwohnungsabgabe für etwa 25 000 Wohnungen wie sie z.B. in Berlin existiert.
- Eine veränderte Liegenschaftspolitik: Der Verkauf von städtischen Grundstücken soll nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung erfolgen, sondern soll eine nachhaltige soziale Nutzung anstreben. Dies ist möglich durch Bevorzugung von Genossenschaften und privaten Bauherrengemeinschaften anstelle gewerblicher Immobilienfirmen bei der Vergabe städtischen Baulands.
- Weitere Ausdehnung des München-Modells auf Baugenossenschaften;
- Abschaffung der Praxis der Fehlbelegungsabgaben im sozialen Wohnungsbau bei gleichzeitiger Erhöhung des Bestands an Sozialwohnungen.
- Ausweisung förmlicher Sanierungsgebiete.
- Intensivierung des Vollzugs der Zweckentfremdungsverordnung.
- Verlagerung wohnungspolitischer Entscheidungsbefugnisse auf die kommunale Ebene bei gleichzeitiger Ausstattung der Kommunen mit entsprechenden Finanzmitteln. Das könnte etwa durch eine Bodenwertzuwachssteuer und eine konsequente Planungsgewinnabschöpfung geschehen, die den Kommunen zufällt.

3.4.3. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Biotechnologie

Die bisherigen Kommerzialisierungserfolge neuerer Forschungserkenntnisse der Biotechnologie konnten besonders US-amerikanische Unternehmen erzielen, und in den USA ist auch eine differenzierte „Biotech-Szene“ in verschiedenen regionalen Clustern zu finden. In Hinblick auf Europa ist nach Einschätzung der Marktforschung Großbritannien mit dem Großraum London und der Universitätsstadt Cambridge gemessen an der Zahl biotechnologischer Forschungs- und Entwicklungsunternehmen führend. Etwa 25% der europäischen Unternehmen haben dort ihren Standort. In Deutschland sind etwa 17% der europäischen Unternehmen lokalisiert, allerdings mit stark steigender Tendenz. In Bezug auf Forschungsarbeiten über die Biotechnologieregionen München, Rheinland, Basel-Bio Valley, Paris und Cambridge, die gegenwärtig an unserem Institut durchgeführt werden, werden im folgenden Ergebnisse zur Situation in der Region München zusammengefasst.

Die Region München ist im BioRegio-Wettbewerb des deutschen Bundesministeriums für Bildung, Forschung und Technologie neben dem Rheinland und dem Rhein-Neckar Raum als Modellregion ausgewiesen worden. Damit werden ihr die größten Standort-, Entwicklungs- und Wettbewerbsvorteile im deutschen Vergleich zugesprochen. Zur Diskussion der Frage, ob die Region München ein regionales Innovationssystem darstellt, können folgende Ergebnisthesen aufgestellt werden, die auf Intensivinterviews der Akteure des Münchener Biotechnologienetzwerkes basieren (vgl. Tab. 16). Sie lassen sich unterteilen in

- Einrichtungen der Grundlagenforschung als Ausgangspunkt von Innovationsprozessen. Über Formen des Technologietransfers und „*spin-off*“-Unternehmensgründungen können Ergebnisse der Forschungseinrichtungen in unternehmerische Aktivitäten umgesetzt werden;
- Kleinere und mittlere, forschungsintensive Biotechnologieunternehmen, die verschiedene Spezialisierungen und Funktionen in der Wertschöpfungskette wahrnehmen;
- verschiedene biotechnologische Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen, die beispielsweise als hochspezialisierte Komponentenhersteller, Laboreinrichtungen oder *Clinical Research Organisations* eingebunden sind;
- Großunternehmen, die in der Regel über weitere Geschäftszweige auch außerhalb dieser Technologie verfügen;
- verschiedene Kommerzialisierungsakteure, die wesentliche Aufgaben der Finanzierung, die rechtliche Absicherung, Marktforschung etc. übernehmen;
- politische und administrative Einrichtungen mit ihren Förderinstrumenten.

Zwischen diesen Akteuren bestehen teilweise sehr enge Beziehungen, die insgesamt aber als variantenreich und schwer typisierbar einzustufen sind. Wesentlich sind die bereits genannten Verflechtungen zwischen Großforschungseinrichtungen und Unternehmen in Form von Ausgründungen. Weiterhin ist auf forschungsorientierte Kooperationen zwischen Unternehmen beispielsweise zur gemeinsamen Entwicklung einer Technologie oder eines therapeutischen Wirkstoffes hinzuweisen. Sie verlangen hohe Verbindlichkeit und enge Kooperation zwischen den Partnern, denn es besteht häufig eine große Erfolgsunsicherheit bei hohen finanziellen Aufwendungen, die zu verschiedenen Vereinbarungen der gegenseitigen Information und Bezahlung führen können. Dienstleistungsabkommen und Vereinbarungen über klinische Untersuchungen können ebenfalls sehr aufwendige Beziehungen darstellen. Wichtig sind weiterhin die Beziehungen zwischen den Biotechnologieunternehmen und den übrigen Kommerzialisierungsakteuren. Diese sind normalerweise klarer strukturierbar, da sie auf eingeübte Muster der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung zurückgreifen können, obgleich der Erfolg der Kooperation ebenfalls offen ist. Schließlich sind auch die Verbindungen zwischen Staat und privater Organisationen der Biotechnologie in Bayern sehr intensiv, da die Landesregierung Bayerns München zum primären Biotechnologiestandort in Europa entwickeln möchte. Schließlich ist aber als der wichtigste Baustein die spezifische Akteurskonstellation herauszustellen. Nur wenn einzelne Personen, die einerseits in ihrer wissenschaftlichen Reputation eine hohe Anerkennung erfahren, andererseits in Hinblick auf Kommerzialisierungsprozesse auf Erfahrungen verweisen können, als Team (oder Clusterregime) zu guter Zusammenarbeit befähigt sind, werden die erhofften Synergieleistungen erzeugt. In der Region München sind einige herausragende Akteure vorzufinden wie Prof. Winnacker (jetzt Präsident der DFG), Dr. Domdey (jetzt Geschäftsführer der Bio^M AG) und einige Mitglieder der Ministerialbürokratie.

Ausgangspunkt für ein regionales Innovationssystem der Biotechnologie ist zweifellos eine durch öffentliche Forschungseinrichtungen geprägte Wissensbasis in genügender quantitativer und qualitativer Stärke. Biotechnologische Grundlagenforschung ist allerdings in hohem Maße international ausgerichtet und sehr dynamisch in der Erkenntnisproduktion. Daher ist an sich zu vermuten, daß die geographische Nähe der forschungsorientierten Unternehmen zueinander für Lernprozesse und die Diffusion von *tacit knowledge* eine untergeordnete Rolle spielt. Tatsächlich sind die wichtigen forschungsbezogenen Kooperationsbeziehungen der von uns befragten Unternehmen nicht in einen regionalen Kontext eingebunden, sondern international ausgerichtet. Agglomerationsvorteile werden aber durch Forschungseinrichtungen biotechnologischer Großunternehmen (Böhringer Mannheim) hervorgerufen, die sich besonders in der Erzeugung eines hochspezialisierten Arbeitsmarktes ausdrücken. Damit ist eine weitere Voraussetzung für das Entstehen von *relational assets* in einem regionalen Innovationssystem gegeben. Darüber hinaus wird die regionale Konzentration biotechnologischer Aktivitäten besonders durch staatliche Maßnahmen von Land und Bund gefördert, die sowohl geeignete Förderinstitutionen aufbauen als auch politische und soziale Akzeptanz für dieses Technologiefeld in der Region garantieren.

Tab. 16: Akteure in der Biotechnologie in München

Akteure in der Biotechnologie	Akteure der BioRegio München
Grundlagenforschung	Genzentrum München, MPI, LMU, Fraunhofer-Institute, GSF Neuherberge, TU München, Bundes- und Landesforschungsanstalten, Kliniken u.a. Technologietransfer: Garching Innovation, Patentstelle der Fraunhofer Gesellschaft
Unternehmen Biotechnologieunternehmen F&E intensiv (Technologie-, Produkt-, Informationsorientiert) Dienstleistungsunternehmen Auftragsproduktion Clinical Research Organizations Analysedienstleister Zulieferunternehmen Biochemikalien Andere Zulieferer (Testkits, etc.) Berater von Unternehmen: (Scientific Boards/Advisors, Aufsichtsrat bei AG). Großunternehmen	Morphosys, Medigen, Micromet u.a. Verschiedene Toplab u.a. Microcoat u.a. Unternehmensabhängig (überregional, international) Roche (Penzberg) u.a.
Kommerzialisierungsakteure Förderorganisationen (Finanzierung, Beratung, etc.) Finanzierung Patente Wirtschafts-/Rechtsberatung	Bio ^M AG VC Gesellschaften, Banken Patentanwälte (Dt. u. Europ. Patentamt) Sonstige Berater und Kanzleien
Politik	Beteiligungsgesellschaften, Förderprogramme, IZB (+ Life Science Campus Martinsried), Beiräte etc.

Gegen die Existenz eines regionalen Innovationssystems sprechen vor allem drei Gründe. Wie bereits erwähnt, ist die biotechnologische Grundlagenforschung international ausgerichtet. Die Debatte in der Humangenomforschung über den Schutz neuer Erkenntnisse belegt die große Aufmerksamkeit aller beteiligten Akteure, dass neue Erkenntnisse, die durch

staatliche Fördermittel erzielt werden, so schnell wie möglich uneingeschränkt diffundieren können. Weiterhin ist die Forschung schwer zu überblicken. Daraus ergibt sich, dass neue Unternehmenskonzepte durch tiefgreifende Innovationen rasch obsolet werden können. Biotechnologie ist generell gekennzeichnet durch Turbulenz in den Forschungsergebnissen, Unsicherheit in der Marktentwicklung und hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen bzw. Finanzierungszusagen. Diese sind zwar Merkmale, die *relational assets* begründen oder *studied trust* voraussetzen, die aber nicht bzw. nicht unbedingt territorial integriert organisiert sein müssen.

Unsichtbar bleibt weiterhin, ob und wie *tacit knowledge* regional diffundiert. Innovative Unternehmen weisen ihre forschungsstrategischen Kooperationen mit den Partnern auf, die das entsprechende *know-how* besitzen, unabhängig von ihrem Standort. Gleiches gilt für einen Teil der Zulieferbeziehungen. Daher sind regionalisierbare Lernprozesse nicht nachweisbar. Die häufig thematisierte Pfadabhängigkeit, die sich durch Diffusion, Imitation und Wissensspillover ergeben soll, bleibt der empirischen Analyse weitgehend verschlossen. Damit sind wesentliche Gründe, die für die Evolution regionaler Innovationssysteme stehen, in der Entwicklung der deutschen Biotechnologie nicht eindeutig erkennbar. Dennoch bleibt das Phänomen, daß die Unternehmen ein räumliches erklärungsbedürftiges Verteilungsmuster aufweisen. Im dritten Argumentationsschritt sollen daher ungeklärte bzw. weiterführende Aspekte angesprochen werden.

Zur Bedeutung der regionalen Regulation: München als „lernende Region“

Der BioRegio-Wettbewerb ist ein besonders interessantes Beispiel für die Kopplung eines nationalen mit regionalen Innovationssystemen. Angesichts relativer Kommerzialisierungsdefizite ist es mit diesem Wettbewerb gelungen, endogene Potenziale regional zu bündeln und zu aktivieren. Für unsere Aufgabenstellung ist es wesentlich, daß der BioRegio-Wettbewerb sowohl ein *top-down* als auch ein *bottom-up* Moment enthält. Die konzeptionelle Idee, eine nationale Kommerzialisierungsoffensive zu regionalisieren und damit dezentral zu organisieren, zeigt, dass die technologiepolitischen Entscheidungsträger den wissenschaftlichen Diskurs über „lernende Regionen“ verfolgen und in ihren Politikansätzen berücksichtigen. Gleichzeitig wird ein Mittelweg zwischen missions- und diffusionsorientierter Technologiepolitik beschritten, dem die Offenheit des technologischen Wandels mit verschiedenen und miteinander konkurrierenden Konzepten erfolversprechender Kommerzialisierungsstrategien begegnet.

Die Umsetzung der in den regionalen Konzepten entwickelten Vorstellungen und die zahlreichen *start-ups* einschließlich neuer Multiplikatoreinrichtungen wie der Bio^M AG in der Region München sind Beispiele für eine einsetzende Dynamik. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, warum gerade München in der Biotechnologie erfolgreich ist, weil dieses Technologiefeld historisch nicht angelegt gewesen ist: Hier hilft die These eines *governance spillover* weiter. Damit soll die bereits bestehende und akkumulierte Erfahrung der bayerischen politischen Akteure angesprochen werden, die aus dem Agrarstaat der Nachkriegszeit ein Zentrum der Hochtechnologie gemacht haben. In diesem komplexen Prozeß spielen beispielsweise politische Figuren wie F.J. Strauß mit seinem Einfluß auf die Mittelverteilung in der Militärtechnik oder Standortbildner wie Siemens eine prominente Rolle.

Im Hinblick auf die jüngere Entwicklung der Biotechnologie ist der komplexe und mit vielen Unsicherheiten behaftete Innovationsprozeß bedeutungsvoll, der durch turbulente Grundla-

genforschung, unübersichtliche Marktentwicklung und langfristigen Finanzierungsbedarf für FuE charakterisiert ist. Kurzfristig realisierbare Kommerzialisierungserfolge sind daher die Ausnahme. Unter solchen Bedingungen kommt aktiver *governance* besondere Bedeutung zu, beispielsweise durch die politische Absicherung der Akzeptanz der umstrittenen Gentechnik in der Region und der kontinuierlichen Zuweisung von Mitteln zur Forschungsförderung. Dabei haben sich neue zentrale Akteure als Katalysatoren gezeigt, die sowohl die technologischen Herausforderungen als auch die netzwerkbildenden Prozesse befördert haben. Im Zusammenspiel zwischen guten Rahmenbedingungen und genereller Motivationsförderung einerseits und aktiven Personen mit wissenschaftlichen und unternehmerischen Visionen andererseits entstehen erfolgreiche Innovationsregionen.

Es lässt sich in der Region München ein Prozeß der Netzwerkbildung verfolgen, der durch eine normative und evaluative Rationalität der Beteiligten voranschreitet. Kooperation untereinander erfolgt im Bewußtsein gegenseitiger Verletzlichkeit, d.h. die Beteiligten handeln auf der Grundlage von Vertrauensbeziehungen. Im bayerischen Modell übernehmen staatliche Institutionen die Moderation dieser sensiblen Aushandlungsprozesse, da ihnen eine neutrale Haltung innerhalb gemischter Akteurskonstellationen unterstellt werden kann. Erfolgsindikatoren derartiger Aktivitäten sind beispielsweise

- gewonnene Wettbewerbe;
- hohe Gründungsziffern;
- effiziente und für PR-Maßnahmen attraktive hybride Institutionen;
- Vorzeigeunternehmen;
- (ausländische) Investitionen von Großunternehmen;
- Prestigeveranstaltungen;
- dauerhafte und belastbare politisch-administrative Unterstützung.

Derartige Indikatoren können allerdings nur dann gleichzeitig sichtbar werden und das Image eines erfolgreichen regionalen Innovationssystems reproduzieren, wenn zuvor ein langfristig angelegtes staatliches Handeln eine komplexe Infrastruktur aufgebaut hat. Diese erzeugt in einer günstigen Konstellation eine territorial integriert verlaufende Dynamik. Die bayerische Landesregierung und die durch sie geprägte Technologiepolitik weist damit praktikable Erfahrungen und Erfolge in der Erzeugung regionaler Innovationssystem auf.

Standorte der Biotechnologie im Raum München sind neben Martinsried im Südwesten von München für die „rote“ und Weihenstephan/Freising für die „grüne“ Biotechnologie benachbarte Gebiete. Besonders von Martinsried sind Austrahlungseffekte in angrenzende Gemeinden ausgegangen. Auch das Stadtgebiet München selbst versucht durch die Entwicklung eines „Life Science Parks“ (80.000 m²) in Freiam entsprechende Unternehmen in das Stadtgebiet zu ziehen.

3.4.4. Politikfeld Wirtschaft und Innovation: Medien

Neben der Förderung der Biotechnologie versucht das Land Bayern und die Stadt München auch den Mediensektor zu aktivieren. Der innovative Kern besteht in der Integration der audiovisuellen und Print-Medien mit dem Informations- und Kommunikationssektor. Er bezieht sich u.a. auf

- Digitalisierung traditioneller Aktivitäten;
- Neue Produkte und Dienstleistungsangebote;
- Entwicklung neuer Archivierungs- und Distributionskonzepte.

Als Ergebnis der sowohl privat initiierten als auch staatlich gestützten Vernetzungen zwischen Verlagen, großen öffentlichen und privaten Programmanbietern und Softwareunternehmen auf der einen Seite, und dem Freistaat Bayern und der Stadt München auf der anderen Seite, sind die Projekte und Einrichtungen, das Literaturhaus, die TV-Akademie, Bavaria online und der Film und TV Fond anzusehen. Sie verweisen auf die hohe clusterbezogene Organisationskapazität, die sehr stark durch die fördernde und nachfragende Funktion des Landes geprägt wird. „Although the cluster is clearly dominated by private business, the role of public bodies (notably the city of Munich and the Free State of Bavaria) in the stimulation of the cluster is considerable“ (BBW: 209). Ältere Prognosen schätzen ein Beschäftigungswachstum im Bereich Telematik und Medien in der Stadt München um etwa 13.000. Neben verschiedenen kleineren Ansammlungen ist besonders das Medienzentrum „Media Works Munich“ mit 30.000 m² von großer Bedeutung.

3.4.5. Relevanz für Hamburg

Das Beispiel München steht für eine Region, die bereits seit längerem überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt. Dieses gilt besonders für die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Steigerung der Kaufkraft. Aber auch die Bevölkerungszahlen sind in regionaler Perspektive ansteigend. Bisher scheint der Wachstumsprozess der bayerischen Metropolregion ungebrochen trotz aktueller Hinweise auf Brüche im bayerischen Erfolgsmodell und der spektakulären Finanzkrise der Stadt München.

In Hinblick auf die wirtschaftlichen Erfolge der Region zeigt sich die enorme Bedeutung staatlichen Handelns zur Meta-Steuerung marktwirtschaftlicher Prozesse. Dabei geht es zum einen um die Bereitstellung einer ausgezeichneten und stabilen Infrastruktur. Als Vorbedingung und unterstützende Einbettung für unternehmerische Aktivitäten erzeugen sie Verlässlichkeit und bewirken damit langfristig wirksame Investitionsstrategien. Die hier etwas künstlich formulierte Begriffsableitung „governance spillover“ weist auf die große Aufmerksamkeit der politischen Akteure in Bayern und München für kommerzialisierbare technologische Modernisierungen der Wirtschaft hin, die eine bewusste Transformation der Region erzeugt hat. Die bewusste Ankopplung an das kalifornische Erfolgsmodell, die durch institutionalisierte Kooperationsformen und gemeinsame Projekte mit dem US-Staat gebildet wird, zeigt die Existenz zumindest impliziter Leitbilder der bayerischen Landes- und Regionalpolitik an.

Jedoch wäre die Interpretation überzogen, dass regionalwirtschaftliche Erfolgsgeschichten politisch herstellbar seien. Die Entwicklung innerhalb der Biotechnologie verweist auf weitere Akteurskonstellationen (z.B. Wissenschaftler mit wirtschaftlichen Interessen, unterstützende Institutionen), deren Kreativität, Effizienz und Ausdauer nur mittelbar zu beeinflussen ist. Erfolge sind daher auch von „glücklichen“ Umständen abhängig, die zwar nicht erzeugt werden können, aber deren Eintrittswahrscheinlichkeit durch planvolles politisches Handeln erhöht werden kann.

Dauerhaftes Wachstum führt zu erheblichen Folgeproblemen in der Kernstadt, die wir am Beispiel der Münchener Wohnungspolitik aufgezeigt haben. Mit dem WIP versucht die Stadt, unerwünschte Nebeneffekte, d.h. Verdrängungen und Überhitzungen auf dem städtischen

Wohnungsmarkt abzubauen. Damit wird auf das negative Image der Stadt reagiert, dass die Kosten für Wohnen nicht mehr zumutbare Höhen erreicht hätten. Die für die Stadtentwicklung wichtigen Zuwanderungsgruppen orientieren sich daher bereits im Vorfeld ihrer Standortsuche im regionalen Umfeld. Verstärkt wird dieser Trend auch durch die mit höheren m² – Preisen ansteigenden Anforderungen an das Wohnumfeld. München ist in dieser Frage sicherlich an Grenzen angelangt. In den Neubauprojekten lassen sich umfassende wohnungspolitische Zielvorstellungen nur noch ansatzweise realisieren und werden von den Marktteilnehmern nicht mehr honoriert. Dieses liesse sich möglicherweise als relatives Politikversagen interpretieren. Angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten der Kommune im Bereich der Wohnungspolitik ist aber die Interpretation gewichtiger, dass schnelles wirtschaftliches Wachstum politisch nicht gleichzeitig verarbeitet werden kann und notwendigerweise Folgeprobleme entstehen, die zumindest mittelfristig das städtische Leben begleiten. Demnach kommen hier immanente Konfliktlinien eines Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ zum Ausdruck, die nur durch abgeschwächte Wachstumsraten und Entschleunigung vermeidbar sind. Somit ist die bayerische Erfolgsgeschichte mit München als Kern einer dynamischen Metropolregion sehr anschaulich, aber kein „Modell“ oder vorbehaltlos zu kopierendes Leitbild.

3.5. Barcelona

3.5.1. Sozioökonomischer Kontext

Barcelona ist nicht nur aus Sicht Hamburger Akteure zu einem Topstandort im europäischen Kontext aufgewachsen. Mit den Olympischen Spielen 1992 hat ein Bewertungswandel eingesetzt, der Barcelona zum Inbegriff der erfolgreichen Entwicklung im europäischen „sunbelt“ gemacht hat. Der „Schein“ stimmt, ob aber auch eine entsprechende materielle Basis für diese Einschätzung durchgehend gegeben ist, ist – wie folgende Ausführungen zeigen – zumindest zweifelhaft

Barcelona weist als einzige Untersuchungsstadt in den 1990er Jahren sinkende Bevölkerungszahlen auf. Der Einwohnerrückgang begann in den 1980er Jahren, nachdem sich die Einwohnerzahl in den 50 Jahren zuvor fast verdoppelt hatte. Nach einer langen Phase hoher Geburtenüberschüsse in den 1960er und 1970er Jahren sind seit Mitte der 1980er Jahre Sterbeüberschüsse zu verzeichnen. Da Barcelona von allen Untersuchungsstädten den höchsten Anteil alter Menschen sowie den niedrigsten Ausländeranteil aufweist (vgl. Tab. 8 in Kapitel 3.1.3), ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung zunächst fortsetzt.

Die Entwicklung der Zu- und Abwanderung nimmt einen ähnlichen zeitlichen Verlauf. Überwiegend in den 1960er und teilweise den 1970er Jahren noch die Zuwanderung, ist seit Ende der 1970er Jahre ein immer stärkerer negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen. Allerdings werden der negative Geburten- und Wanderungssaldo teilweise durch die bereits erwähnten nicht gemeldeten Personen ausgeglichen, die nur unzureichend statistisch erfasst sind. Der Wanderungssaldo ist für alle Altersgruppen negativ; untersucht man den Wanderungssaldo nach Ausbildungsstand, so ergibt sich nur für die Gruppe mit dem höchsten Ausbildungsstand (Titulo superior) ein positiver Wanderungssaldo.

Betrachtet man die Zu- und Abwanderung nach Herkunfts- bzw. Zielregionen, wird deutlich, dass ein großer Teil der Abwanderer in andere Teile der Provinz Barcelona zieht und dass hier im Saldo ein hoher Wanderungsverlust zu verzeichnen ist (Abb. 24). Der Wanderungssaldo mit dem sonstigen Katalonien und dem sonstigen Spanien ist etwas ausgeglichener, aber auch eher negativ. Lediglich der Wanderungssaldo mit dem Ausland ist positiv, allerdings vom Umfang her gering. In der ausländischen Bevölkerung Barcelonas bilden lateinamerikanische Länder (Ecuador, Peru, Kolumbien, Dominikanische Republik), Marokko, Pakistan und die Philippinen die größten Gruppen.

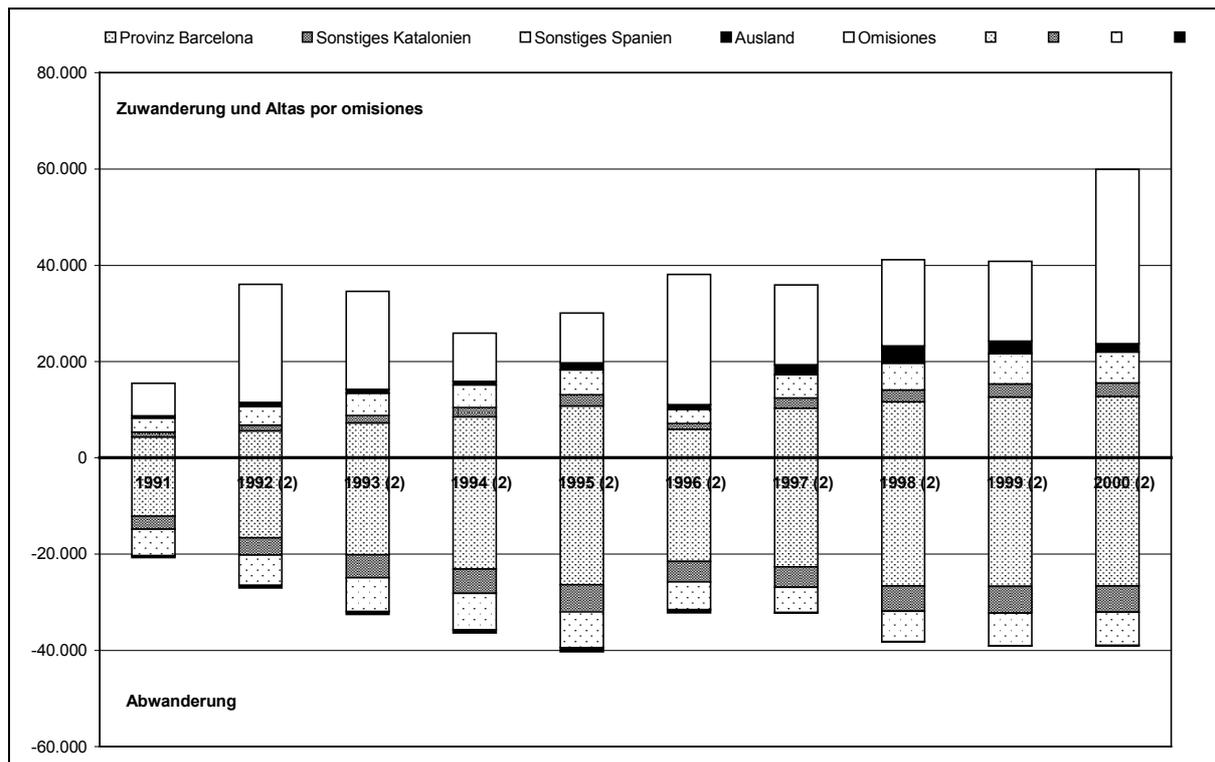


Abb. 24: Zuwanderung nach und Abwanderung aus Barcelona nach Herkunfts- bzw. Zielregionen, 1991-2000

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Barcelona

Betrachtet man den regionalen Kontext, so ist interessant, dass auch in der Region und der Provinz Barcelona bis Mitte der 1990er Jahre die Bevölkerungszahl nur stagniert und erst ab Mitte der 1990er Jahre wächst (Tab. 17). Die Entidad Metropolitana und die Region Barcelona sind vor allem in den 1970er Jahren stark gewachsen und weisen zwischen 1981 und 1996 stagnierende, teilweise sogar sinkende Bevölkerungszahlen auf. Das stärkste Wachstum tritt im weiteren Umland von Barcelona innerhalb der Region, aber außerhalb der Entidad Metropolitana auf. Dies spiegelt sich auch in den Fertigstellungen von Wohnungen wieder; während in Barcelona selbst von 1997 bis 2001 nur 21.458 Wohnungen, also 4.292 im jährlichen Durchschnitt fertig gestellt wurden (viviendas terminadas), sind es in der Provinz mit 170.778 Wohnungen, also 34.156 im jährlichen Durchschnitt, acht Mal so viele.

Tab. 17: Bevölkerungsentwicklung in Barcelona, der Entidad Metropolitana, der Region, der Provinz und Katalonien, 1991-2001

	1991	1996	2001	1991>1996	1996>2001
Barcelona	1.643.542	1.508.805	1.505.325	-8,2%	-0,2%
Sonstige Entidad Metropolitana	1.394.221	1.396.136	1.422.396	0,1%	1,9%
Entidad Metropolitana	3.037.763	2.904.941	2.927.721	-4,4%	0,8%
Sonstige Región Metropolitana	1.226.659	1.323.107	1.462.692	7,9%	10,5%
Región Metropolitana	4.264.422	4.228.048	4.390.413	-0,9%	3,8%
Sonstige Provincia Barcelona	389.985	400.229	414.193	2,6%	3,5%
Provincia Barcelona	4.654.407	4.628.277	4.804.606	-0,6%	3,8%
Sonstiges Cataluña	1.405.087	1.461.763	1.556.759	4,0%	6,5%
Cataluña	6.059.494	6.090.040	6.361.365	0,5%	4,5%

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Barcelona

Die vorliegenden Bevölkerungszahlen für die unterschiedlichen administrativen Gliederungsebenen deuten in Zusammenhang mit den Wanderungsdaten (vgl. Abb. 24) auf regional selektive Suburbanisierungsprozesse hin. Die regional unterschiedliche Wachstumsdynamik wird verständlich, wenn man sie in Relation zu den Flächen und Bevölkerungsdichten betrachtet. Während in der Stadt Barcelona 14.904 Einwohner pro Quadratkilometer (insgesamt nur 101 qkm) leben, ist die Bevölkerungsdichte in der Region (3.236 qkm) mit 1.357 Einwohnern pro qkm und in der Provinz relativ gering.

Während die Bevölkerungsentwicklung von 1986 bis 1996 kontinuierlich abnahm, war die Entwicklung des Anteils der Erwerbspersonen mit Wohnort Barcelona bis 1991 positiv, dann allerdings von einem starken Einbruch bis 1996 gefolgt. Dies spiegelt sich im Anstieg der Arbeitslosigkeit wider (Tab. 18). Als positive Entwicklung ist jedoch festzuhalten, dass es einen Anstieg der Erwerbsbevölkerung mit Wohnort Barcelona und zwar von 40% im Jahr 1986 auf 44,2% 1996 gab. Während die Zahl der Erwerbspersonen mit Wohnort Barcelona abnimmt, verläuft die Entwicklung der Beschäftigung am Arbeitsort Barcelona sehr dynamisch. Von 1997 bis 2001 nahm die Beschäftigung um 17,8% zu (Tab. 19). Die absolut stärkste Beschäftigungszunahme war im Dienstleistungssektor zu verzeichnen.

Tab. 18: Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in Barcelona, 1986-1996

	1986	1991	1996	1986-1991 in %
Bevölkerung	1.701.812	1.643.542	1.508.805	-12,8
Erwerbspersonen	680.330	722.870	667.332	-1,9
Arbeitslosigkeit	5,6%	4,8%	7,4%	

Quelle: Ajuntamiento de Barcelona 2002

Tab. 19: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Barcelona, 1997-2001

Wirtschaftssektor	1997		1999		2001		97-01
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
Landwirtschaft	335	0,0	1.166	0,1	1.154	0,1	44,5
Industrie	127.710	18,1	126.904	16,3	121.449	14,6	-5,2
Bau	33.907	4,8	41.837	5,4	45.250	5,4	33,5
Dienstleistungen	544.387	77,0	610.249	78,2	664.673	79,8	22,1
Ohne Angabe	277	0,0	39	0,0	22	0,0	-----
Insgesamt	706.616	100	780.195	100	832.548	100	17,8

Quelle: Ajuntamiento de Barcelona 2002

Im europäischen Vergleich vollzog sich die Stadtentwicklung in Barcelona vor einem besonderen politischen und wirtschaftlichen Hintergrund. Während z.B. in Kopenhagen oder Rotterdam die Reaktionen auf Suburbanisierung und Deindustrialisierung im Vordergrund gestanden haben, so ist der Anlass für eine Neuausrichtung in Barcelona in allgemeinen gesellschaftspolitischen und infrastrukturellen Bedingungen zu finden.

Grundsätzlich stand die Stadtpolitik seit den 1980er Jahren unter dem Vorzeichen der Bewerbung um und der Nominierung zum Austragungsort der Olympischen Spiele 1992. Diese Anstrengungen waren ein Ausdruck für ein Bedürfnis nach einem gemeinsamen Projekt, das das ganze Land umfasste. Der Auslöser war die politische und gesellschaftliche Orientierungslosigkeit in Spanien nach der Diktatur, die in terroristischen Anschlägen und dem missglückten Putschversuch mit der Stürmung des Parlaments im Februar 1981 endete (Meyer-Künzel 2001: 339). Durch zukunftsweisende Initiativen, die zu einem gesellschaftlichen Umbau beitragen könnten, sollten Potenziale geweckt und entwickelt werden. Ein internationales Großereignis wie die Olympiade 1992 wurde als ein geeignetes Projekt betrachtet. Gleichzeitig wurde die Olympiade 1992 als eine Möglichkeit gesehen, finanziell aufwendige Umbaumaßnahmen zu betreiben, die eigenständig nicht hätten realisiert werden können. So deckte ein Wohnungszensus von 1981 auf, dass 4% des gesamten Wohnungsbestandes in der Stadt unbewohnbar waren. Weitere 16% wiesen schwerwiegende Mängel auf. Das davon betroffene Gebiet umfasste vor allem städtische (756 ha) und suburbane Gebiete (696 ha). Insgesamt waren 20% der urbanen Fläche von einem mangelhaften Wohnungszustand betroffen (vgl. Barcelona metropolis mediterrània 2002a).

Die Planung der Olympischen Spiele wurde in diesem Zusammenhang dazu genutzt, die schon vor der Bewerbung identifizierten stadtentwicklungspolitischen Handlungsnotwendigkeiten im Bereich Wohn-, Freizeit- und Verkehrsinfrastruktur umzusetzen. Sportanlagen, Unterkünfte und Medienzentren sollten über die ganze Region verteilt werden und in der ganzen Region Impulse freisetzen. Eine Voraussetzung hierfür war der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. „Als langfristigen Beitrag der Olympischen Spiele erwartete Barcelona nicht nur die Ausstattung der Stadt mit modernen Sportanlagen, sondern gleichermaßen den Ausbau der Ringstraße, den Bau des olympischen Hafens, eines Fernsehturms, die Modernisierung des Flughafens und die Verbreiterung des touristischen Angebots. Der politische und finanzielle Schub der Olympischen Spiele stellte eine Chance dar, mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln in Planung befindliche Projekte umzusetzen.“ (Meyer-Künzel 2001: 340f.). Insofern waren die Olympischen Spiele eine Chance, mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln Projekte zu realisieren, die unabhängig von der Olympiade als notwendig erachtet wurden. Die Flächenpolitik, die betrieben wurde, zielte auf eine Aufwertung von Wohnquartieren, Förderung von Tourismus und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

3.5.2. Stadtentwicklung durch Großprojekte: Aufschwung durch Olympia?

Umfangreiche Anstrengungen zur Entwicklung und Qualifizierung von Flächen in Barcelona stehen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 1992. Die Planung der Olympischen Spiele wurde an die bereits bestehende gesamtstädtische Planungsphilosophie der dezentralen Entwicklung angelehnt. Dieses beinhaltet, dass städtische Probleme, bei denen Handlungsbedarf gesehen wurde, in die Planung einbezogen wurden. Der Fokus lag auf der Entwicklung der benachteiligten, gering entwickelten Gebiete mit schlechter Wohnsubstanz und der Konversion ehemaliger Industrie- und Hafengebiete. Die Bemühungen zielten aber

weniger auf eine bewohnergetragene Sanierung als auf die Generierung von Nachfrage nach hochwertigen Wohnlagen durch die Ausstattung des Standortes mit Dienstleistungen, die Öffnung von Freiräumen und die Schaffung von attraktiven Wohnungen (vgl. Barcelona *metrópolis mediterrània* 2002). Zielsetzung war, die Spiele „stadtverträglich“ in das Konzept der behutsamen Stadterneuerung einzubinden. Die dezentral verteilten Anlagen sollten als Teile der strategischen Planung in Barcelona und der Region Defizite in den einzelnen Quartieren beheben.

Zehn Jahre nach den Spielen zeigt sich, dass die mit dem Umbau geförderte Stadtverschönerung den Tourismus gestärkt, die Stadt infrastrukturell aufgewertet und besser verdienende Haushalte an die Stadt gebunden hat. Fraglich ist allerdings, ob die dynamische Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung eine unmittelbare Folge davon ist. Im Folgenden wird auf die Entwicklung in der Vila Olímpica (heute: Nova Icària und Teil des Stadtteils Poblenou) eingegangen.

Vila Olímpica

Das flächenmäßig größte Entwicklungsgebiet, das im Zuge der Planungen für die Olympischen Spiele umgesetzt worden ist, war das Olympische Dorf. Auf einem ganzen Stadtteil, der komplett neu geordnet wurde, entstanden annähernd 2.000 Wohnungen, Dienstleistungszentren und eine neue Strandzone mit Yachthafen und Freizeitbereich. Entlang der Uferfront handelte es sich um ein Gebiet, das historisch durch den Hafen und industrielle Nutzungen geprägt war; allerdings in jüngerer Zeit seine Nutzung verloren hatte und dadurch zu den verfallensten und desolatesten Zonen der Stadt gehörte. Sowohl dieser Niedergang als auch die Möglichkeit, dort innenstadtnah attraktive Flächen zu entwickeln, erhöhten die stadtentwicklungspolitischen Bemühungen.

Vor der Realisierung der Vila Olímpica war das Gebiet entlang des Strands durch Hafen und Fabriken geprägt. Der industrielle Charakter und die Abgrenzung zur Altstadt durch den Parc de la Ciutadella trugen dazu bei, dass das Gebiet sehr isoliert war. In den 1970er und 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts litt dieser Bereich durch Deindustrialisierung unter wirtschaftlichem Niedergang und Verfall. Insofern lassen sich aus der Betrachtung dieses Gebietes Erkenntnisse gewinnen, die sich für die Planungen der Olympischen Spiele im Gebiet der Hafencity und Veddel/Rothenburgsort nutzen lassen.

Schon vor der Bewerbung für die Olympischen Spiele sollten die Stadtteile Poblenou und Barceloneta in die Stadt integriert werden und die Stadt zum Meer hin orientiert werden (vgl. Abb. 25, Abb. 26). Ziel war es, einen Wandel zu einem Wohn- und Dienstleistungsgebiet zu bewirken (Meyer-Künzel 2001: 348). Ein Impuls zur Umsetzung der Bemühungen gab allerdings erst die Bewerbung und Nominierung als Austragungsort der Olympischen Spiele 1992. 53 ha Land mit Eisenbahnanlagen und Industriebetrieben wurden zwischen 1981 und 1988 im Rahmen eines gesonderten Stadtentwicklungsplans enteignet und gingen in das Eigentum der Stadt über. Damit wechselten ca. 100 Grundstücke mit 147 Firmen und 157 Wohnhäusern den Besitzer. Nach Meyer-Künzel (2001: 348) blieben nur 9% des Grundbesitzes in diesem Bereich in den Händen von privaten Besitzern.



Abb. 25: Barcelona (Ausschnitt)

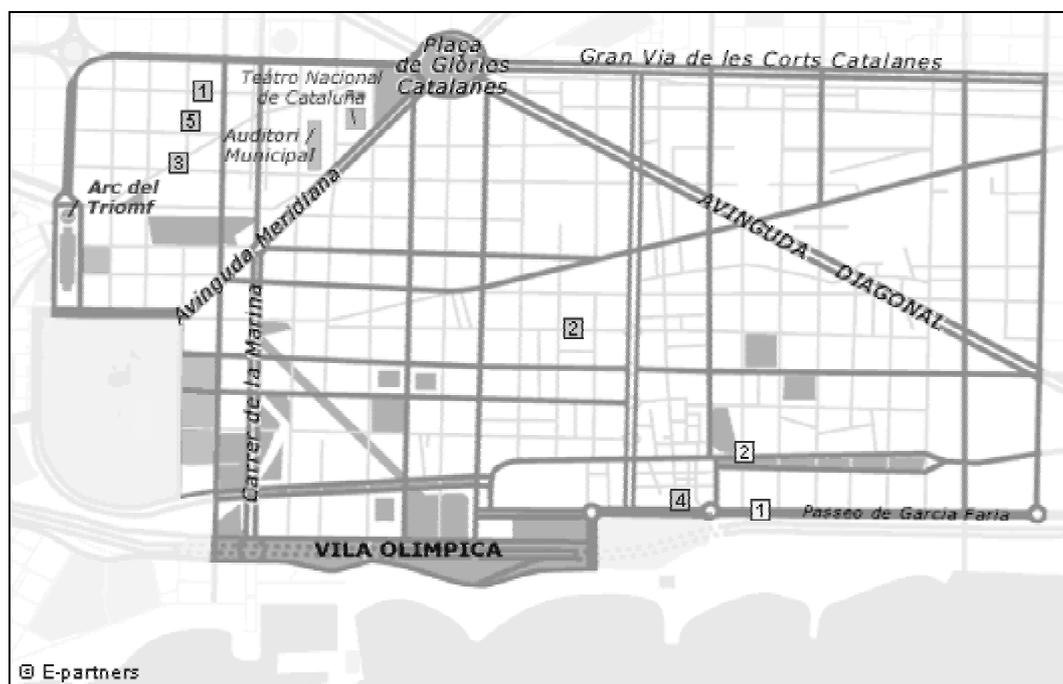


Abb. 26: Teilansicht Poblenou (Barcelona)

In dem Gebiet wurden als Blickfang zwei Türme errichtet, in denen Hotel- und Büronutzung sowie ein Wirtschaftszentrum und ein Kongresspalast untergebracht sind. Zur weiteren Aufwertung gehört die Entwicklung eines Olympiahafens. Dieser neue Yachthafen mit einer Segelschule sowie einem Geschäftszentrum mit Geschäften und Gastronomie bildet einen Mittelpunkt der Strandpromenade. Entlang der Küste wurden Badestrände regeneriert oder

völlig neu angelegt (vgl. Meyer-Künzel 2001: 350ff.). Zusätzliche Grünflächen und Parks ergänzen das Wohngebiet und die Strandpromenade. Ein weiteres Ziel war es, die marode Bebauung auf dem Straßenraster des Eixample und in anderen Abschnitten durch moderne Wohn- und Geschäftshäuser zu ersetzen und ein attraktives Wohngebiet für mittlere und gehobene Einkommensgruppen zu schaffen. Dazu wurde die soziale, verkehrliche und Einkaufsinfrastruktur verbessert.

Nach den Spielen standen 1.976 Wohnungen sowie Dienstleistungseinrichtungen und Gemeinschaftseinrichtungen auf 45.371 m² Gewerbefläche zum Verkauf. Die Hälfte aller Wohnungen war für spanische Verhältnisse mit mehr als 120 m² Grundfläche großzügig geschnitten. 80% der Wohnungen waren für Familien geeignet. Mit Preisen von durchschnittlich 200.000 Pesetas pro m² wurde die obere Mittelklasse als Käufer angesprochen. Wohl aus diesem Grund lief der Verkauf der Wohnungen schleppend an. Ein Jahr nach der Olympia war nur ein Drittel der Wohnungen in Poblenou verkauft (Handelsblatt Nr. 141 vom 26.07.1993 „Ein Jahr nach Olympia kehrt Ernüchterung ein“). Im Jahr 2002 wird die Vila Olimpica aber als Erfolg für Immobiliengesellschaften eingeschätzt, da deren Zielmargen übertroffen wurden (Guiral i Gutiérrez 2002). Bei den Bewohnern handelt es sich überwiegend um qualifizierte junge Berufstätige, die die soziale Zusammensetzung des Stadtgebietes verändert haben (nach Meyer-Künzel 2001: 354, Ehrenberg/Kruse 2000: 129). Heute steht auf den Flächen eines ehemaligen Industrieviertels und Arbeiterwohngebietes ein gehobenes, wenn nicht luxuriöses Wohngebiet.

Die Olympia-Planung mit ihren umfangreichen privaten Investitionen – 43% der realisierten Investitionen für die städtische Erneuerung kamen aus privater Hand – hat zu einer Verteuerung von Mieten und Wohnungseigentum beigetragen. Der Kaufpreis für Neubauwohnungen – mit ähnlichen Tendenzen im Bereich des Altbaubestandes – sei von 1986 bis 1992 um 250 Prozent angestiegen (Ehrenberg/Kruse 2000: 128). Gleichzeitig nahm der öffentlich geförderte und geschützte soziale Wohnungsbau dramatisch ab: während zwischen 1981 und 1985 noch 50% der neu gebauten Wohnungen in Katalonien diesem Typ entsprachen, waren es 1991 kaum noch sechs Prozent. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die öffentliche Hand nicht in der Lage sei, die bestehenden Grundstückspreise zu bezahlen, andererseits für private Investoren dieser Typ von Wohnungen kommerziell nicht interessant sei (Ehrenberg/Kruse 2000: 128).

Nach Aussagen von Nachbarschaftsvereinigungen ist diese Entwicklung begleitet von einer sozialräumlichen Segregation zwischen der Vila Olimpica und angrenzenden Nachbarschaften (Tejero 2002). Sehr hochpreisige Wohnsegmente bestehen neben vernachlässigten Wohngegenden. Am Strand seien viele Grundstücke, auf denen vorher Bahnschienen verliefen, privatisiert worden. Eine Folge sei, dass das Stadtteil Poblenou in sechs Nachbarschaften zerfallen wäre (Vila Olimpica, Front Marítim, Diagonal-Mar, Obertura de la Diagonal, Glòries and Zones Industrials), die keine Geschlossenheit mehr aufweisen würde (Soler 2002).

Die Einschätzung der Entwicklung ist jedoch nicht einhellig wie das Statement von Carles Guiral i Gutiérrez zeigt: „It was the combination of such attractive features with the alluring results of the great town planning works prompted by the 1992 Olympic Games, that induced some Barcelona residents – those who both had faith in the future of the area and boasted a comfortable financial status – to become the first ‘colonizers’ of the Nova Icària – Vila Olimpica neighbourhood which substituted a former part of the so-called ‘zona morta’ (dead

zone) for one of the blurred boundaries of the district.” (Guiral i Gutiérrez 2002). Nach Meyer-Künzel (2001: 362) sollen schon ab 1986 bis 1991 die Investitionen deutlich zugenommen haben. Zudem trug die Olympiade zu einer Erhöhung der Erwerbspersonen am Wohnort Barcelona bei. Allerdings ist aus Tabelle 18 auch zu ersehen, dass der Anteil der Erwerbspersonen von 1991 bis 1996 absolut wieder abgenommen hat.

Aber selbst Kritiker konstatieren einen enormen Imagegewinn der Stadt durch die Olympischen Spiele: “Das olympische Projekt ist tatsächlich ein Katalysator dieser Modernisierung und Erneuerung der Stadt gewesen. Die neuen Infrastrukturen (der Straßen, der Sportanlagen, der Telekommunikation usw.) wie auch die Schaffung neuer städtischer Räume haben wichtige soziale Verteilungseffekte”. (Ehrenberg/Kruse 2000: 118) Hinzu kommt, dass die Stadtverschönerung im Zuge der Olympischen Spiele neue Perspektiven für den Tourismus eröffnet haben. Barcelona ist inzwischen ein wichtiges Tourismuszentrum an der Mittelmeerküste.

Insgesamt wurden im Zuge der Olympiade Tendenzen der Tertiärisierung gestärkt. Es entstanden viele hochwertige, aber auch sehr unsichere Beschäftigungsverhältnisse. Meyer-Künzel (2001: 362) merkt dazu an: “Zwar verringerte sich während der Spiele die Arbeitslosenquote, die Vorteile genossen allerdings nur bestimmte Berufsgruppen. Jüngere Akademiker, Techniker und ungelernte Arbeitskräfte fanden Arbeit im Zusammenhang mit den Spielen. Der außergewöhnlich hohe Einsatz von Dienstleistungspersonal zu den Spielen begünstigte darüber hinaus Frauen und sehr junge Leute. Doch die hohen Arbeitslosenzahlen in der Industrie blieben von diesen Entwicklungen unberührt.” Neue Arbeitsplätze entstanden überwiegend im Baubereich und im Dienstleistungsbereich. In den Bereichen Bau, Hotel- und Gaststättengewerbe, Reinigung, Sicherheit und Einzelhandel ist die Beschäftigung aber weitgehend ungesichert und instabil (Ehrenberg/Kruse 2000: 109f.). Viele der neugeschaffenen Arbeitsplätze waren nach Beendigung der Spiele bedroht. Insofern ist der langfristige Effekt der Olympischen Spiele schwer einzuschätzen.

Die Olympischen Spiele haben als stadtübergreifendes Großprojekt das Bild der Stadt radikal verändert. Die Infrastruktur ist modernisiert; ein neuer Flughafen, neue Stadtautobahn, Sportzentren, Stadien und Festhallen wurden errichtet. Das neue Stadtviertel Vila Olímpica hat den Zugang zum Mittelmeer und damit zum Tourismus geöffnet. Die Erneuerung Barcelonas hat allerdings ein Loch in den Stadthaushalt gerissen: 1993 gab es ein städtisches Haushaltsdefizit von 3,6 Mrd. DM. Voraussichtlich wird Barcelona unter den Bedingungen einer rigorosen Sparpolitik an den Schulden, die aus den öffentlichen Bauarbeiten für die Spiele entstanden sind, bis zum Jahr 2010 abtragen (Ehrenberg/Kruse 2000: 117). Obwohl das städtische Defizit beachtlich ist, ist der Kulturetat der Stadt mit vier Prozent Mitte der 1990er Jahre vergleichsweise hoch und als einziger Budgetposten keinen Kürzungen zum Opfer gefallen (Handelsblatt Nr. 141 vom 26.07.1993 „Ein Jahr nach Olympia kehrt Ernüchterung ein“). Der Kultur ist die frühere Leitfunktion des Sports übertragen worden. Unter anderem ist ein Miró-Jahr gefeiert, eine Filiale der Thyssen-Sammlung eröffnet worden und dieses Jahr wird mit viel Aufwand der 150. Geburtstag des Architekten Antoni Gaudí festlich begangen. Die dadurch bewirkte internationale Aufmerksamkeit, die Barcelona genießt, drückt sich u.a. in eineinhalb Millionen Touristen aus, die jährlich allein die Sagrada Familia besuchen (Süddeutsche Zeitung Nr. 132 vom 11.06.2002 „Barcelona feiert den 150. Geburtstag des Architekten Antoni Gaudí“).

3.5.3. Relevanz für Hamburg

Die Auswirkungen der Olympischen Spiele auf Barcelona sind nicht eindeutig. In der Literatur werden sowohl positive als auch weniger positive Effekte beschrieben. Grundsätzlich ist es schwierig, die Effekte direkt auf die Olympischen Spiele zurückzuführen. So sind z.B. die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt umstritten. Nach Meyer-Künzel (2001) sind keine nachhaltigen Arbeitsplatzeffekte festzustellen. Vielmehr sei eine Tendenz zur stärkeren sozialen Polarisierung zu bemerken (vgl. Ehrenberg/Kruse 2000: 115). Tatsächlich ist ab 1996 die Beschäftigung in der Stadt enorm gewachsen und die Arbeitslosigkeit geringer ausgeprägt als im spanischen Durchschnitt. Problematisch ist aber die Verteuerung des Wohnens in der Stadt, die zu einer Abwanderung beigetragen haben soll. Die Mehrheit der die Stadt verlassenden Bevölkerung zog wegen niedrigerer Wohnungspreise in andere Bereiche des Großraums Barcelona (Ehrenberg/Kruse 2000: 111). Unbestritten ist jedoch, dass durch die Marketing-Anstrengungen vor und nach der Olympiade Barcelona zu einem Ziel des internationalen Tourismus geworden ist und der Stadtraum aufgewertet wurde. Der positive Effekt der Olympischen Spiele liegt im Bereich der Imagepolitik, positive Beschäftigungseffekte als direkte Folge der Olympischen Spiele sind ein eher kurzfristiges Phänomen.

Insofern kann die Olympiade auf der einen Seite einen Imagegewinn für den Standort bedeuten, aber auf der anderen Seite eine Abwanderung bewirken. Die Funktion der Olympischen Spiele als Wirtschaftsmotor sollte aus diesem Blickwinkel nicht überschätzt werden. Dennoch haben die Spiele dazu beigetragen, Barcelona auf die internationale Bühne zu heben. Dieser Imagegewinn wurde stadtpolitisch genutzt, um sich als Kulturstadt und Tourismusstandort weiter zu profilieren. Internationale Kunstausstellungen und Festivals, Jahre, die einem Künstler gewidmet sind etc. haben dazu beigetragen, die Stadt für den Tourismus zu öffnen und eine Tertiärisierung der Wirtschaftsstruktur zu befördern. Mit dieser Kulturpolitik wurde in Barcelona die Stimmungstrübung nach der Euphorie im Zusammenhang mit der Austragung der Olympischen Spiele aufgefangen. Generell sollte sich eine Olympiade-Standort auf einen zyklischen Abschwung nach einer Phase der Euphorie einstellen. Es ist notwendig, sich schon im Vorfeld Gedanken darüber zu machen, welches Politikfeld die Leitfunktion des Sports übernehmen kann.

Insgesamt hat diese Form der Stadtentwicklung, die auf private Investitionen und freie Marktkräfte setzt, in Barcelona dazu beigetragen, einkommensstarke Bevölkerungsschichten an die Stadt zu binden. Insofern ist die Stadtentwicklung aber sozial selektiv und fördert eine soziale Entmischung auf Kosten der ärmeren Bevölkerung. Solange ein hochpreisiger Wohnungsneubau nicht durch einen sozialen Wohnungsbau flankiert wird, bewirkt diese Entwicklung eine Verdrängung und Abwanderung von Geringverdienenden. Insofern begünstigt die Entwicklung in Barcelona seit den Olympiade-Planungen besser verdienende Haushalte, aber nicht eine Stabilisierung oder gar Wachstum der städtischen Bevölkerung.

3.6. Amsterdam

3.6.1. Wachsende demographische Vielfalt bei positiver Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Amsterdam, internationaler Finanz- und Dienstleistungsstandort, und sein Umland weisen in den vergangenen Jahren eine positive wirtschaftliche Entwicklung auf (vgl. 3.1.3). Die Stadt selbst ist mit unter 750.000 Einwohnern relativ klein, die Bevölkerungsprognose geht jedoch von einem starken Wachstum in den nächsten 20 bis 30 Jahren aus (Abb. 27). Nach einem starken Bevölkerungsrückgang zwischen den 1960er und den frühen 1980er Jahren ist die Einwohnerzahl in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder gestiegen.

Das positive Bevölkerungswachstum in der jüngeren Vergangenheit basiert vor allem auf einem Geburtenüberschuss sowie einem positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland, während gegenüber dem Inland Wanderungsverluste bestehen (Abb. 28). Die Prognosen gehen zunächst von einer Fortsetzung dieser Trends aus. Sowohl für den Geburtenüberschuss, der seit Mitte der 1980er Jahre besteht und seitdem kontinuierlich gewachsen ist, als auch für den Wanderungsüberschuss ist vor allem die ausländische Bevölkerung verantwortlich. Mit dem Begriff Ausländer sind hier und im Folgenden Personen mit einem nicht-niederländischen ethnischen Hintergrund gemeint, die aber durchaus einen niederländischen Pass besitzen können (vgl. 3.1.3).

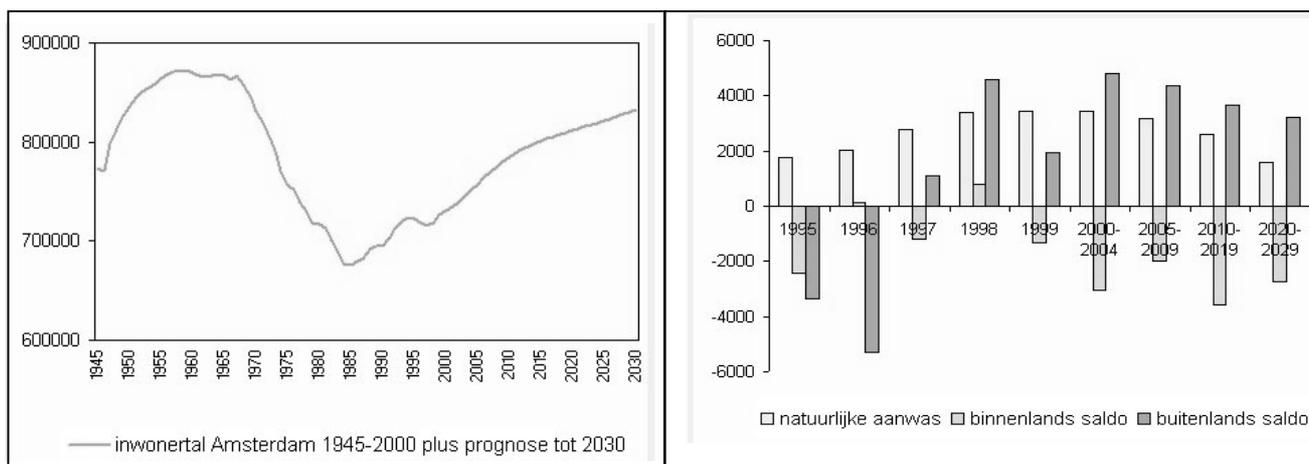


Abb. 27: Bevölkerungsentwicklung in Amsterdam, 1945-1999 und Prognosen

Abb. 28: Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungssalden in Amsterdam, 1995-1999 und Prognosen

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Amsterdam

Die Zuwanderung aus dem Ausland hat sich in den letzten Jahren abgeschwächt; zeitweilig war der Außenwanderungssaldo sogar negativ. Gleichzeitig hat die Zuwanderung aus dem Inland Ende der 1990er Jahre das Niveau der Abwanderung ins Inland erreicht, so dass auch hier in den vergangenen Jahren eine weitgehend ausgeglichene Bilanz gegeben ist.

Differenziert man bei der Binnenwanderung nach regionalen und überregionalen Wanderungen, so ergibt sich ein für Großstädte typisches Bild. Bei den überregionalen Wanderungen ist die Dynamik positiv; Wanderungsüberschüsse treten hier in erster Linie bei den jungen Erwachsenen auf. Für die Region Amsterdam ergibt sich dagegen eine negative Wanderungsbilanz; leicht positive Wanderungssalden weisen lediglich die jungen Erwachsenen auf,

hohe Wanderungsverluste treten dagegen bei kleinen Kindern und Erwachsenen mittleren Alters auf. Es handelt sich hier vor allem um eine Suburbanisierung einkommensstärkerer Gruppen. Gleichzeitig weist der suburbane Raum eine größere wirtschaftliche Dynamik als die Kernstadt auf (vgl. Musterd/Ostendorf 1996).

Während also die positive Bevölkerungsentwicklung in Amsterdam vor allem durch Bevölkerungszuwächse der ausländischen Bevölkerung zustande kommt, schrumpft die inländische Bevölkerung sogar. Ihr Anteil lag 1996 noch bei 58 %, 2001 dann bei 53 %, und für die nähere Zukunft wird ein Absinken deutlich unter 50 % prognostiziert. Hinsichtlich der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung ist interessant, dass die stärksten Gruppen vor allem Nicht-Europäer sind (Angaben für 2000): 22 % Surinam, 17 % Marokko, 4 % Antillen sowie weitere 22 % aus nicht-industrialisierten Ländern; dagegen machen Personen türkischer Abstammung nur 11 % der ausländischen Bevölkerung aus. Wachsende Bevölkerungszahlen werden vor allem für Ausländer aus nicht-industrialisierten Ländern prognostiziert. Damit ergibt sich insgesamt ein deutlicher Anstieg der sozial eher benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch Geburtenüberschüsse und Zuwanderung; gleichzeitig verlassen viele wohlhabendere Haushalte die Kernstadt und ziehen ins Umland.

Vor diesem Hintergrund ist vor allem die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Amsterdam selbst von Interesse, und hier zeigt sich für die Jahre von 1997 bis 2001 ein außerordentlich positives Bild (Tab. 20). Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Trends ist der Anstieg der Personen im erwerbsfähigen Alter (+4 %) unmittelbar nachvollziehbar. Besonders auffällig ist jedoch der deutlich überproportionale Anstieg der Erwerbstätigen, also desjenigen Teils der Bevölkerung, der einer statistisch erfassten bezahlten Arbeit nachgeht (+23 %). Auch wenn hierzu keine detaillierten Daten vorliegen, kann angesichts der skizzierten demographischen Entwicklung davon ausgegangen werden, dass die Wachstumsprozesse auf dem Arbeitsmarkt auch Ausländer einschließen. Im Folgenden werden einige Aspekte dargestellt, die zur gesellschaftlichen Integration von Ausländern in Amsterdam bzw. den Niederlanden im Allgemeinen beigetragen haben könnten.

Tab. 20: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Amsterdam, 1997-2001

	1997	1998	1999	2000	2001	Veränderung 1997-2001
Bevölkerung	715.063	718.175	727.095	731.289	734.540	+3%
Erwerbsfähige (15-64jährige)	509.562	513.097	521.421	525.826	529.015	+4%
- Anteil an der Bevölkerung	71%	71%	72%	72%	72%	
Erwerbspersonen	334.500	345.000	359.000	368.000*	376.000*	+12%
- Anteil an den Erwerbsfähigen	66%	67%	69%	70%	71%	
Erwerbstätige	292.200	312.300	315.000	350.000*	360.000*	+23%
- Anteil an der Bevölkerung	41%	43%	43%	48%	49%	
Erwerbslose	83.951	75.260	66.422	59.233	52.895	-37%

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Amsterdam; * Schätzung,

3.6.2. Politikfeld Zuwanderung / Internationalität

Amsterdam ist durch eine lange Tradition von internationaler Zuwanderung geprägt. Die Internationalität der niederländischen Hauptstadt ist eine Folge dieser Entwicklung. Sie spiegelt sich in der Konzentration von international agierenden Finanz- und anderen unterneh-

mentororientierten Dienstleistern am Standort Amsterdam, in der weltweiten touristischen Attraktivität Amsterdams sowie in den vielfältigen Ausprägungen sogenannter ethnischer Ökonomien wider (vgl. Musterd/Ostendorf 1999, Rath 1997, Vandermotten et al. 1999).

Den Hintergrund für diese Entwicklung bildet eine über lange Jahre sehr liberale Immigrationspolitik auf der nationalen Ebene und ihre Kopplung mit Maßnahmen zur Integration von Immigranten (vgl. Doomernik 1999). Hierzu gehören entsprechende Elemente in der nationalen, stadt- und stadtteilbezogenen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik (vgl. Musterd/Ostendorf 1999). So geht es in der Wohnungspolitik nicht nur um die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum – der Anteil der Sozialwohnungen in Amsterdam liegt bei über 50% (Musterd/Ostendorf 1999, 524) –, sondern gleichermaßen um die im internationalen Vergleich sehr erfolgreiche Verhinderung von residentieller Segregation und ihrer negativen Begleiterscheinungen (vgl. Bolt et al. 2002, Musterd/Ostendorf 1999). Umfassendes Ziel dieser Politiken ist es, „eine multikulturelle Gesellschaft zu bilden, in der Gruppen mit verschiedenen ethnischen und/oder kulturellen Hintergründen friedlich Seite an Seite leben, mit den gleichen Möglichkeiten an den Kernbereichen der Gesellschaft teilzunehmen“ (Doomernik (1999, 110).

Vor diesem Hintergrund bewegt sich die Diskussion um ein Leitbild für die zukünftige Entwicklung der Stadt traditionell im Spannungsfeld zweier Visionen. Zum einen wird Amsterdam als Produktions- und Dienstleistungszentrum gesehen, in welchem eine dynamische Wirtschaft eine positive allgemeine Entwicklung („upscaling“) induziert. Zum anderen wird das Bild von Amsterdam als vielfältige und lebenswerte Stadt skizziert, in der Menschen leben und zusammentreffen und damit ein „hothouse“ für neue Ideen entsteht (http://www.amsterdam.nl/e_artculture/briefhistory.html, Zugriff im Juli 2002).

Bereits im Jahr 1978 entschied sich das städtische Parlament für das Modell der „city as a place to live“. Auch wenn in jüngeren Verlautbarungen Amsterdam als Standort für wirtschaftliche Aktivitäten mehr in den Vordergrund rückt, so wird doch betont, dass das Leitbild der Lebensqualität und der sozial gerechten Stadt immer noch Priorität hat (vgl. auch Musterd/Ostendorf 1999). In diesem Zusammenhang wird die ethnische und kulturelle Vielfalt als ein wichtiger Aspekt für das urbane Leben und die Lebensqualität in der Stadt hervorgehoben. „The Netherlands is well-known for its high standard of living. Amsterdam, the capital of the Netherlands, is a compact and user-friendly city. Amsterdam has a great deal to offer: a variety of residential areas, international schools, international social clubs, culture, (water)sports, golf courses and many other recreational facilities. For visitors and expatriates alike, it is easy to feel at home in a city that has such human proportions and is so well-gearred to meeting the needs of its many foreign residents. 'Amsterdammers' are friendly, tolerant and at ease with other cultures and languages.“ (<http://www.ez.amsterdam.nl/>, Zugriff im Juli 2002)

Dieses Zitat stammt von der Homepage des in den 1980er Jahren von der Stadt gegründeten Amsterdam Foreign Investment Office, welches nicht nur als Institution der Wirtschaftsförderung im engeren Sinne agiert, sondern außerdem aus dem Ausland zuwandernden Professionals und ihren Familien Unterstützung in allen wichtigen Belangen anbietet (Visa, Arbeitserlaubnais, Wohnraum, Schulen, Vereinsmitgliedschaften). Es dokumentiert den offensiven Umgang mit der weiter wachsenden Internationalität der niederländischen Hauptstadt auch gegenüber wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern.

3.6.3. Relevanz für Hamburg

Amsterdam liefert ein Beispiel für eine Stadt, die einerseits mit typischen Suburbanisierungsproblemen zu kämpfen hat, in der aber andererseits ein hoher und steigender Anteil von Ausländern bzw. häufig niedrig qualifizierten Zuwanderern aus dem Ausland mit wirtschaftlichen Wachstumsprozessen einhergeht. Gleichzeitig ist die Stadt auch für potenzielle Zuwanderer aus dem Inland weiterhin attraktiv, wie die Wanderungsüberschüsse bei den jungen Erwachsenen belegen. Hintergrund dieser Entwicklung ist ein offensiver Umgang mit ethnischer und kultureller Vielfalt und das Hervorheben der hieraus resultierenden urbanen Qualitäten, flankiert von Politiken und Maßnahmen, die desintegrativen Tendenzen, insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, entgegenwirken. Das Beispiel Amsterdam deutet darauf hin, dass wachsende Zuwandererzahlen bzw. -anteile, wie sie mittelfristig auch für Hamburg wieder zu erwarten sind, durchaus mit Wachstumsprozessen auf dem Arbeitsmarkt kompatibel sind.

3.7. Weitere europäische Beispiele von herausragender Bedeutung

3.7.1. Politikfeld Wohnen und Gewerbe: Zürich

Zwar ist Zürich von der Größe als auch von der wirtschaftlichen Struktur her nicht mit Hamburg vergleichbar; interessant für Hamburg ist jedoch der Prozess der Aufwertung eines Areals, das durch Deindustrialisierung dem Niedergang ausgesetzt war. Zürich West ist ein Beispiel dafür, wie alte Industriegebiete, die ihre Nutzung verlieren, sich aufgrund ihrer baulichen und preislichen Struktur zum attraktiven Standort eines kreativen Milieus entwickeln können. Am Standort Zürich West ist aus einer vormals überwiegend industriell genutzten Fläche ein vielfältiges, nutzungsgemischtes Viertel entstanden, in dem Bewohner und Unternehmen zugezogen sind und Arbeitsplätze geschaffen wurden. Voraussetzung hierfür waren kreative Unternehmen und eine Künstlerszene, die das Viertel aufgewertet haben und Besucher, Arbeitskräfte und Bewohner angezogen haben. Das Beispiel zeigt auch, wie soziale und kulturelle Dynamik in diesem Viertel eine Voraussetzung für die Ansiedlung und Gründung wissensintensiver Unternehmen war und noch ist. Im Unterschied zu Großprojekten wie Öresund oder Kop van Zuid handelt es sich bei Zürich West um ein Gebiet, das ohne umfangreiche lokalstaatliche Planungen entstanden ist. In Zürich West entfaltete sich eine Dynamik, die nicht nur auf von der Stadt initiierte planerische Maßnahmen zurückzuführen ist, sondern vielmehr mit der Eigeninitiative von Nutzern und dem Entstehen einer vielfältigen Kulturlandschaft zusammenhängt. Zürich West ist dadurch von einer allmählichen, graduellen Entwicklung im Bestand geprägt.

Bei Zürich West handelt es sich um ein altes Industrieareal, das sich südwestlich des Hauptbahnhofs zwischen den Gleisanlagen und dem Fluss Limmat befindet. In den 1980er Jahren begann der Niedergang dieses Areals, als Industriebetriebe wie Maag, Sulzer-Escher Wyss und die Seidensieferei Steinfels ihre traditionellen Produktionsstandorte aufgaben. Bis Mitte der 1990er Jahre war Zürich West ein Stadtteil mit vielen Brachflächen und ungenutzten Produktionshallen. Nach städtischen Planungen sollten die Flächen für die Expansion des Finanzsektors frei gehalten werden. Ein Quadratmeter wurde Anfang der 1990er Jahre für 15.000 Franken gehandelt. Im Zuge der Wirtschaftskrise und des Widerstands aus dem

Stadtrat wurden diese Ausbaupläne gestoppt. Mitte der 1990er Jahre pendelte sich der Preis für einen Quadratmeter Bauland bei 1.500 Franken ein (Odermatt 1999).

Dieser konjunkturelle Abschwung auf dem Immobilienmarkt trug zur Entfaltung einer künstlerischen Szene bei, die auf niedrige Mieten angewiesen ist. Denn mit diesem Preisverfall waren Mieten für Ateliers, Galerien und großzügige Wohnungen plötzlich bezahlbar. „Im Schatten der Auseinandersetzungen (zwischen Banken und Stadtrat, S.H.) konnten zu beiden Seiten der mächtigen Schnellstraße nun Galeristen, Künstler und Grafiker einziehen, Schauspieler und Werbeagenturen. Viele von ihnen entstammten der Protestbewegung der achtziger Jahre, hatten gegen Autobahnbau, Wohnungsnot und Kapitalismus demonstriert – und eigneten sich nun den brachliegenden Industrieraum an, um dort ihre Vision von urbaner Freiheit zu realisieren“ (Teuwsen 2002).

Es erfolgte ein „kometenhafter Aufstieg“. Zürich West wurde zum Inbegriff für eine zeitgenössische Kunstszene. In dem Gebiet gab und gibt es ein Nebeneinander von Design- und Kunstszene und angestammten Industrieunternehmen mit technologischen Spitzenprodukten (Entwicklungskonzept Zürich West 6/2000). Industriegebäude werden zu Lofts ausgebaut, wobei die räumliche Dynamik vom Hauptbahnhof aus abnimmt. Je weiter der Standort vom Hauptbahnhof entfernt ist, desto geringer ist die Entwicklungsdynamik und die Preisentwicklung. Aber nach wie vor ist der Druck auf das Viertel hoch, denn sein Ruf lockt vor allem Singles und kinderlose Paare.

Seit ca. Mitte der 1990er Jahre hat sich in diesem Sinne das ehemalige Industriequartier „zu einem vielfältigen gemischten Gebiet mit Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Wohnungen, Läden und Schulen gewandelt. Die mögliche Entwicklung für 2010 zeigt fast eine Verdopplung der Arbeitsplätze sowie die dreifache Einwohnerzahl.“ (Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich 2001: 3). Allmählich siedelten sich auch große offizielle Kultur-Einrichtungen dort an: Migros-Museum, Kunsthalle, fünf Galerien, Schauspielhaus Dependance „Schiffbau“. Inzwischen hat ATAG Ernst & Young seinen Sitz in Zürich West und im ehemaligen Versuchslabor der Gießerei Sulzer-Escher Wyss werden Late-Night-Talkshows produziert.

Mit dem Aufstieg widmete sich auch die Lokalpolitik diesem Viertel. Es gibt Pläne, dass dort bis zu 20.000 Arbeitsplätze entstehen und 4.000 neue Bewohner einziehen sollen. Im Jahr 2000 hatte das Gebiet 2.050 Einwohner und 18.000 Arbeitsplätze. Gemäß den zu dieser Zeit bekannten Nutzungs- und Änderungsabsichten wird bis 2010 ein Zuwachs auf 6.150 Einwohner und 33.000 Arbeitsplätze erwartet (vgl. Abb. 29).

Diese Entwicklung soll durch ein Stadtforum befördert werden, in dem von 1996 bis 1997 Vertreter verschiedenster städtischer und privater Gruppen über die Zukunft des Gebietes berieten. Seit 1998 erarbeiten Grundeigentümer zusammen mit der Stadt Zürich die Planungsvorgaben in einem Prozess der kooperativen Planung. Ziel der Planung ist die Unterstützung und der Erhalt der Nutzungsmischung. Dem Entwicklungskonzept Zürich West (Amt für Städtebau 2000) zufolge sind die maßgeblichen Akteure Behörden, Grundeigentümer, ExpertInnen und Planungsteams.

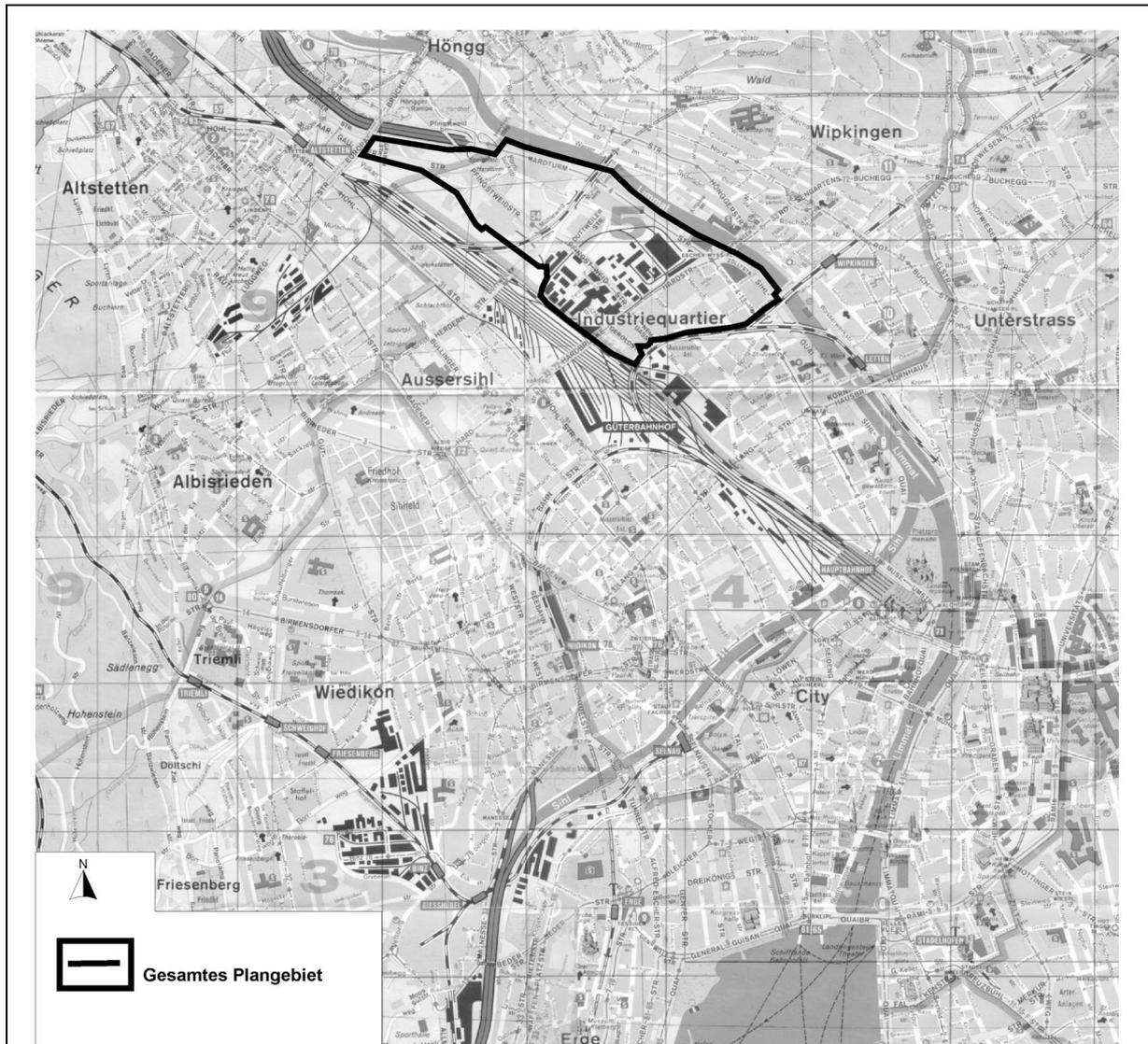


Abb. 29: Gesamtübersicht Zürich West

Quelle: Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich 2001: 3.

Die ungebrochene Dynamik zeigt aber auch Anzeichen der Umkehrung. Denn während es Ende der 1990er Jahre noch attraktive Wohnungen für jährlich 150 Franken pro Quadratmeter gab, so ist heute für weniger als 250 Franken kein neuer Wohnraum mehr zu bekommen. Bei Büroflächen reicht der Preis inzwischen bis 400 Franken. Zunehmend müssen Künstler, die in Zürich West einstmal günstigen Arbeitsraum gefunden hatten, das Viertel verlassen (Teuwsen 2002). „Man habe noch nicht begriffen, dass gerade die Mixtur aus arrierter Gesellschaft und experimenteller Subkultur Zürichs Westen urban mache, dass die Anarchokneipe neben der hochpreisigen Kunstgalerie leben müsse“ (Teuwsen 2002). Für die Züricher Stadtregierung handelt es sich bei dieser selektiven Abwanderung nicht um eine problematische Entwicklung, da die neuen Zuzügler überproportional gute Steuerzahler sind. Nach Birgit Wehrli-Schinder, der Direktorin für Stadtentwicklung, muss nicht überall Wohnraum für Familien mit Kindern geschaffen werden (Teuwsen 2002).

Mit Blick auf das Beispiel Zürich West liegen in dem Niedergang industriell genutzter Gebiete auch Potenziale für eine dynamische Entwicklung aufgrund niedriger Mieten bzw. Bodenpreise und dem Vorhandensein attraktiver, großer Wohnungen und Ateliers in alten Indu-

strietagen. Der Zuzug von Künstlern und kreativ Tätigen kann eine infrastrukturelle und atmosphärische Aufwertung des Viertels bewirken, was wiederum wissensintensive und kreative Unternehmen zum Zuzug bewegen kann. Es zeigt sich, dass eine kleinteilige, graduelle Entwicklung im Bestand gute Voraussetzungen für nutzerangepasste Angebote bietet. Jedoch ergeben sich mit der Dynamik auch Probleme beim Erhalt der nutzungsgemischten Struktur, denn durch steigende Bodenpreise kann sich ein Druck zugunsten finanzkräftiger, ertragreicher Nutzungen ergeben, wodurch die kulturelle Vielfaltigkeit und damit die ursprüngliche Dynamik bedroht sein kann.

3.7.2. *Stadtentwicklung durch Großprojekte: Kop van Zuid-Rotterdam*

Die Restrukturierung von „Kop van Zuid“ ist ein städtebauliches Projekt in Rotterdam, im Rahmen dessen eine alte Hafensfläche in ein neues Stadtviertel mit Nutzungsmischung umgewandelt wird. Das Gebiet von Kop van Zuid hat eine Größe von 125 ha und liegt südlich der Rotterdamer Innenstadt, am südlichen Ufer des Flusses Nieuwe Maas. Bei der Fläche handelt es sich um einen alten Arbeiterstadtteil, der stark von der Hafenwirtschaft geprägt ist (Miedema et al., 2002). Das Areal bildet keine administrative Einheit, sondern unterliegt der Zuständigkeit von zwei Stadtbezirken: Zentral-Rotterdam und Feijenoord. Kop van Zuid wird im Norden durch den Fluss begrenzt, im Osten, Süden und Westen grenzt es an die Feijenoord-Distrikte Hillesluis, Katendrecht, Afrikaanderwijk, Feijenoord und Noordereiland (vgl. Abb. 30).

Obwohl Kop van Zuid in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt liegt, war das Gelände über lange Zeit durch den Fluss von der Stadt im Norden abgeschnitten. Erst mit dem Bau der Erasmusbrücke wurde eine direkte Verbindung zwischen der Konversionsfläche und dem Stadtzentrum hergestellt. Der Fluss teilt die Stadt seit jeher in den sozial und wirtschaftlich stärkeren Norden und den schwächeren Süden. Der südliche Bezirk Feijenoord zählt etwa 70.000 Einwohner (1994) und weist einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil auf, in Teilbereichen des Bezirks bis zu 80% (Miedema et al., 2002).

Die Planung und Entwicklung Kop van Zuid ist im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung Rotterdams und seiner Bevölkerungsentwicklung zu sehen. Daher wird im Folgenden ein Überblick über den gesamtstädtischen Kontext gegeben, um Problemdruck und Zielsetzungen besser zu verdeutlichen.

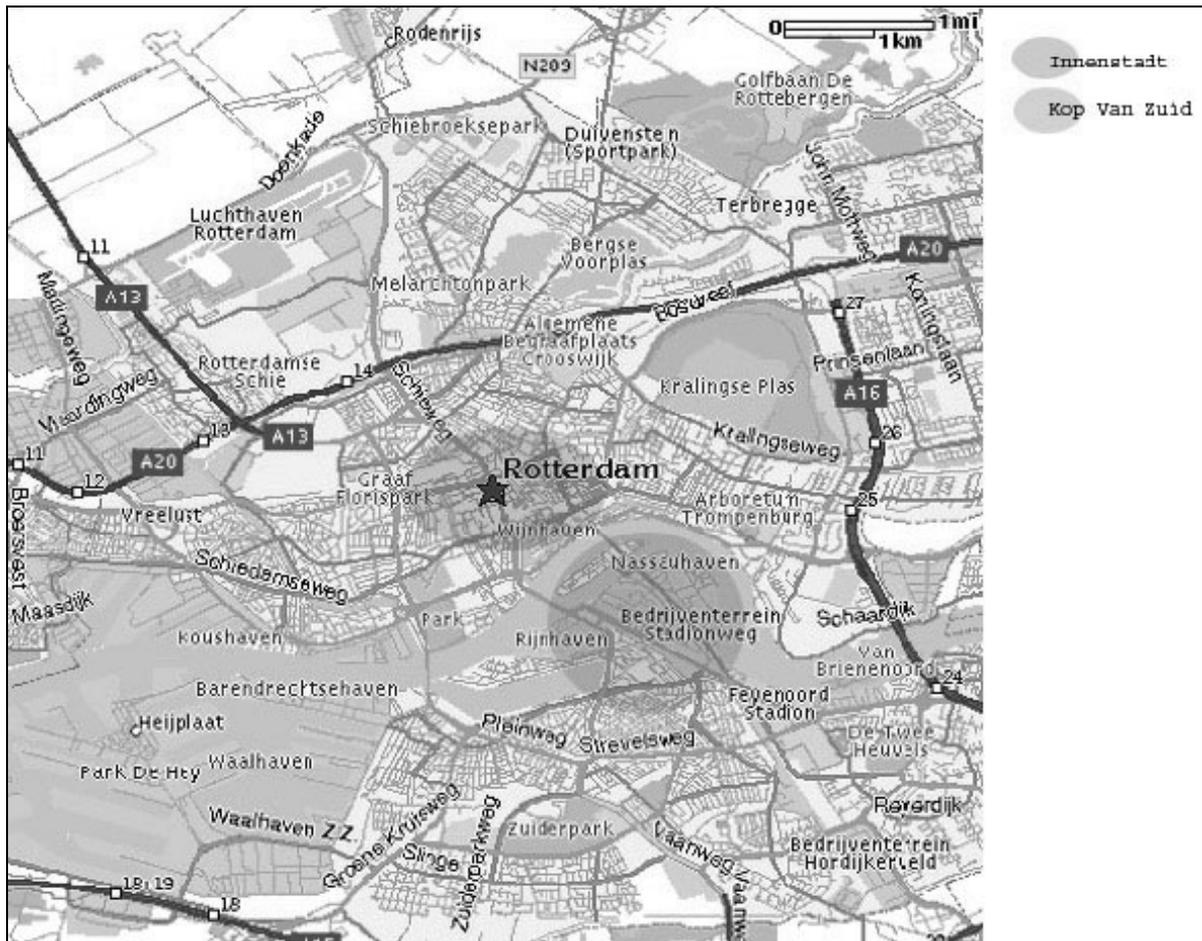


Abb. 30: Übersicht Rotterdam

Hintergrund der Entwicklung / gesamtstädtischer Kontext

Rotterdam ist mit 650.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt in Holland. Als Standort des größten Seehafens Europas war die Stadt traditionell vom Handel abhängig und gilt als das „Tor zu Europa“, besonders für die Rheinschiene. Die Hafenwirtschaft war bis in die 1970er Jahre das Fundament und die wirtschaftliche Stütze der Stadt. Durch die weltweiten ökonomischen Krisen in den 1970er und 1980er Jahren wurde die Stadt stark beeinflusst. Mit dem Niedergang der hafenbezogenen Industrien, der Abwanderung von Hafenbetrieben aus der Stadt zu kostengünstigeren Standorten in Richtung Meer und gesamtwirtschaftlichen Krisen stieg die Arbeitslosigkeit an (Miedema et al. 2002). Der Mangel an Arbeitsplätzen ausserhalb der Hafenindustrie und das ungünstige Image Rotterdams als Industriestandort mit niedriger Wohn- und Lebensqualität führte zu einer Abwanderung sozial besser gestellter Bevölkerungsschichten ins Umland oder in andere Städte.

Aufgrund der wirtschaftlichen „Abwärtsspirale“, die aus Arbeitslosigkeit und Abwanderung resultierte, wurde 1986 das „Urban development program“ ins Leben gerufen, welches eine Erweiterung der ökonomischen Basis der Stadt zum Ziel hatte (van den Bout/Pasveer, 1994). Aus diesem Programm heraus entstand der „Renewal of Rotterdam“-Plan und eine Kampagne für ein neues Stadtimage: „The new Rotterdam“. Im Rahmen dieser Kampagne sollte Rotterdam ein neues Image als „service industry oriented location“ erhalten und touristisch interessanter werden. Die Innenstadt wurde in verschiedene Teilbereiche unterteilt und attraktiver gestaltet. Neue Konzepte zur Funktionsmischung in der City sollten die In-

nenstadt beleben und die Konzentration von Dienstleistungsunternehmen fördern (van den Bout/ Pasveer 1994). Damit wurde auch der Bedarf an zentral gelegenen Flächen für hochwertigen Wohn- und Büroraum geweckt. Im Kontext dieser Entwicklung ist der aktuelle Ablauf des Kop van Zuid Projektes zu verstehen.

Das Projekt „Kop van Zuid“

Die Pläne für die laufende Restrukturierung des Areals Kop van Zuid sind nicht der erste Versuch, die brachliegenden Hafенflächen zu nutzen. Erste Pläne, das Areal von Kop van Zuid zu restrukturieren, entstanden bereits 1978. Sie führten bis auf vereinzelte Projekte des sozialen Wohnungsbaus jedoch zu keiner neuen Bebauung in dem Gebiet. Die ersten Umbaupläne scheiterten auch an Konflikten zwischen den Behörden und privaten Hafengesellschaften, da eine Einigung über die Nutzung des Areals nicht erreicht werden konnte. Zwischenzeitlich wurden Teile der Fläche des Kop van Zuid von der Holländischen Bahn als Rangierfläche verwendet.

Mit dem Projekt „Renewal of Rotterdam“ begann 1986 die Konzentration auf das Rotterdamer Zentrum und die Suche nach neuen Flächen für Wohnen und Arbeiten in zentraler Lage. Die als unattraktiver Industriestandort bekannte Stadt sollte ein neues Image als Dienstleistungsstandort erhalten. Gleichzeitig sollte Rotterdam touristisch interessanter werden. Die Kreation eines neuen Stadtbildes war das Ziel der „New Rotterdam“ Kampagne.

Mit der Präsentation des Masterplans von Koolhaas 1987 erhielt das neue Kop van Zuid zum ersten Mal ein Gesicht. Nach mehrmaliger Abwandlung und Änderung der Pläne wurde ein Bebauungs- und Nutzungskonzept für Kop Van Zuid erarbeitet, das bis 2010 vollständig realisiert werden soll. Ein überarbeiteter Flächennutzungsplan auf der Grundlage der Koolhaas-Entwürfe wurde 1991 von der Stadt, 1993 von der Provinzverwaltung und 1994 schließlich kaum geändert von der Krone gebilligt (Miedema et al. 2002).

Tab. 21: Geplante Flächennutzung in Kop Van Zuid (Rotterdam)

Wohneinheiten	5300
Büroraum	400.000 m ²
Geschäfts- / Arbeitsfläche	35.000 m ²
Ausbildungseinrichtungen	30.000 m ²
Freizeit, Erholung und Anderes	30.000 m ²

Quelle: Kop van Zuid Communications Team 1996: 3

Neben der Neubebauung des Areals bilden infrastrukturelle Veränderungen einen Kernpunkt des Kop van Zuid-Konzepts. Um den Anschluss an die City und die Erreichbarkeit des neuen Stadtteils zu verbessern und den Fluss als trennenden Faktor zu überwinden, wurden mehrere Projekte zur verkehrlichen Erschließung geplant. Die Erasmusbrücke stellt das Aushängeschild vom Kop van Zuid dar und avanciert gleichzeitig zum Markenzeichen Rotterdams. Eine neue Metrostation auf dem Wilhelminapier sorgt für einen verbesserten Anschluss an den ÖPNV, und verschiedene Bootsverbindungen zwischen Nord- und Südufer sollen zur neuen Einheit zwischen City und Südstadt beitragen. (vgl. van den Bout/Pasveer, 1994) Die Finanzierung des gesamten Projektes (erwartete Kosten in Höhe von ca. 1,8 Mrd. €) wird in Form eines PPP sowohl von städtischen und staatlichen Institutionen als auch von privaten Investoren erbracht.

Ziele

Die Restrukturierung der Fläche von Kop van Zuid ist in verschiedener Hinsicht für die Stadt von Bedeutung. Als Ziele der Planung wurden folgende Punkte herausgestellt:

- Schaffung eines ungeteilten Stadtkerns auf beiden Ufern des Flusses mit dem Fluss als lebendiger Achse;
- Stimulierung der Wirtschaft und Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den umliegenden Vierteln in Rotterdam Süd;
- Schaffung einer multifunktionalen Umgebung für Wohnen, Büros, Läden und Freizeitgestaltung;
- Stimulation des Tourismus (im Rahmen des Inner City Plans und des Active Plan Tourism);
- Kreierung eines interessanten Images für Investoren und Bewohner (service industry oriented location);

Social Return Programm

Die Erzeugung von spill-over Effekten und die daraus resultierende Förderung der um Kop van Zuid liegenden Viertel wird als eines der wichtigsten Ziele der Restrukturierung beschrieben. Tatsächlich stehen Image und Architektur des neuen Viertels in scharfem Kontrast zu den umliegenden Vierteln, die zu den ärmsten Bezirken in Rotterdam und Holland gehören. In Kop van Zuid soll Exklusivität erzeugt werden und hochwertige Architektur Wirtschaft und Privatleute gleichermaßen anziehen. Um den Bruch mit den südlich anliegenden Vierteln abzuschwächen, wurde das „Social Return“-Programm entwickelt. Hierbei handelt es sich um beschäftigungsfördernde Maßnahmen, die insbesondere den Bewohnern der angrenzenden Viertel zu Gute kommen sollen. Das Programm sieht vor, Langzeitarbeitslose durch Umschulungsmaßnahmen auszubilden und für den neuen Arbeitsmarkt insbesondere im neu entstehenden Kop van Zuid vorzubereiten. Im Rahmen des Programms wurde ein Entwicklungs- und Informationszentrum zur Restrukturierung von Kop van Zuid eingerichtet, in dem Langzeitarbeitslose Arbeit gefunden haben. Weiterhin wurden zwei „spin-off“-Zentren eingerichtet, die der beruflichen Weiterbildung dienen, und Langzeitarbeitslose auf den Arbeitsmarkt vorbereiten sollen.

Obwohl die Umschulungsangebote von vielen Arbeitslosen wahrgenommen wurden, ist der Erfolg des Programms fraglich. Zwar wurden im Rahmen der Baumaßnahmen in Kop van Zuid neue Arbeitsplätze geschaffen, die beteiligten Firmen und Bauunternehmer setzten dabei jedoch auf „traditionell“ ausgebildete Arbeitskräfte und stellten nur eine geringe Anzahl Umgeschulter ein.

Arbeiten

Eine Besonderheit Kop van Zuids stellt die hohe Dichte an administrativen Funktionen im Norden des neuen Gebietes dar. Die Stadt verlagerte und plant die Verlagerung von Behörden und Verwaltungsstellen, um privaten Investoren und Firmen einen Anreiz zu bieten, ebenfalls Kop van Zuid als neuen Standort zu wählen. Zusätzlich wurden hohe Zuschüsse und Subventionen ausgezahlt, um einen großen holländischen Kommunikationsdienstleister und ein großes Kaufhaus in das neue Viertel zu bekommen. Während die geplante Wohnfläche bereits jetzt komplett verkauft ist, zögern Unternehmen offensichtlich, nach Kop Van

Zuid zu ziehen. Daher werden Pionierunternehmen mit der Übernahme von Umzugskosten und attraktiven Büroangeboten angezogen.

Genauere Zahlen in Bezug auf die zu erwartende Gewerbestruktur im Viertel sind noch nicht verfügbar, da die baulichen Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind und noch nicht aller Büro- und Geschäftsraum verkauft oder vermietet wurde. Insofern ist es auch kaum möglich, fundierte Aussagen über die Beschäftigungsentwicklung zu treffen. Allerdings handelt es sich bei der öffentlichen Administration und bei den Firmen, die sich bis jetzt für Kop van Zuid als Standort entschieden haben, um eine Beschäftigungsverlagerung, die anderen Stadtvierteln abgezogen wird und keine zusätzliche Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein gewerbliches Nutzungskonzept, etwa eine Spezialisierung auf bestimmte höherwertige Dienstleistungen, ist nicht erkennbar. Dies ist vermutlich durch die starke Zurückhaltung von Firmen in Bezug auf Kop van Zuid zu erklären. Hohe Subventionen und die Verlagerung von Teilen der Verwaltung aus dem Zentrum nach Kop van Zuid sprechen für die Bemühung und die Schwierigkeiten, Unternehmen in das restrukturierte Viertel zu bringen.

Wohnen

Die ursprüngliche Planung sah 50% Sozialwohnungen im Viertel vor, wobei der Terminus „Sozialwohnung“ als „von unteren Einkommensklassen bezahlbarer Wohnraum“ definiert wurde. Durch Druck von Investoren, die gegen eine starke Bevölkerungsmischung im Viertel waren, wurde der Anteil dieser Wohnungen auf 30% gesenkt. Innerhalb dieser 30% sind jedoch kaum Wohnungen zu finden, die tatsächlich von einkommensschwachen Bewohnern gemietet werden könnten. Zu dieser Aufweichung der ursprünglichen Pläne haben die Investoren und der Wunsch nach einem Prestigestadtteil und die Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften gleichermaßen beigetragen.

Bewertung

Ein weitgehendes Scheitern des Social Return Programmes bis zum heutigen Zeitpunkt spricht für eine Verlagerung der „sozialen Grenze“ nach Süden. Erhoffte spillover-Effekte sind noch nicht eingetreten, teilweise werden die angrenzenden Viertel sogar wirtschaftlich unter Kop van Zuid leiden, da Kaufkraft aus den Gebieten abgezogen wird. Eine Angleichung Kop van Zuids an die südlich angrenzenden Viertel ist so nicht zu erwarten. Das Zentrum der Stadt wurde lediglich nach Süden erweitert.

Diese Entwicklung kann allerdings erst zufriedenstellend bewertet werden, wenn der Umbau des Viertels abgeschlossen ist, und Aussagen über die Generierung von einfachen Dienstleistungstätigkeiten getroffen werden können. Diese könnten durchaus Effekte auf die Arbeitslosigkeit der südlichen Viertel haben, da die Qualifizierung hier keinen Hinderungsgrund mehr darstellen würde.

Andere Ziele werden mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht werden. So ist schon heute von einem neuen Image der Stadt Rotterdam zu sprechen, und die Umgestaltung des Wilhelminapiers im Norden von Kop van Zuid genießt schon internationale Bekanntheit. Durch die erheblichen Massnahmen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur konnte das Viertel an die Innenstadt angeschlossen werden und ist gleichzeitig an die wichtigste Nord-Süd Verkehrsachse Rotterdams angeschlossen, die das Zentrum mit der nördlichen Peripherie verbindet.

4. Ziele und Empfehlungen für ein Konzept „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“

Das folgende Kapitel 4 ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil beschäftigen wir uns mit den Anforderungen, die sich durch Bevölkerungswachstum an die Wohnungsbaupolitik ergeben. Insbesondere geben wir Empfehlungen, wie die spezifischen Potentiale einer Großstadt in einer auf Bevölkerungswachstum ausgerichteten Wohnungsbaupolitik in Wert gesetzt werden können. Im zweiten Teil werden Empfehlungen hinsichtlich der Ziele und Ansätze einer regionalen Wirtschaftspolitik für Hamburg gegeben. Im dritten Abschnitt erfolgt eine Reflektion des Leitbildes „Nutzungsmischung“ für innerstädtisches Flächenmanagement mit anschließenden Empfehlungen. Im letzten Abschnitt wird auf die Bedeutung einer Leitbildentwicklung (Visionen) und von Steuerungsformen (Governance) für das Konzept der „Wachsenden Stadt“ eingegangen.

4.1. Wohnungsbaupolitik für die „wachsende Stadt“

Eine erfolgreiche Strategie zur Umsetzung des Leitbilds „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ erfordert eine aktive Wohnungsbaupolitik. Ziel muss es sein, das Wohnungsangebot für eine wachsende und – vor allem – zunehmend diversifizierte Bevölkerung in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu verbessern. Wir unterscheiden konzeptionell verschiedene Bevölkerungsgruppen, die sich aus den Motivationen zur Zu- bzw. Abwanderung ergeben – (potentielle) Suburbanisierer, Starter, Reurbanisierer, transnationale Eliten, Migranten – und unterschiedliche Ansprüche an Wohnung und Wohnumfeld, die sich aus den jeweiligen ökonomischen Potentialen (Einkommen) und soziokulturellen Orientierungen (Lebensstil) ergeben. Diese verschiedenen Charakteristika der Nachfrager nach Wohnraum vermitteln einen Eindruck der vielfältigen Wohnwünsche, die im Rahmen einer Wohnungsbaupolitik in einer wachsenden Stadt Hamburg berücksichtigt werden müssen.

Zentral für eine auf Wachstumsprozesse ausgerichtete Wohnungsbaupolitik, für die die Vergleichsstadt Wien ein positives Beispiel darstellt, ist die Reaktionsfähigkeit auf Veränderungen dieser vielfältigen Wohnwünsche, und zwar zum einen auf der Ebene eines Haushalts im Zeitverlauf und zum anderen als Teil des gesellschaftlichen Wandels. Wünschenswert wäre eine „präventive“ Wohnungsbaupolitik, die sich in Bezug auf Architektur, Gestaltung des Wohnumfeldes und infrastruktureller Ausstattung an den Ausdifferenzierungen der Haushaltsformen und Lebensstile orientiert. Ihre zentrale Aufgabe bestände in der Aufnahme und Umsetzung einer stärkeren urbanen Orientierung bei der Wohnstandortwahl als Folge der bestehenden und neuen Wertschätzung von urbanen Strukturen und Milieus.

Die Veränderung von Wohnwünschen stellt daher einen wichtigen Ansatzpunkt für die Wohnungsbaupolitik im Kontext des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ dar. Außer in Quantitäten zu denken und über geeignete Flächen zu diskutieren, ist es außerdem wichtig, das Wohnungsangebot vielfältiger und flexibler zu gestalten und dabei städtebauliche, ökologische und soziale Zielsetzungen zu integrieren. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil private Investoren sich beim Wohnungsneubau zu häufig an bestimmten Stan-

dardhaushaltstypen bzw. -zielgruppen und ihnen zugeschriebenen Wohnwünschen orientieren (vereinfacht: Haushalte mit Kindern - suburbanes Wohnen am Stadtrand, einkommensstarke Singles und Paare - urbanes Wohnen in der inneren Stadt, häufig zu zwar unerwünschten, aber akzeptierten hohen Preisen).

In dieser Situation besteht eine wichtige Aufgabe der städtischen Wohnungsbaupolitik darin, die Rahmenbedingungen für eine größere Vielfalt und Flexibilität von Wohnformen und -situationen zu schaffen und damit die Stadt sowohl für Zuwanderer als auch für (potentielle) Suburbanisierer attraktiv(er) zu machen. Insbesondere innerhalb des dicht bebauten Stadtgebiets ist es wichtig, preisgünstigen Wohnraum und geeignete Wohnumfeldbedingungen für verschiedene urban orientierte Haushaltstypen, u.a. auch solche mit Kindern, zu fördern. Parallel dazu ist der eher suburbane Wohnungsbau am Stadtrand so zu gestalten, dass eine gute Anbindung an das Stadtzentrum und die oberzentrale Infrastruktur sowie ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Flächen gewährleistet ist.

In Wien, welches im Bereich der Wohnungsbaupolitik den hier skizzierten Vorstellungen besonders nahe kommt, ist es gelungen ist, durch Ausnutzen der städtischen Steuerungs- (und Finanz-) Potentiale die Wohnraumversorgung in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu verbessern sowie außerdem eine Überhitzung des Wohnungsmarktes wie in München zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen und des Beispiels Wien hierzu folgende Empfehlungen:

- Im Hinblick auf ökologische Zielsetzungen (Leitbild „kompakte Stadt“) sollte der Innenentwicklung Vorrang eingeräumt werden, d.h. geeignete Gebäude und Flächen innerhalb der dicht bebauten Stadt bzw. zumindest am Rand der bebauten Stadt und entlang von Verkehrs- und Siedlungsachsen sind bevorzugt für die Schaffung von Wohnmöglichkeiten zu nutzen.
- Neben dem Wohnungsneubau sind Investitionen in den Wohnungsbestand wichtig, die diesen – in Zusammenhang mit wohnumfeldverbessernden Maßnahmen (s.o.) – durch Modernisierung und neue Grundrisszuschnitte attraktiver machen bzw. (insbesondere in Gebieten mit Bevölkerungsrückgang) für neue Zielgruppen erschließen. Ein zwar nicht unproblematisches, aber interessantes Potential für urbane und preisgünstige Wohnstandorte bieten in diesem Zusammenhang jene Quartiere der 1920er und 1950er Jahre dar, die durch eine relativ innenstadtnahe Lage und anstehende Umbruchprozesse in der Bewohnerschaft charakterisiert sind.
- Sowohl im Neubau als auch bei Maßnahmen im Bestand sind qualitativ hochwertige Lösungen zu bevorzugen. Neben der Qualität der Wohnungen ist auch die des Umfelds mitzuplanen bzw. zu gestalten (Anbindung an den ÖPNV, Versorgungs- und soziale Infrastruktur, Grün- und Freiflächen sowie evt. Förderung der kleinräumigen Nutzungsmischung). Dies ist insbesondere wichtig, wenn es darum geht, innerstädtischen Wohnraum für Haushalte mit Kindern zu entwickeln.
- Die Wohnungsbaupolitik und der Einsatz von Fördermitteln sollten genutzt werden, um sozial unausgewogene Bevölkerungsstrukturen zu vermeiden und dort, wo dies sinnvoll ist, Nutzungsmischung zu befördern (siehe unten Abschnitt zu „Nutzungsmischung“). Dabei ist die Integration von niedrig qualifizierten Zuwanderern als ein wichtiger Aspekt zu berücksichtigen.
- Mit der beispielhaften Förderung innovativer Projekte, die auf neue und vom Mainstream abweichende Trends reagieren, sollten neue Wohnformen erprobt werden und damit Anregungen und Beispiele für zukünftige Entwicklungen gegeben werden.

Angesichts der beschränkten Mittel ist klar, dass die Stadt vor allem durch die Schaffung planungsrechtlicher Bedingungen sowie punktuelle finanzielle Förderung tätig werden kann. Besonders wichtig ist daher – und dies wird auch durch das Wiener Beispiel unterstützt – die Integration mit Maßnahmen anderer Politikbereiche (Verkehr, Soziales, Grün- und Freiflächen). Des Weiteren sollte der Bereich Wohnen eine zentrale Rolle bei der Formulierung von städtischen Visionen und Leitbildern sowie ihrer Veranschaulichung im Rahmen von innovativen Klein- und Großprojekten spielen, um Hamburgs Vorzüge als Wohnstandort sowohl inner- als auch außerhalb der Stadt besser zu kommunizieren. Dabei sind jene Akteure, die an der Umsetzung einer Wohnungsbaupolitik für eine wachsende Stadt maßgeblich beteiligt sind, nämlich Wohnungsgesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, private Investoren u.a., einzubeziehen.

4.2. Wirtschaftspolitik für die „wachsende Stadt“

Das zweite wichtige Politikfeld für eine „wachsende Stadt“ neben der Wohnungsbaupolitik ist die regionale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. In zugespitzter Form muss die regionale Wirtschaftspolitik sich an drei Zielen messen lassen. Zunächst ist sie bestandsorientiert in dem Sinne, dass der unternehmerische Bestand und die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und gefördert werden. Damit zielt sie auf das Primärpotential ab, dass – folgt man Theorien der Pfadabhängigkeit der Regionalwirtschaft – gleichzeitig auch der interne strukturierende Faktor des laufenden Strukturwandels ist.

Weiterhin sollte regionale Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet sein, zur kontinuierlichen Erneuerung der Qualifikationen beizutragen, um einen hochwertigen Arbeitsmarkt zu erzeugen und zu sichern sowie neue unternehmerische Initiativen zu befördern. Angesichts des turbulenten technologischen, organisatorischen und räumlichen Wandels der Weltwirtschaft ist dieses Ziel verbunden mit dem Schumpeterschen Moment der „kreativen Zerstörung“ und dient der kontinuierlichen Innovation sowie der pro-aktiven Aufnahme externer strukturierender Faktoren.

Schließlich ist regionale Wirtschaftspolitik Beschäftigungspolitik in dem Sinne, möglichst zahlreiche Arbeitsplätze entstehen zu lassen, um allen Stadtbewohnern eine Teilhabe an Erwerbsmöglichkeiten zu ermöglichen. Angesichts der Vervielfältigung der Erwerbsbiographien, der Erosion sogenannter Normalarbeitsverhältnisse und der raschen Entwertung zuvor arbeitsmarktgängiger Qualifikationen geht es bei der Beschäftigungspolitik vorrangig darum, Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Vor dem Hintergrund europäischer Erfahrungen und der eingangs dargelegten konzeptionellen Überlegungen lassen sich thesehaft folgende Anregungen benennen:

(1) In der Außendarstellung europäischer Metropolregionen werden derzeit ihre besonderen Begabungen als regionale Spezialisierungen in den Vordergrund gerückt. In Wien, München und Kopenhagen/Öresund-Region wird der Bereich der Life Sciences/Biotechnologie in den Vordergrund gerückt, da entsprechende Produkte und Technologien mit hohen Zukunftserwartungen verbunden sind und europaweit ein Gründungsboom in den späten 1990er Jahren zu verfolgen war. Derartige Hervorhebungen bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten werden mit Clusterkonzepten verbunden, die den konzeptionellen Rahmen für regionale Tech-

nologiepolitik, etwas seltener auch für Spezialisierungen im Handels- und Dienstleistungsbereich abgeben. Der Clusteransatz suggeriert, dass Schwerpunktsetzungen und eine Bündelung von Ressourcen und Akteuren die Wettbewerbsfähigkeit der Standortgemeinschaft erhöht.

Aus einer ex-ante-Perspektive setzen erfolgreiche Clusteransätze zum einen erhebliche Investitionen und bedeutende Potentiale im jeweiligen Spezialisierungsfeld voraus und zum anderen dauerhaft angelegte und hohe Organisationskapazitäten mit effektiven und vertrauensbildenden Managementfähigkeiten. In der Regel sind staatliche Investitionen und Förderungen Vorbedingung gewesen, außerdem werden die durch die Organisationsaufgaben entstehenden hohen Transaktionskosten dauerhaft von der öffentlichen Hand übernommen. Jedoch ist das Clustermanagement in der Regel durch Governance-Formen geprägt, durch die besonders private Akteure eingebunden werden.

Erfolgreiche Clusteransätze im europäischen Kontext haben wir am Beispiel Oberbayerns mit München als Zentrum dargestellt. Die Konzentration auf IT und – zeitversetzt – auf Biotechnologie und Medien zeigt nachhaltige Erfolge sowohl in Hinblick auf wirtschaftlich verwertbare Kommerzialisierung als auch auf administrative Kompetenz und Effizienz. Als eine wesentliche Erfolgsbedingung verweist dieses Beispiel besonders auf die spezifische Akteurskonstellation, die sich in der Regel um einige herausragende Personen herum ausbildet. Derartige „Köpfe“ sind nicht in jedem Innovationsfeld und in jeder Region zu haben.

Die übrigen Beispiele sind angesichts der eingesetzten Ressourcen nicht wirklich überzeugend. Die mit hohem Aufwand installierten Life Science Cluster in Wien und in der Öresund Region haben bisher noch wenig Ausstrahlungskraft. Bei aller wegen der unzureichenden empirischen Grundlage dieser Untersuchung gebotenen Vorsicht halten wir dieses aber eher für die Normalität, den bayerischen Fall für die Ausnahme eines „geplanten Zufalls“.

Es besteht derzeit sicherlich eine Tendenz zur Überbewertung der Erfolgsaussichten von Clusteransätzen. Gleichzeitig ist es aber wenig empfehlenswert, sich wieder auf konventionelle Formen regionaler Wirtschaftspolitik – Primat der Förderung der unternehmensorientierten Infrastruktur – zurückzuziehen. Wenn Clusteransätze verfolgt werden, dann ist es von zentraler Bedeutung, die jeweiligen Zielsetzungen zu spezifizieren und zu benennen, was durch Clustermanagement konkret erreicht werden soll. Dazu folgende Beispielskizzen:

- Clustermanagement im Kontext eines Systemführers (z.B. München – Siemens) sollte primär darauf abzielen, die regionale Zulieferkapazität zu steigern. Quantitativ bedeutet dieses, die regionalen Anteile an der Wertschöpfungskette zu erhöhen. Qualitativ sind die Betriebe im Umfeld des Systemführers ökonomisch und technologisch zu emanzipieren, um weitergehende Netzwerke aufbauen zu können.
- Clustermanagement in einem neuen Technologiefeld (z.B. München – Biotechnologie), das zu einem regionalen Innovationssystem ausgebaut werden soll, sollte primär darauf abzielen, Gründungsaktivitäten in den zukunftsweisenden Technologiefeldern zu initiieren. „Spin-offs“ als unternehmerische Ableger von FuE-Einrichtungen stellen einen entsprechenden Indikator dar.
- Clustermanagement in komplexen und durch hohe Unsicherheiten geprägten Technologiebereichen (z.B. Life Sciences Öresund-Region), kann sich aber auch auf die informelle Vernetzung der beteiligten Akteure beschränken. Dieses ist mit dem Ziel verbunden, sukzessive „entrepreneurship“ zu kreieren, um so weitergehende Aktivitäten vorzubereiten.

Abschließend ist zu beachten, dass Clusteransätze mit zwei problematischen Aspekten behaftet sind. Zum einen scheinen sie gegenwärtig zur Symbolpolitik zu degenerieren. D.h. sie werden verwendet, um ein erfolgreiches Regionalimage kommunizieren zu können, dessen materielle Basis schwach ist. Dadurch können aktivierende Faktoren schnell entwertet werden, das Cluster verliert seine pro-aktive Wirkung. Zum anderen sind Clusteransätze immer mit „lock-in“-Effekten behaftet. Clusterpolitik erzeugt Mitnahmeeffekte, verleitet die beteiligten Akteure dazu, auf Förderungen zu setzen und zu vertrauen und vermindert intersektoralen Wettbewerb. Im ungünstigsten Fall ergeben sich sklerotische Strukturen. Daher ist eine permanente und kritische Evaluation Voraussetzung jeder Clusterinitiative.

(2) In der Debatte über Standortunterschiede zwischen „Global Cities“, „World City Regions“ bzw. global vernetzter Metropolregionen dominieren eindeutig „weiche“ Standortfaktoren. Angesichts zunehmender Angleichung der infrastrukturellen Bedingungen, dem Aufbau eines homogenen rechtlich-institutionellen Rahmens zumindest im OECD-Kontext und besonders vor dem Hintergrund der EU-Integration und Osterweiterung nimmt die relative Bedeutung „harter“ Standortfaktoren ab. Als „weiche“ Standortfaktoren werden eine ganze Reihe von analytisch nur schwer fassbaren Größen diskutiert, die Aspekte der Qualität des regionalen Arbeitsmarktes sowie der regionalen Wissenschafts- und Bildungslandschaft aufnehmen sowie Freizeit- und Kulturpotentiale umfassen. Ausgehend von der Prämisse, dass sich die wissensbasierte Ökonomie in europäischen Metropolregion schnell und tiefgreifend durchsetzen wird, muss zum zentralen Bestandteil eines Konzeptes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ eine Qualifizierungsoffensive für alle tatsächlichen und potentiellen Arbeitsmarktbeteiligten sein. Daher sind grundsätzlich alle Investitionen in Wissenschaft und Bildung derzeit erfolversprechende Zukunftsinvestitionen. Ihre besondere Relevanz für den Wirtschaftsstandort hat dabei eine direkte Seite, die eng mit den Aussagen zu den Clusteransätzen verbunden ist, und eine indirekte Seite.

Die direkte Seite der Investitionen in Wissenschaft und Bildung liegt in der Unterstützung regionaler Spezialisierungsstrategien. Hier ist die universitäre Kooperation innerhalb der Öresund-Region ein anschauliches Beispiel. Einerseits geht es zunächst um die quantitative und qualitative Unterstützung des Angebots an Arbeitskräften, um den Personalbedarf, der von erfolgreichen Clusteransätzen ausgeht, decken zu können. Andererseits können so Aktivitäten zur Differenzierung eines Clusters erzeugt und gefördert werden, um problematische lock-in-Effekte zu reduzieren. Weiterhin lassen sich durch Investitionen in Wissenschaft und Bildung, besonders in noch unstrukturierten Feldern, „seed beds“ für zukünftige regionale Innovationssysteme erzeugen. Die gezielte Erhöhung der Forschungs- und Ausbildungskapazitäten in bestimmten Feldern ist ein probates Mittel, um Clusteransätze vorzubereiten. Aber auch hier sind Erfolgskriterien zu beachten. Nur wenn es beispielsweise im universitären Bereich gelingt, Sonderforschungsbereiche oder ähnliche Forschungsschwerpunkte durch wissenschaftliche Drittmittel einzuwerben, ist eine ausstrahlungsfähige Innovationsstrategie vorstellbar.

Ähnliches gilt für die berufsbezogene Weiterbildung. Von besonderer Bedeutung ist hier die präventive Erfassung von zukünftigen Qualifizierungserfordernissen, die frühzeitig in betriebliche und besonders außerbetriebliche Maßnahmen übergeleitet werden können. Der Erfolg früherer Wirtschaftscluster lag unter anderem darin, dass eine breite Innovationsfähigkeit vorhanden war. Ein Gründungsvater der modernen Ökonomie, Alfred Marshall, beschrieb den Erfolg der Stahlwaren aus Sheffield und Solingen mit dem Bild, dass das Wissen bzw.

die Kenntnisse über die Produkteigenschaften in der Luft lägen und damit der regionalen Bevölkerung, besonders den jüngeren gut zugänglich gewesen sei. Inventionen und erfolgreiche Innovationen entstehen in einem sozialen Milieu, das viele Ebenen und Beteiligte hat. Gerade jetzt sind die Gefahren der Abkopplung großer Kreise der Beschäftigten wegen des raschen Wandels der Qualifikationen groß, wodurch ebenfalls die regional verfügbare und beeinflussbare Basis für Innovationen schmaler wird.

Investitionen in Wissenschaft und Bildung haben auch eine indirekte Seite. Hier lassen sich zunächst nordamerikanische Beispiele heranziehen: Der ehemalige US-amerikanische Arbeitsminister Robert Reich (1993) geht in seiner ökonomischen Gegenwartsanalyse davon aus, die Symbol-Analytiker seien diejenige Beschäftigungsgruppe, die die nationale und regionale Wettbewerbsfähigkeit zukünftig bestimme. Sie geben der modernen, abstrakten Ökonomie Sinn, indem sie ihre Wertlogik interpretieren und ihre Entwicklung über neue Ideen und Innovationen stimulieren. In den USA besteht derzeit eine große Diskussion, ob der Erfolg der wachsenden Städte auf Faktoren wie Kreativität und Diversität zurückzuführen sei. In der Tat spricht einiges dafür, dass spezifische Kommerzialisierungserfolge eher entstehen, wenn allgemein ein kreatives, als spannend empfundenes Milieu vorhanden ist. Daher ist ein breiter (eigentlich chaotischer) Ansatz der Wissenschafts- und Bildungsinvestitionen wichtig, der das Moment des „Unerwarteten“ bedient. Entsprechende Initiativen könnten im Bereich der Medienwirtschaft und Werbung, aber auch in kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungsstätten ansetzen.

(3) Wir haben auf der konzeptionellen Ebene auf die maßstabsbezogene Differenzierung der städtischen Wirtschaft hingewiesen. Von großer Bedeutung ist hier der Aspekt, dass die global und europäisch vernetzte Ökonomie mit einer lokalen Ökonomie verbunden ist. Zumeist wird diese Beziehung durch „trickle down“-Effekte konzeptualisiert, die eine einseitige Abhängigkeit der lokalen von überlokalen wirtschaftlichen Prozessen betonen. Regionale Wirtschaftspolitik wird daher besonders in der Stärkung der nach außen gerichteten Beziehungen gesehen. Großprojekte, Olympische Spiele und einzelne Unternehmen geraten in diesem Diskurs zu den alleinigen Bewertungsmaßstäben erfolgreicher Entwicklung der Regionalwirtschaft.

Obwohl die Bedeutung erfolgreicher Projekte nicht eingeschränkt werden soll, halten wir diese Position für reduktionistisch und plädieren für eine Perspektive, die auch die über 1,7 Mio. Einwohner Hamburg als wichtigen und wachsenden Binnenmarkt für das Konzept „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ansieht. Dazu gehören auch die Formen stadtteilbezogener wirtschaftlicher Aktivitäten, die häufig unerkannte Potentiale aufweisen, jedoch einem schleichenden Erosionsprozess unterliegen. Die Bedeutung der kleinteiligen, lokalen Ökonomie ist zwar nicht Gegenstand unserer Betrachtung internationaler Erfahrungen gewesen, dennoch ist ihr Beitrag zur Beschäftigungssicherung und präventiver Arbeitsmarktpolitik kaum zu überschätzen. Die vielen integrativen Aktivitäten, die wir an den Beispielstädten Wien und Amsterdam aufgezeigt haben, verweisen auf den Stellenwert, der derartigen Ansätzen in diesen Vergleichsstädten beigemessen wird.⁶ Besonders für dauerhaft angelegte Wachstumsprozesse sind kleinteilige Ansätze von zentraler Bedeutung. Denn die Basis für „urban entrepreneurship“ liegt in einer diversifizierten Struktur der Klein- und Mittelbetriebe, die eng

⁶ Zur inhaltlichen Ausführung verweisen wir auf Bearbeitungen unserer Arbeitsgruppe für die FHH, die sich mit den Potentialen und Problemen der Stadtteilökonomien in den Stadtteilen Hamburg-Horn und St. Pauli beschäftigen.

mit den Situationen im Stadtteil und in der Kernstadt verbunden sind. Hier liegt ein häufig zu wenig beachtetes Feld aktivierender Wirtschaftspolitik vor, dass unternehmerische Perspektiven mit Stadtentwicklungs- und Beschäftigungszielen verbinden kann.

4.3. Nutzungsmischung als Leitbild für das Flächenmanagement im innerstädtischen Bereich der „wachsenden Stadt“

Demographische und wirtschaftliche Wachstumsprozesse gehen mit einem erhöhten Flächenverbrauch bzw. mit einer intensiveren Flächen(aus)nutzung einher. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Leitbilds der „kompakten Stadt“ ist auf die Vorzüge von nutzungsgemischten Quartieren für eine intensivere Flächennutzung verwiesen worden. Dennoch kann Nutzungsmischung nicht für alle städtischen Teilräume in gleicher Weise ein Leitbild darstellen.

Im Zuge einer Ausdifferenzierung von Wirtschaftstätigkeiten und Flexibilisierung von Arbeitszeiten ist „Nutzungsmischung“ vorrangig ein Leitbild für innerstädtische Bereiche - wie die Beispiele Zürich, Kopenhagen oder Rotterdam zeigen. Suburban orientierte Haushalte können nur innerhalb von Hamburgs Grenzen gehalten werden, wenn ihnen Wohngebiete, die denen des Umlandes ähnlich sind, zur Verfügung stehen. Am Stadtrand Hamburgs ist daher eine funktionsräumliche Trennung von Wohnen und Gewerbe sinnvoll. Dabei müssen aber neue, innovative Konzepte für stadtnahes Wohnen erreicht werden, die besonders den Flächenverbrauch reduzieren und so Hamburgs entscheidende Qualität, als „grüne Metropole“ gelten zu können, nicht gefährden.

Für die inneren Stadtbezirke stellt dagegen eine Funktionsmischung das planerische Leitbild dar. Allerdings weisen nicht alle innerstädtischen Stadtteile Hamburgs nutzungsgemischte, lebendige Stadtteilstrukturen auf, vielmehr laufen in vielen Stadtteilen seit einiger Zeit Entmischungsprozesse ab. Das Konzept „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ muss daher auch Maßnahmen zur Stabilisierung bzw. Unterstützung von Nutzungsmischung in existierenden Stadtteilen beinhalten; hierzu folgende Anregungen:

- Die Impulsfunktion, die von nutzungsgemischten innerstädtischen Bereichen ausgeht, sollte ausgebaut werden, um Entwicklungsdynamik in angrenzenden, stärker entmischten Bereichen anzuschieben. Die Ausweisung und prioritäre Unterstützung städtischer Entwicklungsachsen (z.B. Mitte-Hamm/Horn-Mümmelmannsberg) könnte diese Vorgehensweise unterstützen. Dabei ist insbesondere der Bereich Wohnungen und Wohnumfeld ein wichtiges Handlungsfeld. Bei Neubauten und Investitionen in den Bestand könnten die entsprechenden Standorte durch ihre Nähe zu attraktiven innerstädtischen Lagen und relative Preisgünstigkeit an Attraktivität gewinnen.
- Groß- und kleinflächige Entwicklungsprojekte sollten genutzt werden, um durch Nachverdichtung und Wiederbelebung brachgefallener Flächen die städtische Vielfalt zu erhöhen und Gelegenheitsstrukturen zu verbessern. Insbesondere sollte ein Angebot an unterschiedlichen Wohnungs- und Bauformen geschaffen werden, die eine soziale Vielfalt unterstützen und vielfältige Lebensformen erlauben (Beispiel Zürich West).

Im Rahmen der Erstellung von Konzepten sollten Strukturen und Potentiale auf der Quartiersebene analysiert werden, um eine gute Grundlage für Empfehlungen im Hinblick auf die

Weiterentwicklung und sinnvolle politische Interventionsansätze zu haben. Hierbei sind besonders folgende Fragen zu beachten: Wie ist die bestehende Struktur und welche Veränderungsprozesse finden statt? Bietet sich eher eine Nutzungsmischung oder Nutzungstrennung an? Ist die bestehende Struktur erhaltenswert bzw. ist sie bedroht? Welche spezifischen Maßnahmen zur Erhaltung, Garantie, Ausbau von Nutzungsmischung sind notwendig? Dazu gehört eine Evaluierung des Wohnumfeldes und der Wohnungs- und Bauformen.

Im Hinblick auf den Aspekt der Nutzungsmischung stellen Großprojekte wie die Hafencity eine besondere Herausforderung für die städtische Politik dar. Zum einen sollen Großprojekte Flächen für eine expandierende Stadt erschließen und zum anderen durch ihre besondere städtebauliche Qualität überregionale Ausstrahlungseffekte haben. Vor dem Hintergrund der aktuellen städtebaulichen Debatte stellt sich für Großprojekte in innerstädtischen Bereichen, und hierzu gehört auch die Hafencity, inzwischen weniger die Frage ob, sondern vielmehr wie Nutzungsmischung realisiert werden soll (welche Nutzungen mit welchen Zielgruppen, grob- oder feinkörnige Mischung). Die in diesem Zusammenhang gefällten Entscheidungen sind jedoch nicht nur für die weitere Entwicklung des Quartiers und der angrenzenden Bereiche wichtig, sondern repräsentieren in exemplarischer Weise die in einer Stadt vorherrschenden städtebaulichen Visionen und Leitbilder und sind somit von großer Bedeutung für das überregionale Image.

4.4. Visionen und Governance-Strukturen

Im überregionalen Kontext haben Großprojekte eine Imagefunktion. Sie repräsentieren die Modernität und Aufgeschlossenheit einer Stadt durch den städtebaulichen und planerischen Diskurs. Großprojekte bieten damit die Möglichkeit einer Schärfung des Profils einer Stadt nach Außen und nach Innen. Ein Beispiel hierfür sind die Örestad-Planungen in Kopenhagen. Die Stadt Kopenhagen schärft damit ihr Profil in sozialer (soziale Mischung), ökologischer (Ausbau der ÖPNV-Verbindungen) und wirtschaftlicher Hinsicht (Schwerpunkte in wissens- und technologieintensiven Branchen).

Dies bedeutet, dass das Image einer Stadt innerhalb gewisser Grenzen gestaltet werden kann. Insbesondere Großprojekte fungieren als Symbol für die städtebauliche Aufgeschlossenheit und soziale und wirtschaftliche Innovativität einer Stadt. Sie sind damit ein wichtiger Bestandteil und materielle Grundlage von stadtentwicklungspolitischen Visionen, gleichzeitig beinhaltet aber eine Vision mehr als Großprojekte. Barcelona und Wien sind hierfür gute Beispiele. Die Profilierung als Tourismus- und Kulturhauptstadt ist in Barcelona im Rahmen der Olympischen Spiele befördert und durch Stadtforen kommuniziert worden. Die Olympischen Spiele waren das Symbol und der Träger für eine neue, internationale Orientierung von Barcelona. Aber in der Stadtpolitik waren die Olympischen Spiele allenfalls ein Anfangspunkt, der durch hohe Investitionen in Kunst und kulturelle Events fortgeführt worden ist. Insofern steht Barcelona für den Erfolg einer aktiven internationalen Vermarktung des Standortes. In Wien ist es durch die explizite Formulierung von Visionen der städtischen Entwicklung und städtebaulichen Leitbildern gelungen, eine öffentliche Debatte anzustoßen, die weit über die Stadt hinaus wahrgenommen wurde. Die erfolgreiche mediale Inszenierung strategischer Großprojekte („Leuchttürme“) sowie die Betonung sozialer und ökologischer Ziele in Zusammenhang mit demographischen und wirtschaftlichen Wachstumsprozessen hat Wiens

Reputation als interessante und lebenswerte Stadt gestärkt und um das Element der Dynamik und Modernität ergänzt.

Das Großprojekt Örestad in Kopenhagen ist noch in einer weiteren Hinsicht instruktiv. Das Großprojekt ist zwar in der Stadt Kopenhagen angesiedelt, soll aber zur Imagestärkung der Region Öresund beitragen. Die Schärfung des regionalen Profils als IT- und Biotechnologie-Standort wird insofern auf die Öresundregion als Ganzes bezogen. Dabei schließen sich städtische und regionale Strategien nicht aus, sondern ergänzen sich. Das Leitbild der transnationalen Metropole beinhaltet teilräumliche, sich ergänzende Strategien. Sowohl Lund als auch Kopenhagen verfügen über einen Bestand an entsprechenden Unternehmen, die die Region als Ganzes zum IT- und Biotechnologie-Standort qualifiziert. Während aber in den Städten als Standorte für F&E und Universitäten die Voraussetzung für eine Vernetzung von wissensintensiven Unternehmen gegeben sind, qualifiziert sich das Umland eher als Standort für flächenintensive Produktionen in diesem Bereich. Dabei handelt es sich aber um sich ergänzende Strategien. Das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ sollte ebenso verstanden werden. Zwar liegt ein Schwerpunkt dieses Leitbildes bei der Entwicklung des städtischen Teilraums, aber tatsächlich kann die gesamte Metropolregion profitieren. Die Schärfung des Profils der Stadt Hamburg wirkt sich auf das Image der gesamten Metropolregion aus.

Um derartige Ziele zu erreichen, muss ein proaktives Engagement und die effektive Nutzung der städtischen Steuerungspotenziale vorausgesetzt werden. Die Beispiele anderer Städte zeigen, dass gemeinsame Visionen jedoch nicht alleine von politischen Entscheidungsträgern formuliert werden können. Damit Visionen geteilt und getragen werden, muss eine breite Diskussion von Leitbildern gewährleistet sein. Dies beinhaltet, Leitbildentwicklung als einen dialogorientierten Prozess zu verstehen, der zentrale Akteure der Stadtpolitik einbezieht. Zentrale Akteure sind sowohl gemeinnützige, para-staatliche Akteure und Akteure aus sozialen Bewegungen als auch privatwirtschaftliche Akteure. Alle stellen stakeholders der städtischen Entwicklung dar, ohne deren ideelles und materielles Engagement keine Stadtentwicklung in kohärenter Weise gelingen kann.

Diese dialogorientierten Formen stehen mit einer Veränderung der politisch-planerischen Steuerungsmuster im Zusammenhang. Es ist gegenwärtig ein Bedeutungsverlust parlamentarisch-legitimierter, bürokratischer Handlungsanweisungen „von oben“ („government“, d.h. Formen der formalen, hierarchisch intervenierenden Politikausübung) verbunden mit dem Aufstieg von kooperativen, netzwerkartigen Formen der Politikausübung („governance“), die stark über öffentlich-private Partnerschaften und private Akteure vermittelt werden. Daher sind Akteure und Institutionen, die wichtige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Ressourcen kontrollieren, an der Entwicklung von stadtentwicklungspolitischen Visionen und Planungen zu beteiligen. Da einzelne stakeholder in der Regel partikulare Interessen verfolgen, sind diese von lokalen politischen Entscheidungsträgern abzuwägen, zu bündeln und zielorientiert auszurichten. Dies kann als eine Empfehlung zu einem proaktiven städtischem Engagement verstanden werden und wird durch verschiedene Maßnahmen in den Beispielstädten eindrucksvoll unterstützt.

Damit wird ein Verständnis von „urban governance“ in den Vordergrund gerückt, das Offenheit und Transparenz, wissenschaftlich-kulturelle Internationalität und innovativ-effiziente Wirtschaftsformen als zentrale Bezugspunkte urbaner Qualitäten einer Metropolregion betont. Jeder dieser Aspekte steht in einem engen, rückgekoppelten Verhältnis zu den ande-

ren. Auch wenn es keine einfach zu definierenden Maßstäbe für Kreativität, kosmopolitische Einstellungen und mobilisierende Chancen, aber auch für integrative, sozial gerechte und human gestaltete Stadträume gibt, so besteht eine hohe Aufmerksamkeit für die vielfältigen Ausdrucksformen ihrer realen Existenz innerhalb der jeweiligen Stadtbevölkerung und in der allgemeinen Debatte über Qualitäten einzelner Metropolregionen jenseits der simplen Rankings. Diese komplexe Form von Urbanität zu verstehen und zeitgemäß zu gestalten ist sicherlich ein primäres Ziel aller hier betrachteten Großstädte. Entscheidend wird sein, wieviel Substanz die politischen Akteure derartigen Zielvorstellungen begeben, um die vorhandenen Potenziale zu aktivieren und in eine dauerhafte Dynamik zu überführen.

5. Literatur

Einführende Literatur zur Stadtentwicklung in den USA

- Cervero, R. (1999): The planned city: sustainable decentralization. In: Wever, E. (ed.): Cities in perspective I. Economy, planning and the Environment. Assen: Van Gorcum.
- Florida, R. (2002): The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life. New York: Basic Books.
- Wolf, P. (1999): Hot Towns. The Future of the Fastest Growing Communities in America. New Brunswick: Rutgers University Press.

Kopenhagen

- Christensen, D. (2001): Thema – Kopenhagen: Stadt sein oder werden – das ist hier die Frage. Vom Fingerplan zur Örestad. In: Stadtbauwelt Bd. 92, No. 149, S. 30-39.
- Düttmann, M. (2001): Ich mache mir ein Bild von Kopenhagen. In: Stadtbauwelt Nr. 12, 92. Jg., S. 14-27.
- Jensen, S. H./Andersen, J. (2002): Copenhagen – Danemark. The Oerestads Project. Project funded by the EU: Urban Development and Social Polarisation in the City. <http://www.ifresi.univ-lille1.fr/PagesHTML/URSPIC/Raphtml/Copen/Copen.htm> (Stand: 15.07.2002).
- ØDC - Ørestad Development Corporation (2001): Annual Report 2000. Copenhagen.
- ØDC News Magazin (2001): People and IT, No. 1. Copenhagen.
- ØDC News Magazin (2002): Life in Ørestad, No. 2. Copenhagen.
- ØDC News Magazin (2002): The pioneers, No. 3. Copenhagen.
- OECD (2001): Cities and Regions in the New Learning Economy. Paris.
- Priebs, A. (2000): Die Kopenhagener Örestad und die Hamburger Hafencity – Chancen und Risiken marktorientierter Ansätze bei städtebaulichen Großvorhaben. In: Erdkunde, Band 54, S. 208-220.
- Stroschein, C. (2001): Die Erfindung einer Region. In: Stadtbauwelt Nr. 12, 92. Jg., S. 30-39.

Wien

- Berg, L.v.d./Braun, E./ Winden, W.v. (2001): Growth Clusters in European Metropolitan Cities. Hampshire: Aldershot.
- Clement, W. (1998) Medizin-, Pharma-, Biotechnologie- Cluster. Wien: Kernergebnisse der Studie. Wien: IWI (Industriewirtschaftliches Institut, Arbeitsheft 44).
- Giffinger, R. (1999): Wohnungsmarktbarrieren und Stadtentwicklung. Ein regionalwissenschaftlicher Beitrag zur Ausländerdiskriminierung am Beispiel Wien. Hrsg. von Wollmann, H. in der Schriftenreihe Stadtforschung aktuell, Bd. 60, Birkhäuser Verlag.

Hatz, G. (2002): Wien im Umbruch. Aktuelle Prozesse der Stadtentwicklung. Geographische Rundschau 54, S. 4-9.

Juch, M./Rosenberger, S. (2001) Urbane Visionen. Wien.

Juchelka, R. (2002): „Wien an die Donau“. Bipolare Stadtentwicklung und das Projekt Donau-City. Geographische Rundschau 54, S. 10-17.

Lichtenberger, E. (1995): Schmelztiegel Wien. Geographische Rundschau 47, S. 10-17.

Mezulianik, E. (2000): Der Wiener Integrationsfonds – Einwanderungspolitik an der Nahtstelle zwischen Ost und West. In: Schmals, K.M. (Hg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen: Leske+Budrich, S. 255-259.

Novy, A. et al. (2001): The end of Red Vienna. Recent ruptures and continuities in urban governance. European Urban and Regional Studies 8, S. 131-144.

Schopper, M./Hansely, H. (1999): Wien im Aufbruch.
http://www.demokratiezentrum.org/download/aufbruch_schopper_hansely.pdf (Zugriff im September 2002; überarbeitete Fassung des Artikels in Geographische Rundschau, Bd. 51, Nr. 10, S. 529-534).

Stadt Wien (1991): Wien wächst wieder. Wien 2010. Stadtentwicklung bei Bevölkerungswachstum und offenen Grenzen. Wien: Magistratsabteilung 18, 2. Auflage.

Stadt Wien (1994): Wien ins 21. Jahrhundert. Stadtplanung für eine ökologische und soziale Gründerzeit. Wien: Magistratsabteilung 18.

Stadt Wien (2000): Wien Städtebau. Der Stand der Dinge. Wien: Magistratsabteilung 18.

Stadt Wien (2001): Strategieplan für Wien. Zusammenfassung. Wien: Magistratsabteilung 18.

München

Berg, L.v.d./ Braun, E./Winden, W.v. (2001): Growth Clusters in European Metropolitan Cities. Hampshire: Aldershot.

Kagermeier, A./Miosga, M./Schussmann, K. (2001): Die Region München – Auf dem Weg zu regionalen Patchworkstrukturen. In: K. Brake et al. (2001): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen, S. 163-173.

Landeshauptstadt München (1999): Bevölkerungsprognosen 1999 der Landeshauptstadt München. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Landeshauptstadt München (2001): Wohnen in München, III. Wohnungspolitisches Handlungsprogramm 2001 – 2005. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Landeshauptstadt München (2002): Raus aus der Stadt? Untersuchung der Motive von Fortzügen aus München in das Umland 1998-2000. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Oßenbrügge, J./Zeller, Ch. (2002): The Biotech Region of Munich and the Spatial Organization of its Innovation Networks. In: L. Schätzl, J. Revilla Diez (Hrsg.): Technological Change and Regional Development in Europe. Heidelberg. S. 233-249.

<http://www.muenchen.de/plan> - Link zu allen zitierten wohnungspolitisch relevanten Papieren der Stadt München (WIP III, GEWOS-Expertenbefragung u.ä.).

Barcelona

- Ajuntamiento de Barcelona (2002): Statistical yearbook of Barcelona city.
<http://www.bcn.es/estadistica/angeles/dades/anuari/cap10/index.htm> (Stand 5.09.02)
- Barcelona metròpolis mediterrània (2002): Urban Occupation Patterns. Key factors to planning the Metropolitan Area of Barcelona.
http://www.mcrit.com/PTMB/PLA_Urban_Occupation.htm (Stand: 12.08.2002).
- Ehrenberg, E./Kruse, W. (2000): Soziale Stadtentwicklung durch große Projekte? EXPO's, Olympische Spiele, Metropolen-Projekte in Europa: Barcelona, Berlin, Sevilla, Hannover. Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 30. Münster: LIT Verlag.
- Guiral i Gutiérrez, C. (2002): Poblenou, A Eulogy about Discontinuity. In: Barcelona metròpolis mediterrània, No. 42, http://www.bcn.es/publicaciones/bmm/42/ang_3.htm (Stand 12.08.2002).
- Meyer-Künzel, M. (2001): Städtebau der Weltausstellung und Olympischen Spiele. Stadtentwicklung der Veranstaltungsorte. Hamburg/München: Dölling + Galitz Verlag.
- Soler, J. M. (2002): Spaces or People? In: Barcelona metròpolis mediterrània, No. 42, http://www.bcn.es/publicaciones/bmm/42/ang_3.htm (Stand 12.08.2002).
- Tejero, E. (2002): From District Problems to City Debates. In: Barcelona metròpolis mediterrània, No. 42, http://www.bcn.es/publicaciones/bmm/42/ang_3.htm (Stand 12.08.2002).

Amsterdam

- Bolt/Gideon/Hooimeijer/Pieter/Kempen/Ronald van (2002): Ethnic segregation in the Netherlands: New patterns, new policies? In: Tijdschrift voor Economische und Sociale Geografie 93, 214-220.
- Doomernik, J. (1999): Politik im Interesse der Integration von Arbeitsmigranten in Deutschland und den Niederlanden. In: Schulz, M./Gewand, O. (Hg.): Märkte und Strukturen im Wandel (VI. Konferenz Amsterdam-Berlin). In: Berliner Geographische Arbeiten 89, S. 109-118.
- Musterd, S./Ostendorf, W. (1996): Entwicklung und Raumplanung in der Randstad. Amsterdam und Den Haag zwischen Staat und Markt. In: Geographische Rundschau 48, S. 406-411.
- Musterd, S./Ostendorf, W. (1999): Amsterdam - Hauptstadt eines sozialen Wohlfahrtsstaates. In: Geographische Rundschau 51, S. 523-528.
- Rath, J. (1997): Ein ethnisches Bäumchen-wechsel-dich-Spiel in Mokum? Immigranten und ihre Nachkommen in der Amsterdamer Wirtschaft. In: Wohnbund e.V. (Hg.): Migration - Stadt im Wandel. Darmstadt: Verl. für Wiss. Publ., S. 50-64.
- Vandermotten, C. et al. (1999): Villes d'Europe. Cartographie comparative. Bruxelles: Crédit Communal.

Zürich

Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich (2000): Entwicklungskonzept Zürich West. Kooperative Entwicklungsplanung. Hrsg. vom Amt für Städtebau und Hochbaudepartement der Stadt Zürich. Zürich.

Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich (2001): Nutzungsstudie Zürich West. Hrsg. vom Amt für Städtebau der Stadt Zürich. Zürich.

Odermatt, A. (1999): Räumlich-soziale Entmischung und die Finanzkrise der Kernstädte – das Beispiel Zürich. In: Geographica Helvetica Jg. 54, Heft 1, S. 18-28.

Schmid, C. (1996): Headquarter Economy und territorialer Kompromiß. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 40, Heft 1-2, S. 28-43.

Teuwsen, P. (2002): Zürich-West: Der letzte Schrei. In: GEO Special „Schweiz“, Hamburg, S. 1-4.

Rotterdam

Kop van Zuid Communications Team (1996): Kop van Zuid. City of Tomorrow. Informationszentrum Kop van Zuid, Rotterdam.

Miedema, F./Engberink, G. O./Van der Aa, P. (2002): Rotterdam – the Netherlands. Kop Van Zuid. Project funded by the EU: Urban Development and Social Polarisation in the City. <http://www.ifresi.univ-lille1.fr/PagesHTML/URSPIC/Raphtml/Rotterd/Rotterd.htm> (Stand: 15.07.2002).

Municipality of Rotterdam (1992): Rotterdam City Plan. A View on the Spatial Development of Rotterdam between 1995 and 2005. Department of Urban Planning and Housing, Rotterdam.

Van den Bout, J./Pasveer (eds.) (1994): Kop van Zuid. Rotterdam: 010 Publishers.

Sonstige

Apel, D. (1998): Die zukünftige Stadt: kompakt, mobil, urban. In: Difu-Berichte 1/1998.

Bade, F.-J. et al. (2002): Spatial Structural Change: Evidence and Prospects. In: Schätzl, L./Dier, J.R. (eds.): Technological Change and Regional Development in Europe. Heidelberg: Springer, S. 43-60.

Bathelt, H. (1998): Regionales Wachstum in vernetzten Strukturen: Konzeptioneller Überblick und kritische Bewertung des Phänomens „Drittes Italien“. In: Erde, Bd. 129, Nr. 3, S. 247-271.

Birch, E. L. (2002): Having a Longer View on Downtown Living. In: Journal of the American Planning Association, Vol. 68, No. 1, S. 5-21.

Böltken, F. et al. (1997): Wanderungsverflechtungen und Hintergründe räumlicher Mobilität in der Bundesrepublik seit 1990. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2, S. 35-49.

Brake, K. (1995): Nutzungsmischung und gewerbliche Wirtschaft. Zu den empirischen Gehalten eines aktualisierten Leitbildes – oder: Vom Wunschdenken zur Raumnutzungsstrategie? In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 6/7, S. 425-434.

- Brake, K. et al. (Hrsg.) (2001): Suburbanisierung in Deutschland: Aktuelle Tendenzen. Opladen: Leske + Budrich.
- Breuer, B./Müller, W./Wiegandt, C.-C. (2000): Nutzungsmischung im Städtebau. Endbericht. Hrsg. vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in der Schriftenreihe Werkstatt: Praxis Nr. 2. Bonn: Selbstverlag des BBR.
- Burton, E. (2000): The Compact City: Just or Just Compact? A Preliminary Analysis. In: Urban Studies, Vol. 37, No. 11, S. 1969-2001.
- Danielzyk, R./Oßenbrügge, J. (2002): Globale Bedingungen und Lokale Perspektiven für Wettbewerbs- und Kooperationsformen in Metropolregionen. In: Döring, M. et al. (Hrsg.): Stadt - Raum - Natur. Die Metropole als politisch konstruierter Raum. Hamburg: Hamburger Universitätsschriften, S. 16-37.
- Enquete DBT (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Drucksache 14/ 8800. http://www.ursula-heinen.de/berlin/nachrichten/sonstiges/enquete_demographischer_wandel.pdf (Stand 12.08.2002).
- Glasmeier, A. G. (2000): Economic Geography in Practice: Local Economic Development Policy. In: G. C. Clark et al. (eds.): The Oxford Handbook of Economic Geography. New York u.a.: Oxford University Press, S. 559-579.
- Haspa/Grossmann & Berger/LBS (o.J.): Wohnungsnachfrage in Hamburg und Umgebung: Status quo und Trends der nächsten Jahre, Hamburg.
- Häußermann, H./Siebel, W. (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heeg, S./Klagge, B./Oßenbrügge, J. (2003): Metropolitan Cooperation in Europe: Theoretical Issues and Perspectives for Urban Networking. In: European Planning Studies, (forthcoming).
- Heeg, S./Klagge, B./Oßenbrügge, J. (2000): Kooperation zwischen Metropolregionen. Ansatzpunkte für die verstärkte Zusammenarbeit von Hamburg und Berlin auf der Basis der Erfahrungen internationaler und nationaler Städtekooperationen. Gutachten im Auftrag der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Kanter, R. M. (1995): Weltklasse. Im globalen Wettbewerb lokal triumphieren. Wien: Ueberreuter.
- Knieling, J. (2000): Leitbildprozesse und Regionalmanagement: Ein Beitrag zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Raumordnungspolitik. Frankfurt am Main: Lang.
- Krings-Heckemeier, M.-T. et al. (2000): Stadtentwicklungspolitik und Demographie: Eine Studie im Auftrag der Freien Hansestadt Hamburg und der Schwäbisch Hall AG, Bonn/Berlin.
- Kuls, W./Kemper, F.J. (2000): Bevölkerungsgeographie. Stuttgart (u.a.): Teubner Studienbücher der Geographie.
- Legendijk, A. (2001): Three Stories about Regional Salience. Regional Worlds, Political Mobilisation, and Performativity. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 45, Heft 3/4, S. 139-158.
- Porter, M. E. (2000): Locations, Clusters, and Company Strategy. In: G. C. Clark et al. (eds.): The Oxford Handbook of Economic Geography. New York u.a.: Oxford University Press, S. 253-274.

Reich, R. (1993): Die neue Weltwirtschaft: Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt am Main: Ullstein.

Sieverts, T. (1998): Eine Deutung der Zwischenstadt. In: Prigge, W. (Hrsg.): Peripherie ist Überall. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Tomerius, S./Preuß, T. (2000): Flächenrecycling in deutschen Städten. In: Difu-Berichte 4/2000.

Wentz, M. (2000): Die kompakte Stadt. Hrsg. von Wentz, M. in der Schriftenreihe Zukunft des Städtischen, Bd. 11. Frankfurt am Main (u.a.): Campus-Verlag.